

# **Geschäftsbericht des Regierungsrats 2011**

zuhanden des Kantonsrats

20. März 2012



Kanton  
Obwalden



## Inhaltsverzeichnis

		Seite
<b>1</b>	<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Bericht des Regierungsrats</b>	<b>5</b>
	Bericht zur Lage des Kantons sowie über die Umsetzung der Schwerpunktprojekte	9
	Strategische Kennzahlen	23
	Vernehmlassungen an den Bund	39
	Beschwerdeentscheide des Regierungsrats	42
<b>3</b>	<b>Kantonsrat</b>	<b>43</b>
	Kantonsratssitzungen und -geschäfte	45
	Bericht über die überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Anmerkungen	47
<b>4</b>	<b>Departementsberichte</b>	
<b>4.1</b>	<b>Staatskanzlei</b>	<b>53</b>
	Kanzleistab	58
	Kanzleisekretariat	59
	Amtsblatt und Passzentrum	60
	Rechtsdienst	61
	Staatsarchiv	66
	Finanzkontrolle	68
<b>4.2</b>	<b>Finanzdepartement</b>	<b>71</b>
	Departementssekretariat	78
	Personalamt	80
	Finanzverwaltung	83
	Steuerverwaltung	87
	Gesundheitsamt	90
<b>4.3</b>	<b>Sicherheits- und Justizdepartement</b>	<b>93</b>
	Departementssekretariat	100
	Amt für Justiz	103
	Kantonspolizei	110
	Sozialamt	114
	Staatsanwaltschaft	120
<b>4.4.</b>	<b>Volkswirtschaftsdepartement</b>	<b>123</b>
	Departementssekretariat	129
	Volkswirtschaftsamt	131
	Amt für Arbeit	137
	Amt für Landwirtschaft und Umwelt	143
<b>4.5</b>	<b>Bildungs- und Kulturdepartement</b>	<b>153</b>
	Departementssekretariat	160
	Amt für Volks- und Mittelschulen	165
	Amt für Berufsbildung	170
	Amt für Kultur und Sport	174

		Seite
<b>4.6.</b>	<b>Bau- und Raumentwicklungsdepartement</b>	<b>179</b>
	Departementssekretariat	187
	Hoch- und Tiefbauamt	189
	Amt für Wald- und Landschaft	197
	Amt für Raumentwicklung und Verkehr	208
<b>5</b>	<b>Bericht des Regierungsrats zur Staatsrechnung</b>	<b>215</b>
	Bericht des Obergerichts	235
	Genehmigungsantrag an den Kantonsrat	237
	Anhänge zur Staatsrechnung	239

## **Landammann und Regierungsrat des Kantons Obwalden an den Kantonsrat**

*„Für uns ist die Demokratie selbstverständlich, wenn wir aber auch nur ein wenig über unsere Grenzen hinausschauen, zum Beispiel auch nur ein wenig nach Süden, stellen wir fest, dass unsere Staatsform – auch in Mitteleuropa – bei weitem nicht überall so eindeutig ausgebildet ist wie bei uns. So werden wir, die Schweiz, im Besonderen auch in derzeit unter Wirren leidenden Staaten in Nordafrika oder im Nahen Osten, als Vorbild angeschaut. Als Vorbild, wenn es um die demokratische Staatsform geht, wenn es um die Teilung von Gewalten und Aufgaben und vor allem auch, wenn es um den Respekt von unterschiedlichen Kulturen geht. Schon deshalb sollten wir in unserem Tun als Behörden, sei es in der Exekutive oder Legislative – nicht nur in der Schweiz als Staat, sondern auch in den Kantonen – so politisieren, dass wir diesem Vorbild würdig sind. Würdig im Umgang mit unseren rechtsstaatlichen Organisationen, aber auch würdig im Umgang miteinander. Das wünsche ich mir.“*

Niklaus Bleiker, Landammann, am 1. Juli 2011

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Der Regierungsrat legt Ihnen den Geschäftsbericht sowie die Staatsrechnung des Jahres 2011 zur Genehmigung vor.

Nach 2010 mit den Gesamterneuerungswahlen von Kantons- und Regierungsrat widmeten sich die politischen Behörden 2011 frei von Wahlkampfdruck auf kantonaler Ebene der Weiterentwicklung des Kantons. Dies widerspiegelte sich denn auch innerkantonal in einem sachpolitisch eher ruhigen Jahr.

Höhere politische Wellen schlugen allerdings die Wahlen ins eidgenössische Parlament vom 23. Oktober. Während der Sitz des Kantons Obwalden im Ständerat erstmals seit Abschaffung der Landsgemeinde nicht in stiller Wahl an den bisherigen Vertreter vergeben wurde, ergab sich nach einem intensiven Wahlkampf ein Wechsel bei der kantonalen Vertretung im Nationalrat. Die Nichtwiederwahl eines Parlamentsvertreters ist in einem demokratischen Land wie dem unseren zwar immer wieder möglich. Für den Kanton Obwalden war dies aber – wirft man einen Blick zurück in die Geschichte – ein doch sehr seltenes Ereignis.

Für den Regierungsrat begann das Jahr mit einem sehr wichtigen Entscheid des Kantonsrats. Am 27. Januar nahm dieser die Amtsdauerplanung 2010 bis 2014 zustimmend zur Kenntnis. Mit diesem Entscheid wurde der Vorschlag der Exekutive für die politische Arbeit während der „Legislatur“ akzeptiert, und anhand dieser Mehrjahresplanung nahm der Regierungsrat die Realisierung der gesetzten Wirkungsziele und die Umsetzung der aus diesen abgeleiteten Massnahmen in Angriff.

Der Geschäftsbericht, wie Sie ihn nun vor sich haben, ist dasjenige Instrument, mit welchem der Regierungsrat im Jahresrhythmus die Fortschritte, aber auch die möglichen Probleme bei der Umsetzung der mit der Amtsdauerplanung vorgesehenen Massnahmen aufzeigt. Wie in jedem Jahr gibt aber der Geschäftsbericht auch einen generellen vertieften Einblick in die Tätigkeit von Regierungsrat, Kantonsrat und kantonaler Verwaltung im Vorjahr. Ebenso legt der Regierungsrat auch eine detaillierte Zusammenstellung vor, wie er die von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, jeweils im Rahmen des Voranschlags gesprochenen finanziellen Mittel eingesetzt hat.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, Geschäftsbericht und Staatsrechnung 2011 zu genehmigen.

Sarnen, im März 2012

Im Namen des Regierungsrats

*Landammann: Niklaus Bleiker*

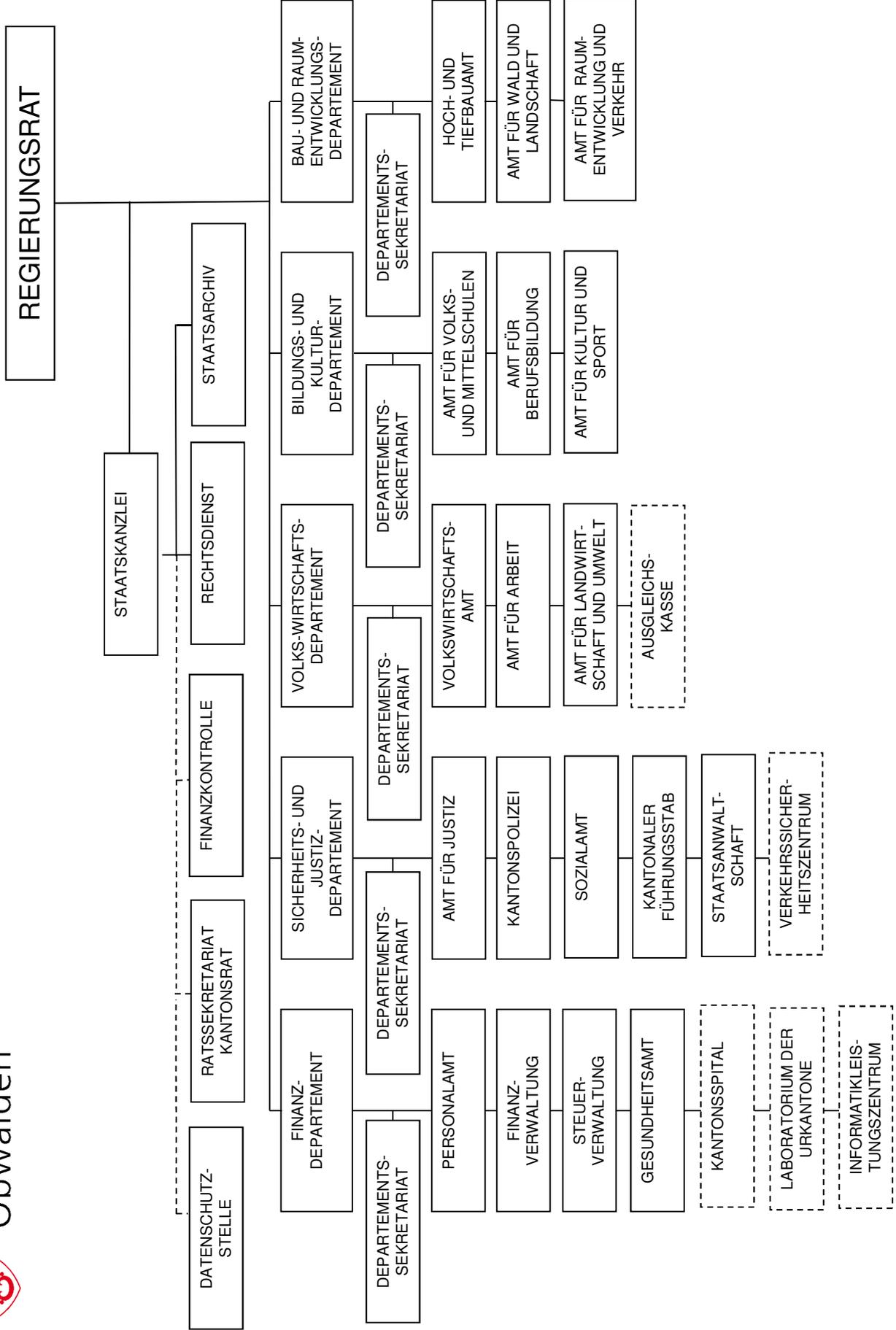
*Landschreiber: Dr. Stefan Hossli*



## **2 Bericht des Regierungsrats 2011 zur Lage des Kantons sowie über die Umsetzung der Schwerpunktprojekte**







## 2.1 Einleitung

KANTON OBWALDEN  
WOHN-ATTRAKTIV, WIRTSCHAFTS-DYNAMISCH UND OPTIMAL VERNETZT  
IHR PARTNER IN DER ZENTRALSCHWEIZ

Wesentliche Grundlage für den Bericht des Regierungsrats zum Geschäftsjahr 2011 sind die im IAFP 2011 bis 2014 vom Regierungsrat für das Jahr 2011 festgelegten Schwerpunktprojekte (Kapitel 2 IAFP im Teil A: Bericht). Diese wiederum nehmen Bezug auf die in der Strategieplanung 2012+ aufgestellten strategischen Leitideen und Wirkungsziele zu den einzelnen Politikbereichen sowie auf die kantonale Richtplanung von 2007. Letztmals sind sie grundsätzlich (mit Ausnahme der strategischen Kennzahlen, welche einem neuen Konzept folgen) auch von den prioritären staatlichen Massnahmen (Projekte, Gesetzgebungsvorhaben und Investitionen) gemäss der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 abgeleitet, da die Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2011 bis 2014 noch erarbeitet worden war, bevor der Kantonsrat am 27. Januar 2011 von der Amtsdauerplanung 2010 bis 2014 zustimmend Kenntnis nahm. Mit der gesamten Palette der strategischen Vorgaben verfolgt der Regierungsrat weiterhin eine konsequente Positionierung und Zukunftsgestaltung des Kantons, nämlich:

- **Der Kanton Obwalden ist wohn-attraktiv:** Die bereits bestehende hohe Lebensqualität in einem intakten wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Umfeld bildet eine günstige Voraussetzung. Bewohnerinnen und Bewohner sollen sich im Kanton wohl fühlen und in der Gesellschaft integriert sein, unabhängig davon, ob sie ihr wirtschaftliches Einkommen in der weiteren Region bzw. städtischen Agglomeration oder im Kanton selbst erzielen oder den bevorzugten Wohnsitz im Kanton wählen ohne erwerbstätig zu sein. Der ganze Kanton Obwalden entwickelt sich deshalb primär als attraktive Wohnregion mit einem weiteren, verträglichen Bevölkerungswachstum.
- **Der Kanton Obwalden ist wirtschafts-dynamisch:** Die mit Erfolg geführte Politik des lebendigen, offenen Wirtschaftsraumes wird fortgesetzt. Auf der Grundlage der erfolgreich etablierten Unternehmen im Kanton wird besonders die weitere Clusterbildung mit dynamischen, wertschöpfungsintensiven Betrieben gefördert. Die Entwicklungspotenziale innerhalb des Kantons sind naturgemäss unterschiedlich. Da vor allem die Stärken gefördert werden sollen, ergibt sich ein unterschiedliches Entwicklungsbild für die einzelnen Kantonsteile bzw. Gemeinden. Das Potenzial ist so zu nutzen, dass daraus für den Kanton insgesamt der grösste Nutzensgewinn entsteht. Als Wohn- und bevorzugte Wirtschaftsregion mit Agglomerationscharakter wird vor allem die Talachse des unteren Sarneraats um das Regionalzentrum Sarnen entwickelt. Dies erlaubt eine stärkere räumliche Konzentration der notwendigen Infrastrukturausstattung. Als Wohn- und bevorzugte naturnahe Erholungsregion werden das obere Sarneraatal und Engelberg bezeichnet. Hier im ausgeprägten ländlichen Raum bilden das lokale Gewerbe, die Landwirtschaft und der Tourismus – mit Engelberg und Melchsee-Frutt als touristischen Schwerpunkten – das wirtschaftliche Rückgrat.
- **Der Kanton Obwalden ist mit der Zentralschweiz und dem Grossraum Zürich optimal vernetzt:** Die Lage des Kantons in der Zentralschweiz verlangt eine optimale Vernetzung mit dem übergeordneten Wirtschaftsraum Zentralschweiz und den Anschluss an den Grossraum Zug – Zürich. Dies gilt im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Wohn-, Arbeits- und Erholungsgebietes für alle drei Bereiche. Die Vernetzung wird umfassend verstanden, insbesondere bezüglich Wirtschafts- und Erwerbstätigkeit, Aus- und Weiterbildung, des öffentlichen und privaten Verkehrs, der Kommunikationstechnologie, der zentralörtlichen Dienstleistungen und der Freizeitangebote. Der Kanton pflegt in den staatlichen Handlungsbereichen eine partnerschaftliche, interkantonale Zusammenarbeit.

Der Regierungsrat gibt im Folgenden zunächst eine grundsätzliche Beurteilung über die Lage des Kantons Obwalden ab. Im Sinne eines „Controllings“ auf der Stufe der Staatsleitung gibt er darauf – geordnet nach den Schwerpunktprojekten 2011 (gemäss Kapitel 2 IAFP im Teil A: Bericht) – eine Übersicht über die Umsetzung der strategischen Leitideen und Wirkungsziele sowie der übergeordneten Massnahmen.

Hatte der Regierungsrat im Geschäftsbericht 2010 noch auf die Darstellung von Kennzahlen verzichtet, weil die meisten aktuellen Werte zum Zeitpunkt der Abfassung des Geschäftsberichts noch nicht vorliegen, so sind sie im vorliegenden Geschäftsbericht gemäss dem in der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2012 bis 2015 (vom Kantonsrat am 1. Dezember 2011 zur Kenntnis genommen) vorgestellten Konzept (Kapitel 5 im Teil A: Bericht) dargestellt. Die Kennzahlen dienen ebenfalls einem „Controlling“ auf Staatsleitungsstufe (sie sind, wie zu Beginn von Kapitel 2.1 angetönt, bereits aus der Amtsdauerplanung 2010 bis 2014 abgeleitet).

Schliesslich sind die in den Departementen umgesetzten Leistungsaufträge und Jahresziele 2011 (gemäss Anhang I IAFP) in den Berichten ab Kapitel 4 des Geschäftsberichts zu finden.

## **2.2 Zur Lage des Kantons Obwalden am Ende des Jahres 2011**

Der Regierungsrat nimmt an dieser Stelle wie oben erwähnt eine Beurteilung vor, wie sich der Stand Obwalden am Ende des vergangenen Jahres darstellt, welches die politischen Hauptthemen des Berichtsjahres waren und welches die Herausforderungen in diesem und in den folgenden Jahren sein dürften. Die Beurteilung der Lage erfolgt dabei ebenfalls primär mit einem Blick ins „Innere“ des Kantons, aber auch – falls zweckmässig – im Bezug auf das gesamt- und zentralschweizerische Umfeld. Die Lagebeurteilung schliesslich soll wiederum sowohl allgemein als auch bezogen auf einzelne politische Themenbereiche erfolgen.

### **Allgemein: Der Kanton im Jahr 2011 – Rahmenbedingungen und politisches Klima**

Waren zu Beginn des Jahres 2011 die Erwartungen in die weltwirtschaftliche Entwicklung schon nicht von grossem Enthusiasmus geprägt, so wurden sie mit der im Verlauf des Jahres ausbrechenden *Finanz- und Währungskrise* erst recht weiter gedämpft. Dass in der globalisierten Welt, in der wir heute leben, kein Staatsgebilde von dieser Krise unberührt bleibt, liegt auf der Hand.

Auch der Kanton Obwalden spürte im vergangenen Jahr die Auswirkungen der Finanz- und Währungskrise in verschiedener Hinsicht, auf die im Folgenden – insbesondere in den Politikbereichen Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik – noch näher einzugehen sein wird. Es sei aber vorweggenommen, dass diese Auswirkungen den Kanton – mindestens im vergangenen Jahr – wohl weitaus weniger hart traf als dies andernorts der Fall war. Dies zeigt sich deutlich im Abschluss der Staatsrechnung 2011 und zeugt von einer vorausschauenden Planung, welche verschiedene Entwicklungen einbezieht und von Kantons- und Regierungsrat gemeinsam getragen wird.

Standen im Jahr 2010 noch Gesamterneuerungswahlen für den Kantons- und den Regierungsrat an, so konnten sich Legislative und Exekutive im Jahr 2011 frei von Wahlkampfdruck den anstehenden politischen Geschäften des Kantons widmen. Die Obwaldner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger waren im Jahr 2011 auch nur zweimal dazu aufgerufen, an der Urne Entscheidungen zu treffen (je eine eidgenössische und kantonale Abstimmung sowie die National- und Ständeratswahlen). Das Jahr 2011 kann somit aus Sicht des Regierungsrats als sachpolitisch etwas ruhigeres Jahr beurteilt werden. Allerdings schlugen die *Wahlen ins eidgenössi-*

sche Parlament am 23. Oktober 2011 im Vorfeld hohe Wellen, und die Nichtwiederwahl des bisherigen Vertreters im Nationalrat ist für unseren Kanton nicht alltäglich.

Der Regierungsrat geht davon aus, dass dieses seltene, aber zu Demokratien wie der unseren gehörende Ereignis nicht zu einer wesentlichen Verschärfung des politischen Klimas im Kanton führt. Der Kanton kann – beobachtet man das politische Leben in anderen Kantonen oder in „Bundesbern“ und hört Kommentare von Besuchern von Obwaldner Kantonsratssitzungen – nach wie vor stolz darauf sein, wie Legislative und Exekutive in unserem Kanton miteinander umgehen und wie konstruktiv-kritisch sich deren Zusammenarbeit grundsätzlich gestaltet.

Als Ausdruck dieser Zusammenarbeit soll an dieser Stelle *die Amtsdauerplanung 2010 bis 2014* erwähnt werden – ein Instrument, das der Regierungsrat dem Kantonsrat vorzulegen hat, um aufzuzeigen, welche Schwergewichte er innerhalb einer „Legislaturperiode“ für die Entwicklung des Kantons legen will und welche Ziele er in den vier Jahren einer Amtsdauer erreichen will. Der Kantonsrat nahm am 27. Januar 2011 die Amtsdauerplanung zustimmend zur Kenntnis, und dieser Entscheid ermöglicht es dem Kanton nun, seine Arbeit gezielt an die Hand zu nehmen.

Dass für einen kleinen Kanton wie den Kanton Obwalden die *Zusammenarbeit mit anderen Kantonen – primär mit denjenigen in der Zentralschweiz – schon aus ökonomischen Gründen* sehr wichtig ist, wurde an dieser Stelle bereits im Geschäftsbericht des Vorjahres erwähnt. Daran hat sich auch im Jahr 2011 nichts geändert, und es wird sich auch in Zukunft nichts daran ändern. Kooperationen nach dem Prinzip der „variablen Geometrien“ werden auch künftig zu den wesentlichen Faktoren einer nachhaltigen Entwicklung des Kantons Obwalden gehören, wenn die dazu notwendigen Rahmenbedingungen vorhanden sind und es erlauben.

Musste im Geschäftsbericht des Vorjahres an dieser Stelle noch konstatiert werden, dass die positive Beurteilung der Zusammenarbeit in der Zentralschweiz mit dem Austritt des Kantons Luzern aus dem Konkordat der Pädagogischen Hochschule der Zentralschweiz abgeschwächt worden war, so ist nun eine Versachlichung dieser Zusammenarbeit zu verzeichnen. Immerhin konnten sich die Zentralschweizer Kantone in einem wichtigen, gegen aussen auch Signalwirkung erzeugenden Geschäft – dem Fachhochschulkonkordat (FHZ) – einigen, dass dieses im laufenden Jahr nun abgeschlossen werden kann. Für den Kanton Obwalden ist dies eine sehr wichtige Entwicklung, sollen doch damit Beitragsleistungen der Kantone an das „Micro Center Central Switzerland (MCCS)“ gesichert werden, was wiederum mehr Sicherheit gibt, dass das MCCS den Standort Alpnach längerfristig halten wird. Dieser positive Trend darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen der Zentralschweiz immer wieder Dämpfer erleiden kann und deshalb gut und in konstruktiver Art gepflegt werden muss.

Die Schwergewichtsthemen 2011 und die künftigen Herausforderungen in einzelnen Politikbereichen sieht der Regierungsrat wie folgt:

### **Staatspolitik und Justiz**

Die vom Kantonsrat und – wegen der dazugehörenden Anpassung der Kantonsverfassung von den Obwaldner Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern im Jahr 2010 genehmigte *Justizreform* trat am 1. Januar 2011 in Kraft. Die Umsetzung dieser Reform erfolgte plangemäss. Die dazu gehörenden Massnahmen haben sich aus Sicht des Regierungsrats grundsätzlich bewährt, namentlich die durch die Bundesgesetzgebung vorgegebene Einführung des Staatsanwaltsmodells oder auch der Entscheid, die Zuständigkeiten für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr (ADMAS) im Verkehrssicherheitszentrum Obwalden/Nidwalden (VSZ) anzusiedeln. Diese Reform führte unter anderem auch zu Ablauf- und Kompetenzanpassungen zwischen der

Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft. Die Umsetzung der Justizreform läuft gut. Eine Reform dieses Ausmasses wird aber noch etwas Zeit brauchen, bis sie vollständig etabliert ist.

In einem Bereich, der schon im Jahr 2010 thematisiert worden war – den *Wirtschaftsdelikten* – konnte der Regierungsrat dem Kantonsrat am 26. Mai 2011 einen Bericht vorlegen, den dieser durch die Überweisung einer Motion am 17. März 2011 in Auftrag gegeben hatte. Der Regierungsrat hatte eine Analyse über die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung von Wirtschaftsdelikten zu unterbreiten, welche die aktuelle Lage, aber auch Lösungen für den Fall aufzuzeigen hatte, dass die Vereinbarung mit den Kantonen Nidwalden und Uri per Ende 2011 gekündigt würde. Die Beurteilung des Regierungsrats, dass mit einer personellen Neubesetzung und Verstärkung der gemeinsamen Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte die Probleme der Vergangenheit zufriedenstellend gelöst werden können, hat der Kantonsrat mit dem Resultat, dass die interkantonale Zusammenarbeit fortgesetzt wird, zustimmend zur Kenntnis genommen..

Für ein wichtiges und umfangreiches Projekt – das *neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht* (ehemals Vormundschaftsrecht)– wurde 2011 in Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden, dem Gericht und mit Fachspezialisten umfangreiche Vorarbeit geleistet. Der Kantonsrat wird sich im Jahr 2012 mit diesem Projekt zu befassen haben.

Im Weiteren soll an dieser Stelle auch die vom Kantonsrat am 29. Oktober 2010 genehmigte Aufstockung des Polizeigebäudes erwähnt werden, welche im vergangenen Jahr plangemäss vorangeschritten ist, so dass der aufgestockte Teil im Rahmen eines „Tages der offenen Tür“ am 12. Mai 2012 offiziell zur Nutzung freigegeben werden kann.

### **Finanzpolitik**

Das Jahr 2011 darf aus finanzpolitischer Sicht wiederum als erfolgreich beurteilt werden. Der positive *Rechnungsabschluss* ist abermals Zeichen eines haushälterischen Umgangs mit den vom Kantonsrat genehmigten finanziellen Mitteln, und er bestätigt ein weiteres Mal, dass die im Jahr 2006 eingeleitete Steuerstrategie für den Kanton Obwalden einen Erfolg darstellt, um den er nicht selten beneidet wird.

Die Steuerstrategie findet – ein wichtiger Fakt – erfreulicherweise innerhalb des Kantons noch immer breite Zustimmung. Die Steuergesetzrevision per 1. Januar 2012, der die Obwaldner Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 23. Oktober 2011 mit einem JA-Stimmenanteil von fast 90 Prozent zugestimmt haben, bedeutet die Umsetzung des zweiten Schrittes der Steuerstrategie. Sie bringt nun nochmals massgebliche Steuerentlastungen für Einwohnerinnen und Einwohner mit mittleren und tiefen Einkommen.

Der Regierungsrat konnte dem Kantonsrat am 26. Mai 2011 einen erweiterten Wirkungsbericht zur kantonalen Steuerstrategie vorlegen, den dieser zustimmend zur Kenntnis nahm. Im Steuerbereich genehmigte der Kantonsrat am 1. Juli 2011 noch einen Nachtrag zur Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, welcher die Reduktion der Kapitalsteuer bei gemischten Holding- und Domizilgesellschaften zum Gegenstand hatte.

Der Kanton Obwalden hat sich im Übrigen im *Steuerwettbewerb* mit anderen Kantonen behaupten können. Es ist aber festzustellen, dass auch andere Kantone die Zeichen erkannt haben und mit verschiedenen steuerlichen Massnahmen versuchen aufzuholen. Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen ist in vollem Gang, und der Regierungsrat wird alles daran setzen, um im Steuerwettbewerb weiterhin erfolgreich mithalten zu können. Dass dies notwendig ist, zeigt der Umstand, dass das gesetzte Ziel eines Zuwachses der Bevölkerung von jährlich 300 Personen im Jahr 2011 nicht erreicht werden konnte (die Bevölkerungszahl wuchs um 237

Personen an). Der Eintrag neuer Unternehmen ins Handelsregister ist auf schweizweit sehr hohem Niveau stagniert.

Angesichts der in der Einleitung zu diesem Kapitel erwähnten, noch längst nicht ausgestandenen weltweiten Finanz- und Währungskrise wird ein haushälterischer Umgang mit den finanziellen Mitteln künftig noch wichtiger sein als er es bis anhin schon war. Erwartungsgemäss setzte sich der Trend der Mindereinnahmen aus dem Neuen Finanzausgleich (NFA) wegen *zunehmender Ressourcenstärke* – an und für sich ein Zeichen für den Erfolg der Steuerstrategie – im vergangenen Jahr weiter fort (2011 ca. 7 Millionen Franken weniger als im Vorjahr). Die schon 2010 zu beobachtende zunehmende Schwäche des Euro und die dabei auftretenden Währungsschwankungen hatten 2011 zur Folge, dass die *Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank* an Bund und Kantone in Frage gestellt war. Nachdem zunächst davon ausgegangen werden musste, dass eine Gewinnausschüttung gänzlich ausfällt (was für den Kanton Mindereinnahmen von ca. 7,4 Millionen Franken bedeutet hätte), wurde im vergangenen Jahr nochmals eine Ausschüttung von 2,5 Mrd. Franken vorgenommen. Für das nächste Jahr wird sich dieser Betrag auf 1,0 Mrd. Franken reduzieren, was für unseren Kanton eine Ausschüttung von ca. 3 Millionen Franken bedeuten wird.

Zu den sinkenden Mindereinnahmen werden sich die bereits im Vorjahr angekündigten, für die finanzielle Entwicklung des Kantons ebenso massgebenden unabdingbaren Investitionsausgaben in den Hochwasserschutz im Sarneraatal sowie in den Umbau und die Erneuerung des Bettentrakts des Kantonsspitals Obwalden gesellen. Gerade letzteres Projekt hat den Regierungsrat dazu bewogen, dem Kantonsrat angesichts der finanziellen Perspektiven des Kantons einen Nachtrag zu dem ab 1. Januar 2012 geltenden Finanzhaushaltsgesetz zu beantragen. Artikel 34 soll insofern angepasst werden, als dass nicht nur Investitionen aufgrund grösserer ausserordentlicher Ereignisse von der Ausgabenbremse ausgenommen werden, sondern auch grössere strategische Investitionen, sofern der Kanton über ein Nettovermögen verfügt (Beratung im Kantonsrat 1. Quartal 2012).

Die finanziellen Herausforderungen werden für den Kanton Obwalden in den nächsten Jahren nicht kleiner. Sinkende Ausgleichszahlungen, fragliche Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank und Mindereinnahmen aufgrund von Steuersenkungen auf der einen Seite, steigende Abschreibungen aus Investitionen, steigende Abgeltungszahlungen an den öffentlichen Verkehr sowie solche aufgrund der neuen Spitalfinanzierung auf der anderen Seite: Dies alles sind Faktoren, die die Finanzen des Kantons künftig wesentlich beeinflussen werden.

Der Regierungsrat hat vorausschauend Massnahmen eingeleitet, mit der die nächsten, finanziell schwierigen Jahre bewältigt werden können. So hat er – insbesondere die sinkenden Einnahmen aus dem Neuen Finanzausgleich und die unsicheren Einnahmen aus den Gewinnen der Schweizerischen Nationalbank einplanend – aus den positiven Rechnungsabschlüssen 2009, 2010 und 2011 gebildete Schwankungsreserven geschaffen, die Ende 2011 gut 50 Millionen Franken betragen und die in den kommenden Jahren aufgelöst werden sollen, um die Rechnungen ausgeglichen zu gestalten.

Nach wie vor wird es aber auch notwendig sein, sinkende Ausgleichszahlungen durch eine erfolgreiche Weiterführung der Steuerstrategie zu kompensieren. Auch künftig sind Neuzuzüge von Privatpersonen und die Ansiedelung von Unternehmen zu fördern, indem attraktive Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Zu guter Letzt ist auch das 2010 vom Regierungsrat eingeleitete Priorisierungsprogramm zum Einsatz zu bringen, wenn es darum geht, die Ausgaben ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit entsprechend zu planen.

### **Gesundheitspolitik**

Die Kostenspirale im schweizerischen Gesundheitswesen drehte sich auch im Jahr 2011 – wenn auch nicht mehr ganz so heftig – weiter. Ihr Einfluss auf die gesundheitspolitischen Diskussionen im Kanton Obwalden war aber deshalb nicht mehr so intensiv, weil die 2009 eingereichte Initiative zur *individuellen Prämienverbilligung* (IPV) im ersten Quartal zurückgezogen wurde. Mit diesem Rückzug hatte sich für den Kanton auch eine diesbezügliche Beschwerde beim Bundesgericht erledigt. Dem Regierungsrat verblieb somit – bezogen auf die Krankenkassenprämien – im vergangenen Jahr die Aufgabe, dem Kantonsrat den jährlichen Beschluss über den Anspruch auf Prämienverbilligung (am 17. März 2011 genehmigt) und den jährlichen Bericht zur Wirkung der Individuellen Prämienverbilligung (am 29. September 2011 zustimmend zur Kenntnis genommen) vorzulegen. Der Regierungsrat wird entsprechend einem seiner Schwerpunkte im Jahr 2012 die kantonalen Sozialziele als Steuerungsfaktoren für die individuelle Prämienverbilligung der Krankenkassenprämien überprüfen und gegebenenfalls neu definieren.

Bezogen auf die Zukunft des Kantonsspitals Obwalden konnte 2011 ein weiterer wichtiger Schritt getan werden. Nach dem Entscheid für die Gestaltung des *neuen Bettentrakts* durch den Regierungsrat 2010 genehmigte der Kantonsrat am 1. Dezember 2011 einen Kredit von 40,4 Millionen Franken für die Realisierung dieses Bauprojekts. Um den Obwaldner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die direkte Mitsprache zu ermöglichen, hat der Kantonsrat den Kreditbeschluss auf Vorschlag des Regierungsrats dem Behördenreferendum unterstellt. Das Stimmvolk wird somit am 11. März 2012 abschliessend über diesen Kredit für den Umbau und die Erneuerung des Bettentrakts zu entscheiden haben. Da alle im Kantonsrat vertretenen Parteien hinter der Abstimmungsvorlage stehen, sieht der Regierungsrat dem Entscheid zuversichtlich entgegen.

Das Gesundheitswesen wird im Übrigen 2012 nicht nur bezogen auf die bereits erwähnte Überprüfung der Sozialziele (Prämienverbilligung) einen Schwerpunkt der Arbeit des Regierungsrats bilden. Der *Gesundheitsbereich* soll gesamthaft aufgrund verschiedener Neuerungen überprüft werden, sind doch unter anderem die Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung zu beurteilen, und ist auch die unter Leitung des Kantons zusammen mit den Gemeinden 2011 in Angriff genommene Analyse der Versorgungskette im Pflegebereich in Bearbeitung. Ob diese Arbeiten eine Anpassung des kantonalen Gesundheitsgesetzes nach sich ziehen wird, muss sich noch zeigen.

### **Gesellschafts- und Sozialpolitik**

Nachdem der Kantonsrat am 11. März 2010 mit der Genehmigung einer Verordnung über eine *Fachstelle für Gesellschaftsfragen* die rechtliche Grundlage für deren Schaffung gelegt hatte, wurde diese Fachstelle am 1. Januar 2011 „operationell“. Der Start dieser Organisationseinheit ist gelungen, und aufgrund der künftig kaum abnehmenden gesellschafts- und sozialpolitischen Fragestellungen wird es für die Fachstelle an Herausforderungen nicht fehlen. Umfassende Beratung von Bevölkerung und Behörden sowie Projekte mit Präventionscharakter – meist in Zusammenarbeit mit Stellen des Bundes und mit den Gemeinden – bilden das Schwergewicht der Arbeit.

Mit der Eröffnung des neuen *Jugendkulturraums* am 17. September 2011 wurde ein neues Kapitel der Jugendarbeit im Kanton Obwalden geschrieben. Der alte Juko-Pavillon musste aufgrund der Umbauten bei der neuen Kantonsschule weichen, und mit dem „Bänzenmätteli“ wurde ein geeigneter Ersatzstandort gefunden. Da bei diesem Projekt Zuständigkeit und Finanzierung gesetzlich nicht klar geregelt waren und zuerst erarbeitet werden mussten, sollen diese nun im neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz, welches dem Kantonsrat im Jahr 2012 unterbreitet wird, gesetzlich verankert werden.

Weitere gesellschafts- und sozialpolitische Entscheide des Kantonsrats im Jahr 2011 waren die Genehmigung einer Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts am 3. November sowie – am 2. Dezember 2011 – die Zustimmung für einen Beitritt per 1. Januar 2012 zu einer Leistungsvereinbarung, welche die Finanzierung der Kontakt- und Anlaufstelle des Vereins Kirchliche Gassenarbeit in Luzern regelt.

### **Sicherheit**

Auf den 1. Januar 2011 trat das vom Kantonsrat am 11. März 2010 genehmigte neue Polizeigesetz in Kraft. Eines der Hauptmerkmale dieses Gesetzes ist – wie bereits im letzten Jahr an dieser Stelle festgestellt – der Verzicht auf eine Bestandesobergrenze für das Korps der Kantonspolizei, was den Vorteil einer flexiblen Regulierung des Bestandes je nach Lage- und Bedrohungsentwicklung bringt.

Was bisher gilt, gilt jetzt und in Zukunft: Sicherheit ist eine grenzüberschreitende Thematik, und die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und mit dem Bund in Sicherheitsfragen ist ein „Muss“. So trat am 13. Januar 2011 das Polizeikonkordat Zentralschweiz in seiner Gesamtheit in Kraft, dem der Kanton Obwalden mit Genehmigung des Kantonsrats im Jahr 2010 beigetreten war. Auf der Grundlage dieses Konkordats laufen unter dem Titel „Polizei XXI“ in sieben Teilbereichen Arbeiten. In den Bereichen „Schwerverkehr“, „Logistik“, „Intervention“ und „Ordnungsdienst“ sind die Arbeiten abgeschlossen, im Bereich „Polizeihunde“ wurde die Arbeit vorerst eingestellt, und der Bereich „Gewässer“ wurde sistiert.

Im siebten Teilbereich „Gemeinsame Einsatzleitzentrale (GELZ)“ beschloss der Regierungsrat zunächst, auf eine Zusammenarbeit zu verzichten. Weil aber der Kanton Nidwalden für das gemeinsam zu beschaffende Einsatzleitsystem unter anderem zur Bedingung stellte, dass sich der Kanton Obwalden an GELZ beteiligt, hat der Regierungsrat angeboten, auf seinen früheren Entscheid zurückzukommen. Dieses für eine permanente Einsatzbereitschaft der Kantonspolizei wichtige Projekt eines neuen Einsatzleitsystems harret zurzeit noch eines Entscheids des Nidwaldner Regierungsrats.

### **Migration, Asyl- und Flüchtlingswesen**

Bereits im letzten Geschäftsbericht wurde unter diesem Politikbereich erwähnt, dass sich die diesbezügliche Lage im Verlauf des Jahres 2011 verändern könnte. Mit den Umstürzen in den Ländern Nordafrikas unter dem Begriff „Arabischer Frühling“ verstärkte sich der Migrationsdruck auf den europäischen Kontinent und damit auch auf unser Land in der Tat massiv. Die personellen und organisatorischen Veränderungen im Bundesamt für Migration tragen auch nicht dazu bei, den Eindruck zu erwecken, dass unser Land mit diesem Druck konsequent umgehen kann. Die Dauer der Asylverfahren und die Rechtsmöglichkeiten führen dazu, dass sehr viel mehr Unterkünfte notwendig sind, in denen Asylsuchende untergebracht werden können.

Auch im Kanton Obwalden sind geeignete Unterkünfte äusserst schwer zu finden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Kanton, den Gemeinden und der Caritas ist und bleibt unabdingbar, denn die Zahl der Asylsuchenden und Flüchtlinge hat zugenommen und wird in den nächsten Monaten nicht abnehmen. Dazu sind die politischen Verhältnisse in Nordafrika generell noch zu instabil.

### **Wirtschaft und Tourismus**

Wie am Anfang dieser Beurteilung der Lage festgestellt, waren auch der Kanton Obwalden und die im Kanton beheimateten Unternehmungen von den Auswirkungen der Finanz- und Währungskrise nicht ausgeschlossen. Insbesondere die exportorientierten Firmen spürten die Wirkung des „harten“ Franken-Kurses deutlich. Die Festlegung eines Mindestwechsellkurses für den Euro von Fr. 1.20 durch die Schweizerische Nationalbank brachte dabei nur eine bedingte

Linderung der Probleme. Es war und ist zwar ein hoher Arbeitsvorrat vorhanden, aber die Margen sind entsprechend gesunken. Die Unternehmen haben es grösstenteils in verdankenswerter Weise geschafft, die Auswirkungen der Krise kaum mit Entlassungen zu kompensieren. Sie haben andere Mittel wie etwa neue Arbeitszeitmodelle eingeführt. Erfreulich ist festzustellen, dass das Baugewerbe nach wie vor voll ausgelastet ist.

Es liegt im permanenten Interesse der politischen Behörden des Kantons, die Rahmenbedingungen für das Verbleiben angesiedelter und die Ansiedelung neuer Firmen stetig zu verbessern. Die früher in dieser Lagebeurteilung erwähnten steuerlichen Massnahmen sind dabei nur eine Seite. Unter dem Stichwort „Schaffen günstiger Voraussetzungen und Rahmenbedingungen“ sind zum Beispiel auch die folgenden Entscheide zu sehen, die von Regierungs- und Kantonsrat im Jahr 2011 gefällt wurden:

- Teilrevision des Baugesetzes: Möglichkeit der Schaffung von Arbeitszonen von kantonalem Interesse durch den Kanton im Einverständnis mit der betroffenen Gemeinde (Entscheid Kantonsrat am 17. April 2011);
- Umsetzung des Geoinformationsgesetzes des Bundes mit Anpassung der entsprechenden Verordnung über die amtliche Vermessung (Entscheid Kantonsrat am 1. Juli 2011);
- Zustimmung zu einem Beitrag von Fr. 750 000.– an das Micro Center Central Switzerland (MCCS) für das Jahr 2012 (Entscheid Kantonsrat am 3. November 2011).

Nicht nur die exportorientierten Unternehmungen, sondern auch der Tourismus als zweiter Hauptfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons hatte und hat unter den Auswirkungen der Finanz- und Währungs Krise zu leiden. Es waren in allen Tourismuszentren im Kanton Einbussen zu vermelden, wobei zu erwähnen ist, dass der Rückgang nicht nur währungsbedingt war, sondern auch bauliche Gründe hatten. Ein Kanton der Grösse Obwaldens spürt, wenn ein Hotel wie das „Paxmontana“ im Flüeli-Ranft seine Tore wegen des Umbaus geschlossen hat.

Der Regierungsrat ist bestrebt, Bedingungen zu schaffen, um den Kanton Obwalden als Anziehungspunkt für Touristinnen und Touristen aus nah und fern bekannt zu machen. Neben den jährlich stattfindenden Anlässen (Weltcup-Skispringen Engelberg, FIS-Europacup-Slalom Melchsee-Frutt, Einladung „Schweizerin/Schweizer des Jahres“ auf der Älggialp, Kulturfestival „OBWALD“ im „Gsang“ Giswil) sollen auch andere Ereignisse und Aktivitäten diesem Zweck dienen. Deshalb hat er im Jahr 2011 die Arbeiten zur Schaffung einer neuen Regionalen Tourismusorganisation für das Sarneraatal und den Kanton Nidwalden intensiviert und die dazu notwendigen Konzepte und rechtlichen Grundlagen einer breiten Vernehmlassung unterzogen. Entgegen der vor Jahresfrist an dieser Stelle geäusserten Absicht wird der Kantonsrat erst 2012 über die entsprechende Vorlage zu beraten haben, da die Arbeiten mit dem Kanton Nidwalden koordiniert wurden und angesichts der in der Vernehmlassung zu Tage getretenen, erwarteten Meinungsvielfalt Kompromisse einzugehen waren.

### **Bildung, Kultur und Sport**

Nach wie vor gehört ein *attraktives Bildungsangebot* mit einer entsprechenden modernen Bildungsinfrastruktur zu den wesentlichen Standortfaktoren. Neben dem erfreulicherweise vorhandenen kompetenten Lehrpersonal darf sich der Kanton Obwalden seit April 2011 an einem modernen Bau für die Kantonsschule Obwalden erfreuen. Für die Schülerinnen und Schüler wie auch für das Lehrpersonal fand somit das Lernen in Pavillons einen guten Abschluss, und ebenso ist mittlerweile mit der Vergabe des Auftrags für die Verpflegung in der Mensa der Kantonsschule an den Zürcher Frauenverein weiterhin für das leibliche Wohl gesorgt.

Im Jahr 2011 wurde zur Tatsache, was bereits vor Jahresfrist zu erwarten war: Die Auflösung des *Konkordats der pädagogischen Hochschule der Zentralschweiz (PHZ)* wurde beschlossen,

und der Kantonsrat stimmte am 1. Juli 2011 einer Vereinbarung der Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug zu, mit welcher die Aufhebung des PHZ-Konkordats besiegelt wurde. Dass sich die Situation im Bereich des *Fachhochschulkonkordats* (FHZ) mittlerweile erfreulich entwickelt hat, wurde eingangs dieser Lagebeurteilung bereits festgestellt.

Der Kanton Obwalden selbst ist bereit, sich jederzeit dem Wettbewerb zu stellen, wenn es darum geht, *kantonsübergreifende Lerninstitute* aufzunehmen. Lage und Rahmenbedingungen sind vorhanden, um Auszubildenden aus der ganzen Zentralschweiz ein attraktives Lernumfeld zu schaffen. Die Zentralschweizer Interessengemeinschaft Gesundheitsberufe Zentralschweiz (ZIGG) ist bereits in Alpnach beheimatet.

*Kulturpolitisch* ist zu vermerken, dass der Kantonsrat am 1. Juli 2011 einem einmaligen Investitionsbeitrag an die Neugestaltung der Dauerausstellung des Museums Bruder Klaus in Sachseln von 250 000 Franken zugestimmt hat. Damit wird die Bedeutung des heiligen Niklaus von Flüe für die Geschichte unseres ganzen Landes unterstrichen. Im Weiteren ist das Volkskulturfestival OBWALD bereits in der sechsten Auflage erfolgreich durchgeführt worden und hat schweizweit wiederum grosse Resonanz gefunden. Diesem „sonderbaren Festival“ wurde auch für die nächsten drei Jahre die Unterstützung zugesichert.

Schlussendlich ist im *Sportbereich* das vom Kantonsrat am 27. Januar 2011 verabschiedete Sportförderungsgesetz am 1. August 2011 in Kraft getreten.

### **Raumplanungspolitik/Raumentwicklung**

Die Landschaft prägt die Identität des Kantons Obwalden. Auch sie ist ein wichtiger Standortfaktor. Gleichzeitig sind die Ansprüche an den Landschaftsraum sehr vielfältig. Der kantonale Richtplan von 2007 formuliert die zentralen Stossrichtungen für die räumliche Entwicklung des Kantons. Zusammen mit der Steuerstrategie und dem Kantonsmarketing stellt er ein zentrales Element für die Umsetzung der Langfriststrategie 2012+ dar. Der Richtplanbericht vom 18. Januar 2011 enthält einen umfassenden Überblick der Planungsgrundlagen in den Bereichen Landschaftsentwicklung, Tourismus, Baukultur, Ortsbildschutz, Bauzonengrenzen und Bauzonenerweiterungen, Gesamtverkehr und Raumbewertung. Zu zentralen Richtplanprojekten sind 2011 weitere Konkretisierungsschritte erfolgt. Zudem hat der Regierungsrat in diesem Bericht auf der Grundlage von gesamtkantonalen Entwicklungsprognosen und unter Berücksichtigung der bestehenden Baulandkapazitäten für die einzelnen Gemeinden Eckwerte für den Wohnflächen- und für den Wirtschaftsflächenbedarf bis 2025 bestimmt. Diese Eckwerte dienen als Diskussionsgrundlage für die Beurteilung der laufenden Ortsplanungen.

Für die Anwendung der Softwarelösung *GemDat Pegasus* in der Verfahrensadministration der Bauverwaltung hat die kantonale Baukoordination in Zusammenarbeit mit den Bauämtern, dem Informatikleistungszentrum Obwalden/Nidwalden (ILZ) und den kantonalen Fachstellen die einzelnen relevanten Verfahrensabläufe soweit erfasst und bereinigt, als dies für die informatikmässige Umsetzung erforderlich ist.

### **Umwelt und Verkehr**

Der Hochwasserschutz – primär derjenige im Sarneraatal – beschäftigte die politischen Behörden und die Bevölkerung auch im Jahr 2011. Bereits am 27. Januar 2011 genehmigte der Kantonsrat einen Zusatzkredit für die umfassende Planung der Variante „Sarneraatal mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“ von 1,1 Millionen Franken. Dieser Kredit ergänzt den Kredit von 1,8 Millionen Franken, welchen die Obwaldner Stimmbürger mit der Annahme der diesbezüglichen Volksinitiative am 26. September 2011 bereits gesprochen hatte. Er wurde notwendig, weil – wie der Regierungsrat schon im Vorfeld der Abstimmung deutlich gemacht hatte – die mit der Annahme der Initiative genehmigten 1,8 Millionen Franken für einen aussagekräftigen Vergleich der „Stollenvariante“ mit der Variante „Sarneraatal tiefergelegt und verbreitert“ nicht ausrei-

chen würden. Weil die Arbeiten am Projekt „Hochwasserschutz im Sarneraatal“ umfangreicher als erwartet (pflichtige TU-Ausschreibung) und die personellen Ressourcen im Bau- und Raumentwicklungsdepartement begrenzt sind, wird der Kantonsrat entgegen den Erwartungen des Regierungsrats nicht 2012, sondern erst im Frühjahr 2013 einen Variantenentscheid treffen können.

Erfreulicherweise macht der Hochwasserschutz in Engelberg Fortschritte. So genehmigte der Kantonsrat am 14. April 2011 das Projekt Fangtobel und sprach damit Kredite für das Projekt selbst (maximal 495 000 Franken) und für den Ersatz der Kantonsstrassenbrücke über den Fanggraben (950 000 Franken).

Zwei weitere Themen aus dem umweltpolitischen Bereich erscheinen dem Regierungsrat an dieser Stelle als erwähnenswert, weil die politischen Diskussionen darüber nicht abgeschlossen sind:

- Der Kantonsrat genehmigte am 1. Juli 2011 die kantonale Naturschutzzone Hanenried und die Gewässerraumzone Kleine Melchaa in den Gemeinden Sachseln und Giswil. Beim Thema „Gewässerräume“ prallen unterschiedlichste Meinungen aufeinander. Für die einen wird zu viel getan (Landwirtschaft), für andere zu wenig (Umwelt). Im Kantonsrat wurde am 26. Januar 2012 eine Motion eingereicht, welche den Regierungsrat beauftragt, beim Bundesrat bezüglich der Gewässerschutzbestimmungen zu intervenieren.
- Der Regierungsrat erliess im November 2011 die Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete. Sie wird erst mit Genehmigung durch den Kantonsrat in Kraft treten, was aber erst möglich sein wird, wenn die zuständigen Gerichtsinstanzen über zwei Beschwerden entschieden haben. Bis zur Genehmigung durch den Kantonsrat gilt die vom Regierungsrat erlassene Planungszone über die unbestrittenen Wildruhegebiete.

Im Bereich des *Individualverkehrs* machten die Arbeiten an der Umfahrung Lungern der A8 im Jahr 2011 die erwarteten Fortschritte. Der Bau ist gemäss Zeitplan fortgeschritten, und einer Eröffnung dieses Autobahnabschnitts auf der Strecke Luzern – Interlaken im Dezember 2012 sollte nach menschlichem Ermessen nichts mehr im Wege stehen. Der Regierungsrat geht davon aus, dass sich von dieser Umfahrung besonders in der sommerlichen Ferienzeit eine wesentliche Entlastung des Dorfkerns von Lungern ergibt.

Im Weiteren fanden 2011 auch Gespräche auf verschiedenen Ebenen im Zusammenhang mit dem Vollanschluss A8 Alpnach-Süd statt, zu welchem das Bundesamt für Strassen (ASTRA) ja bereits 2010 die Genehmigung erteilt hat.

Zum *öffentlichen Verkehr* leistete der Kantonsrat bereits am 27. Januar 2011 einen wichtigen Beitrag, indem er einer Vereinbarung des Kantons mit den Engelberger Autobetrieben und der Gemeinde Engelberg über Beiträge an den Ortsbus Engelberg zustimmte. Dieser Beitrag ist aus Sicht des Regierungsrats für den Tourismus in Engelberg besonderes während der Wintersaison von Bedeutung.

Mit Spannung und mit einer gewissen Sorge beobachtet der Regierungsrat die Entwicklungen auf dem Netz der Zentralbahn. Schon vor Jahresfrist hielt er an dieser Stelle fest, dass die Variantenwahl rund um den „Flaschenhals“ Hergiswil die Fahrplangestaltung auf der Linie Luzern – Interlaken wesentlich beeinflussen wird – auch dies ein wichtiger Faktor für die Attraktivität des Standortes Obwalden. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass sich die Sistierung des Ausbaus in Hergiswil nicht auf den Fahrplan auswirken darf. Aus diesem Grund kann die Haltestelle „Matt“ vorübergehend nicht bedient werden.

## **Energie und Telekommunikation**

*Energiapolitisch* darf das Jahr 2011 grundsätzlich als sehr erfolgreiches Jahr für den Kanton Obwalden beurteilt werden, durften doch die sieben Gemeinden des Kantons Obwalden am 15. Dezember 2011 in Anwesenheit der Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), Frau Bundesrätin Leuthard, mit Stolz das Label „Energienstadt Obwaldner Gemeinden“ entgegennehmen. Die entsprechende Beschilderung an den Eingängen zu den Obwaldner Gemeinden ist sichtbares Zeichen dieser energiepolitisch vorbildlichen und wegweisenden Entwicklung.

Einen energiepolitischen Dämpfer musste die Region Zentralschweiz Ende November zur Kenntnis nehmen, beschloss doch der Bundesrat, auch nach Abschluss der ersten Etappe des Sachplans geologische Tiefenlager den Standort Wellenberg für schwach- und mittelradioaktive Abfälle trotz geologischer Mängel weiter zu verfolgen. Im Interesse der Gemeinde Engelberg wird der Regierungsrat die weiteren Entwicklungen gemeinsam mit dem Kanton Nidwalden verfolgen.

Im Übrigen genehmigte der Kantonsrat am 14. April 2011 mit einer Teilrevision des Baugesetzes die Umsetzung des 2009 formulierten Energiekonzeptes.

Im *Telekommunikationsbereich* mussten Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Obwalden 2011 eine Enttäuschung verkraften, konnten doch die Absichten des Elektrizitätswerks Obwalden (EWO), ein kantonales Glasfasernetz aufzubauen, nicht umgesetzt werden. Der Grund dafür ist der überraschende direkte Markteintritt eines Schweizerischen Grosskonzerns. Der Kantonsrat hatte am 28. Januar 2010 einer entsprechenden Neuinvestition des EWO in Höhe von 31 Millionen Franken zugestimmt. Der Regierungsrat bedauert diese Entwicklung ausserordentlich, würde doch eine den heutigen Ansprüchen gerecht werdende Kommunikationstechnologie wiederum einen wichtigen Beitrag an die Standortattraktivität des Kantons bedeuten.

## **Schlussbemerkungen**

Der Kanton Obwalden hat die letzten, im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 stehenden Jahre wirtschaftlich vergleichsweise gut überstanden. Er hat mit einer zweckmässigen Finanzpolitik eine gute Grundlage gelegt, um die nächsten Jahre, die von den Auswirkungen der seit über einem Jahr schwelenden Finanz- und Währungs Krise geprägt sein werden, wirtschaftlich und finanziell so gut wie möglich bewältigen zu können. Die mit der Umsetzung der Steuerstrategie 2006 begonnene Arbeit wurde im Jahr 2011 von Kantons- und Regierungsrat mit vielen Entscheiden konsequent fortgesetzt.

Die finanziellen Perspektiven für die nächsten Jahre werden künftig noch vermehrt eine konsequente Ausgabenpolitik erfordern. Dank den Schwankungsreserven werden aber auch diese Jahre voraussichtlich ohne Defizite und ohne Änderung des Steuersatzes überstanden werden können.

Weil die Konkurrenz im Standort- und Steuerwettbewerb nicht schläft, werden Kantons- und Regierungsrat weiterhin an entsprechenden Rahmenbedingungen zu arbeiten haben, damit der Kanton Obwalden auch künftig ein attraktiver Standort bleibt.

## **2.3 Umsetzung der Schwerpunktprojekte gemäss Kapitel 23.1 IAFP 2011 bis 2014**

### **2.3.1 Die Amtsdauerplanung 2010 bis 2014 ist in der kantonalen Verwaltung verankert.**

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat die Amtsdauerplanung 2010 bis 2014 zur Beratung überwiesen.

Die gemäss Amtsdauerplanung für 2011 gesetzten Ziele sind erreicht, die zu ergreifenden Massnahmen sind umgesetzt.

Der Kantonsrat hat am 27. Januar 2011 die Amtsdauerplanung des Regierungsrats 2010 bis 2014 zustimmend zur Kenntnis genommen mit einer Anmerkung, dass er über die Entwicklung bei den Wirtschaftsdelikten unterrichtet werden möchte.

Deren Ziele und Massnahmen fliessen in die tägliche Arbeit ein. Die regierungsrätlichen und departementalen Ziele in der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2012 bis 2015 sind mit wenigen Ausnahmen von der Amtsdauerplanung abgeleitet oder als konkrete Massnahmen darin aufgeführt. Der Stand der Umsetzung ist bei den Zielen der dafür zuständigen Departemente jeweils ausgewiesen.

Der Regierungsrat hat sich im Jahr 2011 verschiedentlich mit Massnahmen befasst, deren Umsetzung im Berichtsjahr vorgesehen war. Umgesetzt wurden u.a. die Ziele der Wirtschaftsförderung, das Jahr des Waldes, der Jugendkulturraum, der Aufbau der Fachstelle für Gesellschaftsfragen, Schutz- und Nutzungsplanungen, Ausbauten im öffentlichen und Individualverkehr, Kultur- und Sportprojekte, Records Management, andere wurden aus nachvollziehbaren Gründen verschoben (z. Bsp. Spitalstrategie nach Abstimmung über Bettentrakt, Prüfung Revision Gesundheitsgesetz), wieder andere benötigen etwas länger Zeit (z. Bsp. Versorgungskette im Pflegebereich). Aus Sicht des Regierungsrats befindet sich die Umsetzung der Amtsdauerplanung auf gutem Weg.

Der Regierungsrat beurteilt es im Übrigen als noch zu früh, bereits nach einem Jahr vertieft über den Stand der Realisierung der gesamten Amtsdauerplanung zu berichten, weil sich die Umsetzung von über 85 Prozent der vorgesehenen Massnahmen über mehr als ein Jahr erstreckt. Er erachtet es jedoch als sinnvoll, im Rahmen des Geschäftsberichts 2012 – also bei „Halbzeit“ der aktuellen Amtsdauerplanung – detaillierter über den Stand der Erreichung der Wirkungsziele und der Umsetzung der Massnahmen Rechenschaft abzulegen.

### **2.3.2 Der zweite Schritt der Steuerstrategie ist für die Umsetzung ab dem 1. Januar 2012 vorbereitet.**

Die Volksabstimmung über die Steuergesetzrevision ist zeitgerecht für die Umsetzung ab 1. Januar 2012 durchgeführt.

Die Obwaldner Bevölkerung hat dem zweiten Schritt der Steuerstrategie am 23. Oktober 2011 mit fast 90 Prozent zugestimmt. Der Nachtrag zum Steuergesetz tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

### **2.3.3 Im Kantonsspital Obwalden sind die Erneuerung des Pflegebereichs und die Anpassung des ambulanten Bereichs an künftige Bedürfnisse vorangetrieben.**

Der Realisierungsstand des Neubaus des Bettentrakts im Kantonsspital Obwalden entspricht dem vorgegebenen Projektplan (Entscheide Kantonsrat Objektkredit, Volksabstimmung).

Der Kantonsrat hat am 1. Dezember 2011 dem Objektkredit für den Umbau und Ersatz des Bettentrakts des Kantonsspitals Obwalden mit 52 zu null Stimmen bei zwei Enthaltungen zugestimmt. Die Volksabstimmung zu diesem Geschäft findet am Sonntag, 11. März 2012 statt.

### 2.3.4 Die Erarbeitung der Grundlagen für einen Variantenentscheid zur Hochwassersicherheit im Sarneraatal durch den Kantonsrat verläuft planmässig.

Die Vorbereitungen der Grundlagen für den Variantenentscheid durch den Kantonsrat im Sommer 2012 entsprechen dem vom Regierungsrat genehmigten Vorgehensplan.

Das Projekt Hochwassersicherheit Sarneraatal ist ein umfassendes, vielschichtiges Projekt, das im Wesentlichen aus den beiden Projektvarianten „Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“ und „Sarneraa tiefer gelegt und verbreitert“ sowie der Regulierung Sarnersee besteht. Der vom Stimmvolk erteilte Auftrag umfasst die Erarbeitung der Bauprojekte für beide Hochwasserschutzvarianten, die Durchführung eines Variantenvergleichs sowie den anschliessenden Variantenentscheid. Ergänzend wurde vom Volk entschieden, dass bei der Projektvariante „Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“ die Kostenermittlung für den Hochwasserentlastungsstollen im Totalunternehmerverfahren als funktionale Ausschreibung zu erfolgen hat.

*Projektvariante „Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“*

Im Jahr 2011 standen bei dieser Variante die Erarbeitung des Vorprojekts und die Ausarbeitung der funktionalen Ausschreibung für Totalunternehmer im Vordergrund. Damit diese Ziele erreicht werden konnten, mussten umfangreiche Arbeiten geleistet, Weichenstellungen vorgenommen und zahlreiche Entscheide gefällt werden.

Die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für die Totalunternehmerofferten stellte teilweise Pionierarbeit dar. Zumindest schweizweit gibt es bisher keine Erfahrungen in Hochwasserschutzprojekten dieser Grössenordnung, bei welchen Totalunternehmer-Offerten (TU) beigezogen werden, bevor ein rechtskräftiger Variantenentscheid gefällt ist. Im Weiteren galt es bei der TU-Ausschreibung zu berücksichtigen, dass hierfür wichtige SIA-Normen und Ordnungen explizit für Einzelleistungsträger und damit nicht für Totalunternehmer konzipiert sind. Folglich musste ein Weg gefunden werden, diese Normen anzuwenden, beruhen doch die ganzen Regeln der Baukunst auf diesen Normenwerken.

Nachdem im Jahr 2011 die wesentlichen Arbeiten des Vorprojekts und der Erarbeitung der Totalunternehmerausschreibung geleistet wurden, stehen bei der Projektvariante „Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“ bis zum Variantenvergleich folgende Arbeiten an:

Leistungen	Termine
– Vernehmlassung Vorprojekt bei kantonalen Fachstellen, Gemeinden, Interessenorganisationen etc. und beim Bundesamt für Umwelt (BAFU)	bis Mitte Juli 2012
– Erstellung der Totalunternehmerofferten durch Totalunternehmer für Stollenbauwerk	bis Ende Juli 2012
– Ausarbeitung Bauprojekt für übrige Projektteile durch Projektgenieure und Umweltfachpersonen	bis Ende Juli 2012
– Prüfung und Beurteilung der Totalunternehmerofferten durch Bauherr sowie Beratung und vorbehältliche Vergabe durch Regierungsrat	bis Ende Dezember 2012
– Zusammenführung von Siegerprojekt Totalunternehmer mit	bis Ende Dezember 2012

<b>Leistungen</b>	<b>Termine</b>
übrigen Projektteilen  – Einholung von schriftlicher Stellungnahme zur Projektvariante beim BAFU für Variantenvergleich und -entscheid (z.B. zum Subventionssatz)	bis Ende Februar 2013

*Projektvariante „Sarneraa tiefer gelegt und verbreitert“*

Bei der Projektvariante „Sarneraa tiefer gelegt und verbreitert“ liegt seit Ende Juni 2009 der Entwurf des Bauprojekts vor. Daraufhin wurde die Vernehmlassung bei den kantonalen Fachstellen, den Gemeinden, Interessenorganisationen sowie beim BAFU durchgeführt. Die Projektvariante wird sehr kontrovers beurteilt. Die Stellungnahmen widersprechen sich zumindest teilweise.

Bis zum Variantenvergleich sind bei dieser Projektvariante folgende Arbeiten zu leisten:

<b>Leistungen</b>	<b>Termine</b>
– Festlegung der Anpassungen am Entwurf Bauprojekt aufgrund der Vernehmlassung durch Projektsteuergruppe und unter Umständen unter Einbezug Regierungsrat	bis Ende April 2012
– Anpassung Bauprojekt durch Projektgenieure und Umweltfachpersonen	bis Ende Dezember 2012
– Einholung von schriftlicher Stellungnahme zur Projektvariante beim BAFU für Variantenvergleich und -entscheid (z.B. zum Subventionssatz)	bis Ende Februar 2013

*Variantenvergleich*

Nachdem die beiden Projektvarianten des Hochwasserschutzprojekts vorliegen, kann der Variantenvergleich durchgeführt werden. Vorgängig müssen jedoch die Ziele und Unterziele inklusive Indikatoren (Indikatoren beschreiben die Auswirkungen der Varianten auf die Ziele und Unterziele) sowie die Gewichtung der Ziele / Unterziele festgelegt werden, um Interessenskonflikte zu vermeiden:

<b>Leistungen</b>	<b>Termin</b>
– Festlegung des Zielsystems (Ziele, Unterziele) der Indikatoren und der Gewichtung	bis Ende Dezember 2012
– Durchführung Variantenvergleich	Frühling 2013
– Variantenentscheid durch Kantonsrat	Frühsommer 2013
– Volksabstimmung über Baukredit	Herbst 2013

*Regulierung Sarnersee*

Unabhängig vom Variantenentscheid beim Hochwasserschutzprojekt wird die Abflusskapazität aus dem Sarnersee markant vergrößert. Dadurch wird das Wasserstandsregime im Sarnersee verändert. Der heute nicht regulierte Seestand wird künftig, gemäss einem neu zu erarbeitenden Wehrreglement, reguliert werden müssen.

Änderungen des Pegelstandregimes am Sarnersee können sich auch in weiter Ferne des Wehrs auswirken. Die künftige Regulierung des Sarnersees betrifft somit einen grossen Interessen- und Personenkreis. Um die Anliegen der verschiedensten Personengruppen zu berücksichtigen, daraus einen allseits akzeptierten Kompromiss zu formen, welcher den Hochwasserschutz an Sarnersee und entlang der Sarneraa sicherstellt, sind diese Arbeiten umgehend zu starten.

Damit der Kanton Obwalden beim Hochwasserschutzprojekt die Bundessubventionen vollumfänglich erhalten kann, muss unter anderem das notwendige Wehrreglement zwingend zeitgleich mit dem Hochwasserschutzprojekt aufgelegt werden.

Folgende Arbeiten sind im Bereich Regulierung Sarnersee vorgesehen:

Leistungen	Termine
– Festlegung des Zielsystems (Zielbereiche und Minimalziele) der Indikatoren und der Gewichtung	bis Ende Jahr 2012
– Ermittlung der zulässigen und effizienten Reguliervarianten und Bestimmung der Bestvariante mit Umsetzung in Wehrreglement	bis Auflage Hochwasserschutzprojekt

#### *Fazit*

Das Projekt Hochwassersicherheit Sarneraatal hat sich als deutlich anspruchsvoller und vielschichtiger erwiesen, als es der Projektauftrag seinerzeit erahnen liess. Das Engagement der Projektleitung und weiterer Mitarbeiter liegt deutlich über den damals getroffenen Annahmen. Dieser umfassende Einsatz ist jedoch notwendig, um allfällige Schwachstellen frühzeitig erkennen und Fehlentwicklungen korrigieren zu können. Aufgrund der Komplexität und Fülle der Vorbereitungsarbeiten konnte der Termin Dezember 2012 nicht eingehalten werden. Deshalb wurde der Variantenentscheid durch den Kantonsrat neu auf Frühsommer 2013 terminiert.

#### **2.3.5 Die Vorbereitungen für die Umsetzung des Programms zur Priorisierung staatlicher Aufgaben und Leistungen ab 2012 – insbesondere Planung sowie interne und externe Information – sind abgeschlossen.**

Das Priorisierungsprogramm (mit Wirkung ab 1. Januar 2012) ist soweit notwendig im Kantonsrat behandelt und bereinigt.

Das 2010 gestartete Priorisierungsprogramm wurde 2011 weitergeführt. Dabei konnte der Voranschlag 2011 und die Rechnung 2011 bereits wirksam entlastet werden. Die ab dem Jahre 2012 wirksamen Entlastungen wurden von der Projektgruppe erarbeitet und durch den Regierungsrat verabschiedet.

## Strategische Kennzahlen 2011

Mit der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) 2012 hat der Regierungsrat dargelegt, dass er in Zukunft im Rahmen des IAFP auf die Darstellung von Kennzahlen mit Zielsetzungen verzichte. Diese sollen vielmehr im Geschäftsbericht im Sinne eines Controllings aufgelistet werden. Mit dem Geschäftsbericht 2011 erfolgt nun erstmals die Rechenschaftablage in neuer Form. Verschiedene Angaben über das Jahr 2011 liegen noch nicht vor. Die Kommentierung der Kennzahlen bezieht sich deshalb auf die letzte, vorhandene Fassung.

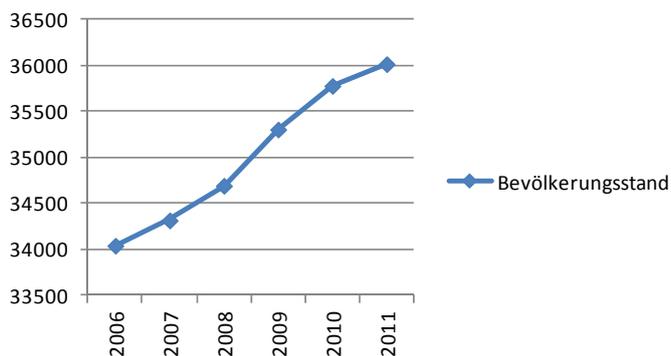
Andere Kennzahlen werden nicht jährlich oder wurden erstmals erhoben, weshalb dafür keine Zahlenreihen vorliegen. Durch die Nachführung in künftigen Geschäftsberichten lässt sich dann die Entwicklung nachverfolgen.

**Leitidee 1: Steigerung des Volkseinkommens durch Wachstum**

Kennzahl	2010	2011
Bevölkerungsstand gemäss Einwohnerkontrolle	35 779	36 016
	+474	+237

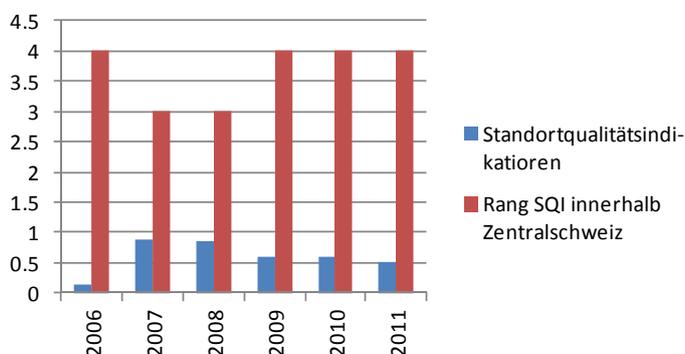
*Zwar ist die Zunahme der Wohnbevölkerung 2011 erstmals seit 2007 unter dem strategischen Ziel von 300 Personen geblieben. Im Durchschnitt der letzten 6 Jahre lag sie bedeutend darüber.*

**Entwicklung seit 2006**



Standortqualitätsindikator (SQI) der CS	0.6	0.5
Rang in der Zentralschweiz	4	4

*Durch die laufenden Anpassungen der Steuergesetzgebungen in anderen Kantonen nähert sich Obwalden dem schweizerischen Schnitt (entspricht 0).*

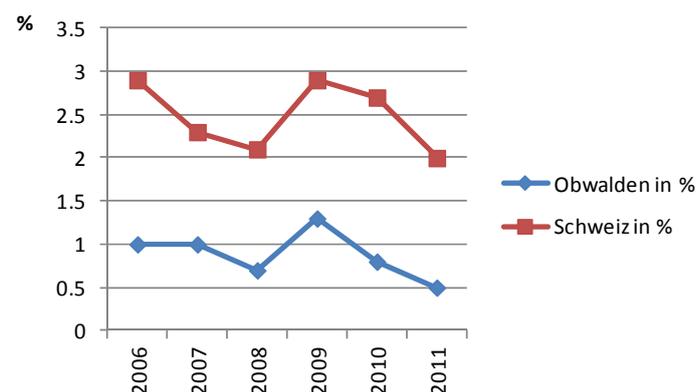


Entwicklung der Bauland- und Mietpreise im Vergleich zur Schweiz

*Auftrag zur Erhebung 2011 erteilt, Ergebnis liegt noch nicht vor*

Jugendarbeitslosigkeit 15- bis 19-Jährige		
OW in % Ende November	0.8	0.5
CH in % Ende November	2.7	2

*Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit liegt Obwalden deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt.*



### Leitidee 3: Nutzen überregionaler Standortpotenziale im Tourismus

**Kennzahl**

Gästeentwicklung in Obwalden im Verhältnis zur Schweiz

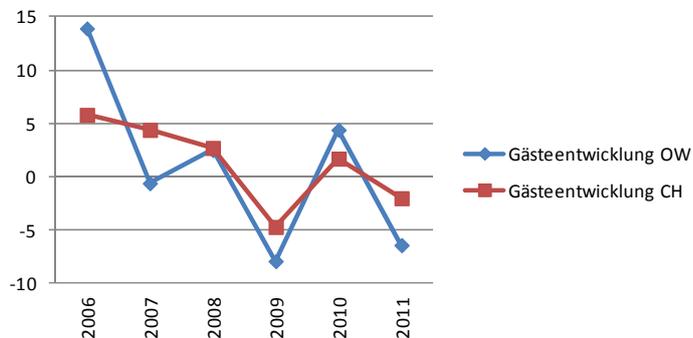
*Die Übernachtungszahlen im Kanton folgten den Ausschlägen dem schweizerischen Durchschnitt, allerdings mit deutlichen Abweichungen. Während Engelberg eine leichte Zunahme verzeichnete, haben sich die Zahlen im Sameraatal deutlich verschlechtert.*

*Der Tourismus leidet besonders unter der währungspolitisch schwierigen Situation. Mit dem neuen Tourismusgesetz soll die Vermarktung gestärkt und diesem Trend entgegen gewirkt werden.*

**2010**  
OW: 4,4 %  
CH: 1,7 %

**2011**  
OW: -6,4 %  
CH: -2 %

**Entwicklung seit 2006**



**Leitidee 4: leistungsfähiges, attraktives Bildungswesen**

**Kennzahl**

Anteil der Sekundarstufen 2 Abschlüsse der 25-Jährigen

Gymnasiale Maturitätsquote

*Wegen der insgesamt kleinen Grundmenge gibt es immer wieder erhebliche Ausreisser in einzelnen Jahrgängen. Die gymnasiale Maturitätsquote ist insgesamt stabil geblieben.*

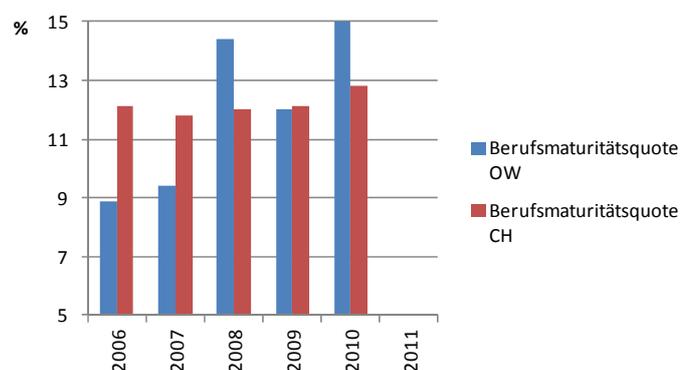
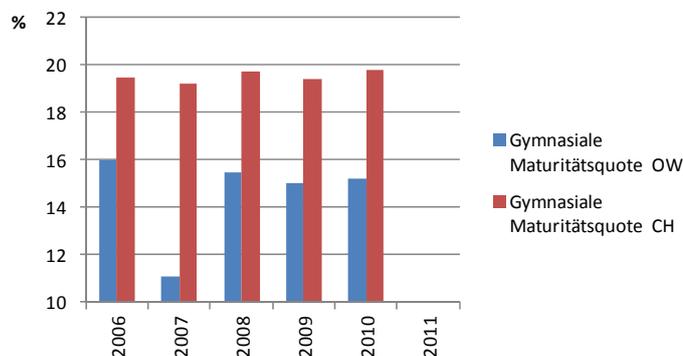
Berufsmaturitätsquote

*Das Interesse für die Berufsmaturität liegt weiterhin deutlich über dem gesamtschweizerischen Schnitt, was auf ein gutes Ausbildungsniveau der Lehrlinge hindeutet und mit der tieferen gymnasialen Maturitätsquote korreliert*

**2010**    **2011**

**Entwicklung seit 2006**

*Steht vom Bundesamt für Statistik nicht zur Verfügung*



**Leitidee 5: bedarfsgerechte, gute medizinische und pflegerische Grundversorgung**

**Kennzahl**

Gesundheitskosten in der obligatorischen Krankenversicherung pro Kopf und Jahr

*Die Gesundheitskosten im Kanton Obwalden trotz erfreulicherweise dem gesamtschweizerischen Trend und liegen erheblich tiefer.*

Quote der im Kantonsspital behandelten Patientinnen und Patienten

*Der Anteil, der im Kantonsspital behandelten Patientinnen und Patienten erreicht dank des guten Angebots mehr als die Hälfte aller möglichen Fälle. Mit einem neuen Bettentrakt dürfte sich diese Zahl erheblich verbessern.*

Entwicklung Spitalkosten Obwalden

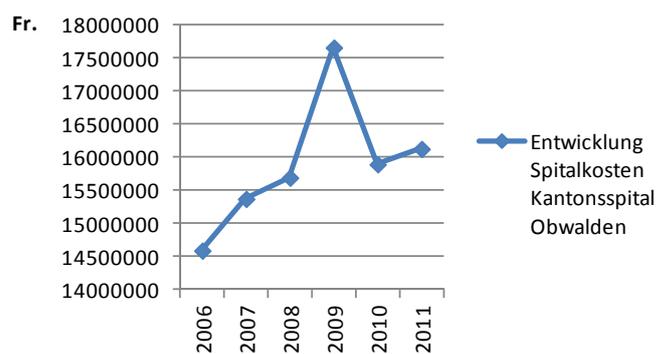
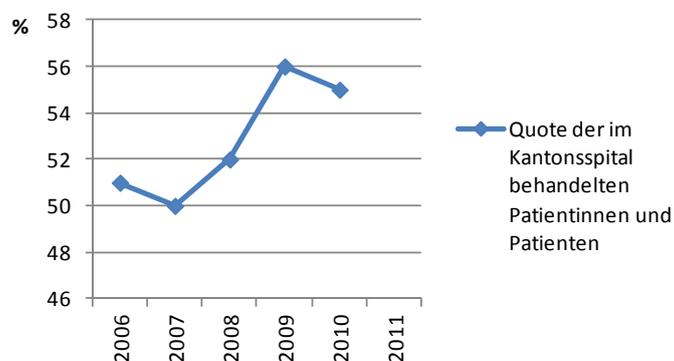
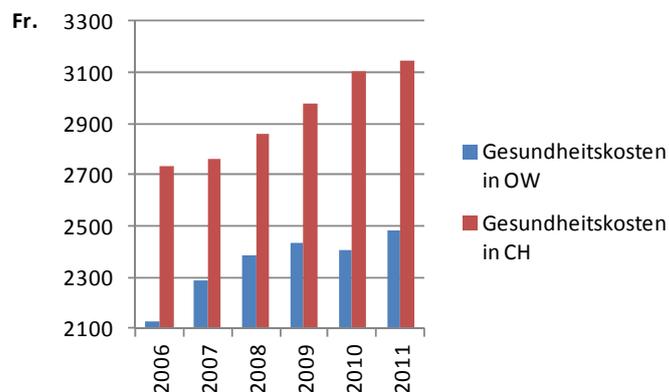
*Die Spitalkosten konnten trotz Verbesserung des Angebots im Griff gehalten werden. Der Ausschlag im Jahre 2009 ist auf die Anschaffung eines Computertomografen zurückzuführen.*

2010	2011
OW 2406	OW 2485
CH 3104	CH 3444

55 %

Fr.	Fr.
15899437	16133123

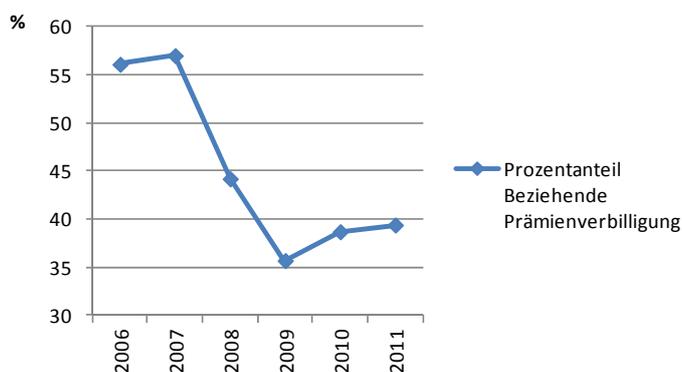
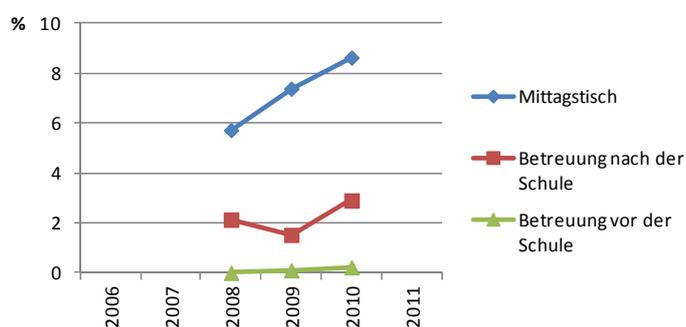
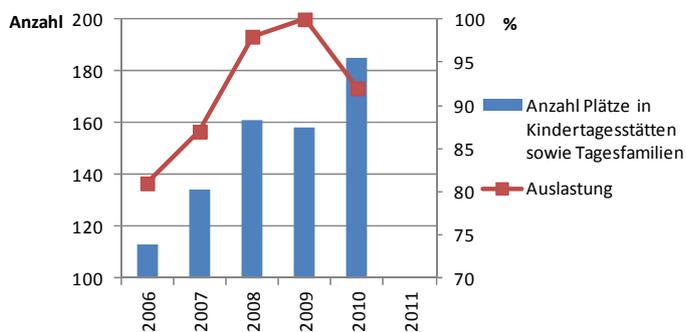
**Entwicklung seit 2006**



**Leitidee 6: Integrale Familienpolitik**

Kennzahl	2010	2011
Anzahl Plätze in Kindertagesstätten sowie Tagesfamilien Auslastung	185  92 %	
<i>Das Tagesbetreuungsangebot wird stark benutzt. Die Auslastung sinkt nur bei neuen Angeboten.</i>		
Nutzung der Tagesstrukturen Mittagstisch	8,63 %	
Betreuung nach	2,90 %	
Betreuung vor der Schule	0,22 %	
<i>Die Mittagstische erfreuen sich – aber auf relativ tiefem Niveau – wachsender Beliebtheit, während die Betreuung vor und nach der Schule im geringeren Masse nachgefragt wird.</i>		
Prozentanteil Beziehende Prämienverbilligung an der Bevölkerung	38.7 %	39.4 %
<i>Weil betragsmässig keine grosse Änderung vorgenommen wurden, darf festgestellt werden, dass die strategischen Ziele der Prämienverbilligung zielgerichtet umgesetzt werden.</i>		

**Entwicklung seit 2006**



**Leitidee 7: Sicheres Umfeld**

Kennzahl	2010	2011
Straftaten nach Strafgesetzbuch und Aufklärung	1317 36,8 %	1495 38,0 %

*Die Anzahl Straftaten hat tendenziell zugenommen. Die Aufklärungsrate konnte leicht gesteigert werden.*

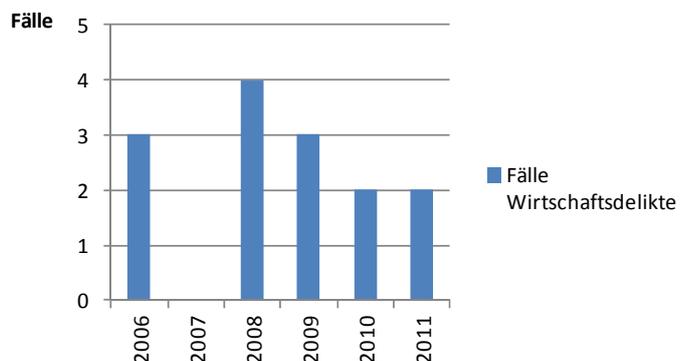
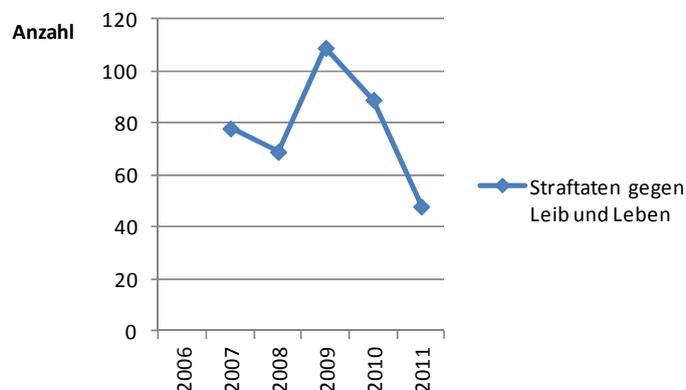
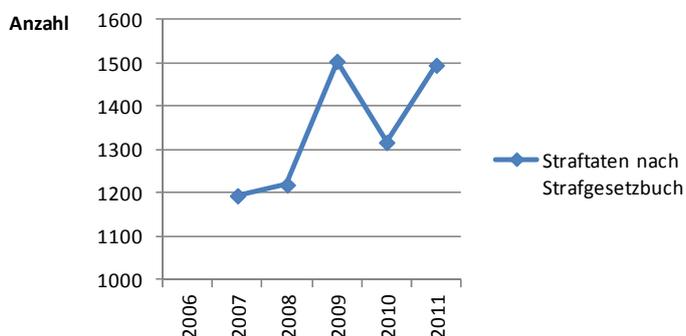
Straftaten gegen Leib und Leben und Aufklärung	89 90,5 %	48 91,7 %
--	--------------	--------------

*Erfreulicherweise sinkt die Zahl der Straftaten gegen Leib und Leben. Die Aufklärungsquote bleibt erfreulich hoch.*

Fallstatistik Wirtschaftsdelikte (neue Fälle)	2	2
---	---	---

*Die Anzahl Wirtschaftsdelikte ist weiterhin erfreulich tief. Aus den Vorjahren sind – wegen personellen Problemen – noch 8 Fälle hängig.*

**Entwicklung seit 2006**



**Leitidee 8: Entwicklung auf der Talachse im Sarneraatal**

**Kennzahl**  
Nicht überbautes  
Wohnbauland

*Die Erfassung von nicht überbautem eingezonten Wohnbauland erweist sich als schwierig und erfolgt anhand der angefragten Grundeigentümer durch die Standort Promotion. Die Zahlen der Vorjahre (< 2011) sind mit Vorbehalten behaftet.*

Nicht überbautes  
Industrie- und Ge-  
werbeland

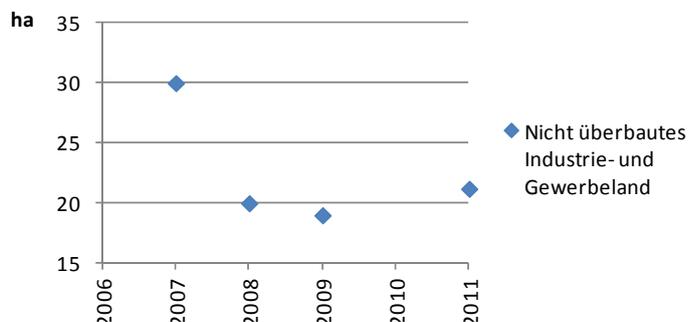
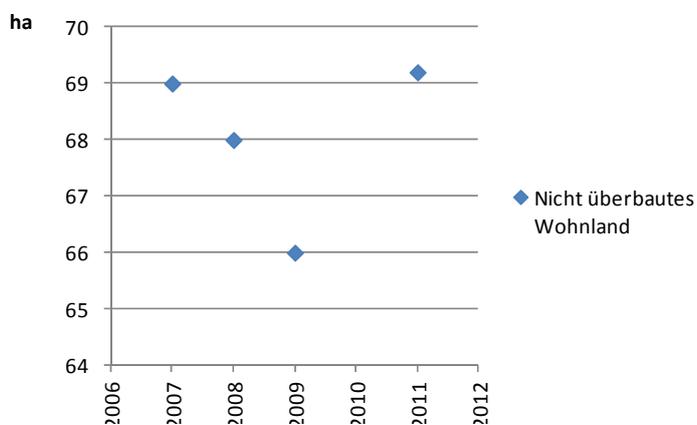
*Die Erfassung von nicht überbautem eingezonten Industrie- und Gewerbeland erweist sich als schwierig und erfolgt anhand der angefragten Grundeigentümer durch die Standort Promotion. Die Zahlen der Vorjahre (< 2011) sind mit Vorbehalten behaftet.*

**2010**

**2011**  
69,2 ha

21,2 ha

**Entwicklung seit 2006**



**Leitidee 9: intakte Umwelt**

**Kennzahl**

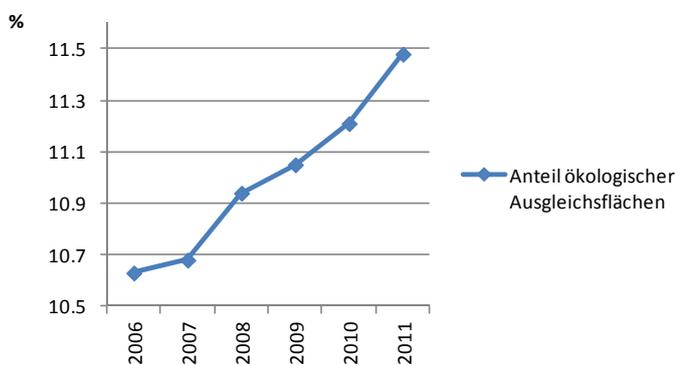
Anteil ökologischer Ausgleichsflächen an landwirtschaftlichen Nutzflächen

*Der Anteil der für die Biodiversität wichtigen ökologischen Ausgleichsflächen steigt stetig.*

**2010**  
11,21  
%

**2011**  
11,48  
%

**Entwicklung seit 2006**

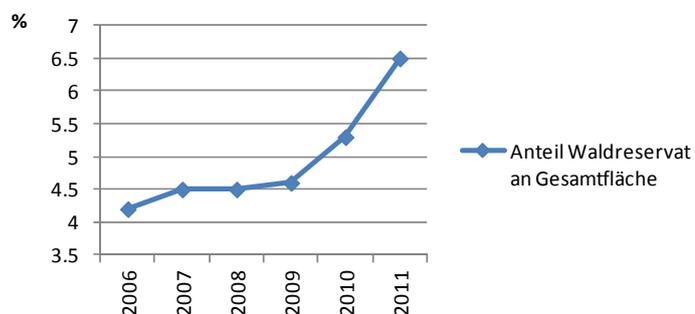


Anteil Waldreservat an Gesamtfläche

*Entsprechend der Programme nimmt der Anteil der Waldreservatsflächen zu.*

**5,3**  
%

**6,5**  
%

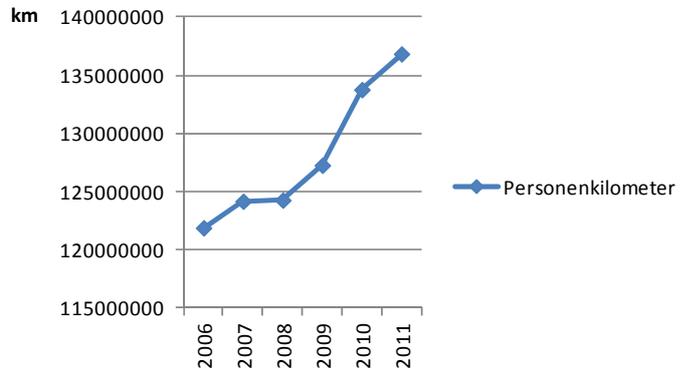


**Leitidee 10: attraktive Verkehrsverbindungen**

Kennzahl	2010	2011
Personenkilometer im öffentlichen Verkehr	133769123	13683317

*Die Nutzung des öffentlichen Verkehrs steigt dank der attraktiven Angebote. Die grossen Investitionen zeigen die erwünschte Entwicklung.*

**Entwicklung seit 2006**



**Leitidee 11: Solidarität und Chancengleichheit durch Zusammenarbeit der Sozialpartner**

**Kennzahl**

Anteil Frauen in Kaderpositionen der kantonalen/öffentlichen Verwaltung

*Ver mehrt über nehmen Frauen Kaderpositionen in öffentlichen Verwaltungen. Es ist aber noch weiteres Potenzial vorhanden.*

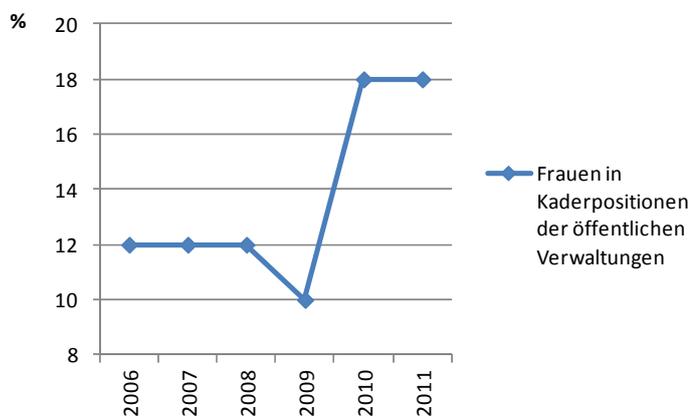
Anteil Frauen in Kaderpositionen von Unternehmen der öffentlichen Hand (OKB, EWO, Kantonsspital)

*Der Anteil Frauen im Kader von Unternehmen der öffentlichen Hand liegt dank dem Kantonsspital höher als in der Verwaltung.*

2010	2011
18 %	18 %

23 %

**Entwicklung seit 2006**



Erstmalige Erhebung 2011: 5 von 22

**Leitidee 12: Optimales Umfeld für Sport, Kultur und Erholung**

**Kennzahl**  
Anzahl Kultur- und Sportereignisse mit überregionalem Charakter

**2010** 3  
**2011** 3

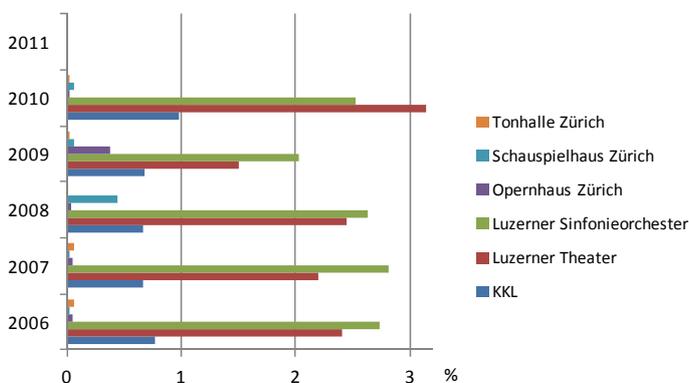
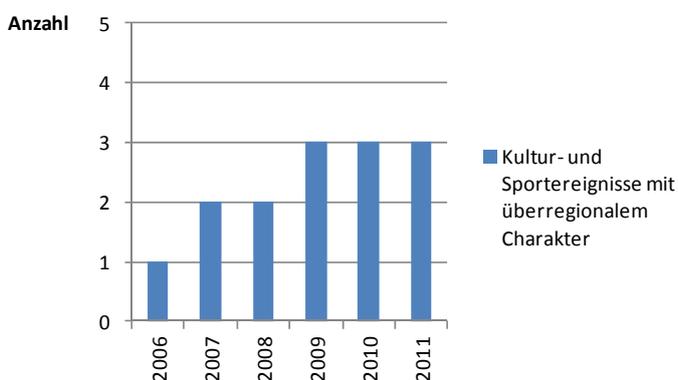
*Die überregionalen Kultur- und Sportereignisse bleiben stabil und strahlen regional und gesamtschweizerisch aus, was sich am Publikum ablesen lässt.*

Eintritte in vom Kanton unterstützte Kulturhäuser

KKL 0,98 %  
Luzerner Theater 3,14 %  
Luzerner Sinfonieorchester 2,52 %  
Opernhaus Zürich 0,03 %  
Schauspielhaus Zürich 0,07 %  
Tonhalle Zürich 0,02 %

*Die Gesamtzahl der Eintritte aus Obwalden in die unterstützten ausserkantonalen Kulturhäuser bleibt in etwa stabil. Auffällig ist die Zunahme beim Luzerner Theater.*

**Entwicklung seit 2006**



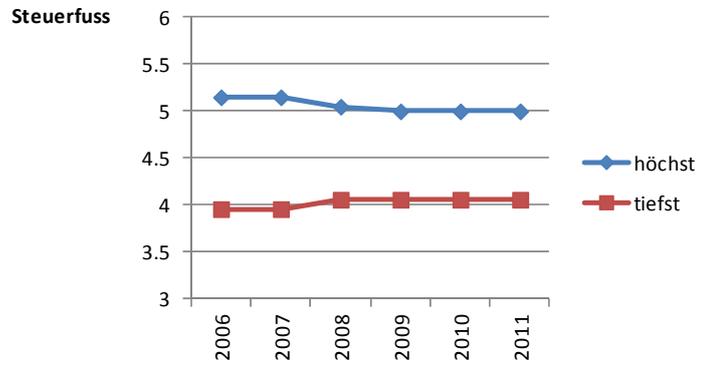
**Leitidee 13: einfache, bürgernahe Staatsorganisation**

<b>Kennzahl</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>Entwicklung seit 2006</b>
Anzahl der elektronischen Interaktionen und Transaktionen kantonalen Stellen			<i>Interaktionen und Transaktionen noch nicht definiert</i>

**Leitidee 14: partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Gemeinden**

<b>Kennzahl</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Steuerdisparität zwischen den Gemeinden	Höchst 5.0	Höchst 5.0
	Tiefst 4.06	Tiefst 4.06
<i>Die Umsetzung der Steuerstrategie und der entsprechende kantonale Ausgleich haben zur Verringerung der Disparität bei den Steuern zwischen den Gemeinden geführt.</i>		

**Entwicklung seit 2006**



**Leitidee 15: koordinierte Zusammenarbeit interkantonal**

<b>Kennzahl</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>Entwicklung seit 2006</b>
Beteiligungsquote von Obwalden bei laufenden interkantonalen Projekten  <i>Der Kanton Obwalden hat als Strategieziel, dass er ein verlässlicher Partner in der Zentralschweiz ist. Die hohe Beteiligungsquote bei interkantonalen Projekten zeigt eine konsequente Umsetzung auf. Zur Bewältigung der immer herausfordernden Aufgaben ist diese Zusammenarbeit notwendig.</i>		99 %	In den Vorjahren nicht erhoben

**Leitidee 16: fiskalische Konkurrenzfähigkeit**

<b>Kennzahl</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>Entwicklung seit 2006</b>
Vergleich Steuerbelastung von Sarnen mit andern Zentralschweizer Zentrumsgemeinden  <i>Trotz des laufenden Steuerwettbewerbs, insbesondere in der Zentralschweiz, ist Sarnen weiterhin steuerlich attraktiv.</i>			Grafisch nicht darstellbar, weil alle verschiedenen Einkommens- und Gewinnklassen dargestellt werden müssten, um einen Überblick zu erhalten.

## Vernehmlassungen an den Bund

Der Regierungsrat bzw. die Departemente haben zu den nachstehenden Vorlagen des Bundes Stellung genommen:

<b>G-Nr./RRB</b>	<b>Erledigungsdatum</b>	<b>RR/Dep.</b>	<b>Sachgebiet</b>
RRB 328	11.01.2011	RR	Teilrevision des Obligationenrechts (Sanktionen bei missbräuchlicher oder ungerechtfertigter Kündigung)
RRB 329	11.01.2011	RR	Niederlassung, Ausländerrecht: Allen Schweizer Staatsangehörigen auch weiterhin den Bezug einer herkömmlichen, nichtbiometrischen ID ohne Chip zusichern; Ausweisgesetz. Änderung
RRB 342	01.02.2011	RR	Volksinitiative Jugend und Musik
RRB 385	08.02.2011	RR	Verordnungsänderung und neue Verordnung über Anlagestiftungen
RRB 386	08.02.2011	RR	Internationales Übereinkommen: Ratifikation des Übereinkommens über Streumunition und Änderung des Kriegsmaterialgesetzes
RRB 400	15.02.2011	RR	Statistik: Parlamentarische Initiative „Keine Ausweitung der obligatorischen Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen des Bundes“; Stellungnahme zum Vorentwurf
RRB 401	15.02.2011	RR	Familienpolitik: Parlamentarische Initiative zur Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik
OWSTK.711	18.02.2011	VD	Parlamentarische Kommissionsinitiative „Agrotreibstoffe. Indirekte Auswirkungen berücksichtigen“
OWSTK.780	22.02.2011	VD	Parlamentarische Initiative „Erhalt des Viehexportes“
RRB 428	15.03.2011	RR	Änderung des Bankengesetzes (too big to fail, TBTF)
OWSTK.741	16.03.2011	SJD	Bericht des Bundesrats über die revidierte Europäische Sozialcharta; fachtechnische Befragung
RRB 463	29.03.2011	RR	Energie: Revision der Energieverordnung
OWSTK.823	31.03.2011	FD	Änderung über die Verordnung über die Krankenversicherung (Nichtbezahlung der Prämien) (Prämienverbilligung durch die Kantone)
RRB 468	04.04.2011	RR	Erlas eines Steueramtshilfegesetzes

<b>G-Nr./RRB</b>	<b>Erledigungsdatum</b>	<b>RR/Dep.</b>	<b>Sachgebiet</b>
RRB 486	12.04.2011	RR	Internationale Abkommen: Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
RRB 503	19.04.2011	RR	Entwurf des Bundesgesetzes betreffend Aufsicht über die soziale Krankenversicherung
OWSTK.822	28.04.2011	BRD	Revision der Energieverordnung /Revision Verordnung des UVEK über den Nachweis der Produktionsart und der Herkunft von Elektrizität / Revision der Gewässerschutzverordnung
RRB 530	03.05.2011	RR	Vernehmlassung zum Ausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit
RRB 531	03.05.2011	RR	Strassenverkehr: Anhörung zu den neuen Verordnungen betreffend Verkehrsregeln und Signalisation
RRB 545	17.05.2011	RR	Strafrecht: Änderungen der Bundesverfassung, des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzes und des Jugendstrafgesetzes (Tätigkeitsverbot und Kontakt- und Rayonverbot)
RRB 546	17.05.2011	RR	Arbeitnehmerschutz und Arbeitsgesetz: Parlamentarische Initiative zur Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops
OWSTK.856	18.05.2011	VD	Revision des Artikel 69a ff der Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten
RRB 562	24.05.2011	RR	Organisation des Bundes: Verbesserung der Organisation und der Verfahren bei Standesinitiativen
RRB 563	24.05.2011	RR	Parlamentarische Initiative: Betäubungsmittelgesetz, Revision
RRB 578	07.06.2011	RR	Raumplanungsrecht: Vorentwurf zur Revision des Raumplanungsgesetzes; Standesinitiative „Bauen ausserhalb der Bauzone“ des Kantons St. Gallen
RRB 587	14.06.2011	RR	Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“
RRB 617	28.06.2011	RR	Nationalstrassen: Änderung Eidgenössisches Nationalstrassenabgabegesetz im Rahmen der Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassen-netz
RRB 599	20.06.2011	RR	Landwirtschaft: Agrarpolitik 2014–2017
RRB 7	05.07.2011	RR	Öffentlicher Verkehr: Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)
RRB 8	05.07.2011	RR	Jagd: Teilrevision Jagdverordnung

<b>G-Nr./RRB</b>	<b>Erledigungsdatum</b>	<b>RR/Dep.</b>	<b>Sachgebiet</b>
RRB 37	16.08.2011	RR	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA): Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2012
RRB 70	29.08.2011	RR	Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG)
RRB 85	06.09.2011	RR	Änderung der Finanz- und Lastenausgleichsverordnung (FiLaV)
RRB 86	06.09.2011	RR	Strafprozessrecht: Präzisierung des Anwendungsbereichs der Bestimmungen über die verdeckte Ermittlung
RRB 99	13.09.2011	RR	Teilrevision des Transplantationsgesetzes (TxG)
RRB 117	20.09.2011	RR	Änderung des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG)
RRB 118	20.09.2011	RR	Änderung von Artikel 119 der Bundesverfassung sowie des Fortpflanzungsmedizingesetzes (Präimplantationsdiagnostik)
RRB 119	20.09.2011	RR	Revision des Medizinalberufegesetzes (MedBG)
RRB 207	15.11.2011	RR	Steuern: Bundesgesetz über die internationale Quellenbesteuerung
RRB 208	15.11.2011	RR	Strafrecht: Genehmigung, Ratifikation und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch
RRB 220	22.11.2011	RR	Obligationenrecht: Revision des Verjährungsrechts
RRB 248	05.12.2011	RR	Neues Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier
RRB 268	13.12.2011	RR	Notariat: Verordnung über die elektronische öffentliche Beurkundung - Funktionsnachweis und elektronisches Notarenregister
RRB 269	13.12.2011	RR	Anhörung Strategie Biodiversität Schweiz
RRB 291	20.12.2011	RR	Sicherheit: Nachtrag zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

## Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

Der Regierungsrat hat im Amtsjahr 2010/2011 über folgende Beschwerden entschieden:

	Amtsjahr		
	2005/06	2009/10	2010/2011
Niederlassung, Aufenthalt, Ausländerrecht	1	–	–
Bürgerrecht	1	–	–
Volksabstimmungen/Wahlen	1	–	1
Personalrecht	1	1	–
Einwohner- und Bezirksgemeinden	4	3	5
Bürgergemeinden, Korporationen, Teilsamen, Alpgenossenschaften	–	3	1
Vormundschaft	7	2	2
Erbrecht	–	1	–
Sachenrecht, Grundbuch und Schiffsregister	2	1	–
Volksschule	3	1	–
Mittelschule	–	–	–
Denkmalpflege	–	1	1
Feuerwehr	–	–	–
Steuern	–	1	–
Raum-/Ortsplanung	3	3	4
Baupolizei	16	14	31
Wuhrgenossenschaften/Wasserbau	2	–	–
Strassenverkehr	2	2	3
Umweltschutz	–	–	–
Gewässerschutz	3	–	–
Gesundheitswesen/Heilmittel	–	–	–
Sozialhilfe	1	1	2
Bodenrecht	1	1	1
Tourismus	1	–	–
Insgesamt	49	35	51

## 3 Kantonsrat



Kanton  
Obwalden



**Zusammensetzung in der Amtsdauer 2010 bis 2014 nach Fraktionen**

Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)	20 Mitglieder
Schweizerische Volkspartei (SVP)	11 Mitglieder
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	10 Mitglieder
Christlichsoziale Partei (CSP)	8 Mitglieder
Sozialdemokratische Partei (SP)	6 Mitglieder

*Schaue ich ins Jahr 2002 zurück, wo der Kanton Obwalden vor neun Jahren stand: Wie hat er sich präsentiert? Was waren seine Sorgen? Wo standen wir? Welchen Wandel haben wir durchgemacht? In der Fussball-Terminologie ausgedrückt: Der Kanton Obwalden spielte vor neun Jahren in der dritten Liga. Jetzt sind wir in der Champions League oder im Kampfsport sind wir vom Leichtgewicht zum Schwergewicht geworden. Dies ist nicht nur eine Ehre, sondern bringt auch viel Verantwortung mit sich. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Wir können nicht das gleiche Tempo oder das gleiche Vorgehen wie im Jahre 2002 an den Tag legen. In der Champions League gelten zwar dieselben Regeln, aber die Rahmenbedingungen und die "Luft zum Atmen" sind anders, dünner, rauer. Der Konkurrenzkampf ist grösser. Dies müssen wir uns in der Politik immer wieder vor Augen führen.*

*Ich bin Unternehmer. Als Unternehmer bin ich täglich dem Wettbewerb und dem Konkurrenzkampf ausgesetzt. Unternehmer sind sich gewohnt wirkungsorientiert und zielgerichtet zu arbeiten und müssen rasch Entscheidungen treffen. In der Natur und in der Politik herrscht oft ein anderes Tempo. Es verläuft meistens etwas ruhiger, wenn nicht sogar etwas träger. Ich wünschte mir, dass mehr Unternehmer und unternehmerisches Denken und Handeln in die Politik und in diesen Saal einfliessen könnten.*

*Ich bin stolz, dass der Kanton Obwalden im Schwergewicht ist, bzw. in der "Champions League" mitbestimmt. Es wird weiterhin die Aufgabe von uns sein, diesen Weg weiterzugehen. Unsere Herausforderung wird aber auch darin liegen, diesen Weg nicht auf Kosten des Bewährten und des Guten fortzuführen. Wir brauchen weiterhin viel Sachverstand, Kompromissfähigkeit, Mut und unternehmerisches Denken.*

Kantonsratspräsident Adrian Halter, Sarnen

**Kantonsratssitzungen und -geschäfte im Amtsjahr 2010/2011**

An acht Plenarsitzungen (Vorjahr acht), wovon drei an zweitägigen Sitzungen, behandelte der Kantonsrat im Amtsjahr 2010/2011 insgesamt 145 Geschäfte (Vorjahr 147). Der Vergleich zu den Vorjahren sieht folgendermassen aus:

<b>Geschäfte</b>	<b>2005/2006</b>	<b>2009/2010</b>	<b>2010/2011</b>
Vereidigungen / Wahlen	9	17	26
Gesetzgebung	28	24	16
Verwaltungsgeschäfte	54	92	84
Parlamentarische Vorstösse	14	17	19
<b>Insgesamt</b>	<b>105</b>	<b>150</b>	<b>145</b>

Auf Ende des Amtsjahres 2010/2011 waren zwei Rücktritte aus dem Kantonsrat zu vermelden. Beide Mitglieder mussten aus beruflichen Gründen bereits nach einem Jahr ihre Tätigkeit als Kantonsrat aufgeben.

## **Geschäfte der Ratsleitung**

Die Ratsleitung behandelte ihre Geschäfte im Kalenderjahr 2011 an acht Sitzungen. Zu den ständigen Geschäften gehörte die Festlegung des Sitzungsplans und der Geschäftslisten für die einzelnen Sitzungstage sowie die Wahl der vorberatenden Kommissionen.

Daneben wurden folgende Geschäfte in grundsätzlicher Hinsicht behandelt:

- Die Ratsleitung nahm diverse Erneuerungs- und Ergänzungswahlen der nichtständigen Fachkommissionen für das Amtsjahr 2010/2011 vor.
- Die Ratsleitung entschied als Zeichen gegenüber der Gemeinde Engelberg im 2-Jahres Turnus eine Kantonsratssitzung in Engelberg durchzuführen. Diese fand am 3. November 2011 statt.
- Gegen den Beschluss des Kantonsrats Obwalden vom 28. Oktober 2010 betreffend Volksbegehren (Initiative) zur Änderung des kantonalen Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz wurde beim Bundesgericht gegen den Kanton Obwalden sowie den Regierungsrat Beschwerde eingereicht. Die Ratsleitung ermächtigte gemäss Art. 76 Abs. 1 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968 (KV; GDB101) den Regierungsrat, den Kantonsrat vor dem Bundesgericht zu vertreten. Die Beschwerde wurde im Anschluss an die Kantonsratssitzung vom 27. Januar 2011 zurückgezogen.
- Die Ratsleitung stimmte der Ausarbeitung eines Nachtrags zum Kantonsratsgesetz zu und ernannte eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitgliedern aller Fraktionen. Der Nachtrag soll nach der Gutheissung durch den Kantonsrat auf Beginn des Amtsjahres 2012 in Kraft treten.

## **Empfänge und Anlässe**

Am 28. März 2011 stattete die Ratsleitung einen freundeidgenössischen Besuch beim Ratsbüro des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt ab. Im Rathaus in Basel bekam die Ratsleitung einen Einblick in das politische System. Im Weiteren standen eine Stadtführung sowie ein Besuch der SBB Cargo auf dem Programm.

Anlässlich des traditionellen jährlichen Anlasses der Kantonsbehörde trafen sich alle Teilnehmenden am 2. April 2011 in Giswil, um in einem abwechslungsreichen Programm die unbekannteren Seiten von Giswil kennenzulernen.

Am 18. April 2011 wurde die Ratsleitung vom Büro des Landrates des Kantons Nidwalden zur traditionellen Zusammenkunft eingeladen. Nach der Besichtigung des neuen Zentrums für Bevölkerungsschutz standen verschiedenen Themen, welche die beide Kantone unmittelbar betreffen, im Mittelpunkt.

Im Rahmen des UNO-Jahr des Waldes fand am 31. Mai 2011 der Politikerwaldtag in Grafenort statt. Bei der Begehung des Pfades Schutz-Wald-Mensch wurden die Kantonsräte über die vielfältigen Aufgaben und Funktionen des Waldes informiert.

Am 10. Juni 2011 trafen sich die ehemaligen Kantonsratspräsidentinnen und –präsidenten zu einem gemeinsamen Austausch und Nachtessen auf der Fluonalp.

Der Kantonsratspräsident Adrian Halter sowie Kantonsratsvizepräsident Walter Wyrsch nahmen am Parlamentstreffen vom 4. November 2011 in Bern teil.

## Bericht über die überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Anmerkungen

Nach Art. 57 Abs. 3 und 4 des Kantonsratsgesetzes (KRG; GDB 132.1) erstattet der Regierungsrat im Geschäftsbericht über den Stand der Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse oder allenfalls unmittelbar über die Erledigung von Postulaten Bericht. Eine Kommission oder der Regierungsrat kann die Abschreibung beantragen wenn:

- a. der Vorstoss erfüllt ist oder nicht aufrechterhalten werden soll;
- b. die Urheberin oder der Urheber aus dem Rat ausgeschieden ist und der Vorstoss nicht durch ein anderes Ratsmitglied aufrechterhalten wird.

### Übersicht parlamentarische Vorstösse

Amtsjahr	2005/2006		2009/2010		2010/2011	
	Neu eingereicht	Hängig Ende 2006	Neu eingereicht	Hängig Ende 2010	Neu eingereicht	Hängig Ende 2011
Motionen	5	4	6	5	9	1
Postulate	-	9	-	4	1	5
Interpellationen	3	-	5	-	9	4
Anfragen	6	-	4	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>14</b>	<b>13</b>	<b>15</b>	<b>9</b>	<b>19</b>	<b>10</b>

Von den im Amtsjahr 2010/2011 eingereichten neun Motionen wurden vom Kantonsrat vier angenommen, zwei als Postulate überwiesen und drei abgelehnt.

### Hängige Motionen (\*inkl. angenommene Motionen im 2. Halbjahr 2011)

Stand der angenommenen, Ende 2011 noch hängigen Motionen:

*Motion betreffend befristete Sondersteuer für Infrastrukturanlagen der Gemeinden (52.09.07)* von Kantonsrat Max Rötheli, Sarnen, und Mitunterzeichnenden.

Der Kantonsrat stimmte der Teilrevision Steuergesetz 2012, welche auch die Anliegen der Motion umsetzt an seiner Kantonsratssitzung vom 1. Juli 2011 zu. Die Motion ist demzufolge **abzuschreiben**.

*Motion betreffend Entschädigung der nebenamtlichen Richter und Richterinnen für das Aktenstudium (52.10.03)* von Kantonsrätin Heidi Wernli Gasser, Sarnen, und Mitunterzeichnenden.

Der Kantonsrat hiess den Nachtrag zum Gesetz über die Entlohnung und Entschädigung von Behörden und Kommissionen (Behördengesetz) am 3. November 2011 gut. Die Motion ist **abzuschreiben**.

*Motion betreffend Vereinheitlichung der Baubegriffe und Messweisen (52.10.04)* von Kantonsrat Klaus Wallimann, Alpnach, und Mitunterzeichnenden.

Der Regierungsrat hat das Bau- und Raumentwicklungsdepartement im Juni 2011 beauftragt, das Beitrittsverfahren zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe und Messweisen (IVHB) einzuleiten. Mitte November 2011 wurde der Bericht vom Regierungsrat zur Anhörung in die Gemeinden geschickt. Der Entscheid über den Beitritt des Kantons zur IVHB wird vom Kantonsrat voraussichtlich im Sommer 2012 gefällt.

*Motion betreffend Reduzierung der Kapitalsteuer bei gemischten Holding- und Domizilgesellschaften (52.10.05)* von Kantonsrätin Lucia Omlin, Sachseln, und Mitunterzeichnenden.

Der Kantonsrat genehmigte an der Kantonsratssitzung vom 1. Juli 2011 den Nachtrag zur Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, welche die Aufhebung von Art. 32 der Verordnung vorsieht. Demzufolge ist die Motion **abzuschreiben**.

*Motion betreffend Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung von Wirtschaftsdelikten (52.10.07)* von der Rechtspflegekommission

Der Kantonsrat hat mit Beschluss vom 26. Mai 2011 vom Bericht des Regierungsrates über die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung von Wirtschaftsdelikten vom 3. Mai 2011 zustimmend Kenntnis genommen und **die Motion abgeschrieben**.

### **Hängige Postulate (\*inkl. angenommene Postulate im 2. Halbjahr 2011)**

Stand der angenommenen Ende 2011 noch hängigen Postulate:

*Postulat zur Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens von Regierungsmitgliedern (52.01.02)* von Kantonsrat Franz Enderli, Kerns, und Mitunterzeichnenden

Der Postulatsauftrag – ursprünglich als Motion eingereicht – wird im Rahmen einer künftigen Verfassungsrevision bzw. Änderung des Behördengesetzes/Personalrechts oder der Abstimmungsgesetzgebung bearbeitet.

*Postulat betreffend Aufhebung der Altersgrenze für die Entrichtung von Stipendien (52.08.03)* von Kantonsrat Josef Hainbucher, Engelberg, und Mitunterzeichnenden

Der Regierungsrat wird das Anliegen im Rahmen der laufenden Revision der Stipendiengesetzgebung prüfen.

*Postulat betreffend Umsetzung des Abbau- und Deponiekonzeptes (53.09.01)* von Kantonsrat Walter Hug, Alpnach, und Mitunterzeichnenden

Eine Überprüfung des Abbau- und Deponiekonzeptes ist im Gang. Eine Beantwortung des Postulats wird im Zusammenhang mit der Genehmigung der kantonalen Nutzungsplanung für die Deponie Hinterflue, Gemeinde Kerns, in Aussicht gestellt.

*Postulat betreffend Überprüfung der Aufgabenverteilung (52.10.06)* von Kantonsrat Walter Wyrach, Alpnach

Die Arbeitsgruppe unter der Federführung des Finanzdirektors hat 2011 die Arbeit aufgenommen, in einem ersten Schritt wird die Versorgungskette fachlich und sachlich analysiert. Der Bericht und allfällige Änderungsvorschläge werden Ende 2012 an den Regierungsrat unterbreitet. In einem zweiten Schritt werden die beiden Systeme Pflegefinanzierung und Spitalfinanzierung miteinander verglichen. Allfälliger Handlungsbedarf und Änderungsvorschläge sind an den Regierungsrat bis Ende 2015 geplant.

*Postulat betreffend Aufgabenteilung und veränderte Finanzierung (52.10.08) von den Fraktionspräsidenten Erstunterzeichner Martin Ming, Kerns.*

Im Rahmen des erweiterten Wirkungsberichtes zu den steuerlichen Massnahmen, zum Kantonsmarketing, zur Raumentwicklung und zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden wurde die Lastenverschiebung vom Kanton zu den Gemeinden aufgezeigt. Der Bericht wurde vom Kantonsrat am 26. Mai 2011 zur Kenntnis genommen. Das Postulat – ursprünglich als Motion eingereicht – kann somit **abgeschrieben** werden.

*Postulat betreffend Aufhebung oder Neufassung der kantonalen Campingverordnung (53.11.02) von Kantonsrat Max Rötheli, Sarnen und Paul Kuchler, Sarnen.*

Eine Überprüfung der Verordnung über das Campieren vom 25. Oktober 1977 (GDB 971.41) ist aus Sicht des Regierungsrates angezeigt. Allenfalls soll die Verordnung ersatzlos aufgehoben werden oder die noch erforderlichen Bestimmungen sollen bei der nächsten Revision in das Baugesetz überführt werden.

### **Behandlung der parlamentarischen Anmerkungen**

Nach Art. 62 Abs. 3 des Kantonsratsgesetzes (GDB 132.1) informiert die zuständige Behörde in der Regel im nächsten Geschäftsbericht über die Behandlung der erheblich erklärten parlamentarischen Anmerkungen. Zu folgenden Berichten des Regierungsrats wurden im Amtsjahr 2008/2009, 2010/2011 sowie in der zweiten Jahreshälfte 2011 parlamentarische Anmerkungen vorgebracht und behandelt, deren Bearbeitung noch offen ist:

<b>Kantonsrats-sitzung vom</b>	<b>Bericht</b>	<b>parlamentarische Anmerkung</b>	<b>Behandlung</b>
5. Dezember 2008	Bericht über finanzielle Massnahmen in der Familienpolitik	Zu Kap.6 Die Berichterstattung zu den Auswirkungen in der Familienpolitik ist innert nützlicher Frist (Turnus von 5 Jahren) zu wiederholen unter Berücksichtigung der Evaluation Familienleitbild sowie in Abstimmung mit den anderen Wirkungsberichterstattungen, insbesondere in den Bereichen familienergänzende Kinderbetreuung, Individuelle Prämienerbilligung und Steuern.	Die Berichterstattung ist auf 2013 vorgemerkt.

27. Januar 2011	Amtdauerplanung 2010 bis 2014	Zu Kap. 7 Rechtsstaatlichkeit und Rechtspflege Stand 2010: Auflistung der Fallstatistik des Verhöramts für Wirtschaftsdelikte einfügen.	Fallstatistik der Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte ist im Geschäftsbericht 2011 aufgeführt.
29. September 2011	Wirkungsbericht zur IPV	Punkt 4.1, Bestimmung des jährlichen Selbstbehalts: Der Selbstbehalt soll bis auf weiteres durch den Kantonsrat festgelegt werden. Die heutige Lösung ist beizubehalten.	Die Umsetzung ist auf 2014 geplant.
		Punkt 4.4, Richtprämien Insbesondere ist zu prüfen, ob künftig nur die effektiven Krankenkassenprämien vergütet werden.	
		Punkt 4.5, Anrechenbares Einkommen Insbesondere ist zu prüfen, inwiefern der Eigenmietwert und das Vermögen in die Berechnungen mit einbezogen werden sollen.	
		Punkt 4.6, Grundlage für die Berechnung der Prämienverbilligung Für die Berechnung der Prämienverbilligung ist weiterhin die letzte definitive und rechtskräftige Steueranmeldung massgebend. Die heutige Lösung ist beizubehalten und auf die Ausarbeitung einer Vorlage durch den Regierungsrat ist zu verzichten.	

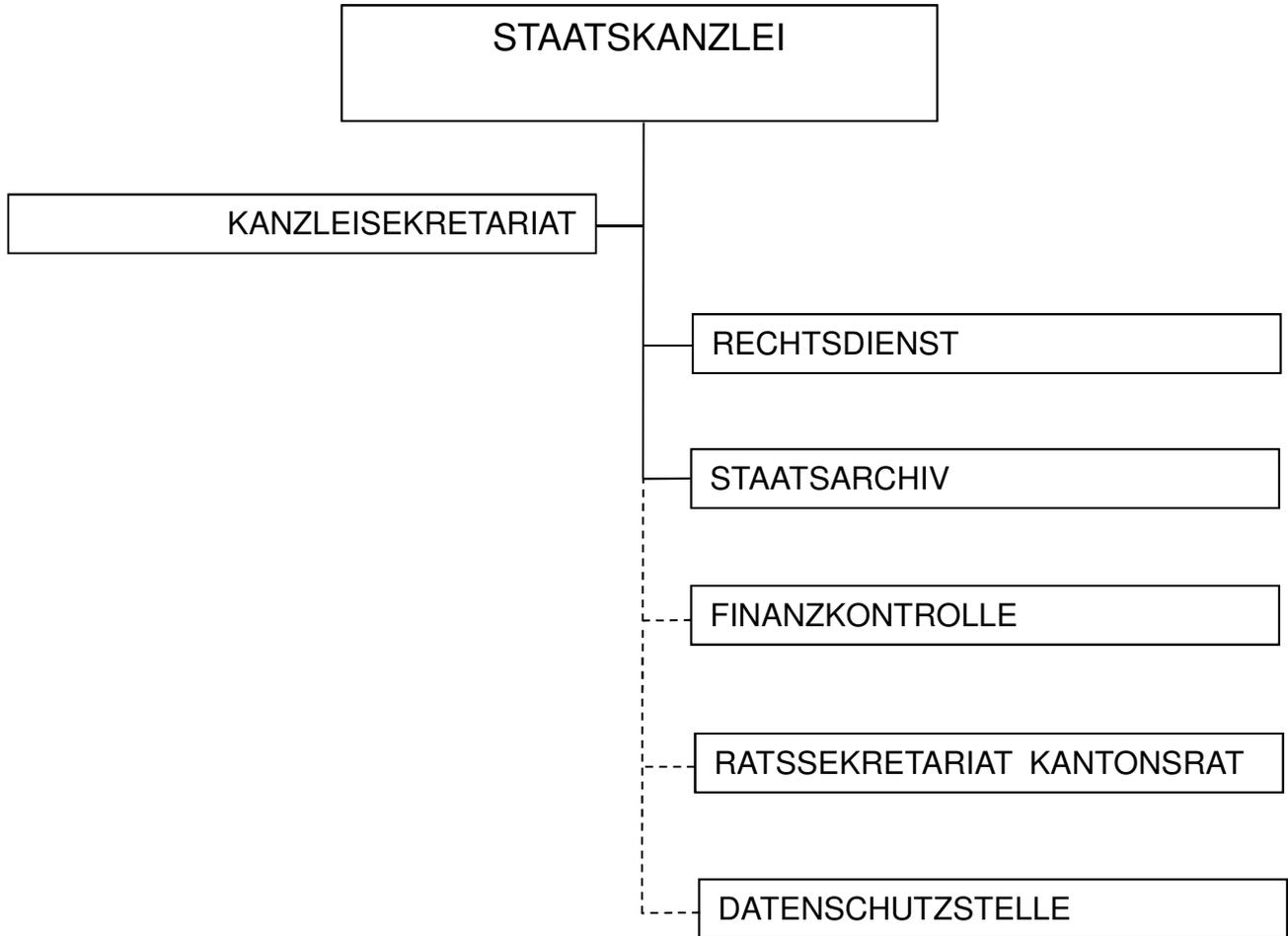
<p>1. Dezember 2011</p>	<p>IAFP 2012 bis 2015</p>	<p>Seite 60 / 62 IAFP: Finanzdepartement  24 Finanzverwaltung  4.1.1 und 4.2.2  Konto 2490.365.21: Kulturprojekt "OBWALD" (zulasten Lotteriefonds)</p> <p>Das Kulturprojekt OBWALD dient nebst kulturellen Aspekten auch der positiven Wahrnehmung des Kantons und dessen Standortattraktivität. Der Regierungsrat wird deshalb aufgefordert zu prüfen, wie diesem Umstand bei der Bereitstellung der Mittel gebührend Rechnung getragen werden kann. Die Finanzierung von 2012 bis 2014 sollte daher nicht ausschliesslich Mittel aus dem Lotteriefonds umfassen. Durch die wie ursprünglich vom Regierungsrat vorgesehen abnehmenden Unterstützungsbeträge aus dem Fonds werden finanzielle Ressourcen frei, um das einheimische Kulturschaffen in seiner Vielfalt noch besser zu fördern.</p> <p>Es wird ferner darauf hingewiesen, dass gemäss den Ausführungsbestimmungen über Beiträge aus dem Swisslos-Fonds Art. 6 Abs. 6 die aus dem Fonds ausgerichteten Beiträge in der Regel einmaliger Natur sind, wobei ausnahmsweise ein einmaliger Beitrag in mehrere Tranchen aufgeteilt werden kann.</p>	<p>Der Regierungsrat wird die Thematik im Rahmen der Planung 2013 prüfen.</p>
-------------------------	---------------------------	--	---



## 4.1 Staatskanzlei







Die Staatskanzlei umfasst

	<b>Vollzeitstellen Ende</b>	
	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Kanzleistab	3.15	3.15
Kanzleisekretariat	4.7	4.7
Rechtsdienst	2.6	2.9
Staatsarchiv	2.5	2.5
Finanzkontrolle	2.5	2.5
Ratssekretariat Kantonsrat	1.05*	1.05*
<b>Insgesamt</b>	<b>16.5</b>	<b>16.8</b>

\* Ratssekretariat Kantonsrat umfasst Ratssekretärin (80 %-Pensum) sowie Protokollführerin Kantonsrat (25 %-Pensum).

#### Zielerreichung Staatskanzlei 2011

Nr. APL	Jahresziele 2011 (gemäss IAFP 2011)	Stand der Erfüllung
<b>13</b>	<b>Das politisch-administrative System Kantonsrat – Regierungsrat – Verwaltung wird als Ganzes laufend erneuert und aufeinander abgestimmt.</b>	
	Die Einführung eines Controllinginstrumentes auf Stufe Regierungsrat ist abgeschlossen.  Die auf Stufe Regierungsrat zu ziehenden Lehren aus der Überprüfung grosser Bauprojekte durch die GRPK im Jahr 2010 sind gezogen und in das Konzept für dieses Controllinginstrument eingeflossen.	Das Ziel konnte im Jahr 2011 aus Kapazitätsgründen nicht erreicht werden und wird erst 2012 umgesetzt. Durch die vom Regierungsrat für 2012 beschlossene Einführung eines Internen Kontrollsystems (IKS) und dessen Integration in das Controllinginstrument wird die Überwachung von risikobehafteten Projekten und Aktivitäten gestärkt, und damit werden die Lehren aus der Überprüfung grosser Bauprojekte unweigerlich ins Controllingkonzept einfließen.
	Die Staatskanzlei als Stabsstelle optimiert die organisatorische und administrative Unterstützung von Kantonsrat und Regierungsrat und festigt die interne Koordination (Landschreiber – Ratssekretariat – Kanzlei).	Die Zusammenarbeit zwischen Ratssekretariat und Landschreiber – unterstützt durch das Personal des Kanzleisekretariats – ist gefestigt. Der Wechsel vom Kooperationssystem zu den getrennten Funktionen Landschreiber und Ratssekretariat ist in der Staatskanzlei definitiv verarbeitet.

Nr. APL	Jahresziele 2011 (gemäss IAFP 2011)	Stand der Erfüllung
13	<p><b>Die Verwaltung wird wirkungsorientiert und kundenfreundlich geführt.</b></p> <p>Die im Zeit- und Vorgehensplan für 2011 gesteckten Ziele bei der Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung (Projekt „Records Management“) sind erreicht.</p>	<p>Mit der Genehmigung eines Kredits für die Beschaffung eines Records Management Systems am 2. Dezember 2011 durch den Kantonsrat konnte ein grosser Schritt auf dem Weg zur Einführung eines Records Managements im Kanton Obwalden getan werden. Nach Genehmigung des Voranschlags durch den Kantonsrat am 1. Dezember 2011 wurde auch die externe Unterstützung bei der Erarbeitung von Ordnungssystemen sichergestellt werden.</p>
	<p>Auf der Basis der eingespielten Prozesse für die Ausstellung biometrischer Ausweise für Schweizer Bürgerinnen und Bürger wird</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– diese Dienstleistung für ausländische Personen sichergestellt,</li> <li>– die Übernahme der Ausstellung von Identitätskarten von den Gemeinden für 2012 vorbereitet.</li> </ul>	<p>Die Dienstleistung für ausländische Personen funktioniert dank des eingespielten und gut geschulten Teams im Passbüro friktionslos.</p> <p>Das kantonale Passbüro ist auf die Entgegennahme von Anträgen für Identitätskarten bestens vorbereitet.</p>
13	<p><b>Das Optimierungspotenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wird genutzt, um die kantonalen Dienstleistungen transparent, effizient, kostengünstig und in einwandfreier Qualität zu erbringen.</b></p> <p>Die Verankerung des Geschäftsverwaltungssystems CMI Konsul in der Verwaltung als möglicher Bestandteil eines künftigen „Records Managements“ ist weiter fortgeschritten.</p> <p>Die elektronischen Dienstleistungen der kantonalen Verwaltung für die Öffentlichkeit im Allgemeinen und für politisch tätige Personen des Kantons im Besonderen werden überprüft und optimiert.</p>	<p>CMI Konsul wird auf absehbare Zeit als Geschäftsverwaltungssystem für Kantonsrats- und Regierungsratsgeschäfte den Geschäftsverkehr zwischen Departementen und Staatskanzlei sicherstellen.</p> <p>Mit dem Auftrag des Regierungsrats an den Verwaltungsrat des Informatikleistungszentrum OW/NW, eine kantonale E-Government-Strategie zu erarbeiten, wurde eine grundsätzliche Optimierung der elektronischen Dienstleistungen eingeleitet.</p>

## 14 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei wirkt als Stabsstelle des Regierungsrats und Kantonsrats, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungskoordination. Sie erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus, stellt Beglaubigungen aus und ist kantonale Ausweisstelle für Pässe und Identitätskarten.

### 140 Kanzleistab (Landschreiber, Informationsbeauftragter, Landweibel)

#### Zielerreichung Kanzleistab

	<b>Wichtige Projekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
	Gemeinsame Datenschutzstelle OW/NW/SZ: Unklarheiten bei der administrativen Zuordnung und Weiterführung der Vereinbarung	Verschiedene Fragen, insbesondere zu den Unterstellungsverhältnissen und Zuständigkeiten im Kanton Obwalden konnten zuhanden der Rechtspflegekommission des Kantonsrats beantwortet werden. An der gemeinsamen Datenschutzstelle wird festgehalten. Bei grundlegenden Veränderungen (z. Bsp. der Erweiterung um einen oder mehrere Kantone) wird jedoch die bestehende Vereinbarung im Detail noch anzupassen sein.
	Ablösung des bestehenden Intranets durch eine benutzerfreundlichere Lösung	In Zusammenarbeit mit dem ILZ Obwalden-Nidwalden ist der Entscheid für ein gemeinsames Intranet Obwalden/Nidwalden gefallen. Die beauftragte Firma lieferte den ersten Prototypen bereits ab, sodass die Aufschaltung im Frühjahr 2012 erfolgen kann. Ein Redesign des Internetauftritts <a href="http://www.ow.ch">www.ow.ch</a> ist für 2012 vorgesehen.
	Die grösseren Anlässe des Regierungsrats sind als Beitrag zum „Kantonsmarketing“ gut vorbereitet.	Im Jahr 2011 besuchte der Regierungsrat des Kantons Uri nach 24 Jahren erstmals wieder den Kanton Obwalden. Hauptstationen des Besuchs waren das Staatsarchiv, der microPark Pilatus sowie das Kloster Engelberg.

**142 Kanzleisekretariat für Kantonsrat und Regierungsrat****Zielerreichung**

<b>Abteilungsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
Die Verankerung des Geschäftsverwaltungssystems Konsul in der Verwaltung als möglicher Bestandteil eines künftigen Records Managements ist geprüft	Im Projekt Records Management ist das Geschäftsverwaltungssystem Konsul auf Stufe Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte verankert.
Die Ausstellung biometrischer Ausweise für ausländische Personen ist gemäss Vorgaben des Bundes sichergestellt	Seit Januar 2011 erfasst das kantonale Passzentrum die biometrischen Daten für den neuen biometrischen Ausländerausweis AA10, und seit Oktober 2011 stellt das Passzentrum Schengen-Visa für visumpflichtige Personen aus, nach Vorabklärung der Abteilung Migration..
Die Ausstellung von Identitätskarten wird ab 2012 von den Gemeinden übernommen	Art. 24 Abs. 3 der Einwohnerregisterverordnung (GDB 113.11) lautet: Identitätskarten ohne Datenchip können gemäss Bundesbeschluss zur Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands vom 13. Juni 2008 bis 28. Februar 2012 nach bisherigem Recht in der Wohngemeinde beantragt werden. Ab 1. März 2012 können Identitätskarten direkt beim kantonalen Passzentrum beantragt werden, wie seit 1. März 2010 biometrische Pässe und weitere Reisedokumente.

**Sekretariat Kantonsrat**

Die Staatskanzlei unterstützte die Vorbereitung und Durchführung von acht (Vorjahr acht) Plenarsitzungen im Amtsjahr 2010/2011, an welchen 145 (Vorjahr 147) Geschäfte behandelt worden sind und betreute die Geschäfte der Ratsleitung (siehe Kapitel 3 Kantonsrat).  
Die Protokollverarbeitung zeigt folgendes Bild:

Kantonsratsprotokoll	2005/2006	2009/2010	2010/2011
Seitenzahl	348	275	338

Das genehmigte Kantonsratsprotokoll und die Beratungsgrundlagen sind im Internet einsehbar ([www.ow.ch](http://www.ow.ch) > Kantonsratssitzungen).

**Sekretariat Regierungsrat**

Der Regierungsrat behandelte 2010/2011 an 40 (42) Sitzungen 642 Geschäfte, davon unter anderen 42 (Vorjahr 18) Vernehmlassungen zur Bundesgesetzgebung, 33 (28) allgemeinverbindliche Regierungsratsbeschlüsse beziehungsweise Ausführungsbestimmungen, 8 (3) Abschlüsse beziehungsweise Änderungen von interkantonalen Vereinbarungen, 12 (29) Wahl- und Anstellungsgeschäfte und 51 (35) Beschwerdeentscheide.

Die Protokollverarbeitung zeigt folgendes Bild:

Regierungsratsprotokoll	2005/2006	2009/2010	2010/2011
Anzahl Geschäftsnummern	655	685	642
Seitenzahl gesamthaft	1950	2056	2312

## 1422 Amtsblatt und Passzentrum

### 1422 Amtsblatt

Vielfältige Inseratenträger umwerben den Inseratenmarkt im Kanton, während der Kanton ordnungspolitisch nicht frei auf dem Markt auftreten kann, sondern in erster Linie einen amtlichen Publikationsauftrag zu erfüllen hat. Das private Inseratenvolumen im Amtsblatt ging im Berichtsjahr nochmals zurück.

Die Statistik des Amtsblatts zeigt folgendes Bild:

Jahr	Beglaubigte Auflage Exemplare	Amtlicher Teil Seitenzahl	Private Seitenzahl	Anzeigen Inseratenzahl	davon Publicitas Inseratenzahl
2006	8264	1960	1232	3051	949
2010	7390	2462	428	1029	375
2011	6973	2302	346	816	238

### 1423 Passzentrum

Die Statistik weist folgende Ausweisbezüge aus :

Jahr	Pass 2003 maschinenlesbar	Pass 2006/2010 biometrische Daten	Identitätskarten 2003
2006	3785	6	4655
2010	185	1542	3276
2011	0	1562	3570

Die gesamtschweizerische Einführung der biometrischen Reiseausweise wurde vom Bund auf den 1. März 2010 festgelegt. Für die Beantragung der Identitätskarte nutzt der Kanton Obwalden die bundesrechtliche zweijährige Übergangsfrist bis Ende Februar 2012, wonach die Obwaldnerinnen und Obwaldner die Identitätskarte bei der Wohnsitzgemeinde beantragen können.

Der Bund beabsichtigte weiter, 2011 neue Ausländerausweise mit biometrischen Daten für Drittstaatenangehörige einzuführen. Die Erfassung der biometrischen Daten für diese neuen Ausländerausweise erfolgt im Kanton durch das kantonale Passzentrum, wie auch die Ausstellung der Schengen-Visa.

## 16 Rechtsdienst

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist zuständig für die kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und Führung der Gesetzesdatenbank.

### Zielerreichung

	Amtsprojekte 2011	Stand der Erfüllung
	<p>Die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen sowie die Nationalrats- und die Ständeratswahl sind durchgeführt.</p> <p>Die Gesamterneuerungswahlen 2012 der Gemeinderäte und der Gerichte sind vorbereitet.</p> <p>Die Evaluation und Einführung eines Erlassverwaltungsprogramms für die Gesetzessammlung (Redaktion, Verwaltung und Publikation) ist geprüft und vorbereitet.</p> <p>Der kantonale Rechtsdienst ist reorganisiert und ausgebaut.</p> <p>Weitere wesentliche Aussagen zu Amtsprojekten.</p>	<p>2011 wurden eine eidgenössische und eine kantonale Volksabstimmung durchgeführt. Am 23. Oktober 2011 fanden die Erneuerungswahl des Nationalrats und jene des Ständerats statt.</p> <p>Die Ausführungsbestimmungen wurden vom Regierungsrat am 18. Oktober 2011 erlassen.</p> <p>Die im Einsatz stehenden Erlassverwaltungsprogramme wurden evaluiert, die Kosten sind im Informatikbudget enthalten. 2012 kann der Vergabeentscheid getroffen und die Beschaffung und Einführung an die Hand genommen werden.</p> <p>Am 21. Dezember 2010 (Nr. 317) nahm der Regierungsrat Kenntnis von der Aufgabebereinigung zwischen dem Rechtsdienst und dem Bau- und Raumentwicklungsdepartement und bewilligte eine zusätzliche 50 %-Stelle. Im ersten Halbjahr war im Rechtsdienst ein Praktikant (100 %) beschäftigt, die zusätzliche Stelle wurde im Umfang von 40 % ab 1. September 2011 besetzt.</p> <p>Aufgrund von Demissionen mussten Ersatzwahlen für die Gerichte für den Rest der Amtsdauer bis 30. Juni 2012 angeordnet werden. Am 4. April 2010 wurden je ein Mitglied des Obergerichts, des Verwaltungsgerichts und des Kantonsgerichts in stiller Wahl als gewählt erklärt.</p> <p>Mit einem Bericht vom 8. November 2011 nahm der Rechtsdienst Stellung zur Frage der Wahlkreiseinteilung im Kanton Obwalden. Am 7. Juli 2010 hatte das Bundesgericht das Wahlverfahren bzw. die Wahlkreiseinteilung des Nidwaldner Landrats als verfassungswidrig erklärt. Dies bildete Anlass, die Prüfung der Situation auch im Kanton Obwalden zu veranlassen. Der Regierungsrat wird sich im Frühjahr 2012 mit der</p>

	Amtsprojekte 2011	Stand der Erfüllung
		Thematik auseinandersetzen.  Sämtliche Erlasse und Erlassnachträge wurden gesetzestechnisch betreut. Bei der Erlassausarbeitung war der Rechtsdienst insbesondere bei folgenden Vorhaben beteiligt: Geoinformationsgesetz vom 1. Juli 2011, Entwürfe zu den neuen Verordnungen über die Schätzungsgebühren, Grundbuchgebühren sowie Beurkundungsgebühren, Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe, Ausführungsbestimmungen über die Benützung der kantonalen Gebäude und Anlagen.

### Rechtsberatung

In der Berichtsperiode fielen 210 (2010: 203) Geschäfte an, die sich auf folgende Bereiche verteilen:

	2006	2010	2011
Rechtsmittelentscheide, Vernehmlassungen, Genehmigung kommunaler Erlasse	48	49	44
Erlasse, Vereinbarungen	35	49	49
Mitwirkung bei Kantonsratsgeschäften	0	13	12
Allgemeine Rechtsberatung	50	91	104
Prozesse	2	1	1
<i>Insgesamt</i>	<i>135</i>	<i>203</i>	<i>210</i>

### Wahlen und Abstimmungen

#### **Nationalratswahl: zwei Kandidaten**

An der Erneuerungswahl des Nationalrats vom 23. Oktober 2011 standen sich der bisherige Nationalrat Christoph von Rotz und der von einem überparteilichen Komitee portierte Karl Vogler gegenüber. Die Wahlbeteiligung betrug 64.27 %. Gewählt wurde Karl Vogler, 1956, Rechtsanwalt, Bürglen, bei folgenden Ergebnissen:

Gemeinde	Stimmberechtigte		Eingelangte Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Christoph VON ROTZ-Spichtig, 1966, von Kerns, eidg. dipl. Informatiker, Sarnen, SVP	Karl VOGLER, 1956, von Lungern, Rechtsanwalt, Bürglen, überparteiliches Komitee
	Total	davon Auslandschweizer				
Sarnen	7'194	101	4'763	4'579	1'940	2'639
Kerns	4'161	85	2'736	2'605	1'107	1'498
Sachseln	3'348	47	2'163	2'116	833	1'283
Alpnach	3'864	29	2'261	2'210	1'034	1'176
Giswil	2'596	26	1'592	1'507	730	777

Gemeinde	Stimmberechtigte		Eingelangte Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	<b>Christoph VON ROTZ-Spichtig</b> , 1966, von Kerns, eidg. dipl. Informatiker, Sarnen, SVP	<b>Karl VOGLER</b> , 1956, von Lungern, Rechtsanwalt, Bürglen, überparteiliches Komitee
	Total	davon Ausland-schweizer				
Lungern	1'530	41	1'148	1'116	341	775
Engelberg	2'528	74	1'546	1'502	754	748
<b>TOTAL</b>	<b>25'221</b>	<b>403</b>	<b>16'209</b>	<b>15'635</b>	<b>6'739</b>	<b>8'896</b>

### **Ständeratswahl: Entscheid an der Urne**

An der Erneuerungswahl des Ständerats vom 23. Oktober 2011 standen sich das bisherige Mitglied und ein Herausforderer gegenüber, so dass erstmals seit der Abschaffung der Landsgemeinde die Ständeratswahl an der Urne entschieden wurde. Die Wahlbeteiligung betrug 63.75 %. Gewählt wurde das bisherige Mitglied Dr. iur. Hans Hess, 1945, Rechtsanwalt, Sarnen, bei folgenden Ergebnissen:

Gemeinde	Stimm-berechtigte	Eingelangte Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	<b>Bashkim REXHEPI</b> , 1982, Gewerkschaftssekretär, Giswil, Juso	<b>Hans HESS</b> , 1945, Rechtsanwalt, Sarnen, FDP.Die Liberalen
Sarnen	7'093	4'671	4'417	733	3'684
Kerns	4'076	2'609	2'472	301	2'171
Sachseln	3'301	2'115	2'014	284	1'730
Alpnach	3'835	2'217	2'136	279	1'857
Giswil	2'570	1'592	1'455	270	1'185
Lungern	1'489	1'137	1'034	110	924
Engelberg	2'454	1'481	1'381	193	1'188
<b>TOTAL</b>	<b>24'818</b>	<b>15'822</b>	<b>14'909</b>	<b>2'170</b>	<b>12'739</b>

### **Besuch einer Delegation der OSZE-Wahlassessmentmission**

Mit Schreiben vom 6. September 2011 teilte die Bundeskanzlei den Staatskanzleien mit, dass die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und damit das für Wahlen zuständige Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) ein internationales Team von Wahlexperten in die Schweiz entsendet, das während zwei bis drei Wochen die Vorbereitung und Durchführung der eidgenössischen Wahlen in den Kantonen und Gemeinden evaluieren werde. Am 19. Oktober 2011 traf eine zweiköpfige Delegation, bestehend aus Charles Lasham, Election Analyst, Grossbritannien, und Elissavet Karagiannidou, Legal Analyst, Griechenland, begleitet von Miriam Cias, Assistentin OSZE Mission, bei der Staatskanzlei ein und liess sich während rund zwei Stunden das Stimmaterial, die Wahlvorbereitungen und das Auszählprozedere zeigen und erklären.

**Drei Ersatzwahlen in die Gerichte**

In stiller Wahl wurden für den Rest der Amtsdauer bis 30. Juni 2012 am 4. April 2011 gewählt:

- Heinz Huber-Bucher, 1958, dipl. Treuhandexperte, Sachseln, FDP.Die Liberalen (Obergericht)
- Peter Imfeld, 1972, Betriebsökonom FH, Sarnen, FDP.Die Liberalen (Verwaltungsgericht)
- Johann Waser, 1952, Elektromonteur, Engelberg, SVP (Kantonsgericht)

Die Ersatzwahlen wurden aufgrund der Demissionen von Urs Kohler, Engelberg (Kantonsgericht) und von Urs Kuchler, Alpnach (Obergericht) durchgeführt. André Fischer, Alpnach (Verwaltungsgericht), schied aufgrund der Amtszeitbeschränkung aus.

**Abstimmungen**

Im Berichtsjahr sind folgende Urnenabstimmungen mit den nachstehenden Ergebnissen durchgeführt worden:

<b>Eidgenössische Volksabstimmungen</b>		JA	NEIN	Stimm- teiligung in %
13.02.11	Volksinitiative vom 23. Februar 2009 "Für den Schutz vor Waffengewalt"	3 724	9 512	53.94

<b>Kantonale Volksabstimmungen</b>		JA	NEIN	Stimm- teiligung in %
23.10.11	Nachtrag zum Steuergesetz vom 1. Juli 2011	13 257	1 575	62.41

**Erstmals Abstimmungsunterlagen für Blinde**

Die kantonalen Abstimmungsunterlagen können neu auch als Hörbuch heruntergeladen werden. Erstmals stand die Abstimmungszeitung zum Nachtrag zum Steuergesetz seh- und lesebehinderten Stimmbürgern als Audio-Datei zur Verfügung. So genannte "Daisy-Leser" stellen die Daten strukturiert dar und lesen sie den Hörern und Hörerinnen vor. "Daisy" ist der Name eines weltweiten Standards für Multimedia-Dokumente. Produziert werden diese Hörbücher in der Schweizerischen Bibliothek für Blinde, Seh- und Lesebehinderte in Zürich (SBS). Mittlerweile bieten 17 Kantone diese Möglichkeit an, darunter auch Nidwalden und Luzern.

**Initiativen und Referenden: Eine Volksmotion und eine Vorprüfung**

Mit Schreiben vom 10. Mai 2011 haben sämtliche Obwaldner Einwohnergemeinderäte eine Volksmotion zur befristeten finanziellen Mitbeteiligung an den Kosten der Pflegefinanzierung eingereicht. Nach Art. 61 Abs. 2 der Kantonsverfassung kommt eine Volksmotion zu Stande, wenn ein Stimmberechtigter oder ein Gemeinderat den Erlass, die Aufhebung oder die Änderung eines Gesetzes oder eines der fakultativen Abstimmung unterstehenden Finanzbeschlusses verlangt und das Begehren vom Kantonsrat unterstützt wird. Der Kantonsrat erklärte die Volksmotion am 29. September 2011 als verfassungsmässig, unterstützte sie aber nicht. Das Verfahren war damit abgeschlossen.

In der Berichtsperiode wurde kein Referendumsbegehren eingereicht.

Am 15. Juni 2011 führte die Staatskanzlei eine Vorprüfung der Unterschriftenliste für eine Initiative "Einführung des Majorz" für die Wahl des Obwaldner Kantonsrats durch.

### Gesetzesdatenbank

Die elektronische Gesetzesdatenbank (GDB) enthält alle in Kraft stehenden kantonalen Erlasse und Vereinbarungen gemäss den Vorschriften des Publikationsgesetzes. Sie wird tagesaktuell nachgeführt. Im Jahr 2011 ergaben sich folgende Änderungen:

	2006	2010	2011
Aufnahme neuer Erlasse	49	51	37
Änderungen geltender Erlasse	76	106	58
Entfernung aufgehobener Erlasse	44	46	20

Sämtliche aktuellen Erlasse stehen unter [www.ow.ch](http://www.ow.ch) > Gesetzessammlung zum Einsehen und Herunterladen zur Verfügung oder sind bei der Staatskanzlei als Sonderdrucke erhältlich.

### Beglaubigungen

Für die dem sogenannten Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 beigetretenen Staaten gelten vereinfachte Vorschriften für Beglaubigungen von Urkunden im internationalen Verkehr. Es genügt eine „Apostille“, worin die Staatskanzlei die Zuständigkeit der Urkundsperson bestätigt. Die übrigen amtlichen Beglaubigungen erfolgen gestützt auf das kantonale Beurkundungsgesetz. Die Zahl der Apostillen zeigt, in wie vielen Fällen Urkunden für den privaten oder geschäftlichen Gebrauch in Apostillen-Ländern beglaubigt worden sind.

Bei der Staatskanzlei wurde folgende Anzahl Schriftstücke beglaubigt beziehungsweise mit einer anerkannten Apostille versehen:

	2006	2010	2011
Beglaubigungen (Unterschriften, Kopien usw.)	24	62	82
Apostillen	184	418	461
Insgesamt	208	480	543

## 17 Staatsarchiv

Das Staatsarchiv übernimmt, sichert, erschliesst und vermittelt das konventionelle und elektronisch erstellte archivistische Kulturgut des Kantons. Im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips und der Archivverordnung sind die Bestände den Behörden, der Verwaltung, der Forschung und einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum bekannt.

### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
	Zur Sicherung des Endarchivs im Turm und im Verwaltungsgebäude liegt in Zusammenarbeit mit der Firma Curesys als zweite Projektetappe ein Evakuationsplan für den Katastrofenfall vor.	Dieser Evakuationsplan hat sich in einer praktischen Übung von Feuerwehr, Kulturgüter-schutz und Staatsarchiv bewährt.
	Für den Aktenbestand D (1850-1991) ist ein Umschachtelungskonzept entworfen.	Dieses Umschachtelungskonzept legt Grundlagen für einen wirksamen Bestandserhalt der Aktenabteilung D.
	Die Planung der schrittweisen Einführung von records management (RM) in der Kantonalen Verwaltung ist in Zusammenarbeit mit einer Projektgruppe weiterentwickelt.	Das RM-Projekt ist um wichtige Schritte vorangekommen: Vorstellung am Kadertag, Anschaffung eines RMS und eines Ordnungssystems.
	Die Erschliessung der archivischen Fachbibliothek ist abgeschlossen.	Der Öffentlichkeit steht - auch im Internet - eine gut zugängliche historische Fachbibliothek mit Schwerpunkt Schweizer Geschichte zur Verfügung.

### Vorarchivische Kontakte zur kantonalen Verwaltung

Vor allem zu folgenden Themen fanden 15 vorarchivische Kontakte statt: Archivierungsstrategien, Zwischenarchiv, Archivbewirtschaftung, scanning, Bewertungsfragen, Depot, Ablageorganisation.

### Bestandsbildung: Erschliessung vorbereiten

Das Staatsarchiv hat 16 Neuzugänge übernommen und grob geordnet, u.a. zu folgenden Bereichen/Themen: Waldwirtschaft, Gesundheit, Finanzkontrolle, Bildung und Kultur, Personalamt, Gesellschaftsfragen, Steuern, Bauen, Nachlass Karl Röthlin, Frauenkontaktstelle, Staatsarchiv Nidwalden, Sport, Ferienhaus Wilen.

### Erschliessung: Zusammenhänge ermöglichen

17 Zugänge wurden erschlossen und magaziniert. Sie betreffen u.a. die Themen Waldwirtschaftspläne, Gesundheitsförderung und Prävention, Gleichstellung von Frau und Mann, Gemeindefinanzen, Finanzkontrolle, Schulen, Staatskanzlei, Natur- und Heimatschutz, Strassenbau (Mikrofichen von Plänen N8 und Kantons- und Gemeindestrassen), Landschaftsschutz, Jugendhilfekommission, Personaldossiers, Parteien, Obwaldner Krankenkassen.

### **Anfragen: Ein Archiv lebt auch vom Interesse seines Publikums**

47 grössere und kleinere Anfragen zu folgenden Themen wurden beim Staatsarchiv vor allem über Internet eingereicht und erledigt:

Adoptionen, Alte Baugesetze, Amtsberichte, Amtsblätter, Bruder Klaus, Dorfbrand Engelberg 1887, Engelberger Alpen, Familienforschung (Stammbblätter), Frauenstimmrecht, Gemeindefinanzen, Geschichte Alpnach, Gleichstellung Mann und Frau, Grundstücke, Liegenschaften, Grundbuchpläne, Jodlerfest 1993, Katastrofen (Bergrutsch Giswil, 1986, Erdbeben 1964), Kindverschleppung, Kleine Melchaa, Konkurs, Konzession Elektrizitätswerk, Kurpark Engelberg, Landsgemeinde, Medizingeschichte, Migration, Namenkunde, Obwaldner Kantonalbank, Papstbulle 1513, Pflanzwerk Giswil, Parteipolitische Zusammensetzung Regierungsrat, Kantonsrat, Rückkauf Lungernersee-Kraftwerk, Sittenmandate, Steuern, Tourismusgeschichte (Hotel Reinhard), Tschifeler/Reissäckler, Einheit Unterwaldens, Strassen, Unterwaldner Musikverband, Vollenweider (Urteilsvollstreckung), Lehrschwwestern, Obwaldner Verfassungen.

### **Archivstrukturen: Orientierung schaffen**

Zur einheitlichen Ordnung und Erschliessung der Amtsdrukschriften sowie zum Optimieren des Ablieferungsprozesses wurde je ein Konzept erstellt. Daten aus dem Bibliotheksprogramm Bib-dia wurden exportiert, aufbereitet und in scopeArchiv strukturiert importiert. In der Archivdatenbank wurden die Abteilungen S (Sammlung) und Z (Objekte/Realia) neu geschaffen und die Verzeichnungseinheiten neu strukturiert. Die Erschliessungsgrundsätze wurden bereinigt und dokumentiert.

### **Digitalisierung: Bestandssicherung und Benutzungskomfort**

Die Digitalisate der Regierungsratsprotokolle wurden nachbearbeitet, d.h. mit Lesezeichen versehen. Bei den vom kantonalen Rechtsdienst digitalisierten Landbuchbänden 1-20 wurde Texterkennung vorgenommen und die PDF-Dateien mit Lesezeichen versehen. Für die Gesetzesammlung 1853-1900 wurden Register erstellt.

### **Benutzungsstatistik**

Anfragen 103, Benutzende 37, Benutzungstage 108, Leihen 9, Führungen 11, Führung Teilnehmende 186

## 18 Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle prüft als fachlich selbstständige und unabhängige Instanz den staatlichen Finanzhaushalt nach den Vorgaben des Finanzhaushaltsrechts. Sie unterstützt den Kantonsrat bei seiner Oberaufsicht über die Verwaltung und die Gerichtsverwaltung sowie den Regierungsrat bei der Dienstaufsicht über die Verwaltung. Sie führt das Sekretariat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

### Zielerreichung

	Amtsprojekte 2011	Stand der Erfüllung
	Vorbereitung Vorgaben in der Gemeindefinanzaufsicht gemäss neuem Finanzhaushaltsgesetz.	Die eingesetzte Arbeitsgruppe, bestehend aus den Finanzverwaltern der Einwohnergemeinden, der kantonalen Finanzverwaltung und der Finanzkontrolle, führte zur Koordination der verschiedenen Bereiche und zur Beantwortung von offenen Fragen im Laufe des Jahres acht Sitzungen durch. Für die politischen Behörden des Kantons und der Gemeinden wurden Weiterbildungsveranstaltungen über die Änderungen im Finanzhaushaltsrecht durchgeführt.

### **Neues Finanzhaushaltsgesetz (FHG) ab 1. Januar 2012: Umsetzung HRM2 bei den Gemeinden**

Die für die Umsetzung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes bei den Gemeinden eingesetzte Arbeitsgruppe mit den Finanzverwaltern der Einwohnergemeinden, der kantonalen Finanzverwaltung und der Finanzkontrolle hat an acht Sitzungen hauptsächlich folgende Themen behandelt:

- Fragen zur Umsetzung des FHG
- Kontenplan
- Kennzahlen
- Vorfinanzierungen
- Spezialfinanzierungen: Zuteilung zu Eigen- oder Fremdkapital
- Berechnungen zur Schuldenbegrenzung
- Interne Verrechnungen

In Zusammenarbeit mit der kantonalen Finanzverwaltung und einer externen Referentin wurden für die politischen Behörden des Kantons und der Gemeinden Weiterbildungsveranstaltungen über die Änderungen im Finanzhaushaltsrecht durchgeführt.

### **Prüfung der Staatsrechnung**

In den Monaten März und April 2011 hat die Finanzkontrolle nach Artikel 52 der Finanzhaushaltsverordnung die Staatsrechnung 2010 geprüft. Die Buchführung und die Jahresrechnungen entsprechen gemäss ihrer Beurteilung den Bestimmungen der Finanzhaushaltsverordnung.

### ***Prüfungen bei Amtsstellen und Prüfungen von Projektabrechnungen***

Die Finanzkontrolle hat bei den Prüfungen bei Amtsstellen und den Prüfungen von Projektabrechnungen keine Differenzen festgestellt, welche besondere Massnahmen erforderten. Empfehlungen wurden hauptsächlich im organisatorischen Bereich abgegeben. Zu den durchgeführten Revisionen liegen erläuternde Berichte und Aktennotizen vor.

### ***Prüfungen bei Organisationen und Unternehmungen***

Gemeinsam mit der Finanzkontrolle Nidwalden wurden die Revisionen der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten InformatikLeistungszentrum Obwalden und Nidwalden sowie Verkehrssicherheitszentrum Obwalden und Nidwalden durchgeführt. Die Revision des Laboratoriums der Urkantone erfolgte gemeinsam mit den Finanzkontrollen Nidwalden und Uri.

Zusätzlich hat die Finanzkontrolle folgende Jahresrechnungen geprüft: Regionalentwicklungsverband Sameraatal, Verein für die Koordination von Informatikaufgaben der Strassenverkehrsämter (KISTRA), Arbeitsstiftung Obwalden, Verein OBWALD Volkskulturfest, Verein Zämä Zmittag und Stiftung BiNetON.

### ***Aufsicht im Nationalstrassenbau***

Im Rahmen der Aufsicht über den Bau der Nationalstrassen leistete die Finanzkontrolle 440 Stunden (Vorjahr 323 Stunden). Schwergewichtig wurden die Zahlungsanweisungen mit den dazugehörenden Rechnungen mitschreitend geprüft. Die Jahresabrechnung der Personal- und Verwaltungskosten wurde erstellt. Zusammen mit dem Finanzinspektorat des Bundesamts für Strassen (ASTRA) führte die Finanzkontrolle eine Projektprüfung beim Nationalstrassenabschnitt Giswil Nord – Ewil durch. Die Prüfung umfasste die Bereiche Kostenkontrolle Gesamtprojekt, Planerleistungen: Projektierung und Bauleitung, Bauleistungen: Hauptarbeiten Los 5, Teuerung bei Planung und Ausführung sowie Umbuchungen aus dem Projekt Umfahrung Giswil.

### ***Sekretariat Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK)***

Die Finanzkontrolle ist gemäss Finanzhaushaltsverordnung für die Führung des Sekretariats der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission mit Protokollführung zuständig und nimmt an den Sitzungen beratend teil. Sie betreute im Jahr 2011 elf Plenarsitzungen der GRPK.

Ende Januar 2011 fand die im Zwei-Jahres-Rhythmus stattfindende Zusammenkunft mit der Aufsichtskommission Nidwalden statt. Diskutiert wurden die Arbeitsweisen der beiden Kommissionen sowie die Aufsicht über öffentlich-rechtliche Anstalten.

### ***Aufsicht über die Gemeindefinanzen***

#### ***Einheitliche Rechnungsführung***

Gemäss Finanzausgleichsverordnung überwacht die Finanzkontrolle die einheitliche Rechnungsführung der Obwaldner Einwohnergemeinden. Dabei wird die Einhaltung der mit Beschluss vom Regierungsrat für verbindlich erklärten Artikel der Finanzhaushaltsreglemente der Einwohnergemeinden überprüft.

### *Finanzlage der Obwaldner Einwohnergemeinden Ende 2010*

Alle Einwohnergemeinden ausser Sachseln konnten die Laufende Rechnung 2010 mit einem Ertragsüberschuss abschliessen. Per 31. Dezember 2010 weist keine Einwohnergemeinde einen Bilanzfehlbetrag (aufgelaufene Verluste aus den Vorjahren) aus. Auch die Einwohnergemeinde Sarnen, welche im Jahr 2009 noch einen Bilanzfehlbetrag von rund Fr. 975'000 bilanziert hatte, konnte diesen im Jahr 2010 aufgrund ihres guten Rechnungsabschlusses vollständig eliminieren. Insgesamt weisen die Einwohnergemeinden ein Eigenkapital von 36.8 Millionen Franken (Vorjahr 31.3 Millionen Franken) aus. Die durchschnittliche Nettoverschuldung pro Kopf stieg im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 162 auf Fr. 3'037.

Die Einwohnergemeinden Kerns, Sachseln, Alpnach und Giswil konnten im Jahr 2010 ihre Investitionen zu 100 Prozent selbst finanzieren. Sarnen mit 50% weist hingegen einen problematischen Selbstfinanzierungsgrad aus. Für die Einwohnergemeinden Lungern (69%) und Engelberg (86%) kann er als vertretbar bis gut bezeichnet werden. Im aussagekräftigeren Zehnjahresvergleich zeigen alle Einwohnergemeinden gute bis sehr gute Werte. Sachseln liegt über zehn Jahre gerechnet als einzige Einwohnergemeinde unter einem Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent, die erreichten 93 Prozent sind jedoch vertretbar.

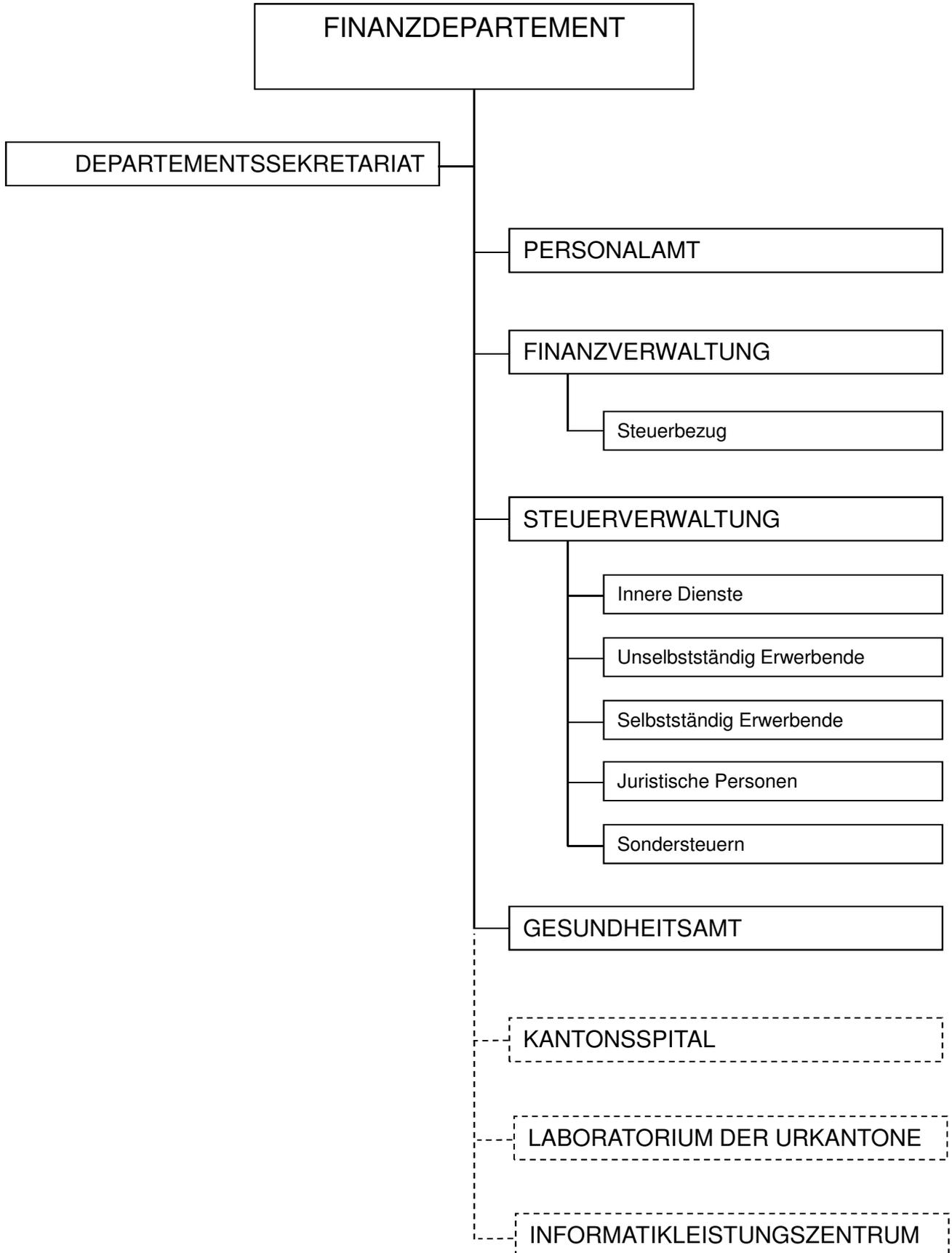
Als Ergebnis der Finanzanalyse wurde festgestellt, dass sich die Finanzlage der Obwaldner Einwohnergemeinden positiv entwickelt hat. Im Vergleich zum Vorjahr, als vier Einwohnergemeinden die von der Finanzkontrolle angewandten Kriterien einer guten Finanzlage ausgewiesen haben, erreichen nun alle Einwohnergemeinden diese Werte. Es waren deshalb keine Massnahmen zu ergreifen. Die Entwicklung kann sich aber aufgrund der anstehenden Investitionen (z. B. Wasserbau) und infolge weiterer möglicher Mehrbelastungen (z. B. im Gesundheits- und Sozialbereich) wieder ändern.

Die Finanzstatistik 2010 der Einwohnergemeinden des Kantons Obwalden wurde wie in den Vorjahren veröffentlicht.

## 4.2 Finanzdepartement







Das Finanzdepartement (FD) umfasst:

	<b>Vollzeitstellen Ende</b>	
	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Departementssekretariat	2.0	2.0
Personalamt	2.1	2.1
Finanzverwaltung	8.3	8.3
Kantonale Steuerverwaltung (inkl. Hauswartung 1.25)	37.6	38.6
Gesundheitsamt	4.9	3.2
<b>Insgesamt</b>	<b>54.9</b>	<b>54.2</b>

#### Die umgesetzten Departementsziele im Überblick (Controlling)

	<b>Jahresziele 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
<b>5</b>	<b>Der Kanton Obwalden fördert die Gesundheit aller Bewohnerinnen und Bewohnern und sichert den Zugang zu einer bedarfsgerechten, qualitativ guten medizinischen und pflegerischen Gesundheitsversorgung.</b>	
5.4	Das kantonale Gesundheitsrecht (insb. Gesundheitsgesetz) ist gemäss den veränderten Vorgaben des Bundes (KVG-Änderungen) angepasst.	Erfüllt: Einzelne Verordnungen mussten überarbeitet werden (Spitalliste, Kostengutsprache, Finanzierungsanteil). Das Gesundheitsgesetz musste hingegen nicht angepasst werden.
	Projekt Bettentrakt: Ein Gesetz über die Sondersteuern zur Finanzierung des Bettentrakts ist erarbeitet und die Volksabstimmung über den Baukredit bis Herbst 2011 durchgeführt.	Teilweise erfüllt: Der Kantonsrat hat am 1. Dezember 2011 dem Objektkredit für den Umbau und Ersatz des Bettentrakts des Kantonsspitals Obwalden zugestimmt. Die Volksabstimmung findet am 11. März 2012 statt.
<b>16</b>	<b>Der Kanton erhöht seine fiskalische Konkurrenzfähigkeit und ist in Teilbereichen der steuerattraktivste Kanton.</b>	
16.2	Der zweite Schritt der Steuerstrategie ist umgesetzt.	Erfüllt: Die Obwaldner Bevölkerung hat dem zweiten Schritt der Steuerstrategie am 23. Oktober 2011 mit fast 90 Prozent zugestimmt. Der Nachtrag zum Steuergesetz tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

## Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

<b>Gesetzgebungsprogramm 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
Nachtrag zur Verordnung über die Beurkundungs- und Schätzungsgebühren (in Verbindung mit dem VD)	Die Federführung liegt seit 2010 beim Volkswirtschaftsdepartement.
Nachtrag zum Steuergesetz („Zweiter Schritt kantonale Steuerstrategie“)	Der Nachtrag zum Steuergesetz tritt per 1. Januar 2012 in Kraft.
Revision Gesundheitsgesetz (insbesondere Neuordnung Spitalfinanzierung gemäss KVG)	Die kantonale Umsetzung der neuen Pflege- und Spitalfinanzierung wurde vollzogen. Das Gesundheitsgesetz wird im Rahmen der Geschäftsplanung revidiert.

## Departementsaussagen zu Querschnittfragen

### **Strategie-Entwicklung: Initiierung eines Programms zur Priorisierung von staatlichen Aufgaben und Leistungen (Priorisierungsprogramm)**

Das 2010 gestartete Priorisierungsprogramm wurde 2011 weitergeführt. Dabei konnte der Voranschlag 2011 und die Rechnung 2011 bereits wirksam entlastet werden. Die ab dem Jahre 2012 wirksamen Entlastungen wurden von der Projektgruppe erarbeitet und durch den Regierungsrat verabschiedet.

Die Vorgaben für das Priorisierungsprogramm erfolgten dabei aber nicht linear pro Departement, sondern differenziert nach Auswirkungen der Aufgaben auf die Strategie und möglichem Entlastungspotenzial für den kantonalen Finanzhaushalt. Die von den Departementen vorgeschlagenen Projekte und Einsparungen wurden vom Regierungsrat anlässlich der April-Klausursitzung behandelt und als finanzielle Vorgaben für die Budgetierung 2012 den Departementen vorgegeben. Am 6. Juni 2011 informierte der Regierungsrat die Steuerungsgruppe (Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen) über das Projekt.

### **Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Obwalden**

Gemäss Art. 16 des Gesundheitsgesetzes arbeitet das Kantonsspital Obwalden zur Standortssicherung eng mit den Kantonsspitalern Nidwalden und Luzern sowie anderen Spitälern zusammen. Die Zusammenarbeit mit Nidwalden wurde durch die Bildung eines Koordinationsausschusses institutionalisiert. Der Koordinationsausschuss besteht aus Mitgliedern des Spitalrats (Nidwalden) sowie der Aufsichtskommission (Obwalden) und berät sich regelmässig zu aktuellen Fragen. Mit dem Luzerner Kantonsspital schliesst das Kantonsspital Obwalden weiterhin auf operativer Ebene Zusammenarbeitsvereinbarungen ab, welche jeweils dem Finanzdepartement zur Kenntnisnahme zugestellt werden.

### **Laboratorium der Urkantone**

Das Laboratorium der Urkantone (LdU) ist ein Konkordatsbetrieb der Kantone Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden. Als interkantonale, öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit erfüllt das LdU zugunsten von Mensch, Tier und Umwelt Vollzugs- wie auch Dienstleistungsaufgaben. Die strategische Führung des Laboratoriums der Urkantone obliegt den Vertretern der vier Urschweizer Kantone. Der Finanzdirektor vertritt die Interessen des Kantons Obwalden in der Aufsichtskommission.

### ***Interkantonale Zusammenarbeit – Fachdirektorenkonferenzen***

Der Vorsteher des Finanzdepartements ist seit Dezember 2007 Präsident der Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK). Er wird dabei durch den Sekretär der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) und das Departementssekretariat unterstützt. Im Wesentlichen geht es um Fragen rund um die regionale und nationale Finanz- und Steuerpolitik, aber auch um allgemeine Verwaltungsthemen. Folgende Schwerpunktthemen wurden 2011 behandelt:

- Gesuch Verkehrshaus der Schweiz: Handlungsempfehlung zu Handen der Zentralschweizer Kantonsregierungen
- Informatik: Identity and Access Management
- Grundlagen zur Thematik "Public Private Partnership"

### ***Institutionelle Zusammenarbeit mit Gemeinden***

Um die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich der Finanzen weiter zu verbessern bzw. auch um den guten Stand zu halten, werden die Gemeinde-Finanzchefs vom Finanzdepartement in der Regel zu zwei Informationssitzungen pro Jahr eingeladen. Die Treffen haben sich bewährt und werden auch in den kommenden Jahren weitergeführt. Die Themenwahl richtet sich jeweils an politischen Aktualitäten aus.

Im Hinblick auf die vorgesehene Anpassung der Finanzhaushaltsgesetzgebung wurden zudem die Projektsteuerung und verschiedene Projektgruppen unter Einbezug aller Gemeinden gebildet. Dies gewährleistet eine gemeinsame Erarbeitung der vorgesehenen Änderungen.

Im vergangenen Jahr wurden alle Gemeinden und weitere öffentlich-rechtliche Arbeitgeber eingeladen, zusammen mit dem Kanton eine gemeinsame Submission des Unfallversicherungs- und Krankentaggeldes durchzuführen. Bis auf die Gemeinde Engelberg haben sich alle Gemeinden sowie elf weitere öffentlich-rechtliche Arbeitgeber daran beteiligt. Die Prämien für die ausgeschriebenen Versicherungen konnten dank der gemeinsamen Ausschreibung erneut um rund 250 000 Franken gesenkt werden.

### ***Überprüfung der Versorgungskette im Pflegebereich***

Der Regierungsrat hat eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Vorstehers des Finanzdepartements gebildet, welche eine Analyse der Versorgungskette im Pflegebereich vornimmt. Grund dafür ist die seit 1. Januar 2011 geltende neue Pflegefinanzierung. Diese bewirkt bei den Obwaldner Gemeinden geschätzte jährliche Mehrkosten von rund 3,5 Millionen Franken, da die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen weniger bezahlen müssen.

Die Arbeitsgruppe analysiert in einem ersten Schritt die Versorgungskette im Pflegebereich bezüglich fachlicher und sachlicher Aspekte. Anschliessend wird dem Regierungsrat bis Ende 2012 ein Bericht mit dem allfälligen Handlungsbedarf und möglichen Änderungsvorschlägen unterbreitet. In einem zweiten Schritt sollen die beiden Systeme Pflegefinanzierung und Spitalfinanzierung in finanzieller Hinsicht miteinander verglichen werden. Dazu wird dem Regierungsrat wiederum ein Bericht mit dem allfälligen Handlungsbedarf und möglichen Änderungsvorschlägen bis Ende 2015 unterbreitet.

In einer am 10. Mai 2011 eingereichten Volksmotion verlangten die Gemeinderäte eine befristete finanzielle Beteiligung des Kantons an ihren Mehrkosten aufgrund der neuen Pflegefinanzierung von rund 50 Prozent. Der Regierungsrat lehnte dieses Begehren unter Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip ab. Demnach greift der Kanton nur dann ein, wenn die Gemeinden nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben vollumfänglich wahrzunehmen. Dies ist nach Ansicht des Regierungsrats heute nicht der Fall. Die Gemeinden sind ausreichend in der Lage die Mehrkosten zu

finanzieren. Dieser Meinung schloss sich am 29. September 2011 auch die Mehrheit des Kantonsrats an. Sie sah keine Notwendigkeit für den geforderten Schnellschuss und machte u.a. darauf aufmerksam, dass für solche Probleme der innerkantonale Finanzausgleich bestehe. Zuerst sei die Situation durch die gebildete Arbeitsgruppe gründlich zu analysieren.

***Wirkungsbericht zu den steuerlichen Massnahmen, zum Kantonsmarketing und zur Raumentwicklung (kantonale Steuerstrategie)***

Die kantonale Steuerstrategie zeigt gemäss den finanziellen und volkswirtschaftlichen Kennzahlen nach wie vor eine positive Wirkung. Diese Erkenntnis, die bereits in den vorangegangenen Wirkungsberichterstattungen gemacht werden konnte, bestätigt sich mit dem diesjährigen Wirkungsbericht wiederum. Der Kanton Obwalden legte bei der Ressourcenstärke (NFA) stark zu. Bei den volkswirtschaftlichen Kennzahlen zeigen das Bevölkerungswachstum, die Entwicklung der Arbeitsplätze und die Eintragungen ins Handelsregister eine überproportionale Entwicklung auf.

2011 wurde der von der Regierung versprochene zweite Schritt der Steuerstrategie ausgearbeitet. Das Stimmvolk hat den Nachtrag zum Steuergesetz mit fast 90 Prozent angenommen. Speziell entlastet werden mittlere und untere Einkommen sowie Familien mit Kindern. Der Unternehmenssteuersatz bleibt bei 6 Prozent. Der Nachtrag tritt ab 1. Januar 2012 in Kraft.

## 20 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
	Das Einführungsprojekt Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW) ist mit einem Zustandsbericht abgeschlossen.	Nicht erfüllt: Der Abschlussbericht an den Kantonsrat wird 2012 erstellt.
	Das interdepartementale Projekt „Einführung einer elektronischen Verwaltungsführung (Records Management)“ ist unterstützt.	Erfüllt: Mit der aktiven Einsitznahme in der Projektgruppe wurde ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung der Projektziele geleistet. Das Departementssekretariat wurde zudem neben anderen als Pilotamt für die Einführung des Records Management bezeichnet.
	Die Berichterstattung in den Bereichen Steuerstrategie, Prämienverbilligung und Corporate Governance ist optimal begleitet.	Teilweise erfüllt: Die Berichte zur Steuerstrategie sowie zur Prämienverbilligung wurden durch das Departementssekretariat begleitet. Das Projekt Corporate Governance wird 2012 wieder aufgenommen.

### **Beschwerdestatistik – Beschwerdeentscheide des Regierungsrats**

<b>Anzahl Beschwerden</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Übertrag vom Vorjahr	9	15
Neueingänge	14	13
<b>Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats</b>		
- gutgeheissen	0	1
- teilweise gutgeheissen	0	1
- abgewiesen	5	9
- nicht eingetreten	0	0
<b>Erledigt ohne Entscheid des Regierungsrats</b> (Abschreibungsbeschluss des Departements)		
Vergleich, Rückzug u. dg.	3	5
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	15	12

### **Das Departementssekretariat als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum**

Das Departementssekretariat befasste sich 2011 mit folgenden Schwerpunktthemen:

- Erweiterter Wirkungsbericht zu den steuerlichen Massnahmen, zum Kantonsmarketing und zur Raumentwicklung (kantonale Steuerstrategie) und zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden;

- Initiative für „Faire Krankenkassenprämienverbilligungen“;
- Begleitung der Steuergesetzrevision per 1. Januar 2012 mit Vorbereitung der entsprechenden Volksabstimmung;
- Begleitung des Geschäfts Umbau und Ersatz des Bettentraktes für das Kantonsspital Obwalden, inkl. Vorbereitung der entsprechenden Volksabstimmung;
- Bericht zur Wirkung der Individuellen Prämienverbilligung;
- Volksmotion „befristete finanzielle Mitbeteiligung an den Kosten der Pflegefinanzierung“;
- Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Versorgungskette im Pflegebereich;

***Stellungnahmen zu Vernehmlassungen auf eidgenössischer Ebene (Bund/Parlament)***

Im Jahr 2011 konnten 21 eidgenössische Vernehmlassungen von höherer politischer Relevanz zuhanden des Regierungsrats eingereicht werden.

Neben den Antworten, die durch den Regierungsrat erfolgen, ist es dem Departement vorbehalten, Stellungnahmen direkt an die betreffenden Bundesstellen einzureichen. Dabei handelt es sich in der Regel um Vorlagen mit minderer politischer Relevanz und um so genannt technische Geschäfte. Das Finanzdepartement reichte im 2011 vier Stellungnahmen ein.

## 22 Personalamt

Das Personalamt ist allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen. Es erarbeitet zuhanden des Regierungsrats und der Departemente fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und in deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in der Personalrekrutierung, Anstellung, Förderung und Betreuung. Im Weiteren pflegt das Personalamt sämtliche rechtlichen und fachlichen Grundlagen für die Personalführung (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und -controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
	Alle bestehenden Vollzugsrichtlinien sind überarbeitet und aktualisiert.	Teilweise erfüllt: Die Richtlinien werden noch ergänzt und bis im Frühjahr 2012 dem Regierungsrat zur Genehmigung unterbreitet.
	Die Ausführungsbestimmungen über die Spesenentschädigungen und Zulagen im Staatsdienst sind angepasst.	Erfüllt: Die Ausführungsbestimmungen wurden per 1. Januar 2012 angepasst. Separate Zulagenregelungen des Zivilschutzes konnten aufgehoben werden.
	Die Leistungserfassung ist in weiteren Bereichen der Verwaltung eingeführt.	Erfüllt: Im Sicherheits- und Justiz- sowie im Finanzdepartement wurde die Leistungserfassung punktuell erweitert.
	Ev. Anpassung Behördengesetz (Richterentschädigungen)	Erfüllt: Die Richterentschädigungen im Behördengesetz wurden per 1. Januar 2012 angepasst.

### 6/60: 6 Wochen Ferien ab dem 60. Altersjahr

An der Sitzung der Personalverbände vom Mai 2011 beantragte der Staats- und Gemeindepersonalverband, das Anliegen sechs Wochen Ferien ab dem 60. Altersjahr zu prüfen. Der Regierungsrat unterstützte den Antrag, ebenso stimmte der Kantonsrat dem Geschäft am 1. Dezember 2012 zu. Per 1. Januar 2012 tritt der neue Gesetzesartikel in Kraft. Somit wird den Angestellten der kantonalen Verwaltung (ohne Lehrpersonen) eine zusätzliche Woche Ferien ab dem 60. Altersjahr gewährt. Die Lehrpersonen wurden bereits mit Inkrafttreten der Lehrpersonenverordnung vom 25. April 2008 im Rahmen der Altersentlastung berücksichtigt.

### Neues Erscheinungsbild der Personalinserate



**Liegenschaftsverkäufe und ihre Steuerfolgen**

In der kantonalen Steuerverwaltung werden nebst natürlichen und juristischen Personen auch Sondersteuern veranlagt. Zur Ergänzung unseres Teams suchen wir auf den 1. März 2012 oder nach Vereinbarung Sie als

**Sachbearbeiter/in Grundsteuern**

Sie veranlagten Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern aufgrund von Kaufverträgen in der Abteilung Sondersteuern. Kontakte mit Notaren und vor allem mit der Verkäuferschaft schätzen Sie. Sie erteilen dazu Auskünfte, beantworten Anfragen, bearbeiten Einsprachen und arbeiten mit den Veranlagungsabteilungen zusammen. Für weitere Aufgaben in der Abteilung sind Sie offen.

Nähere Informationen zu dieser interessanten Stelle finden Sie im Internet unter [www.obwalden.ch](http://www.obwalden.ch).

 **Kanton Obwalden** **Personalamt Obwalden**  
St. Antonstrasse 4, 6061 Sarnen  
[www.obwalden.ch](http://www.obwalden.ch)

Mit der Einführung des neuen Corporate Designs der kantonalen Verwaltung wurden auch die Personalinserate dem neuen Erscheinungsbild anzupassen. Nach der Prüfung von Möglichkeiten fiel der Entscheid zugunsten der heutigen Form. Neben den üblichen Inhalten zu Aufgaben und Profil wird jeweils ein jahreszeitlich angepasstes Bild aus dem Kanton Obwalden verwendet. Damit sollen die potenziellen Bewerberinnen und Bewerber auch emotional angesprochen werden.

### Prozessbeschreibungen

Die im Jahr 2010 begonnene Überarbeitung aller wichtigen Prozesse in der Personaladministration wurde weitergeführt und 2011 abgeschlossen. Dadurch kann die Aufgabenbearbeitung mit den sehr vielfältigen Prozessen im Personalamt mit einem Dutzend verschiedener Systeme und Software-Programmen insbesondere bei Stellvertretungen und Neueintretenden (v.a. Lernenden) effizient unterstützt werden. Zudem dienen die Prozessbeschreibungen in Einzelbereichen den Anforderungen des Internen Kontrollsystems (IKS).

### Lehrbetrieb kantonale Verwaltung – Erfolgreiche Lehrabschlussprüfungen 2011

Im Schuljahr 2011/12 bildet die kantonale Verwaltung wiederum 18 Lernende in den Bereichen Kaufmann/Kauffrau (B/E), Betriebsunterhalt und Küchenangestellte EBA sowie eine Person in einem Praktikum aus. In einem Fall musste das Lehrverhältnis aus disziplinarischen Gründen aufgelöst werden. Sechs kaufmännisch Lernende und eine Küchenangestellte EBA nahmen an den Abschlussprüfungen im Juni 2011 teil. Alle konnten ihre Ausbildung mit dem Diplom erfolgreich abschliessen.

### Statistische Angaben

Nachstehende Tabelle zeigt den effektiven Personalbestand per 31. Dezember 2011:

	Anzahl Mitarbeitende	
	2010	2011
Personalbestand ohne Lernende/Praktikanten	474	481
Umgerechnet in Vollzeitstellen (inklusive Gerichtspersonal und Lehrpersonen an der KSO und am BWZ)	368	380

Der Personalbestand nahm gegenüber Ende 2010 zu. Dies ist in der Aufstockung der Polizei, zusätzlichen Teilpensen in verschiedenen Departementen sowie in noch unbesetzten Stellen per Ende 2010 begründet.

Von den insgesamt 481 Mitarbeitenden sind 213 Frauen. Ihr Anteil beträgt somit etwas über 44 Prozent. 165 Mitarbeitende (ohne Lehrpersonen und Polizei) bildeten sich an 636 Tagen weiter. Im Durchschnitt betrug die Weiterbildungszeit 3,85 Tage. Die Anzahl Ein- und Austritte im Jahr 2011 zeigen sich wie folgt:

	Anzahl Mitarbeitende	
	2010	2011
Austritte	48	43
Eintritte	40	48

Folgende Gründe waren für das Ausscheiden von Mitarbeitenden im Jahr 2011 zu verzeichnen: Beendigung von befristeten Anstellungen (3), Kündigungen durch Mitarbeitende (22), Kündigung durch den Arbeitgeber (5; 2 davon infolge Aufhebung der Stelle), Austritt im gegenseitigen Einvernehmen (1) sowie Pensionierungen (12).

Die Brutto-Fluktuationsrate betrug im Jahr 2011 8,51 Prozent. Sie ist damit gegenüber dem Vorjahr um etwas mehr als ein halbes Prozent gesunken.

Im Jahr 2011 wurden insgesamt 653 Bewerbungen bearbeitet. Das entspricht fast einer Halbierung gegenüber dem Vorjahr. Dadurch sank die durchschnittliche Anzahl Bewerbungen pro ausgeschriebene Stelle markant. Die Anzahl Bewerbungen ist aus folgenden Gründen zurückgegangen:

- Es wurde insgesamt weniger Stellen ausgeschrieben;
- Der Arbeitsmarkt ist „trocken“;
- Die ausgeschriebenen Stellen waren vor allem solche, welche eine ausgeprägte Qualifikation verlangten. Auf solche Stellen melden sich erfahrungsgemäss weniger Personen.

## 24 Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung erarbeitet den Finanzplan und den Voranschlag, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie (mit Verbuchung und Verteilung der Abschreibungen). Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen (mit Vereinnahmung und Zuweisung der gebundenen Abgaben) und der Fonds. Ihr unterstellt sind der Steuerbezug (mit Budgetierung der Steuererträge), die Material- sowie die Telefonzentrale. Sie führt zudem die Sonderrechnungen für die Tierseuchenkasse sowie die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft. Ebenfalls unter der Finanzverwaltung werden die Kantonsanteile an Abgaben und Erträgen des Bundes (u.a. Ressourcenausgleich/Verrechnungssteuer), des innerkantonalen Finanzausgleichs sowie allgemeine Kosten der Verwaltung budgetiert und verbucht.

### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
	Gemeinsame Einführung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes von Kanton und Gemeinden auf 1. Januar 2012 ist vorbereitet.	Erfüllt: Das neue Finanzhaushaltsgesetz tritt per 1. Januar 2012 in Kraft.
	Gemeinsame Ablösung der Buchhaltungssoftware G-Soft von Kanton OW/NW und Gemeinden im Verbund mit anderen Gemeinden unter der Federführung des ILZ ist vorbereitet.	Erfüllt: Die Ablösung der Buchhaltungssoftware G-Soft kann per 1. Januar 2012 vorgenommen werden.
	Gemeinsame Unfall- und Krankentaggeld-Versicherung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften: Beteiligung an öffentlicher Submission.	Erfüllt: Die Submission der Unfall- und Krankentaggeld-Versicherungen wurde durchgeführt.

### ***Gemeinsame Einführung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes auf 1. Januar 2012 von Kanton und Gemeinden ist vorbereitet***

Auf den 1. Januar 2012 tritt das neue Finanzhaushaltsgesetz (FHG) in Kraft. Die Umsetzung des FHG für Kanton und Gemeinden führt dazu, dass das jährliche Ergebnis der Gemeinwesen im Sinne des "True and Fair Prinzips" dargestellt wird. Aufgrund der mehrstufigen Erfolgsrechnung wird das bisherige Gesamtergebnis mit verschiedenen Teilergebnissen ergänzt. Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit und das Ergebnis aus Finanzierung ergeben zusammen das operative Ergebnis. Dieses Ergebnis erlaubt einen bedeutend besseren Vergleich zwischen den Gemeinwesen. Zusammen mit dem ausserordentlichen Ergebnis ergibt sich das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung.

Die neue Gesetzgebung im Bereich des Finanzhaushaltsgesetzes nahm der Regierungsrat zum Anlass, die Finanzaufsicht über die Gemeinden, sowie den kantonalen Finanzausgleich zu überprüfen.

Bei der Finanzaufsicht über die Gemeinden bleibt die hohe Autonomie der Gemeinden im Kanton Obwalden grundsätzlich bestehen. Es wurden aber Massnahmen zur Sicherung eines hohen Qualitätsstandards im Finanzbereich ergriffen.

Zusammengefasst handelt es sich um folgende Vorschläge im Bereich Finanzaufsicht:

- Ausweitung der Finanzaufsicht des Kantons auf alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Steuerhoheit (d.h. Einwohnergemeinden und Kirchgemeinden).
- Einführung einer Regelung über die Befähigung der Rechnungsprüfungskommissionen (RPK) bzw. Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommissionen (GRPK).

- Zustellung der Erläuterungsberichte an die Finanzaufsicht mit der Möglichkeit, diese mit dem Gemeinderat bzw. der RPK bzw. GRPK zu besprechen.
- Der unterzeichnete Prüfbericht ist Bestandteil der Jahresrechnung, welcher veröffentlicht wird.
- Publikation der Organisation, Aufgaben, Kompetenzen und Zuständigkeiten sowie der Hilfsmittel- und Prüfraster der kantonalen Aufsicht im Internet.

Um sowohl die politischen Gremien des Kantons als auch die durch dieses Gesetz Direktbetroffenen einerseits zu informieren, und andererseits die Gelegenheit zum Fragen- und Gedankenaustausch zu bieten, organisierte die Finanzverwaltung eine Weiterbildungsveranstaltung für die politischen Behörden. Diesen Kurs besuchten insgesamt über 70 Personen.

Die Finanzverwaltung hat zudem die Einführung eines Internen Kontrollsystems (IKS) vorbereitet, welches 2012 in Kraft treten kann.

### ***Gemeinsame Ablösung der Buchhaltungssoftware G-Soft von Kanton OW/NW und Gemeinden***

Im Jahr 2001 wurde die EDV-Fachlösung G-Soft der Firma Ruf Informatik AG, Schlieren, für die Bereiche Rechnungswesen in den kantonalen Verwaltungen sowie den Gemeinden von Obwalden und Nidwalden eingeführt. Die Weiterentwicklung der Fachlösung G-Soft fand jedoch nicht im gewünschten Ausmass statt. Die kantonalen Verwaltungen sowie die Gemeinden von Obwalden und Nidwalden entschlossen sich deshalb im Herbst 2008 zu einer Neuevaluation der Fachgebiete Rechnungswesen und Einwohnerkontrolle. Da zahlreiche weitere Kunden der Firma Ruf dieselben Erfahrungen gemacht haben, schlossen sich weitere Gemeinden dieser Evaluation an. Insgesamt nahmen über 190 Gemeinden sowie zusätzlich die kantonale Verwaltung Appenzell Ausserrhoden an der Evaluation teil. Die GATT/WTO-Ausschreibung konnte nach einer aufwendigen Evaluation im Juni 2010 mit dem Zuschlag an die Firma Information Technology & Trust AG, Rotkreuz für das Produkt newsystem® public abgeschlossen werden.

Während des letzten Jahres fanden unter der Federführung des ILZ OW/NW die Vorbereitungen und Schulungen für den produktiven Start per 1. Januar 2012 statt.

### ***Gemeinsame Submission des Unfall- und Krankentaggeldes***

Unter der Federführung der Finanzverwaltung, zusammen mit folgenden Institutionen:

Einwohnergemeinden von Sarnen, Kerns, Sachseln, Alpnach und Giswil; katholische Kirchgemeinden Sachseln, Giswil und Lungern; Seniorenresidenz „Am Schärmä“, Sarnen; Betagtensiedlung „Huwel“, Stiftung Felsenheim, Sachseln; Alterszentrum „Allmend“, Alpnach; Betagtensiedlung „D'r Heimä“, Giswil; Eyhuis, Lungern sowie der Stiftung Rütimattli, Sachseln, LungenLiga Unterwalden, Alpnach; Kantonsspital Obwalden, Sarnen; Elektrizitätswerk Obwalden, Kerns; Spitex Obwalden, Sarnen und Informatikleistungszentrum Obwalden / Nidwalden; Sarnen

erfolgte nach 2008 bereits zum zweiten Mal eine gemeinsame Beschaffung nach dem offenen Verfahren GATT/WTO der Personenversicherungen (obligatorische Unfallversicherung und Zusatzversicherung, Krankentaggeldversicherung).

Dank der gemeinsamen Ausschreibung konnte wiederum ein sehr hohes Prämienvolumen ausgeschrieben werden. Die von den Versicherungsgesellschaften eingereichten Prämien waren aufgrund des bisherigen Schadensverlaufs im Rahmen der Erwartungen. Das heisst, dass bei der Krankentaggeld-Versicherung eine Erhöhung und bei der UVG- bzw. UVG-Z-Versicherung eine Reduktion der Prämie zu erwarten war. Nachdem vor drei Jahren bei der Ausschreibung Einsparungen für alle Körperschaften von rund 1,2 Millionen Franken oder 45 Prozent pro Jahr erzielt werden konnten, betragen die Einsparungen für alle Körperschaften bzw. deren Angestellten gegenüber den heutigen Versicherungsverträgen rund 250 000 Franken pro Jahr.

**Innerkantonaler Finanzausgleich**

Der innerkantonale Finanzausgleich besteht aus dem Ressourcenausgleich und dem Lastenausgleich Schule. 2011 leistete der Kanton einen Ressourcenausgleich in der Höhe von 5,4 Prozent des Nettosteuerertrages 2010, was 3 789 386 Franken ergab. Sarnen, Sachseln und Engelberg erhielten aufgrund ihrer Steuerkraft keine Beiträge aus dem Ressourcenausgleich. Aufgrund der hohen Steuerkraft zahlte nur die Gemeinde Engelberg einen Beitrag von 0,477 Millionen Franken in den kantonalen Finanzausgleich. Insgesamt ergab sich somit ein Ressourcenausgleich von Fr. 4 266 840.10, welcher an die beitragsberechtigten Gemeinden Kerns, Alpnach, Giswil und Lungern ausgeschüttet wurde.

Die vom Regierungsrat angestrebte Mindestausstattung der finanzschwachen Gemeinden von 85 Prozent des Mittels konnte mit dieser Ausschüttung nicht nur eingehalten, sondern deutlich übertroffen werden.

Für das Jahr 2011 wurde ein Lastenausgleich von 1,5 Millionen Franken ausgerichtet. Vom Lastenausgleich profitieren die Gemeinden Kerns (rund 503 000 Franken), Sachseln (rund 171 000 Franken), Alpnach (rund 55 000 Franken), Giswil (rund 311 000 Franken) und Lungern (rund 460 000 Franken). Diese Beiträge sollen die unterschiedlichen Belastungen der Gemeinden bei den Volksschulen ausgleichen.

**Auszahlungen Finanzausgleich 2011:**

	<b>Lastenausgleich 2011/2012</b>	<b>Ressourcen- ausgleich 2011</b>	<b>Total ordentlicher Finanzausgleich</b>	<b>pro Einw.</b>
	in Fr.	in Fr.	in Fr.	in Fr.
Einwohnergemeinde Kerns	503 398.00	1 699 862.65	2 203 260.65	391.00
Einwohnergemeinde Sachseln	171 413.00		171 413.00	35.25
Einwohnergemeinde Alpnach	54 653.00	103 192.75	157 845.75	28.30
Einwohnergemeinde Giswil	310 626.00	1 827 773.60	2 138 399.60	593.50
Einwohnergemeinde Lungern	459 910.00	636 011.10	1 095 921.10	524.60
<b>Insgesamt</b>	<b>1 500 000.00</b>	<b>4 266 840.10</b>	<b>5 766 840.10</b>	

Um die Investitionen in die Steuerstrategie abzufedern, werden den Gemeinden 2011 insgesamt drei Millionen Franken ausbezahlt.

**Auszahlungen Steuerstrategieausgleich 2011**

	<b>Steuerstrategieausgleich 2011</b>
	in Fr.
Einwohnergemeinde Sarnen	621 965.-
Einwohnergemeinde Kerns	349 260.-
Einwohnergemeinde Sachseln	310 882.-
Einwohnergemeinde Alpnach	359 715.-
Einwohnergemeinde Giswil	421 724.-
Einwohnergemeinde Lungern	254 517.-
Einwohnergemeinde Engelberg	392 587.-
Katholische Kirchgemeinden	265 378.-
Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde	23 972.-
<b>Insgesamt</b>	<b><u>3 000 000.-</u></b>

**Steuerbezug**

Die Abteilung Steuerbezug ist für das Inkasso der Staats- und Gemeindesteuern besorgt. Die fakturierten Beträge sowie die Steuerausstände entwickelten sich wie folgt:

	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Fakturierte Staats- und Gemeindesteuer	Fr. 182 946 287.55	Fr. 187 925 873.43
Steuerausstände	Fr. 19 470 072.00	Fr. 19 912 483.00

Im Jahr 2011 sind für die Staats- und Gemeindesteuern 106 (Vorjahr 105) Erlassgesuche eingegangen und 104 (Vorjahr 104) wurden erledigt. Die pendenten Erlassgesuche entwickelten sich wie folgt:

	Anzahl pendente Erlassgesuche per		davon vor Rekurskommission per 31.12.2011
	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2011</b>	
Sarnen	10	7	2
Kerns	1	---	---
Sachseln	---	2	---
Alpnach	---	6	1
Giswil	2	1	---
Lungern	---	---	---
Engelberg	---	2	---
<b>Total Staats- und Gemeindesteuern</b>	<b>13</b>	<b>18</b>	<b>3</b>
Direkte Bundessteuer (dB St)	7	7	1
<b>Total inkl. dBSt</b>	<b>20</b>	<b>25</b>	<b>4</b>

## 26 Steuerverwaltung

Die Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie veranlagt die Einkommens- und Vermögenssteuern von Unselbstständigerwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, Selbstständig-erwerbenden und Landwirten, die Gewinn- und Kapitalsteuern bei den juristischen Personen sowie die Erbschafts-, Schenkungs- und Quellensteuern und die Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern. Ferner veranlagt die Steuerverwaltung die direkte Bundessteuer. Weiter kontrolliert die Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung ein. Auch die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung und das Güterschätzungswesen sind organisatorisch bei der Steuerverwaltung angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen, Repartitionswesen, usw. bei der Steuerverwaltung an.

### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
<b>16</b>	Umsetzung der kantonalen Steuerstrategie: Der Wirkungsbericht (Kurzversion) für das Steuerjahr 2011 ist erstellt.	Erfüllt: Im Mai 2011 nahm der Kantonsrat den erweiterten Wirkungsbericht zu den steuerlichen Massnahmen, zum Kantonsmarketing, zur Raumentwicklung und zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (kantonale Steuerstrategie) zustimmend zur Kenntnis.
	Der Beschluss über die Festlegung des Prozentsatzes zur Berechnung des Selbstbehaltes bei der Individuellen Prämienverbilligung in der Krankenversicherung ist an den Kantonsrat verabschiedet.	Erfüllt: Mit Bericht über den Anspruch auf individuelle Prämienverbilligung in der Krankenversicherung legte der Kantonsrat im März 2011 den Prozentsatz zur Berechnung des Selbstbehaltes bei der Individuellen Prämienverbilligung für das Jahr 2011 fest.
	Der Wirkungsbericht über die Erfahrung der ersten drei Jahre des neuen Systems in der IPV ist erstellt.	Erfüllt: Im Mai 2011 nahm der Kantonsrat den Bericht zur Wirkung der Individuellen Prämienverbilligung zustimmend – mit einigen Anmerkungen – zur Kenntnis.
<b>16.2</b>	Die Teilrevision Steuergesetz (strategierelevante Anpassungen) per 1. Januar 2012 ist vollzogen.	Erfüllt: Die Teilrevision Steuergesetz per 1. Januar 2012 ist vollzogen.
	Die Steuersoftware NEST ist auf neue technische Basis migriert (Projekt 2010 bis 2013).	Dieses Projekt wird spätestens im 2013 abgeschlossen sein. Das Projekt ist sowohl zeit- als auch kostenmässig im Fahrplan.

### Steuererklärungen 2010

Für die Steuerperiode 2010 wurden insgesamt 24 907 Steuererklärungen an natürliche Personen und 3 594 Steuererklärungen an juristische Personen zugestellt. Dies entspricht total 28 501 zugestellten Steuererklärungen (ohne Sondersteuern).

5 409 Personen erhielten die Steuererklärung in Form einer CD mit der Software Dr. Tax. Weitere 2 780 Personen haben dieselbe Software via Internet herunter geladen.

Insgesamt 13 627 Steuererklärungen wurden mit der Software Dr. Tax ausgefüllt. Für die Steuerverwaltung sind dies optimale Steuererklärungen, da sie mit sehr wenig Aufwand für die

Veranlagung bereitstehen. Rund 1 959 Steuererklärungen (inkl. Belegen) wurden vollelektronisch via Internet an die Steuerverwaltung übermittelt, dies entspricht einem Anteil von 6,87 Prozent. 11 668 Steuererklärungen wurden ausgedruckt und auf Papier eingereicht, dies entspricht einem Anteil von 40,94 Prozent. Insgesamt betrug der Anteil der mit der zur Verfügung gestellten Software eingereichten Steuererklärungen 47,81 Prozent.

### **Veranlagungsstand**

Per 31. Dezember 2011 bestanden folgende pendente Veranlagungen:

a) Natürliche Personen:

<b>Steuerperiode</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Unselbstständig-, Selbstständig- Erwerbende, Sekundärsteuerpflich- tige, Landwirte	101	560	7 979
Erledigung in Prozent des Totalbe- standes	99,6%	97,7%	68,2%

Viele der offenen Veranlagungen der Steuerjahre 2008 bis 2010 beziehen sich auf ausserkantonale (sekundäre) Steuerpflichtige, bei denen die Steuerauscheidung des Wohnsitzkantons abgewartet werden muss. Nach Eingang der Steuerauscheidung des Wohnsitzkantons werden auch diese Veranlagungen erledigt.

b) Juristische Personen:

<b>Steuerperiode</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Aktiengesellschaften, GmbH, Verei- ne, Genossenschaften, Stiftungen	115	586	2 058
Erledigung in Prozent des Totalbe- standes	96,19%	82,98%	45,09%

Gegenüber den Vorjahren konnten mehr definitive Veranlagungen vorgenommen werden. Es ist zu berücksichtigen, dass die Anzahl der Fälle kontinuierlich zunimmt.

### **Pendente Einsprachen**

Per 31. Dezember 2011 waren insgesamt 38 Einsprachen (beinhaltet alle Steuerarten) pendent (Vorjahr 29 Einsprachen).

### **Prämienverbilligung**

Im Kalenderjahr 2011 wurden insgesamt 18 421 571 Franken Prämienverbilligung an 7 258 Anträge ausbezahlt. Dies entspricht rund 35,2 Prozent der Bevölkerung. Budgetiert waren 18,8 Millionen Franken.

### **Grundstückschätzungen**

Im Berichtsjahr 2011 nahm die Steuerverwaltung insgesamt 1 237 Steuerschätzungen vor. Davon entfielen 108 auf landwirtschaftliche und 388 auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke sowie 741 auf Stockwerk- und Miteigentum.

Für landwirtschaftliche Grundstücke gilt weiterhin die Belastungsgrenze gestützt auf das Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB). Es wurden 67 Grundpfandschätzungen (Schätzungswert BGBB) mit einem Gesamtbetrag von rund 14,9 Millionen Franken erstellt. Durch Drittaufträge wurden insgesamt 105 Verkehrswertschätzungen mit einem Schätzungswert von rund 39,5 Millionen Franken ausgeführt. Davon entfielen 51 auf landwirtschaftliche und 64 auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke.

### ***Perimeter***

Für die beiden verbleibenden Wuhrgenossenschaften Laui Lungern und Vereinigte Dorfbäche berechnete die Steuerverwaltung insgesamt 32 Nachschätzungen.

Die Grundstückschätzung wurde im Berichtsjahr 2011 vermehrt von öffentlich rechtlichen Körperschaften zur Erarbeitung von Perimetern beauftragt.

### ***Liegenschaftssteuer/Wasserbau***

Für die Einwohnergemeinde Giswil stellte die Steuerverwaltung wiederum die Grundlagendaten für die Rechnungsstellungen der Liegenschaftssteuer zur Verfügung. Der Einwohnergemeinderat Engelberg hat beschlossen, ab 1. Januar 2011 auf die Erhebung der Liegenschaftssteuer zu verzichten.

## 28 Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt sorgt für eine ausreichende und koordinierte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Es vollzieht die aufgrund der Krankenversicherungsgesetzgebung den Kantonen übertragenen Aufgaben, erteilt Bewilligungen für Berufe der Gesundheitspflege sowie therapeutische Einrichtungen und koordiniert die Betagtenbetreuung und die Spitexdienste. Es sorgt für die Gesundheitserziehung der Bevölkerung und stellt die Koordination mit dem Laboratorium der Urkantone sicher, welches insbesondere die Vollzugsaufgaben in den Bereichen Lebensmittelgesetzgebung, Veterinärwesen, Giftgesetzgebung, Stoffverordnung sowie Gewässer- und Umweltanalytik erfüllt.

### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
<b>5.1</b>	Die Revision Gesundheitsgesetz betreffend Spitalfinanzierung gemäss KVG auf 2012 ist vorbereitet.	Erfüllt: Einzelne Verordnungen mussten überarbeitet werden (Spitalliste, Kostengutsprache, Finanzierungsanteil). Das Gesundheitsgesetz musste hingegen nicht angepasst werden.
<b>5.3</b>	Ein Konzept für die Versorgungskette im Pflegebereich sowie deren Finanzierung ist erarbeitet (u.a. Übergangspflege, Palliative Care).	Teilweise erfüllt: Das Konzept ist grundsätzlich erarbeitet, die weitere Aufarbeitung wird jedoch mangels verbindlicher Zahlen auch über das Jahr 2012 hinaus andauern.
<b>5.2</b>	Ein Gesetz über die Sondersteuern zur Finanzierung des Bettentrakts ist erarbeitet und die Volksabstimmung über den Baukredit bis Herbst 2011 durchgeführt.	Teilweise erfüllt: Auf die Erhebung einer Sondersteuer wird verzichtet. Der Kantonsrat hat am 1. Dezember 2011 dem Objektkredit für den Umbau und Ersatz des Bettentrakts des KSOW zugestimmt. Am 11. März 2012 findet die Volksabstimmung statt.

### **Neue Spitalfinanzierung**

Am 1. Januar 2012 tritt die neue Spitalfinanzierung in Kraft. Die vom Bundesparlament beschlossenen Gesetzesänderungen führen zu einschneidenden Veränderungen im Gesundheitswesen und haben sowohl für die Akteure im Gesundheitsbereich als auch für Patientinnen und Patienten spürbare Auswirkungen. Der Regierungsrat musste in diesem Zusammenhang den Finanzierungsanteil des Kantons bestimmen und eine Spitalliste erlassen. Neben den bekannten Änderungen und Neuerungen sind zum jetzigen Zeitpunkt verschiedene wichtige Punkte auf Bundesebene noch nicht bzw. ungenügend geklärt (insb. Tarife, Datenlieferung bzw. Datenschutz etc.).

### **Umbau und Ersatz des Bettentrakts**

Der Kantonsrat genehmigte am 1. Dezember 2011 das Bauprojekt für den Umbau und Ersatz des Bettentrakts des Kantonsspitals Obwalden sowie einen Objektkredit von netto 40,4 Millionen Franken. Der geplante Neubau wird zweckmässig und ermöglicht optimale Prozessabläufe, welche sich sowohl positiv auf die Qualität der Pflege als auch auf deren wirtschaftliche Erbringung auswirken.

### ***Kontakt- und Anlaufstelle***

Der Kanton tritt auf den 1. Januar 2012 einer Leistungsvereinbarung zwischen der Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz und dem Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung des Kantons Luzern betreffend der Finanzierung der Kontakt- und Anlaufstelle K+A (ehemals Fixerraum) des Vereins Kirchliche Gassenarbeit in Luzern bei.

In der Kontakt- und Anlaufstelle (K+A) erhalten Schwerstabhängige von illegalen Drogen die Möglichkeit, diese an einem geschützten Ort stressfrei und unter hygienischen Bedingungen, medizinisch überwacht zu konsumieren. Dadurch sind sie nicht mehr gezwungen, die Drogen an öffentlichen Orten (Spielplätzen, öffentlichen Toiletten, Parkanlagen, Gärten, Kellereingängen usw.) zu konsumieren. Der öffentliche Raum ist somit entlastet.

### ***Schulgesundheitsdienst***

Die Einlösequoten der verschiedenen Gutscheine sind im vergangenen Schuljahr etwa gleich geblieben. Bei den schulärztlichen Eintrittsuntersuchungen wurden wie im Vorjahr rund 71 Prozent der Gutscheine eingelöst. Bei den schulzahnärztlichen Untersuchungen wurden erfreulicherweise rund 77 Prozent eingelöst (Vorjahr 72 Prozent). Die Gutscheine für ein individuelles Gesundheitsberatungsgespräch im neunten Schuljahr nutzten mit rund 5 Prozent (Vorjahr rund 12 Prozent) weniger Schülerinnen und Schüler.

Die Auswertungen der Gesundheitsstatistiken zeigen keine signifikanten Auffälligkeiten. Die Detailauswertungen sowie der Jahresbericht des Schulgesundheitsdienstes sind unter [www.ow.ch/Gesundheitsamt/Schulgesundheitsdienst/Publikationen](http://www.ow.ch/Gesundheitsamt/Schulgesundheitsdienst/Publikationen) publiziert.

### ***Kantonsspital Obwalden: Betrieb und Resultat***

Das Kantonsspital Obwalden behandelte im Jahr 2011 gemäss den budgetierten Kennzahlen 3 025 Patientinnen und Patienten (2010: 3 100). Es wird eine weiter anhaltende Verlagerung zu ambulanten Behandlungen festgestellt, sodass die stationären Fallzahlen tendenziell abnehmen werden. Erfreulich hat sich auch die Anzahl der Geburten entwickelt. 2011 erblickten 293 Neugeborene im Kantonsspital Obwalden das Licht der Welt. Das ist ein rekordverdächtiges Ergebnis (242 Geburten in 2010).

Für das Jahr 2010 wurden für medizinisch zwingende ausserkantonale Behandlungen rund 9 Millionen Franken ausgewiesen (Vorjahr 8,7 Millionen Franken). Der Mehraufwand für ausserkantonale Behandlungen ist auf Tarifierhöhungen bei den Vertragsspitalern und auf teure Einzelfälle zurückzuführen.

Aus Sicht der öffentlichen Hand ist der kantonale Beitrag für die gesamte Spitalversorgung der Bevölkerung von Interesse. Deshalb werden die finanziellen Leistungen an das Kantonsspital Obwalden sowie an das Kantonsspital Nidwalden (Grundversorgung der Engelberger Wohnbevölkerung) und die Zahlungen für ausserkantonale Hospitalisationen als Ganzes betrachtet.

**Gesamtkosten Spitalversorgung Obwalden**

	<sup>1</sup> Defizitbeiträge/ Globalkredite an das KSOW  in Franken	Zahlungen für ausserkantonale Hospitalisationen  in Franken	Zahlungen für Spitalaufent- halte in Stans  in Franken	Defizitbeiträge an die Akutabteilung Erlenhaus Engel- berg in Franken	Insgesamt  in Franken
2006	14 596 283.–	6 628 572.–	35 404.–	0.–	21 260 259.–
2009	17 664 383.– <sup>1</sup>	8 628 924.–	58 540.–	0.–	26 351 847.–
2010	15 899 437.–	8 978 420.–	67 185.–	0.–	24 945 042.–

<sup>1</sup>Inkl. Anschaffung eines Computertomografen von über 1,5 Millionen Franken

**Qualitätsstrategie des Kantonsspitals**

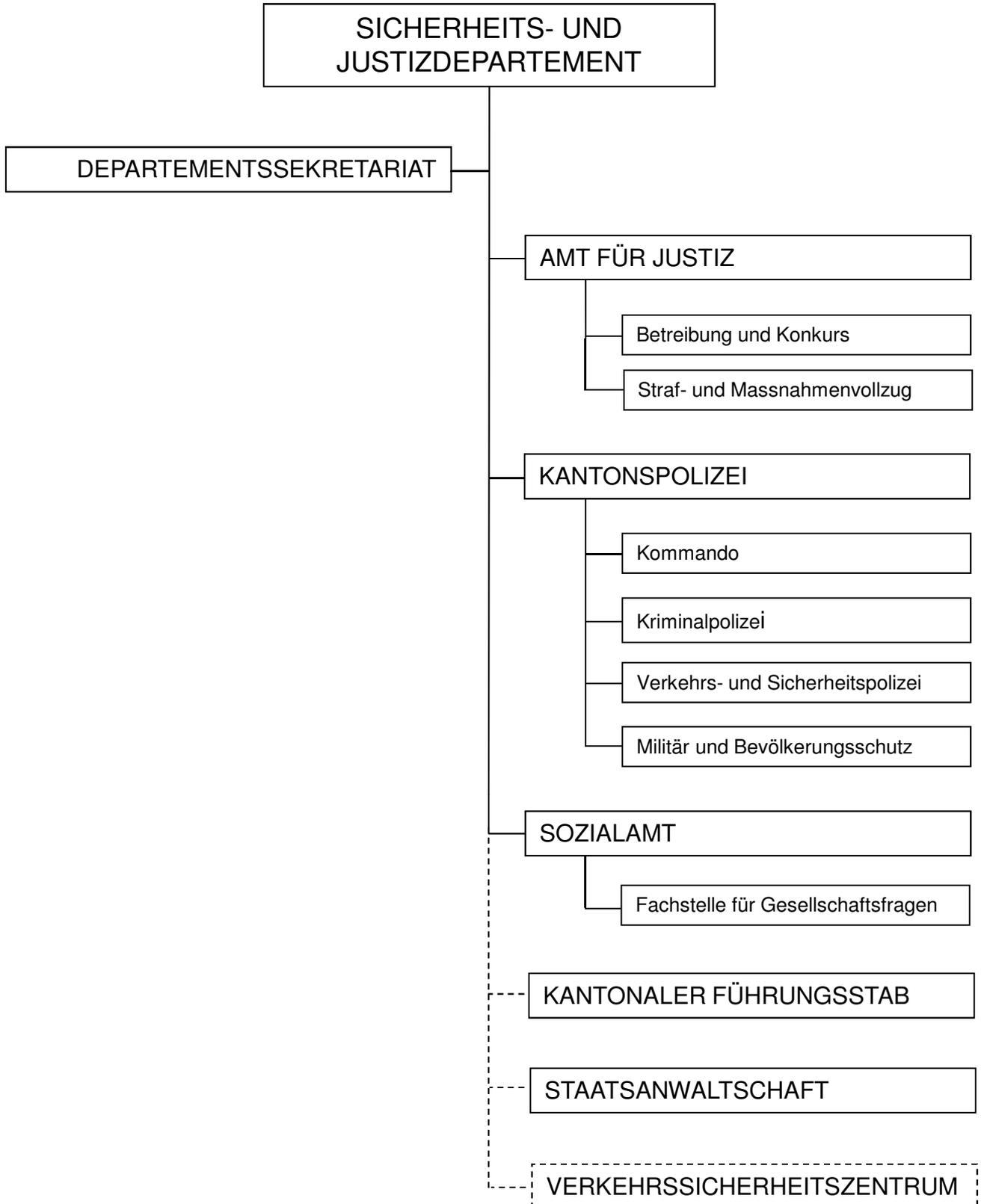
Das Kantonsspital Obwalden steht für eine qualitativ hochstehende medizinische Grundversorgung vor Ort, geprägt von menschlicher Nähe. Das Spital wird unternehmerisch und in enger Zusammenarbeit mit Zuweisenden, Pflegeinstitutionen, Partnerspitälern und der Öffentlichkeit geführt. Um die hohen Qualitätsziele zu erreichen, lässt sich das Unternehmen ganzheitlich beurteilen.

Ein wichtiges Qualitätsziel ist das Halten der hohen Patientenzufriedenheit. Das Kantonsspital Obwalden erhebt die Zufriedenheit permanent bei allen ausgetretenen Patientinnen und Patienten. Mit der gemessenen Patientenzufriedenheit liegt das Kantonsspital Obwalden bei den besten 25 Prozent der Vergleichsspitäler. Bei diesen Befragungen zeigt sich zunehmend die Unzufriedenheit der Patientinnen und Patienten mit der baulichen Infrastruktur. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantonsspitals versuchen diesen Wettbewerbsnachteil durch eine sehr persönlich gestaltete Pflege sowie intensive und individuelle ärztliche Betreuung zu kompensieren.

## 4.3 Sicherheits- und Justizdepartement







Das Sicherheits- und Justizdepartement (SJD) umfasst

	<b>Vollzeitstellen Ende</b>	
	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Departementssekretariat (inkl. Chef kantonalen Führungsstab)	2.13	2.13
Amt für Justiz	11.8	11.9
Kantonspolizei	64.50	65.20
Sozialamt	4.95	7.45
Staatsanwaltschaft	6.55	7.05
<b>Insgesamt</b>	<b>89.63</b>	<b>93.73</b>

**Die umgesetzten Departementsziele im Überblick (Controlling)**

	<b>Jahresziele 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
<b>6</b>	<p>Die Revision des Vormundschaftsrechts ist im Kanton umgesetzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Gesetzgebungsarbeit für das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht ist beendet.</li> </ul>	<p>Die Verabschiedung der Vorlage durch den Regierungsrat ist im Januar 2012 zuhanden der Kantonsratssitzung vom 15. März 2012 vorgesehen.</p>
<b>6</b>	<p>Die Aufgaben in der Jugendarbeit sind geklärt und die Gesetzgebung ist angepasst.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Revision der Gesetzgebung ist abgeschlossen.</li> <li>- Das Projekt Jugend-Kulturraum Obwalden ist umgesetzt.</li> <li>- Die Strategie und die Hauptprojekte der Fachstelle Gesellschaftsfragen sind festgelegt.</li> </ul>	<p>Ein Gesetzesentwurf ist erarbeitet und die Vernehmlassung durchgeführt. Für den Fall des Eingangs der angekündigten Initiative für ein Jugendparlament wird zu dieser Frage eine zweite Vernehmlassung durchgeführt. Das Ergebnis wird in die Gesetzgebung und die Botschaft zur Jugendhilfe integriert.</p> <p>Mit einem Leistungsvertrag wurde dem Verein Juko der neu erstellte Pavillon auf dem Bänzenmätteli, Sarnen, zum Betrieb des Jugend-Kulturraums Obwalden überlassen.</p> <p>Es ist vorgesehen, dem Regierungsrat im Januar 2012 die Handlungsschwerpunkte der Fachstelle Gesellschaftsfragen 2012-2016 zur Kenntnisnahme vorzulegen.</p>
<b>7</b>	<p>Die Kantonspolizei gewährleistet im Kanton die unmittelbare Sicherheit.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die bundesrechtliche Revision der Sprengstoffgesetzgebung ist entsprechend der Projektplanung der Zentralschweizer Polizeidirektoren und –direktorinnenkonferenz (ZPDK) umgesetzt.</li> </ul>	<p>Die kantonalen Ausführungsbestimmungen zur Sprengstoffgesetzgebung und Waffengesetzgebung sind in Kraft.</p>

## Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2011	Stand der Erfüllung
Revision der Gesetzgebung über die Jugendhilfe	Erste Vernehmlassung durchgeführt.
Umsetzung der Revision der Sprengstoffgesetzgebung im kantonalen Recht	Erlass von Ausführungsbestimmungen im Dezember 2011.
Umsetzung der Revision des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (Nachtrag ZGB) im kantonalen Recht	Die Verabschiedung der Vorlage durch den Regierungsrat ist im Januar 2012 zuhanden der Kantonsratssitzung vom 15. März 2012 vorgesehen.

## Departementsaussagen zu Querschnittfragen

### *Interkantonale Zusammenarbeit*

#### Gemeinsame Uniformbeschaffung in der Zentralschweiz

Den Zentralschweizerischen Polizeikörpers ist es gelungen, sich auf eine einheitliche Uniform mit gemeinsamer Beschaffung festzulegen. Unter der Projektleitung des Kantons Schwyz erarbeitete eine Projektgruppe die Grundlagen, worauf die offene Ausschreibung und Vergabe an einen Logistikdienstleister erfolgen konnte. Im Berichtsjahr erfolgte die gemeinsame Bestellung für die Jahre 2011 und 2012. Der letzte Bereich der Auslieferung wird Ende März 2012 erfolgen. Ab diesem Datum sind in der Zentralschweiz alle Polizistinnen und Polizisten grundsätzlich mit der gleichen Uniform ausgerüstet. Die Kantonszugehörigkeit wird mit den Achselschlaufen, einem Badge und der Krawatte ersichtlich. Mit dieser gemeinsamen Auswahl und Beschaffung können die Uniformkosten für Mitarbeitende der ständig uniformierten Dienste über fünf Jahre mindestens halbiert werden. Diese Einsparungen sind insbesondere über tiefere Stückpreise in der grösseren Menge und der geringeren Lagerhaltung der einzelnen Korps möglich.

#### Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Für die Umsetzung der NFA im Heim- und Betreuungswesen arbeiten die Zentralschweizer Kantone insbesondere im IVSE-Bereich A (stationäre Einrichtungen für Jugendliche) und im IVSE-Bereich B (Werkstätte, Wohnheime und Tagesstätte für erwachsene Behinderte) in der Bedarfsanalyse und Bedarfsplanung zusammen. Die Zentralschweizer Kantone haben im IVSE-Bereich A im Jahr 2011 das zweite Mal für die Angebotsanalyse sämtliche Institutionen mit einer Anerkennung des Bundesamtes für Justiz erfasst. Im IVSE-Bereich B führten die Zentralschweizer Kantone die vierten Erhebungen der bestehenden Angebote durch. Es liegen Grundlagen über das aktuelle Angebot, die gesellschaftlichen Trends und Prognoseindikatoren für die Zentralschweiz vor. Es wird weiter geprüft, ob das Instrument „Individueller Betreuungsbedarf“ eingeführt werden soll, um die Finanzierung aller Angebote entsprechend dem individuellen Betreuungsbedarf auszurichten. Die Angebotsplanung der IVSE-Bereiche A und B werden im Frühling 2012 anlässlich der Zentralschweizer Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren besprochen.

#### Suchtberatung

Die Suchtberatungen Obwalden und Nidwalden organisierten gemeinsam mit zwei Hausärzten unter dem Dach; „Forum Suchtmedizin Innerschweiz“ zwei Ärztereweiterbildungen (11. April 2011 und 16. November 2011).

## Zusammenarbeit mit den Gemeinden

### Erfahrungsaustausch im Einbürgerungswesen

Im Herbst 2011 fand wiederum eine Plenarveranstaltung im Einbürgerungsrecht statt. Das Amt für Justiz organisiert diese Veranstaltung jährlich, um eine Plattform für den Erfahrungsaustausch anzubieten. Sie richtet sich vor allem an die zuständigen Einbürgerungsbehörden, aber auch an die am Verfahren beteiligten Behörden wie die Kantonspolizei. Die Veranstaltung dient der Koordination des Verfahrens. So werden Neuerungen, Ideen und Standards besprochen. An der Veranstaltung im Herbst 2011 wurden als Schwerpunkt die Ausführungsbestimmungen zur Bürgerrechtsverordnung vorgestellt und diskutiert.

### Erfahrungsaustausch mit kommunalen Sozialdiensten

Wie jedes Jahr fand im Frühjahr sowie im Herbst ein Erfahrungsaustausch des kantonalen Sozialamts mit den kommunalen Sozialvorsteher/-innen und Sozialdiensten statt. Es wurde insbesondere die Zusammenarbeit im Asyl- und Flüchtlingsbereich und der Fachstelle Gesellschaftsfragen, die Zusammenarbeit mit der Psychiatrischen Klinik OW/NW und die bevorstehende Aufsicht des Kantons in der öffentlichen Sozialhilfe besprochen.

### Einführung neu gewählter kommunaler Sozialbehörden

Neu gewählte Sozialvorsteherinnen und Sozialvorsteher sowie Sozialdienstmitarbeitende wurden am 5. April 2011 an einer Weiterbildungsveranstaltung in die Strukturen, Zuständigkeiten und Arbeitsabläufe im Sozial- und Vormundschaftswesen eingeführt.

## Beschwerdestatistik

### Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Sicherheits- und Justizdepartement)

	2010	2011
<b>Anzahl Beschwerden</b>	<b>26</b>	<b>17</b>
(einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)		
Übertrag vom Vorjahr	16	10
Neueingänge Geschäftsjahr	10	7
<b>Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats</b>		
– gutgeheissen	2	
– teilweise gutgeheissen	1	
– abgewiesen	7	5
– nicht eingetreten	4	

	2010	2011
<b><i>ohne Entscheid des Regierungsrats</i></b> (Abschreibungsbeschluss des Departements)		
Vergleich, Rückzug u. dgl.	2	
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	10	12
<b>Beschwerdeentscheide des Sicherheits- und Justizdepartements</b>		
<b>Anzahl Beschwerden</b>	0	0

### 30 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementvorsteher oder die Departementvorsteherin nach deren besonderen Anordnung insbesondere bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung.

Der kantonale Führungsstab ist ein Stabsorgan des Regierungsrats zur Bewältigung von grossen Schadenereignissen, Katastrophen und Notlagen. Der Stab plant, koordiniert und kontrolliert die Vorbereitungen zur Bewältigung von grossen Schadenereignissen, Katastrophen und Notlagen, soweit sich diese nicht auf eine Gemeinde alleine beschränken.

#### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
	Die Revision der Gesetzgebung zur Jugendhilfe ist in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt abgeschlossen.	Ein Gesetzesentwurf ist erarbeitet und die Vernehmlassung durchgeführt. Nach Eingang der Initiative für ein Jugendparlament wird zu dieser Frage eine zweite Vernehmlassung durchgeführt. Das Ergebnis wird in die Gesetzgebung und die Botschaft zur Jugendhilfe integriert.
	Die bundesrechtliche Revision der Sprengstoffgesetzgebung ist entsprechend der Projektplanung der ZPDK umgesetzt.	Der Regierungsrat hat am 13. Dezember 2011 Ausführungsbestimmungen zur Sprengstoffgesetzgebung sowie zur Waffengesetzgebung erlassen, die auf den 1. Januar 2012 in Kraft getreten sind.
	Der kantonale Führungsstab besteht eine Stabsübung zu einem Szenario aus dem Bereich Naturgefahren. Zudem wird die Ausbildung in der Stabstechnik und die Zusammenarbeit mit den Gemeindeführungsorganen weiter gestärkt.	Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz hat gemeinsam mit dem Kantonalen Führungsstab Obwalden die Stabsübung LAIWI 11 durchgeführt. Alle Chefs der Gemeindeführungsorgane waren in der Stabsübung des Kantonalen Führungsstabes involviert.

#### 3000 Departementssekretariat

##### *Jugend-Kulturraum eröffnet*

Nachdem der Kantonsrat am 2. Dezember 2010 für die Erstellung eines Jugendkulturraumes Obwalden einen Kredit von CHF 350 000.– bewilligt hatte, wurden in Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumentwicklungsdepartement unverzüglich die Bauarbeiten an die Hand genommen. Die Jugendlichen wurden bei der Realisierung beigezogen und sie unterstützten die Arbeiten tatkräftig mit Eigenleistungen. Parallel dazu konstituierte sich der Verein Jugend- und Kulturzentrum Obwalden (JUKO) neu. Er gab sich neue Statuten mit einem Vorstand, dem die strategische Leitung obliegt, und einer Betriebsleitung, die für den Betrieb zuständig ist. Mit

einem Vertrag zur Überlassung zum Betrieb und zum Gebrauch hat der Kanton den doppelstöckigen Pavillon auf dem Bänzenmätteli, Sarnen, dem Verein JUKO für den Betrieb eines Jugend-Kulturzentrums Obwalden überlassen. Am 17. September 2011 wurde dieses mit einem Fest offiziell eröffnet.

### ***Entwurf für ein neues Jugendförderungsgesetz liegt vor***

Mit dem Postulat zur offenen Jugendarbeit Obwalden, welches der Kantonsrat am 27./28. Mai 2009 überwiesen hatte, wurde zum einen die Verwirklichung eines Jugend-Kulturraums gefordert. Zum anderen wurde verlangt, dass die Jugendarbeit zwischen Kanton und Gemeinden koordiniert und die Zuständigkeit für die offene Jugendarbeit für über 16-jährige geklärt wird. Nachdem der Jugend-Kulturraum realisiert werden konnte, wurde die Revision der Gesetzgebung zur Jugendhilfe an die Hand genommen. Am 22. Februar 2011 genehmigte der Regierungsrat das unterbreitete Konzept. Am 23. August 2011 konnte er den Entwurf eines Gesetzes zur Jugendförderung in erster Lesung zuhanden der Vernehmlassung verabschieden. Die Vernehmlassungsfrist endete am 30. November 2011, worauf im Dezember 2011 die Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse und die Aufbereitung des Gesetzesentwurfs sowie der Botschaft zuhanden der zweiten Lesung des Regierungsrats stattfanden. Sollte die vor längerer Zeit angekündigte kantonale Initiative für ein Jugendparlament zustandekommen, so wäre es zweckmässig, die Beantwortung der Initiative mit der Vorlage für ein neues Jugendförderungsgesetz zu verbinden. In einem ersten Schritt würde eine Vernehmlassung zur Initiative durchgeführt.

### ***Fachstelle Gesellschaftsfragen mit einer Vierjahresstrategie***

Die Fachstelle Gesellschaftsfragen nahm am 1. Januar 2011 ihren Betrieb auf. Sie will sich in ihrer Präventionsarbeit auf die im Kanton vordringlichsten Probleme konzentrieren und diese zielgerichtet und koordiniert angehen. In diesem Sinne hat sie eine Strategie erarbeitet, mit welcher die Handlungsschwerpunkte der nächsten vier Jahre festgelegt wurden. Bei der Erarbeitung der Strategie waren kantonale und kommunale Fachstellen sowie Gemeindebehörden einbezogen worden. Es ist vorgesehen, dem Regierungsrat im Januar 2012 die Handlungsschwerpunkte der Fachstelle Gesellschaftsfragen 2012-2016 zur Kenntnisnahme vorzulegen.

### ***Arbeiten zur Aufstockung Polizeigebäude im Zeitplan***

Die Arbeiten zur Aufstockung des Polizeigebäudes liefen im Jahr 2011 wie geplant. Der Bezug ist auf die erste Woche im Mai 2012 angesetzt. Mit den zusätzlichen Räumlichkeiten, die dem Sicherheits- und Justizdepartement mit der Aufstockung des Polizeigebäudes zur Verfügung stehen werden, können Ämter zusammengeführt und optimale Betriebsabläufe ermöglicht werden. Auch werden ein grösserer Führungsraum und die benötigten Einvernahmezimmer zur Verfügung stehen. Im neuen Trakt werden das ganze Amt für Justiz (inklusive Abteilung Betreuung und Konkurs) sowie das Polizeikommando untergebracht werden. Im bestehenden Trakt werden im Erdgeschoss die Abteilung Militär- und Bevölkerungsschutz, im 1. Obergeschoss die Verkehrs- und Sicherheitspolizei, im 2. Obergeschoss die Kriminalpolizei und im 3. Obergeschoss die Staatsanwaltschaft sowie die Departementsleitung zu finden sein.

### **3010 Kantonaler Führungsstab**

#### ***Einsätze***

Mehrere Wetterereignisse, insbesondere Ende Juni und im Oktober 2011, erforderten von den Einsatzkräften und einzelnen Gemeinden geeignete Massnahmen. Da die Ereignisse auf Stufe Gemeinde bewältigt werden konnten, war kein Einsatz des Kantonalen Führungsstabes (KFS) notwendig.

#### ***Ausbildung***

Im Zentrum der Ausbildung 2011 des Kantonalen Führungsstabes stand die Stabsübung „LAI-WI 11“. Die vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit dem KFS Obwalden durchgeführte Übung hatte die Bedrohung durch grosse Schneemengen und drohende resp. erfolgte Lawinenabgänge und deren Folgen zum Thema. Anhand des aufwändig erstellten Szenarios konnte der KFS einmal mehr die strukturierten Arbeitsprozesse innerhalb des Stabes trainieren. Bei einer (fiktiven) Medienkonferenz konnten zudem die Kompetenzen im Umgang mit Medien vertieft werden. Als Novum waren in der Stabsübung auch alle Chefs der Gemeindeführungsorgane aller Obwaldner Gemeinden involviert. Dadurch konnte die Zusammenarbeit Kanton – Gemeinden im Ereignisfall geübt und das gegenseitige Vertrauen gestärkt werden.

## 31 Amt für Justiz

Das Amt für Justiz ist für folgende Aufgabenbereiche zuständig: Gleichstellung von Frau und Mann, Datenschutz (Gesetzgebung), Enteignungsrecht, Beurkundungsrecht und Anwaltsrecht, Straf- und Massnahmenvollzug, Bewährungshilfe, Gefängnis und Begnadigungen, Einbürgerungen, Namensänderungen, Zivilstandswesen, Miete und Pacht, Schuldbetreibungs- und Konkurswesen, öffentliche Versteigerungen, Sekretariat der Steuerrekurskommission sowie Aufsicht über die Gemeinden und andere öffentlich-rechtlichen Körperschaften wie Korporationen und Teilsamen.

### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
	Die Gesetzgebungsarbeit für das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt) ist beendet.	Die Verabschiedung der Vorlage durch den Regierungsrat ist im Januar 2012 zuhanden der Kantonsratssitzung vom 15. März 2012 vorgesehen.

### 3100 Amtsleitung

#### *Einbürgerungen*

Das Amt für Justiz ist im Bürgerrechtswesen Drehscheibe, aber auch kantonale Koordinationsstelle, namentlich in Bezug auf die Tätigkeiten der Gemeinden und des Bundesamtes für Migration. Zudem ist es vorbereitende Instanz für die Erteilung des Kantonsbürgerrechts durch den Kantonsrat. Erstmals im Jahr 2011 wurde die Informationsveranstaltung für einbürgerungswillige Personen zweimal in einem Jahr organisiert. Wiederum sind die Veranstaltungen auf reges Interesse gestossen. Am 28. Juli 2011 nahmen 31 Personen und am 29. November 2011 55 Personen teil. Die Veranstaltung verspricht zum einen die verbesserte Mitwirkung der einbürgerungswilligen Personen im Verfahren, zum anderen eine bewusstere Vorbereitung auf die Einbürgerung.

Auf dem Weg der ordentlichen Einbürgerung wurde im Berichtsjahr 69 ausländischen Personen das Schweizer Bürgerrecht erteilt (Vorjahr 133). Ein Gesuch wurde abgelehnt. Zwei Gesuche wurden zurückgestellt.

Über die erleichterte Einbürgerung von ausländischen Personen entscheidet abschliessend der Bund. Hier steht die Einbürgerung des ausländischen Ehepartners einer Schweizerin oder eines Schweizer im Vordergrund. Das Amt für Justiz hat an 69 Gesuchen um erleichterte Einbürgerung mitgewirkt (Vorjahr 55). Davon wurden in 52 Gesuchen das Bürgerrecht des Kantons Obwalden erteilt, bei den restlichen 17 Gesuchen ging es um die Erteilung eines ausserkantonalen Bürgerrechts an Personen mit Wohnsitz in Obwalden.

In Bezug auf das Kantonsbürgerrecht wurde weder eine Einbürgerung noch eine Entlassung von Schweizer Bürgern vorbereitet. Neue Beschwerdefälle im Bürgerrecht gab es im Berichtsjahr keine.

## Ausführungsbestimmungen zur Bürgerrechtsverordnung

Der Regierungsrat erliess am 8. November 2011 Ausführungsbestimmungen zur Bürgerrechtsverordnung. Diese sind auf den 1. Januar 2012 in Kraft getreten.

Der Regierungsrat konkretisierte die Bürgerrechtsverordnung, indem er festlegte, dass für die Einbürgerung nur geeignet ist, wer unter anderem über genügend Sprachkenntnisse verfügt. Sprachkenntnisse sind Voraussetzung, um mit Behörden und der einheimischen Bevölkerung in Kontakt zu treten. Der Regierungsrat wertete sie als notwendige Kompetenz zur Integration, weshalb sie im Rahmen einer Einbürgerung zu prüfen sind. Er legte deshalb fest, dass die gesuchstellende Person in der Amtssprache des Kantons (Deutsch) die Minimalanforderung B1 (Einstieg in die selbständige Sprachverwendung) des europäischen Sprachenportfolios erfüllen muss. Die geforderten Sprachkenntnisse sind durch eine Sprachstandsanalyse nachzuweisen. Diese wird vom Berufs- und Weiterbildungszentrum Obwalden (BWZ) durchgeführt.

Weiter haben die betroffenen Personen vor der Einreichung eines Einbürgerungsgesuches eine Informationsveranstaltung zu besuchen, die vom Amt für Justiz durchgeführt wird. Damit wird sichergestellt, dass einbürgerungswillige Ausländer und Ausländerinnen über die Voraussetzungen und das Verfahren ausreichend informiert sind. Neu werden sie auch über den erforderlichen Sprachlevel informiert. Diese Veranstaltungen werden bereits seit zwei Jahren auf freiwilliger Basis durchgeführt und stossen bei den Betroffenen auf positives Echo. Die Transparenz, die damit geschaffen wird, wird geschätzt. Auch profitieren die kantonalen und kommunalen Behörden von gut informierten Gesuchstellenden. Die Verfahrensabläufe werden erleichtert.

Schliesslich wurden in den Ausführungsbestimmungen die Kosten bezüglich des kantonalen Einbürgerungsverfahrens, der Sprachstandsanalyse und der Erstellung des Führungsberichts geregelt.

## Motion Einführung von Einbürgerungskommissionen

Die Fraktion SVP Obwalden, Erstunterzeichnerin Susanne Burch-Windlin, reichte am 27. Januar 2011 eine Motion betreffend die Einführung von Einbürgerungskommissionen (52.11.02) ein. Darin wurde im Wesentlichen gefordert, die Gemeinden zur Einsetzung von Einbürgerungskommissionen zu verpflichten. Die Kommissionen hätten aus fünf bis neun Mitgliedern bestehen und vom Gemeinderat auf vier Jahre gewählt werden sollen. Basis für die Zusammensetzung der Kommission hätte das Ergebnis der vorangegangenen Kantonsratswahlen sein müssen.

Der Regierungsrat war der Meinung, dass mit der von den Motionären verlangten Anpassung der Bürgerrechtsverordnung die angestrebte Wirkung nicht hätte erreicht werden könne. Zum einen, weil das Einbürgerungsverfahren gemäss Gesetzgebung kein politischer, sondern ein verwaltungsrechtlicher Akt ist. Das heisst, eine dem Gemeinderat vorgelagerte Kommission hätte nicht eine politische Wertung, sondern eine Sachprüfung vorzunehmen. Zudem obliegt die Vorbereitung und Antragstellung an die Gemeindeversammlung dem Gemeinderat. Es wäre systemfremd, dem Gemeinderat als oberstem Exekutivorgan ein politisches Organ vorzulagern, das seine Geschäfte vorzubereiten hat.

Hingegen schlug der Regierungsrat vor, das Verfahren noch effizienter und effektiver zu machen und den Gemeinden die Wahl zu lassen, welches Organ abschliessend über die Zusage des Bürgerrechts zu beschliessen hat. Dies hätten sein können:

- die Gemeindeversammlung,
- der Gemeinderat,
- eine Einbürgerungskommission.

Die Entscheidungskompetenz muss bei den Gemeinden liegen, das nach Massgabe ihrer Organisation, politischen Kultur oder Rechtsgrundlage für sie effizienteste und effektivste Organ zu wählen und in der Gemeindeordnung festzulegen. Dazu hätte es einer Anpassung der Kantonsverfassung bedurft, die mit einer Totalrevision der Bürgerrechtsgesetzgebung an die Hand hätte genommen werden können. In diesem Sinne beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat, die Motion über die Einführung von Einbürgerungskommissionen (52.11.2002) in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wurde mit 37 zu 9 Stimmen (4 Enthaltungen) in ein Postulat umgewandelt. Das Postulat wurde jedoch mit 26 zu 18 Stimmen (6 Enthaltungen) nicht überwiesen.

### **Aufsicht über die Gemeinden**

Im Rahmen der Aufsicht des Regierungsrates über die Gemeinden gingen folgende Beschwerdefälle ein:

	2010	2011
Übertrag vom Vorjahr	14	7
Eingänge	5	2
Erledigungen	12	0
Übertrag auf das folgende Jahr	7	9

Drei Beschwerdefälle sind beim Verwaltungsgericht hängig.

Des Weiteren wurden 26 Gesuche um Vorprüfung (Vorjahr 37) und 31 Gesuche um Genehmigung von Gemeindeerlassen (Reglemente) (Vorjahr 22) behandelt. Auch wurden zwei Steigerungsbewilligungen vorbereitet (Vorjahr ebenfalls zwei).

Daneben wurden zahlreiche Auskünfte und Beratungen getätigt; die Beratung der Gemeinden und der anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften ist eine für die Rechtssicherheit wichtige Teilaufgabe der Gemeindeaufsicht. Sie fördert konkret die Rechtssicherheit und den Rechtsfrieden im kommunalen Bereich.

### **Namensänderungen**

Im Berichtsjahr wurden 18 Gesuche um Namensänderung bearbeitet (Vorjahr 19) wovon 12 Gesuche gemäss Art. 30 Abs. 1 ZGB und sechs Gesuche gemäss Art. 30 Abs. 2 ZGB gestellt wurden. Lediglich zwei dieser Gesuche konnten nicht bewilligt werden.

### **Kindes- und Erwachsenenschutzrecht**

Das Bundesparlament beschloss am 19. Dezember 2008 die Revision des Vormundschaftsrechts im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht). Nachdem der Regierungsrat das Konzept zur Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts am 1. Februar 2011 genehmigt hatte, wurde mit den Gesetzgebungsarbeiten begonnen.

Die kantonale Vorlage sieht für die Organisation der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde das Verwaltungsmodell mit einer zentralen kantonalen Behörde vor. Dieser stehen unterstützende Dienste zur Verfügung. Die Sozialabklärung soll somit zentral bei der Fachbehörde angegliedert sein, damit diese handlungsfähig bleibt. Die Mandatsführung hingegen soll auf kommunaler Ebene, d. h. dezentral, angesiedelt sein. Gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde soll das Verwaltungsgericht als Beschwerdeinstanz amten. Im

Bereich der fürsorglichen Unterbringung soll allerdings das Kantonsgericht zuständige Gerichtsinstanz sein. Als Aufsichtsbehörde wurde der Regierungsrat eingesetzt.

Die Verabschiedung der Vorlage durch den Regierungsrat ist im Januar 2012 zuhanden der Kantonsratssitzung vom 15. März 2012 vorgesehen. Der Zeitpunkt der Inkraftsetzung wurde vom Bundesrat definitiv auf den 1. Januar 2013 festgelegt.

### **3104 Schlichtungsbehörde**

Die neue kantonale Schlichtungsbehörde hat ihre Tätigkeit am 3. Januar 2011 aufgenommen. Nachdem die Arbeitsabläufe organisiert und die Pendenzen von den Friedensrichtern und der ehemaligen Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht übernommen worden sind, konnte am 24. Januar 2011 die erste Verhandlung der neuen Schlichtungsbehörde durchgeführt werden. Mit Ausnahme der Fälle im Mietrecht und dem Gleichstellungsrecht, in welchen die Schlichtungsbehörde paritätisch zusammengesetzt ist, erledigte der Präsident die anfallenden Geschäfte alleine. Die Zusammenarbeit mit den übrigen Schlichtungsbehördenmitgliedern funktioniert gut und war produktiv. Aus der Statistik ist ersichtlich, dass mit der (neuen) Schlichtungsbehörde über die Hälfte der Streitfälle und im Mietrecht sogar dreiviertel der Streitigkeiten aussergerichtlich gelöst werden konnten und so zahlreiche Gerichtsverfahren vermieden werden konnten.

#### **Allgemeiner Bereich**

Im allgemeinen Bereich (inkl. Arbeitsrecht und landwirtschaftliches Pachtrecht) konnten von den insgesamt 181 zu bearbeitenden Fällen im Berichtsjahr 149 Fälle erledigt werden. In 64 Fällen (43 Prozent) musste eine Klagebewilligung ausgestellt werden, während 85 Fälle (57 Prozent) anderweitig erledigt werden konnten.

Übertrag vom Vorjahr	11	
Neueingänge Geschäftsjahr	170	
<b>Total eingegangene Fälle</b>		<b>181</b>
Einigung	41	
Urteilsvorschlag	0	
Entscheid	14	
Anderweitig erledigt	30	
Klagebewilligung	64	
<b>Total erledigte Fälle</b>		<b>149</b>
<b>Hängig per 31.12.2011</b>		<b>32</b>

#### **Bereich Miete und Pacht**

Im Bereich Miete und Pacht konnten von den insgesamt 71 zu bearbeitenden Fällen im Berichtsjahr 59 erledigt werden. In 15 Fällen (25 Prozent) musste eine Klagebewilligung ausgestellt werden, die übrigen 44 Fälle (74 Prozent) wurden anderweitig erledigt.

Übertrag vom Vorjahr	9
Neueingänge Geschäftsjahr	62
<b>Total eingegangene Fälle</b>	<b>71</b>
Einigung	28
Urteilstvorschlag	2
Entscheid	1
Anderweitig erledigt	13
Klagebewilligung	15
<b>Total erledigte Fälle</b>	<b>59</b>
<b>Hängig per 31.12.2011</b>	<b>12</b>

### ***Bereich Gleichstellungsgesetz / Betreuungsverhältnisse***

Im Bereich Gleichstellungsgesetz waren keine Eingänge zu verzeichnen. Ebenso waren keine Streitigkeiten aus Betreuungsverhältnissen gemäss Art. 13 der kantonalen Verordnung über die Leistungsangebote in den Bereichen Sozialpädagogik, Sonderschulung und Förderung von Menschen mit einer Behinderung (GBD 410.13) zu beurteilen.

### **3112 Zivilstandsdienst**

Der kantonale Zivilstandsinspektor ist Aufsichtsbehörde über das von den Gemeinden gemeinsam geführte Zivilstandesamt in Sarnen. Nachdem am 20. Dezember 2010 eine Inspektion des Zivilstandesamtes vom Urner Zivilstandsinspektor Josef Zurfluh durchgeführt worden war, wurde im Berichtsjahr darauf verzichtet. Vom Inspektorat zu bearbeiten waren wiederum rund 150 ausländische Urkunden über Obwaldner Bürger.

### **312 Abteilung Betreuung und Konkurs**

#### ***Konkursamt***

Im Berichtsjahr wurden 55 neue Konkursverfahren eröffnet; darunter befinden sich 17 (Vorjahr 6) Firmenaufösungen gemäss Art. 731b OR. 36 Verfahren konnten abgeschlossen werden. Der wirtschaftliche Gesamtverlust aus diesen Verfahren beläuft sich auf CHF 2 337 701.69.

	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
<b>Konkurseröffnungen</b>	19	28	44	55
<b>Abgeschlossene Verfahren</b>	24	13	31	36
<b>Wirtschaftlicher Gesamtverlust</b>	CHF 3 631 492	CHF 1 066 449	CHF 4 901 267	CHF 2 337 701

Neben den Konkursverfahren des Kantons Obwalden hat das Konkursamt zwei (Vorjahr drei) öffentliche Inventare, eine (Vorjahr eine) amtliche Liquidation und zwei (Vorjahr fünf) Rechtshilfeverfahren für andere Ämter durchgeführt.

**Betreibungsamt**

Im Berichtsjahr stellte das Betreibungsamt Obwalden (inkl. Zweigstelle Engelberg) insgesamt 6 829 Zahlungsbefehle und 267 Konkursandrohungen aus und führte 3 269 Pfändungsvollzüge durch. Nebst diesen Lohn- und Verdienstpfindungen wurde ein Grundstück betreibungsrechtlich verwertet und es fanden zwei Inventarverwertungen statt.

	2008	2009	2010	2011
<b>Zahlungsbefehle</b>	4 870	5 188	6 119	6 829
<b>Konkursandrohungen</b>	147	213	216	267
<b>Pfändungsvollzüge</b>	2 669	2977	3118	3 269

Neben den Betreibungsverfahren wurden sechs (Vorjahr fünf) Arreste vollzogen und zwei (Vorjahr drei) Begehren um Retention ausgeführt. Im Eigentumsvorbehaltsregister mussten 37 (Vorjahr 28) Eintragungen vorgenommen werden.

**3140 Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug****Vollzugsstatistik**

Im Berichtsjahr war die Abteilung mit dem Vollzug von insgesamt 122 Fällen (Vorjahr 159 Fälle) betraut. Im Verlaufe des Jahres konnten davon 32 (Vorjahr 61) Vollzugsangelegenheiten erledigt werden, so dass deren 90 (Vorjahr 98) ins Jahr 2012 übertragen werden mussten. Davon sind 20 Personen zur Verhaftung ausgeschrieben, bei fünf Personen bleibt der Strafvollzug zu Gunsten einer ambulanten oder stationären Massnahme aufgeschoben, sieben Personen verbleiben weiterhin unter Bewährungshilfe.

Die folgende Übersicht zeigt auf, in welche Strafarten und Massnahmen sich die im Jahr 2011 erledigten Vollzugsangelegenheiten (auf Personen bezogen) aufgliedern. Erfasst sind jedoch nur diejenigen Personen, in denen eine Strafe oder Massnahme vollständig durch die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug vollzogen werden konnte:

Strafe / Massnahme	Personen / Dauer	
	2010	2011
Gemeinnützige Arbeit	7/707 Std.	5/628 Std.
Freiheitsstrafe/Halbgefängenschaft	1/9 Tage	2/399 Tage
Freiheitsstrafe/Normalvollzug	8/699 Tage	11/3142 Tage
Ersatzfreiheitsstrafe/Busse oder Geldstrafe nachträglich bezahlt	56	9

Gefängnisbelegung Sarnen	Personen		Tage	
	2010	2011	2010	2011
U-Haft; kantonale Einweisung	22	8	588	64
U-Haft; ausserkantonale Einweisung	12	11	520	650
Strafvollzug	4	32	41	126
Polizeiliche Arrestation in Rechtshilfe	1	0	3	0
Polizeilicher Gewahrsam	7	24	9	35
Ausländerrechtliche Haft	24	50	72	148
<b>Total</b>	<b>70</b>	<b>125</b>	<b>1 233</b>	<b>1 023</b>

### ***Inkassostelle in Strafsachen***

Die kantonale Inkassostelle in Strafsachen, welche das Inkasso des Verhöramts, der Jugendanwaltschaft, des Jugendgerichts sowie des Kantons- und Obergerichts in Strafsachen besorgt, stellte 79 (Vorjahr 57) Begehren zum Vollzug einer Ersatzfreiheitsstrafe sowie 60 (Vorjahr 178) Betreibungs- und sechs (Vorjahr 137) Fortsetzungsbegehren. Zudem mussten den Schuldnern 180 (Vorjahr 604) erste und 93 (Vorjahr 358) zweite Mahnungen zugestellt werden. Der Rückgang der Mahnungen und Betreibungs- sowie Fortsetzungsbegehren ist auf personelle Probleme bei der Inkassostelle zurückzuführen, die zu Verzögerungen bei der Rechnungsstellung führte. Die Rechnungsstellung war per Ende Berichtsjahr auf dem aktuellen Stand.

### **3106 Steuerrekurskommission**

Im Geschäftsjahr übernahm die Steuerrekurskommission drei (Vorjahr sechs) hängige Verfahren aus der Vorperiode. Als Eingänge waren 31 (Vorjahr 14) Fälle zu verzeichnen, was insgesamt 34 (Vorjahr 20) zu bearbeitende Fälle ergab. An einer Sitzung wurden 14 Verfahren (Vorjahr 17) erledigt. 20 Verfahren wurden auf das nächste Jahr übertragen.

### **3110 Notariatskommission**

Für das Jahr 2011 haben sich bei der Notariatskommission keine Kandidaten zur Eignungsprüfung zum Erwerb der Beurkundungsbefugnis angemeldet und folglich hat im Geschäftsjahr auch keine Prüfungssession stattgefunden.

Als Aufsichtsbehörde wegen Pflichtverletzungen oder Ordnungswidrigkeiten von Urkundspersonen hat die Notariatskommission im Geschäftsjahr kein Verfahren eröffnen müssen. Die Notariatskommission hat jedoch auf entsprechendes Gesuch hin einer Urkundsperson eine verbindliche Weisung im Sinne von Art. 33 BeurkG erteilt.

### **3108 Anwaltskommission**

Im Berichtsjahr fällte die Anwaltskommission einen Entscheid über die Entbindung vom Berufsgeheimnis und einen Entscheid über eine Nichteröffnung eines Disziplinarverfahrens. Eine Eröffnung eines Disziplinarverfahrens ist noch hängig.

Weiter führte die Anwaltskommission im Frühling, Sommer und Herbst 2011 Anwaltsprüfungen durch und verlieh sechs erfolgreichen Kandidaten/Kandidatinnen das Anwaltspatent. Schliesslich verfügte die Anwaltskommission drei Eintragungen ins Anwaltsregister des Kantons Obwalden sowie zwei Löschungen. Weiter wurde von der Anwaltskommission eine Praktikantenbewilligung erteilt.

Das Anwaltsregister ist im Internet publiziert und wird immer auf den neuesten Stand gebracht.

## 32 Kantonspolizei

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus, ist durch Aufklärung und Präsenz präventiv tätig, leistet Hilfe an die Bevölkerung und ist ständig erreichbar. Es sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt, bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet. Die als Abteilung in die Kantonspolizei integrierten Bereiche Militär und Bevölkerungsschutz umfassen die Dienststellen Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Ihnen obliegt der Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlage bei Katastrophen und in Notlagen sowie im Falle eines bewaffneten Konflikts. Sie tragen dazu bei, Schäden zu begrenzen und zu bewältigen.

### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
	Sicherheitsfunknetz Polycorn	Die Umsetzung erfolgt im vorgesehenen Zeitrahmen. Bezüglich Kosten ist der Projektstand unter dem vorgesehenen Aufwand.
	Verbesserung Aussenwirkung (VSP) durch Erhöhung Korps	In Umsetzung. Der bewilligte Korpsbestand ist gegen Ende Jahr erreicht worden. Neben der schwierigen Personalgewinnung mit Einführung und Ausbildung mussten überdurchschnittlich hohe Ausfälle aus gesundheitlichen Gründen hingenommen werden. Eine Verbesserung in der Aussenwirkung konnte daher nur verzögert und schrittweise erreicht werden.
	Akkreditierung Kriminaltechnischer Dienst 2011-2013 gemäss ISO-Norm	Die Umsetzung erfolgt im vorgesehenen Zeitrahmen.
	Projekt neue Alarmierungsanlage	Der Auftrag an die Lieferfirma ist erteilt, die Umsetzung erfolgt in der gemeinsamen Projektgruppe mit dem Kanton Nidwalden im vorgesehenen Zeitrahmen.

### 3201 Verkehrs- und Sicherheitspolizei

#### *Eröffnungsspiel Sportplatz Sarnen*

Im Rahmen der Eröffnung des neu erstellten Sportplatzes in Sarnen fand ein Eröffnungsspiel zwischen zwei Mannschaften der obersten Fussball-Ligen statt. Nach einer umfassenden Lagebeurteilung zusammen mit Organisatoren, den betroffenen Vereinen, der Swiss football league, der Gemeinde Sarnen und der Schweizerischen Fachstelle Hooliganismus zeigte sich, dass grössere Sicherheitsmassnahmen mit einem entsprechenden Polizeiaufgebot für dieses für unseren Kanton ausserordentliche Spiel notwendig waren. Dem Spiel wohnten rund 2 000 Besucherinnen und Besucher bei. Darunter erkannten die Fanbetreuer beider Mannschaften rund 60 als gewaltbereit bekannte Fans und sechs Personen, die mit Stadionverbot in der ganzen Schweiz belegt waren. Diese wurden gezielt durch Polizisten und Fanbetreuer angesprochen und damit aus der Anonymität geholt. Der ganze Anlass verlief ohne grössere Zwischenfälle, verursachte aber für alle Beteiligten einen erheblichen Aufwand.

## **Unfälle A8**

Im September 2011 ereignete sich auf der A8, Höhe Wichelsee, ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem zwei Personen starben. Dieser Unfall war einmal mehr Anlass zur öffentlichen Diskussion über die Verkehrssicherheit auf diesem Nationalstrassenabschnitt. Auf der A8 wurden bereits 1990 auf Grund einer Studie der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) verschiedene Massnahmen umgesetzt, was in der Folge zu einem markanten Rückgang der Unfälle führte. Nun prüft die bfu im Auftrag des Bundesamts für Strassen (Eigentümerin), mit welchen Massnahmen das Unfallgeschehen weiter verringert werden kann.

Grundsätzlich überprüft die Verkehrs- und Sicherheitspolizei laufend und insbesondere bei entsprechendem Unfallgeschehen die Verkehrssicherheit auf den Strassen. In der Regel findet dies in enger Zusammenarbeit mit der Strasseneigentümerin statt, um bei Bedarf auch konkrete Massnahmen einleiten zu können. Positiv darf vermerkt werden, dass die Unfälle im Strassenverkehr auch im Berichtsjahr wieder rückläufig waren.

## **25 Jahre Luchs**

Seit 1986 besteht im Zentralschweizer Polizeikonkordat die Sondergruppe Luchs. Diese sicherheitspolizeiliche Sondergruppe kann zur Verhaftung besonders gefährlicher Täter bei Ausnahmesituationen wie Geiselnahmen, Amok und zum Schutz von besonders gefährdeten Personen eingesetzt werden. Der Aufbau erfolgte damals unter der Leitung des damaligen Obwaldner Polizeikommandanten, welcher der Formation auch einige Jahre vorstand. Sie setzt sich aus Angehörigen aller Zentralschweizer Polizeikorps zusammen.

Im Rahmen des Wiederholungskurses der Sondergruppe konnte das 25-jährige Bestehen der Sondergruppe Luchs in kleinem Rahmen gefeiert werden. Dabei wurde Vertretern aus Politik, anderen Polizeikorps und den Medien Einblick in das Arbeitsspektrum der Sondergruppe Luchs ermöglicht.

## **3202 Kriminalpolizei**

### **Wirtschaftskriminalität**

Im Bereich der Wirtschaftskriminalität nehmen die nationalen und internationalen Amts- und Rechtshilfeersuchen zu. Dabei geht es oftmals um Abklärungen im Zusammenhang mit dem Verdacht auf strafbare Handlungen von Firmen, welche lediglich ihr Domizil im Kanton haben. Ermittlungen in diesem Umfeld gestalten sich schwierig und aufwendig.

### **Jugendbande gefasst**

Im Rahmen der Aktion „GaSa“ wurden rund 15 männlichen Jugendlichen im Alter von 14 bis 19 Jahren gefasst, die eine Serie von Garderoben-, Einschleiche- und Einbruchdiebstählen, Hehle- rei, Sachbeschädigungen und weiteren strafbaren Handlungen, hauptsächlich im Raum Sarnen, begangen haben. Primär wurden Mobiltelefone, i-Pods, Portemonnaies, Laptops, aber auch Kleider und ganze Turntaschen entwendet. Bis anhin sind insgesamt 40 Geschädigte bekannt. Die Deliktssumme beträgt weit über CHF 30 000.–. Inzwischen wurden rund zwölf Hausdurchsuchungen und unzählige Befragungen durchgeführt. Dabei geben die beschuldigten Jugendlichen an, die Delikte aus Langeweile oder um ihr Sackgeld aufzubessern begangen zu haben. Die Ermittlungen in dieser Aktion sind noch nicht beendet, weitere detaillierte und aufwändige Abklärungen stehen aus.

## **325 Militär und Bevölkerungsschutz**

### **3250 Zivilschutz**

#### ***Einsatz Zivilschutz in Engelberg nach Hochwasser im Oktober***

Nach heftigem Regen mit Schneeschmelze im Oktober trat die Engelbergeraia in Engelberg streckenweise über die Ufer und überflutete angrenzende Flächen und Verkehrswege. Die gesamte Ortsfeuerwehr musste zum Wasserwehreinsatz aufgeboten werden. Mit Teilen der Task-Force der Zivilschutzorganisation Obwalden konnten rund 24 Stunden danach die Feuerwehrcräfte teilweise abgelöst werden. Mit diesem Aufgebot waren auch die ersten Aufräumarbeiten zu Gunsten Dritter möglich. Weitergehende Unterstützung durch Angehörige des Zivilschutzes bei der Behebung von Flur- und Landschäden sind in Zusammenarbeit mit dem Forstbetrieb für das Jahr 2012 geplant.

#### ***Ausbildungsschwergewichte***

Während den Rekrutenschulen, Wiederholungs- und Weiterbildungskursen sind in enger Zusammenarbeit mit den Forstbetrieben Instandstellungsarbeiten wie Bachverbauungen und Wanderwege saniert, sowie Brücken und verbaute Holzkästen repariert worden. Darüber hinaus erfolgten wieder Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft anlässlich von Grossveranstaltungen. Alle diese Dienstleistungen fanden unter der Zielsetzung der einsatzbezogenen Ausbildung statt.

#### ***Zivilschutz für behinderte Menschen im Einsatz***

Einige Betreuerspezialisten des Zivilschutzes absolvierten ihre Dienstleistung während mehreren Tagen zu Gunsten von behinderten Menschen. Sie begleiteten diverse Wohngruppen der Stiftung Rütimattli in Sachseln bei Ausflügen und in Wanderlagern. Ihre helfenden Hände wurden sehr geschätzt.

#### ***Kulturgüterschutz und Zivilschutz***

Die spezielle Fachgruppe Kulturgüterschutz steht den Kulturverantwortlichen im Kanton Obwalden für allfällige Sicherung, Stabilisierung oder Evakuierung im Ereignisfall zur Verfügung. Um das vielfältige Spezialwissen zu beherrschen, sind diverse Ausbildungen in der Krisenbewältigung ereignisbezogen zu üben. So fand im September ein viertägiger Wiederholungskurs statt. Im Historischen Museum und im Kloster St. Andreas in Sarnen wurden die wertvollen Dokumente erfasst und die vorsorglichen Einsatzplanungsunterlagen erstellt.

### **3251 Schadenwehr (Feuerwehr)**

Alle Atemschutzgeräteträger in den Obwaldner Feuerwehren haben einen durch das Feuerwehrinspektorat organisierten mehrstufigen Atemschutz-Ausbildungslehrgang zu besuchen. In der Stufe 1 werden während eines Tages die Grundlagen des Atemschutzdienstes vermittelt. In der Stufe 2 werden während zwei Tagen Fachkenntnisse in der Festigungsstufe erlernt. Die Weiterbildungskurse der Stufen 3 und 4 finden auf speziellen Ausbildungsstätten in Zofingen und in Balsthal statt. Pro Kurs sind ca. 20 bis 30 Atemschutzgeräteträger durch erfahrene kantonale Feuerwehrinstruktoren ausgebildet worden.

Im Interkantonalen Feuerwehr Ausbildungszentrum Balsthal und in Lungern stehen spezielle Tunnelübungsanlagen zur Verfügung. Diese werden unter dem Patronat des ASTRA betrieben. Feuerwehren mit Stützpunktaufgaben auf den Nationalstrassen haben ihre Ausbildungs- und

Intensivtrainings auf diesen Zentren zu absolvieren. Auch die Feuerwehr Sarnen nutzte im Jahr 2011 dieses Angebot und absolviert mit ihren Atemschutzgeräteträgern dort Tunneleinsatztrainings mit Erfolg.

Im Mai fand in Ennetbürgen der gemeinsame Offizierskurs Ob – und Nidwalden statt. 25 Offiziersanwärter aus den Obwaldner Feuerwehren konnten am Ende des Kurses zu neuen Offizieren brevetiert werden.

### **3255 Kreiskommando**

#### ***Dienstverschiebungswesen***

Für das Dienstverschiebungswesen der Armeeangehörigen ab Stufe Soldat bis zum Oberwachmeister ist der Kanton zuständig. Von den 267 eingegangenen Gesuchen konnte rund die Hälfte der Gesuche bewilligt werden. Gegenüber den Vorjahren war der Gesuchseingang leicht rückläufig.

## 35 Sozialamt

Das Sozialamt fördert und koordiniert die private und öffentliche Sozialhilfe. Es führt eigene Beratungsstellen in den Bereichen Jugend, Familie, Opferhilfe, Sucht und ist zuständig für das Heimwesen sowie die Flüchtlings- und Asylkoordination. Die im Sozialamt integrierte Fachstelle für Gesellschaftsfragen ist zuständig für Prävention, Gesundheits-, Jugend- und Familienförderung, Integration sowie die Gleichstellung von Mann und Frau. Das Sozialamt hat für die Behinderten- und Betagtenberatung sowie für die Betreuung der Asylsuchenden und Flüchtlinge Leistungsvereinbarungen mit spezialisierten Institutionen abgeschlossen. Das Sozialamt ist Aufsichts- und Beschwerdeinstanz in den Bereichen Sozialhilfe und Vormundschaftswesen.

### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
	Das Projekt „Ausbau eines neuen Kulturraums für ältere Jugendliche und junge Erwachsene“ wird umgesetzt.	Erfüllt. Mit einem Leistungsvertrag wurde dem Verein Juko der neu erstellte Pavillon auf dem Bänzenmätteli, Sarnen, zum Betrieb des Jugendkulturraums Obwalden überlassen.
	Die Gesetzgebungsarbeit für das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Justiz) ist abgeschlossen.	Die Verabschiedung der Vorlage durch den Regierungsrat ist im Januar 2012 zuhanden der Kantonsratssitzung vom 15. März 2012 vorgesehen.
	Die Revision der Gesetzgebung zur Jugendhilfe ist in Zusammenarbeit mit dem Departementssekretariat abgeschlossen.	Erfüllt. Ein Gesetzesentwurf ist erarbeitet und die Vernehmlassung durchgeführt. Nach Eingang der Initiative für ein Jugendparlament wird zu dieser Frage eine zweite Vernehmlassung durchgeführt. Das Ergebnis wird in die Gesetzgebung und die Botschaft zur Jugendhilfe integriert.

### 3500 Amtsleitung

#### **Umsetzung Kindes- und Erwachsenenschutz**

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) tritt auf den 1. Januar 2013 in Kraft. Die Arbeiten zum Aufbau der Behörde wurden bereits im Jahr 2011 eingeleitet, um sicherzustellen, dass die geplante neue interdisziplinäre Fachbehörde ihre Arbeit auf den 1. Januar 2013 auch aufnehmen kann. Es wurde unter der Leitung des Sozialamtes eine Arbeitsgruppe gebildet, in welcher die kommunalen Fachpersonen (Vormundschaftssekretärinnen/-sekretäre oder Sozialdienstleiterinnen/-leiter) vertreten sind. Die Gruppe erarbeitet Grundlagen für das Vorgehen bei der Aktenübertragung von den Vormundschaftsbehörden zu der neuen kantonalen Fachbehörde, ein Kommunikationskonzept, Empfehlungen für die Mandatsführung sowie die Hauptaufgaben der Entscheidbehörde und des Behördensekretariats.

#### **Aufsicht Sozialhilfe wird umgesetzt**

Damit das Sozialamt seiner Aufgabe als Aufsichtsinstanz gerecht werden kann, ist es notwendig, nicht nur auf Beschwerden hin tätig zu werden, sondern verschiedene Bereiche des Sozialwesens periodisch zu überprüfen. Im Herbst 2011 wurde den Gemeinden ein umfangreicher Fragebogen zur Sozialhilfe zugestellt. Die Rückmeldungen werden anfangs 2012 ausgewertet.

### ***Häusliche Gewalt ist in der Opferhilfeberatung ein Thema***

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 50 Personen – 14 (Vorjahr 16) männliche und 36 (Vorjahr 35) weibliche Personen aller Altersgruppen – beraten und unterstützt. Es meldeten sich bei der Opferhilfeberatungsstelle wegen Häuslicher Gewalt 10 Personen, wegen sexueller Übergriffe auf Kinder und Erwachsene 16 Personen und 16 Personen wegen Körperverletzung.

### **3502 Fachstelle Gesellschaftsfragen**

Die Fachstelle Gesellschaftsfragen vereint seit dem 1. Januar 2011 alle kantonalen Stellen, die bereits bisher in der Prävention tätig waren, unter einem Dach. Dazu gehören die Fachbereiche Familienförderung, Gesundheitsförderung und Prävention, Gleichstellung von Frau und Mann, Integration von Ausländerinnen und Ausländern und Jugendförderung. Die Fachstelle ist zum einen in der Projektarbeit tätig, zum anderen wird der Bevölkerung in der Jugend-, Familien- und Suchtberatungsstelle persönliche Beratung angeboten. Im ersten Betriebsjahr wurde eine Vierjahresstrategie erarbeitet, worin sechs Handlungsschwerpunkte festgelegt sind, auf die sich die Fachstelle Gesellschaftsfragen in den nächsten vier Jahren konzentrieren will.

#### ***Familienförderung wird umgesetzt***

Anfang 2011 wurde im Zusammenhang mit dem Aufbau der Fachstelle Gesellschaftsfragen neu der Fachbereich „Familienförderung“ geschaffen. Ziel dieses Fachbereichs ist es, ein nichtproblemorientiertes Informationsangebot bereit zu stellen und Projekte zur Unterstützung von Familien zu lancieren. Im Berichtsjahr konnte das bewährte Angebot „sichere Eltern – starke Kinder“ weiter ausgebaut werden. Es handelt sich um Elternkurse, die von Schulen angefordert werden können, um die Vernetzung unter den Eltern zu stärken. In Anlehnung an das Konzept „Femmes Tische“ wurden zudem Gesprächsrunden durchgeführt, damit in privater Atmosphäre Erziehungsfragen besprochen werden können. Weiter wurde dem Wunsch nach gebündelten Informationen durch den Aufbau einer Informations-Website für Familien entsprochen. Die Website wird voraussichtlich im Frühling 2012 online geschaltet.

#### ***Gleichstellung von Mann und Frau: Ein Jubiläumsjahr***

2011 war das Jahr der Frauen-Jubiläen: Es konnten fünf nationale und ein kantonales Frauenjubiläum gefeiert werden. Die Fachstelle Gesellschaftsfragen organisierte deswegen mit dem Frauenforum OW einen festlichen Abendanlass, der auf sehr grosses Interesse in der Bevölkerung stiess. In ungezwungener Atmosphäre konnten so Gleichstellungsthemen in Erinnerung gerufen werden. Zur Lohngleichheit unterstützte die Fachstelle Gesellschaftsfragen zusammen mit den Business Professional Women den „Equal Pay Day“. Seit Jahren bewährt sich der „Nationale Zukunftstag“ (in Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Kulturdepartement), an dem es Mädchen und Jungen im Primarschulalter ermöglicht wird, einen Tag in geschlechtsuntypischen Berufen zu schnuppern und somit ihre spätere Berufswahl in einem breiteren Rahmen zu sehen.

#### ***Integration von Ausländerinnen und Ausländern: Ein wichtiger Politikbereich***

Für die Umsetzung der Integration von Ausländerinnen und Ausländern war auch das im Jahre 2008 mit dem Bund und den Gemeinden vereinbarte Programmkonzept massgebend: Frühzeitiges Erkennen von Sprachdefiziten; Motivierung der Fremdsprachigen zum Sprachkursbesuch und Bereitstellen eines ausreichenden Deutschkursangebots sind die zentralen Anliegen. Es absolvierten 56 fremdsprachige Personen insgesamt 4 598 Deutschstunden. Im Weiteren wurden verschiedene Projekte durchgeführt, welche aufgrund von privaten Initiativen entstanden

sind. Diese sind niederschwellig und fördern sowohl die kulturelle wie auch die soziale Integration.

### **Jugendförderung**

Bereits zum zweiten Mal wurde während den Osterferien in den Kantonen Obwalden und Nidwalden gemeinsam eine Maitli- und Buebä-Powerwoche organisiert. Während fünf Tagen wurden in Obwalden und Nidwalden je 14 verschiedene, halb- oder ganztägige Workshops sowohl für Mädchen als auch für Buben angeboten. Die grosse Beteiligung der rund 170 Jugendlichen erfreute und zeigte das Bedürfnis nach einer sinnvollen Freizeitgestaltung.

Das Programm „Jugendschutz veranstalten“ im Rahmen der Alkoholprävention, findet bei den Gemeinden und Festveranstaltern grosse Beachtung. Das Alkoholtestkauf- und Personalschulungsangebot wird wegen reger Nachfrage ausgebaut.

Zur Förderung der pädagogischen Medienkompetenz und des verantwortungsvollen Umgangs mit den neuen Medien bietet die Fachstelle unter dem Namen „generation@“ zielgruppenspezifische Module an. Sie richten sich an Schüler und Schülerinnen, Lehrpersonen und Eltern. Im Berichtsjahr wurden an der Volksschule in Kerns und der Kantonsschule in Sarnen medienpädagogische Veranstaltungen unterstützt und begleitet.

### **Gesundes Körpergewicht „fitNOW“ widmet sich dem Körpergewicht und der Fitness**

Im Aktionsprogramm „fitNOW – Gesundes Körpergewicht“ wurden die aufgebauten Teilprojekte weiter geführt. Besonderes Gewicht lag in der Zusammenarbeit mit den Mütter- und Väterberaterinnen um die Projekte „Klemon“ und „Aufsuchende Elternbegleitung“ (Beratung der Eltern von Kleinkindern mit einem hohen Risiko für Übergewicht oder Essstörungen) zu optimieren. Auch das Projekt „Purzelbaum“, ein Bewegungsprojekt in Spielgruppen wurde intensiv weitergeführt. Das Projekt „fitNOW“ wird per Juli 2012 beendet.

### **Beratungen**

Neues Angebot in Trennungs- und Scheidungssituationen

Bedingt durch die Schliessung der Frauenkontaktstelle Obwalden bietet im Kanton keine neutrale Stelle eine unentgeltliche Beratung bei rechtlichen und finanziellen Fragen in Trennungs- und Scheidungssituationen mehr an. Diese Lücke wird seit Juli 2011 durch das neue Beratungsangebot der Jugend-, Familien- und Suchtberatungsstelle geschlossen. In dieser kurzen Zeit wurden bereits rund 10 Personen beraten.

Jugend- und Familienberatung: Fallzahlen auf hohem Niveau konstant geblieben

Die Beratungen mit total 150 Fällen sind im Vergleich zum Vorjahr (154 Fälle) konstant geblieben. Die im Berichtsjahr erstmals angebotene Familienberatung umfasste 36 Fälle. Die häufigsten Fragen in diesem Beratungssetting drehen sich um Erziehungsfragen bei kleineren Kindern, Beziehungen innerhalb der Familie bei älteren Kindern und Probleme in der Familie, an der Schule oder am Arbeitsplatz der Jugendlichen. Innerhalb der Jugendberatung werden Beratungen, Begleitungen und Abklärungen im Auftrag der Jugendanwaltschaft durchgeführt. Im Jahr 2011 waren dies rund 10 Fälle.

## Suchtberatung

Bei den Alkoholberatungen ist im Vergleich zum Vorjahr mit 26 Fällen und 37 Fällen im Berichtsjahr eine deutliche Zunahme von elf Beratungen zu vermelden. Bei den Beratungen illegaler Drogen sind die Fallzahlen konstant geblieben (2010: 61 Fälle / 2011: 60 Fälle).

Im Berichtsjahr organisierten die Suchtberatungen Obwalden und Nidwalden, gemeinsam mit zwei Hausärzten, unter dem Dach; "Forum Suchtmedizin Innerschweiz", zwei Ärztereweiterbildungen. Die erste Weiterbildung fand am 11. April 2011 in der Psychiatrischen Klinik Ob- und Nidwalden zum Thema Hepatitis C statt. Die zweite Veranstaltung im Kantonsspital Nidwalden zum Thema des ambulanten Alkoholentzugs wurde am 16. November 2011 durchgeführt. Beide Veranstaltungen stiessen auf grosses Interesse unter den Ärztinnen und Ärzten der beiden Kantone (im Durchschnitt waren rund 30 Ärztinnen und Ärzte anwesend).

Das revidierte Betäubungsmittelgesetz wird umgesetzt

Das am 1. Juli 2011 vom Bundesrat in Kraft gesetzte Betäubungsmittelgesetz (BtmG) verankert das bewährte Viersäulenmodell der schweizerischen Drogenpolitik (Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression) in einem Bundesgesetz. Der Grundsatz der Früherkennung wird mit spezieller Berücksichtigung der Kinder und Jugendlichen gesetzlich in Art. 3c BtmG verankert. Künftig haben Amtsstellen und Fachleute im Erziehungs-, Sozial-, Gesundheits-, Justiz- und Polizeibereich die Befugnis, den zuständigen Behandlungs- und Sozialhilfestellen Kinder und Jugendliche zu melden, bei denen sie suchtbedingte Störungen festgestellt haben oder vermuten. Im Kanton Obwalden ist gemäss kantonaler Sozialhilfeverordnung die kantonale Jugend-, Familien- und Suchtberatungsstelle für die obenerwähnten Personen zuständig. Der neue Art. 3 c BtmG wird seit November 2011 im Kanton Obwalden umgesetzt.

### ***Die Kommission Gesellschaftsfragen hat ihre Aufgabe aufgenommen***

Die Fachstelle wird von einer Kommission für Gesellschaftsfragen begleitet, die unterstützende und beratende Funktion hat. Die Kommission dient dazu, aktuelle Tendenzen im gesellschaftspolitischen Umfeld des Kantons aufzunehmen und in diesem Sinn zur Aufgabenplanung der Fachstelle beizutragen. Die Kommission ist paritätisch zusammengesetzt, d. h. die Wirtschaft, die Gastronomie, Frau und Mann, die Parteizugehörigkeit, die Gemeindezugehörigkeit sowie das Alter der sieben Kommissionsmitglieder wurde bei der Wahl durch den Regierungsrat berücksichtigt.

## **3504 Asylsuchende, Flüchtlinge**

### ***Die Zahl der Asylgesuche hat markant zugenommen***

Im Berichtsjahr haben in der Schweiz 22 551 Personen ein Asylgesuch gestellt. Dies sind rund 45 Prozent mehr Gesuche als im Vorjahr und damit auch der höchste Gesuchseingang seit 2002. Die Caritas Asyl- und Flüchtlingsstelle Obwalden verzeichnete daher per 31. Dezember 2011, trotz vielen Ausreisen, auch mehr betreute Personen. Die meisten im Berichtsjahr eingereisten Asylsuchenden stammen aus Tunesien und Eritrea. Eritreer werden in der Schweiz in der Regel als Flüchtlinge anerkannt, was diesen Personen den Nachzug ihrer Familienangehörigen erlaubt. Deshalb ist auch die Zahl der Flüchtlinge in Obwalden gestiegen.

	2010	2011
<b>Total Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen</b>	<b>139</b>	<b>145</b>
Eingereist	51	91
Ausgereist, nur Aufenthaltsstatus oder auf die Gemeinde übergegangen	69	85
Wohnhaft in Caritas Unterkünften	99	110
Selbstmieter	40	35
Arbeitstätig	29	33
Ohne Arbeitsrecht	54	50
Arbeitsfähige ohne Arbeit	56	62
<b>Total Flüchtlinge</b>	<b>44</b>	<b>67</b>
Arbeitstätige	6	5
Ohne Arbeitsrecht	9	21
Arbeitsfähige ohne Arbeit	29	41

### **Die Unterbringungskapazitäten sind erschöpft**

Wie bereits in den Vorjahren festgestellt werden musste, verschärft sich die Unterbringungssituation zunehmend. Die Miete von Objekten zur Kollektivunterbringung von Asylsuchenden sowie auch zunehmend die Miete von kleineren Familienwohnungen für Personen, die in der Schweiz ein Bleiberecht erhalten haben, ist äusserst schwierig.

Bei der Akquisition von Wohnraum ist die Caritas angehalten, eine möglichst gleichmässige Verteilung der Asylsuchenden auf alle Gemeinden im Kanton einzuhalten. Um diese Vorgabe umzusetzen, wurde im Sommer unter der Führung der Departementsvorsteherin eine Arbeitsgruppe mit den zuständigen Personen im Kanton, der Caritas Asyl- und Flüchtlingsstelle und allen Sozialvorsteherinnen und –vorsteher der Gemeinden gebildet. Der Kanton versprach sich durch die Nutzung der Ressourcen der Sozialvorsteherinnen und –vorsteher in ihren Wohngemeinden, neuen Wohnraum zu finden. Leider konnte bis Ende Jahr nur ein einziges Objekt für eine Kollektivunterbringung von max. zehn Personen in Alpnach neu gemietet werden. Die Mietdauer ist zudem auf ein Jahr beschränkt, da das Objekt im Eigentum der armasuisse abgerissen werden soll. Infolge der erheblichen Schwierigkeiten bei der Akquisition von geeigneten Unterkünften im Kanton ist eine Überprüfung und Neuausrichtung der bestehenden Unterbringungsvorgaben geplant.

### **Die Integrationsangebote der Caritas Asyl- und Flüchtlingsstelle werden rege genutzt**

Der Bund bezahlt den Kantonen pro positiven Asylentscheid eine Pauschale von CHF 4 893.– als Basis sowie CHF 1 223.– als variabler Anteil, abhängig von der Anzahl resp. der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse bei den Personen mit Bleiberecht. Die Caritas Asyl- und Flüchtlingsstelle setzt dieses Geld zweckgebunden in den drei Bereichen Sprachunterricht, soziale Integration und berufliche Integration ein. Sie bietet interne Sprachkurse in sechs Klassen an bis zum Sprachniveau A1. Lerngewohnte Personen können bei Bedarf auch intensivere Sprachkurse in Luzern belegen. Für die soziale Integration werden sechs Kursmodule angeboten zu den Themen Gesundheitswesen, Arbeit, Wohnen, Erziehungs- und Bildungswesen, Sozialwesen und Sozialinstitutionen, Freizeit, Kultur und allgemeine Informationen zur Schweiz. Für erwachsene erwerbslose Personen sind die Kurse zur sozialen Integration ab Sprachlevel A1 obligatorisch. Bei der beruflichen Integration werden die Personen individuell begleitet. Neben Standortbestimmung, Abklärung von Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten, wird grosser Wert auf das Bewerbungstraining gelegt. Im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit wird auch mit interkantonalen Anbietern von Integrationsprogrammen sowie Bildungs-

und Beschäftigungsmöglichkeiten im zweiten Arbeitsmarkt zusammengearbeitet. Ziel bleibt die Vermittlung der Personen in den ersten Arbeitsmarkt.

### **3506 Heime**

#### ***Wo leben und arbeiten Obwaldner Personen mit Behinderung?***

Viele erwachsene Menschen mit Behinderung, die in Obwalden wohnen und die einen geschützten Wohn-, Arbeits- oder Beschäftigungsplatz benötigen, finden in der Stiftung Rütimattli das passende Angebot. Die Stiftung Rütimattli ist die einzige innerkantonale Institution, die Angebote für erwachsene Personen bereit stellt. Die meisten der angebotenen Plätze sind für Menschen mit einer geistigen oder mehrfachen Behinderung. Die Arbeitsplätze im Büntenpark sind für Menschen mit einer psychischen Behinderung.

Im Berichtsjahr wohnten 45 Personen aus Obwalden vollzeitlich und acht Personen teilzeitlich im Wohnheim Rütimattli. Die Teilzeiter sind entweder regelmässig an einigen wenigen Tagen pro Monat oder in Form eines einmaligen Entlastungsaufenthaltes für die Angehörigen (z. B. bei Spitalaufenthalt der privaten Betreuungsperson) im Wohnheim untergebracht. 30 Obwaldner und Obwaldnerinnen besuchten die Beschäftigung und 121 Personen waren an einem geschützten Arbeitsplatz tätig.

Obwalden als kleiner Kanton kann jedoch nicht für alle Behinderungsarten und vor allem auch im Kinder- und Jugendheimbereich nicht alle nötigen Angebote selbst erbringen. Daher werden Personen auch ausserkantonale platziert. Die folgenden Zahlen beziehen sich auf die Aufenthalte in Kinder- und Jugendheimen ohne Sonderschulmassnahmen:

Per Ende 2011 waren insgesamt elf Kinder und Jugendliche in einem ausserkantonalen Heim platziert, davon neun in einer Institution im Kanton Luzern und zwei in einer Institution im Kanton Zürich. Im Verlaufe des Jahres wechselte ein Jugendlicher die Institution, drei Personen traten neu erstmals in eine Institution ein und vier konnten austreten.

34 erwachsene Personen waren Ende 2011 in einem ausserkantonalen Wohnheim untergebracht. Davon sind 17 Personen psychisch behindert, die anderen Personen sind sinnes-, mehrfach- oder körperbehindert. Vier der psychisch behinderten Personen arbeiten in einer Werkstätte des Rütimattli. Zwei der ausserkantonale platzierten Personen benützen lediglich das Angebot Wohnen, die anderen Personen belegen zusätzlich entweder einen Platz in der geschützten Arbeit oder in der Beschäftigung. Nur geschützte Arbeit oder Beschäftigung in ausserkantonalen Institutionen, ohne gleichzeitiges geschütztes Wohnen, benützen insgesamt 19 Personen.

## 36 Staatsanwaltschaft

### 3610 Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft eröffnet und führt die Strafuntersuchung gegen Erwachsene und Jugendliche bei Verbrechen, Vergehen und Übertretungen. Soweit es für den Untersuchungszweck notwendig ist, kann sie beim Polizeikommando Polizeiorgane zur Mitwirkung auffordern. Gegenüber der Polizei ist die Staatsanwaltschaft weisungsbefugt und es steht ihr das Aufsichtsrecht zu. Im Rahmen der Strafuntersuchung ordnet die Staatsanwaltschaft Zwangsmassnahmen an bzw. beantragt solche beim Zwangsmassnahmegericht und vertritt die Staatsanwaltschaft vor dem Zwangsmassnahmegericht. Die Staatsanwaltschaft nimmt sämtliche einzelrichterliche Befugnisse in Strafsachen (Strafbefehl bzw. Einstellung, Nichtanhandnahme, Sistierung sowie Wiederaufnahme des Verfahrens) wahr, sie erhebt Anklage und vertritt diese vor allen Gerichtsinstanzen. Einstellungsverfügungen, Sistierungsverfügungen, Nichtanhandnahmeverfügungen sowie Strafbefehle betreffend Verbrechen und Vergehen bedürfen der Genehmigung der Oberstaatsanwältin oder des Oberstaatsanwalts. Im Weiteren obliegen der Staatsanwaltschaft die Erledigung nationaler und internationaler Rechtshilfebegehren sowie das Leisten von Pikettdienst.

Zur Staatsanwaltschaft gehört die Jugendanwaltschaft, die zuständig ist für die Strafverfolgung sowie den Straf- und Massnahmenvollzug bei Jugendlichen im Alter von 10 bis 18 Jahren mit Wohnsitz im Kanton Obwalden. Die Jugendanwaltschaft führt die Strafuntersuchung, erlässt Strafbefehle oder vertritt die Anklagen vor dem Jugendgericht. Zudem arbeiten in der Staatsanwaltschaft die a. o. Staatsanwälte für Wirtschaftsdelikte, die gemeinsam mit den Kantonen Nidwalden und Uri beschäftigt werden.

#### **Vorbemerkungen**

Im Berichtsjahr wurden im Rahmen der gesamtschweizerischen Vereinheitlichung des Strafprozessrechts auch in Obwalden die drei Behörden Staatsanwaltschaft, Jugendanwaltschaft und Verhöramt in einer Einheitsstaatsanwaltschaft zusammengeführt. Damit hat sich der Tätigkeitsbereich der drei Behörden massgebend erweitert. Indes wurden mit dem Jahreswechsel 2010/2011 die nicht naturgemäss mit der Strafverfolgung verbundenen Bereiche Administrativmassnahmen und Opferhilfe an das Verkehrssicherheitszentrum und das Amt für Justiz abgegeben.

Im Sommer kündigten der Staatsanwalt für Wirtschaftsdelikte und im Herbst eine der allgemeinen Staatsanwälte ihr Arbeitsverhältnis. November 2011 konnten zwei neue Staatsanwälte resp. Staatsanwältin für Wirtschaftsdelikte gewonnen werden. Auf den Januar 2012 wurde die vakante Stelle bei der allgemeinen Staatsanwaltschaft besetzt.

Ab 1. Januar 2011 wurde das Pensum der Jugendanwältin um zehn Stellenprozent erhöht. Im Verlaufe des Jahres musste ebenfalls das Sekretariat der neuen Staatsanwaltschaft um 50% aufgestockt werden, um die steigende Arbeitslast bewältigen zu können.

#### **Fallbezogene Tätigkeit**

Ein Vergleich mit den Zahlen aus dem Vorjahr gestaltet sich in zweifacher Hinsicht schwierig. Einerseits hatte das Verhöramt bis Ende 2010 nebst Straffällen Administrativverfahren zu behandeln, die etwas mehr als 20 Prozent der gesamten Fallzahlen ausmachten. Andererseits wird seit 2011 für jeden Beschuldigten und nicht mehr nur für jeden Fall eine Verfahrensnum-

mer vergeben. Die Änderung der Zählweise ergibt bei der allgemeinen Staatsanwaltschaft indes lediglich eine Erhöhung der Fallzahlen um rund zwei Prozent.

### Statistische Zahlen

	2010 (Anzahl Fälle)	2011 (Anzahl Fälle)
<b>Übertrag Vorjahr</b>	220*	180
<b>Eingang</b>	(2'267)* 1'790	2'107 (Anzahl Beschuldigte)
<b>Erledigt</b>	(2'307)* 1'821	2'079 (Anzahl Beschuldigte)
<b>Übertrag auf Folgejahr</b>	180	208 (Anzahl Beschuldigte)

\*mit Administrativmassnahmen

Im Jahr 2011 gingen bei der Staatsanwaltschaft (ausgenommen Jugendanwaltschaft) 2'107 neue Straffälle ein (2010: 1'790; d. h. 2'267 inkl. Administrativmassnahmen). Zusammen mit dem Übertrag aus dem Vorjahr von 180 Straffällen ergibt dies eine Geschäftslast von 2'287 Fällen, wovon 2'079 (im Vorjahr 1821) erledigt wurden. Auf Ende 2011 waren somit insgesamt 208 unerledigte Fälle zu verzeichnen. Davon stammen 19 aus dem Vorjahr und vier aus dem Jahr 2009. Ältere Strafuntersuchungen sind keine vorhanden.

Die Mehrheit der im Berichtsjahr eingegangenen 2'107 Straffälle betraf wiederum das Strassenverkehrsgesetz (wovon ca. ein Drittel Unfälle und ca. zwei Drittel Radar). Bei den übrigen Strafuntersuchungen handelte es sich grösstenteils um Vermögensdelikte (Diebstähle, Betrüge und Wirtschaftsdelikte) sowie Delikte gegen Leib und Leben (Körpverletzungen und Tötlichkeiten), zu einem kleineren Teil auch um strafbare Handlungen gegen die persönliche Freiheit (Drohungen, Nötigung), die sexuelle Integrität und Widerhandlungen gegen die Nebenstrafgesetzgebung (Betäubungsmittelgesetz, Baugesetz, Umweltschutzgesetz, Gewässerschutzgesetz sowie das Gesetz über das kantonale Strafrecht). Nebenher stieg im Jahr 2011 aufgrund der neuen gesetzlichen Vorgaben der Zeitaufwand für Fallbesprechungen innerhalb der Staatsanwaltschaft sowie mit der Polizei und den Gerichten erheblich.

### Projektbezogene Tätigkeit

Im konzeptionellen Bereich lag das Hauptaugenmerk der Staatsanwaltschaft im Berichtsjahr bei der Umsetzung der eidgenössischen Strafprozessordnung und der Neuorientierung in der neuen Struktur. Eine Zunahme erfuhr nebenher der Aufwand für administrative Verrichtungen und Vernehmlassungen zu Gesetzesvorlagen.

### Wirtschaftsdelikte

Zahlen nach Fallkomplexen / nach Angeschuldigten

	2010	2011
<b>Übertrag vom Vorjahr</b>	7	7 / 12
<b>Eingänge</b>	2	3 / 19
<b>Erledigt</b>	2	2 / 3
<b>Übertrag auf das Folgejahr</b>	7	8 / 28

Die Zahl der Pendenzen ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Auch ist auf Polizei- wie auf Staatsanwaltschaftsstufe ein stetig steigender Bedarf an der Beratungstätigkeit der Staatsanwälte für Wirtschaftsdelikte zu verzeichnen. Hinzu kam im Berichtsjahr eine krankheitsbedingte mehrmonatige Verringerung des Arbeitspensums des Staatsanwalts für Wirtschaftsdelikte

sowie nach dessen Kündigung eine längere Abwesenheit. Mit der neuen Doppelbesetzung dieser Stelle ist für die nächsten Jahre allerdings eine Pendenzenreduktion zu erwarten.

### 362 Jugendanwaltschaft

	2010	2011
<i>Übertrag vom Vorjahr</i>	17	9
<i>Eingänge</i>	119	124
<i>Erledigt</i>	128	113
<i>Übertrag auf das Folgejahr</i>	9	20

Hervorzuheben sind die bandenmässigen Einbruchsserien, deren Zahl im Berichtsjahr für Obwaldner Verhältnisse erheblich zugenommen hat.

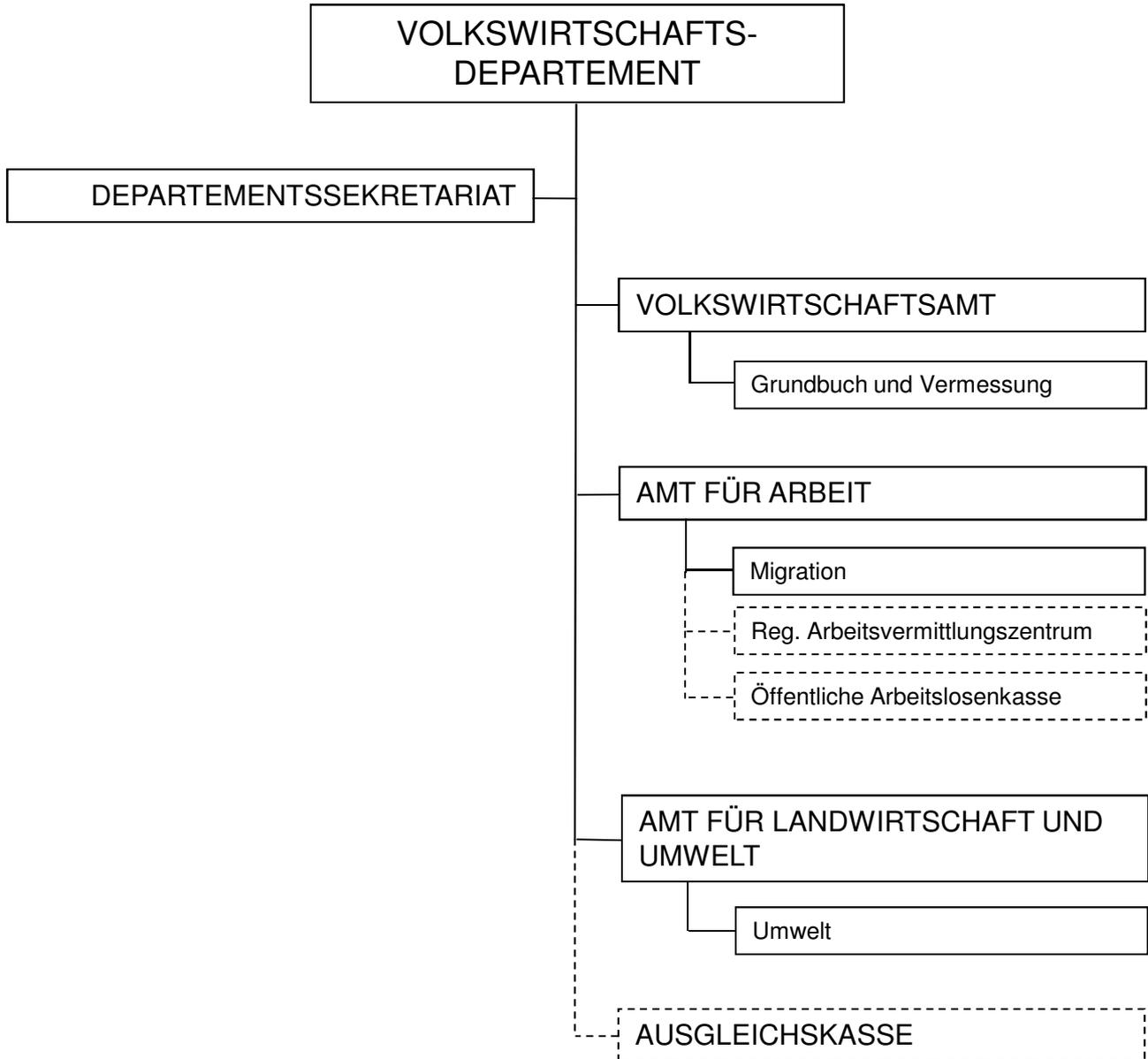
Nicht inbegriffen in diesen Zahlen ist sodann der Straf- und Massnahmenvollzug. In sechs Fällen wurde eine persönliche Betreuung und in drei Fällen eine ambulante Behandlung ausgesprochen.

## 4.4 Volkswirtschaftsdepartement



Kanton  
Obwalden





Das Volkswirtschaftsdepartement (VD) umfasst

	<b>Vollzeitstellen Ende</b>	
	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Departementssekretariat	2.10	2.10
Volkswirtschaftsamt	16.90	16.60
Amt für Arbeit	6.10	6.70
Amt für Landwirtschaft und Umwelt	13.60	13.55
<b>Insgesamt</b>	<b>38.70</b>	<b>38.95</b>

<b>APL</b>	<b>Jahresziele 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
2.1	Es besteht eine Grundlage zur Sicherstellung der Finanzierung Micro Center Central-Schweiz.	Für 2012 ist die Finanzierung mit möglicher Verlängerung für 2013 durch Kantonsratsbeschluss vom 3. November 2011 geregelt. Das Fachhochschulkonkordat liegt zur Genehmigung durch den Kantonsrat vor, der Kostenteiler für das MCCS ist noch nicht bestimmt.
2.5	Für das Arbeitsgebiet von kantonalem Interesse besteht ein Masterplan.	Das Geschäft wird vom Regierungsrat von Grund auf nochmals überdacht.
3.1	Die Finanzierung der Tourismusorganisationen ist geregelt.	Das Vernehmlassungsverfahren zum Tourismusgesetz ist abgeschlossen. Der Regierungsrat hat das weitere Vorgehen bestimmt.
7	Die Organisation Grundbuch ist der ZGB-Änderung zum Immobiliensachenrecht angepasst.	Die Neuorganisation ist in die Wege geleitet, aber noch nicht abgeschlossen.

### Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

<b>Gesetzgebungsprogramm 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
Nachtrag zur Verordnung über die Beurkundungs-, Grundbuch- und Schätzungsgebühren	Das Vernehmlassungsverfahren zu den drei Verordnungen ist abgeschlossen. Das Geschäft wird dem Kantonsrat im ersten Quartal 2012 unterbreitet.
Nachtrag zur Verordnung über die Bereinigung der dinglichen Rechte und die Einführung des Eidgenössischen Grundbuchs (Anpassung Gebühren, Beschwerdeverfahren)	Ein Entwurf ist in Erarbeitung und soll 2012 dem Kantonsrat unterbreitet werden.
Nachtrag zum Einführungsgesetz zum ZGB sowie zur Verordnung über das Grundbuch	Die Vorlage ist zusammen mit dem Nachtrag zur Verordnung über die Bereinigung der dinglichen Rechte und die Einführung des Eidgenössischen Grundbuchs in Bearbeitung.
Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts	Die notwendigen Anpassungen wurden vom Kantonsrat am 3. November 2011 verabschiedet.
Nachtrag zum Tourismusgesetz	Das Vernehmlassungsverfahren zum Tourismusgesetz ist abgeschlossen. Der Regierungsrat hat das weitere Vorgehen bestimmt.

<b>Gesetzgebungsprogramm 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
Umsetzung Geoinformationsgesetz des Bundes mit Anpassung der Vollziehungsverordnung über die amtliche Vermessung	Vom Kantonsrat am 1. Juli 2011 verabschiedet und auf 1. September 2011 in Kraft gesetzt.

## **Departementsaussagen zu Querschnittfragen**

### **Steuerstrategie, Kantonsmarketing, Richtplan**

Wie der vom Kantonsrat am 26. Mai 2011 zur Kenntnis genommene erweiterte Wirkungsbericht zu den steuerlichen Massnahmen, zum Kantonsmarketing, zur Raumentwicklung und zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden aufzeigt, übertrifft die Standort Promotion in Obwalden die Erfolgsindikatoren weiterhin. Diese werden gestützt auf die im Mai 2011 erneuerte Leistungsvereinbarung jährlich in einem Anhang festgelegt. Das internationale Marketing wird durch die OSEC koordiniert. Auch dafür besteht eine Leistungsvereinbarung, die von der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren erarbeitet wurde. Der Kanton Obwalden hat die Vereinbarung unterzeichnet.

Das unter der Federführung des Volkswirtschaftsdepartements anzugehende Richtplanvorhaben „Tourismus“ ist zurückgestellt bis die gesetzlichen Grundlagen für den Tourismus bereinigt sind. Es geht darum, Strategien für die unterschiedlichen Raumtypen „touristische Intensivräume“, „Ländlicher Raum“ und „Naturraum“ zu entwickeln. Zur Umsetzung des Projekts Landschaftsentwicklung befindet sich ein Teilprojekt Pilatusalpen in Erarbeitung.

### **Zentralschweiz an der Grünen Woche Berlin 2013**

Die Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug sind Gastregion an der Internationalen Grünen Woche Berlin vom 17. bis 26. Januar 2013. Es handelt sich um die grösste Messe der Land- und Ernährungswirtschaft Europas mit rund 1 500 Aussteller aus 57 Ländern und 450 000 Besuchern. Der Auftritt ermöglicht, Zentralschweizer Produkte und Dienstleistungen einem internationalen Publikum zu präsentieren. Überdies kann sich die Zentralschweiz als Wirtschaftsregion mit hoher Lebensqualität sowie als Tourismusdestination vorstellen. Der Kanton Obwalden übernahm die Organisation, verantwortlicher Projektleiter ist Bruno Abächerli vom Amt für Landwirtschaft und Umwelt. Das Konzept für den Auftritt der Zentralschweiz steht. Verschiedene Zentralschweizer Firmen haben ihre Teilnahme zugesagt.

### **Interkantonale Zusammenarbeit**

Der Kanton Obwalden beteiligt sich gemeinsam mit den Zentralschweizer Kantonen (Ausnahme Zug) an der Bewerbung zur Durchführung der Jugendolympiade 2020. Die Koordination liegt beim Ausschuss der Zentralschweizer Regierungskonferenz.

Um die Anliegen der Kantone gegenüber dem Bund besser wahrnehmen zu können, wurde die Zusammenarbeit der Kantone in der Konferenz der Kantonsregierungen verstärkt. Schwerpunkte waren: die Haltung der Kantone zur Aussenpolitik des Bundesrats, die verstärkte Einbindung des ländlichen Raums in der Tripartiten Agglomerationskonferenz, die Legislaturplanung des Bundes sowie das Raumkonzept Schweiz.

### **Zusammenarbeit Kanton/Gemeinden**

Bei der Zusammenarbeit mit den Gemeinden steht die Umsetzung und Bereinigung des Tourismusgesetzes im Vordergrund. Mit dem neuen Umsetzungsprogramm 2011-2015 zur Neuen Regionalpolitik wurden die Voraussetzungen für die Durchführung von Massnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung in der Region erarbeitet.

**Beschwerdestatistik**

**Beschwerdeentscheide des Regierungsrats**

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Volkswirtschaftsdepartement)

	<b>2011</b>	<b>2010</b>
<b>Anzahl Beschwerden:</b>	9	7
Übertrag vom Vorjahr	4	3
Neueingänge	5	4
<b>Erledigt</b>		
<b>durch Entscheid des Regierungsrats:</b>		
– gutgeheissen	0	1
– teilweise gutgeheissen	0	0
– abgewiesen	1	1
– nicht eingetreten	0	0
<b>Ohne Entscheid des Regierungsrats:</b>		
(Abschreibungsbeschluss des Departements)		
Vergleich, Rückzug und dgl.	2	1
<b>Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr</b>	<b>6</b>	<b>4</b>
<b>Beschwerde- und Einspracheentscheide des Volkswirtschaftsdepartements</b>		
Anzahl Beschwerden / Einsprachen	9	12
Übertrag vom Vorjahr	5	6
Neueingänge	4	6
<b>Erledigt</b>		
<b>durch Entscheid des Departements:</b>		
– gutgeheissen	0	1
– teilweise gutgeheissen	0	0
– abgewiesen	3	5
– nicht eingetreten	0	1
<b>Ohne materiellen Entscheid des Departements:</b>		
(Abschreibungsbeschluss des Departements)		
Vergleich, Rückzug und dgl.	1	0
<b>Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr:</b>	<b>5</b>	<b>5</b>

## 40 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Es nimmt die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaftsförderung als Koordinationsstelle für Wirtschaftsfragen innerhalb der Verwaltung wahr und ist Bindeglied für die interkantonale Zusammenarbeit sowie Europafragen. Es setzt die Massnahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung um.

### Zielerreichung

APL	Amtsprojekte 2011	Stand der Erfüllung
1.1	Die Zusammenarbeit mit der neuen Geschäftsleitung der Standort Promotion in Obwalden ist gefestigt.	Mit regelmässig stattfindenden Treffen werden die Bestrebungen gegenseitig koordiniert.
2.2 / 15.1	Die Übergangsfinanzierung für den Cluster Mikrotechnologie ist beantragt.	Der Beitrag für 2012 und – sofern notwendig für 2013 – für das Micro-Center Central Switzerland ist zugesichert (Kantonsratsbeschluss vom 3. November 2011).
8	Die Verwendung des Flugplatzes Kägiswil ist entsprechend der Rahmenbedingungen des Bundes eingeleitet.	Eine Offerte für den Kauf des Flugplatzes ist dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport unterbreitet.
8	Die für den Kanton bestimmten Objekte des militärischen Dispositionsbestandes sind erworben. Die Liste der zur Verfügung stehenden Objekte ist laufend aktualisiert.	Die Vertragsverhandlungen für die Magazine in Giswil sind abgeschlossen. Die Umnutzungsbewilligung ist beantragt.
13	Die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben durch das Departement ist begleitet.	Die neuen Aufgaben öffentlicher Verkehr und Swisslos-Fonds konnten ohne grössere Schwierigkeiten eingegliedert werden.
	Ein Wirtschaftsgespräch ist durchgeführt.	Ein Konzept für die Neugestaltung der Wirtschaftsgespräche ist in Erarbeitung.

### 4000 Departementsdienste

Die Verhandlungen mit der Vertretung von „armasuisse Dispositionsbestand militärischer Liegenschaften“ konnten für die Magazine in Giswil abgeschlossen werden. Nach Vorliegen der Umnutzungsbewilligung kann nun der Vertrag ausgefertigt und der Rückbau der überflüssigen Magazine in die Wege geleitet werden.

Mit den zuständigen militärischen Stellen findet jährlich ein Raumplanungs-, Natur- und Umweltschutzgespräch statt, das durch das Volkswirtschaftsdepartement koordiniert wird. Dabei kommen gegenseitige Anliegen zur Sprache wie Umgang mit dem Schutz der Landschaft, Belegung und Erschliessung mit modernen Medien der Unterkunft auf dem Schiessplatz Glaubenberg, Hochwasserschutz im Sarneraatal.

Gemeinsam mit den Kantonen Uri, Schwyz und Nidwalden präsentierte sich der Kanton Obwalden im Vorfeld der Eidgenössischen Wahlen an dem von Radio und Fernsehen DRS organisier-

ten „Treffpunkt Bundesplatz“. Mit verhältnismässigem Aufwand konnte das Ziel einer attraktiven touristischen Präsentation und modernen Wahrnehmung der Urschweiz erreicht werden.

Mit dem Besuch einer Delegation der Glückskette, die öffentliche und private Projekte im Nachgang zum Hochwasser 2005 besichtigte, wurde die Arbeit der Kommission „Finanzielle Hilfen Hochwasser 2005“ endgültig abgeschlossen.

#### **4002 Wirtschaftsförderung**

Über hundert Personen besuchten das erste Wirtschaftstreffen Obwalden/Oberhasli. Damit ist eine verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen, Politik und Verwaltung über den Brünig eingeleitet. Sie soll durch zwei Projekte der Neuen Regionalpolitik unterstützt werden.

Ein Gesuch zur Verwirklichung eines Heliports führte zu ersten Abklärungen möglicher Standorte und zu Konzeptüberlegungen. Die nun anstehende Vertiefung erfolgt unter Federführung des Bau- und Raumentwicklungsdepartements.

Nach wie vor ermöglichen die regelmässig stattfindenden Betriebsbesuche bei kleinen und mittleren Unternehmen spannende Einblicke in die Betriebstätigkeit und geben Anlass zu Diskussionen von Anliegen an Politik und Verwaltung.

## 41 Volkswirtschaftsamt

Das Volkswirtschaftsamt führt das Handelsregister und die Stiftungsaufsicht mit Ausnahme der BVG-Vorsorgeeinrichtungen. Es ist die statistische Anlaufstelle und Bewilligungsbehörde für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Die Abteilung Grundbuch führt in Sarnen und Engelberg das Grundbuch und ist für die Grundbuchbereinigung besorgt. Das Volkswirtschaftsamt setzt die Neue Regionalpolitik des Bundes um, unterstützt überkantonale Träger des Tourismus und ist Koordinationsstelle für Fragen der Welthandelsabkommen (GATT/GATS/TRIPS). Es ist Anlaufstelle für die Submission und den Binnenmarkt und richtet Beiträge für die Wohnbau- und Eigentumsförderung aus. Das Volkswirtschaftsamt ist darüber hinaus für die Angebotsbestellung im Bereich des öffentlichen Verkehrs zuständig sowie mit den Aufgaben der amtlichen Vermessung und dem amtlichen Teil von GIS Obwalden betraut.

### Zielerreichung

APL	Amtsprojekte 2011	Stand der Erfüllung
1	Die neue Regionalpolitik (NRP) wird termingerecht umgesetzt. Die Mittel der NRP werden für Projekte gemäss Umsetzungsprogramm 2008–2011 sowie Strategie- und Amtsdauerplanung des Regierungsrates eingesetzt.	Die Projekte im Rahmen des ersten kantonalen Umsetzungsprogramms zur Neuen Regionalpolitik 2008-2011 konnten fristgerecht Ende Jahr abgeschlossen und abgerechnet werden. Der Schlussbericht zur ersten Umsetzungsperiode 2008-2011 ist dem SECO eingereicht.
1.3	Das neue Umsetzungsprogramm 2012–2015 mit Meilensteinen ist fristgerecht vorbereitet und verabschiedet. Die Programmvereinbarung ist unterzeichnet.	Das neue Umsetzungsprogramm 2012–2015 ist beim Bund eingereicht. Der Entwurf zu einer Programmvereinbarung zum neuen Umsetzungsprogramm liegt vor.
3.1	Der Aufbau einer professionellen Tourismusorganisation ist begleitet. Das Tourismusgesetz ist revidiert.	Die Regierungsräte der Kantone Obwalden und Nidwalden haben sich für den Aufbau einer gemeinsamen neuen Tourismusorganisation ausgesprochen. Die Vernehmlassung zum Tourismusgesetz ist abgeschlossen.
3.4	Die Umsetzung der raumplanerischen Massnahmen zur Entwicklung der touristischen Schwerpunktgebiete Engelberg und Melchsee-Frutt und der übrigen Tourismusgebiete im Kanton ist eingeleitet.	Die raumplanerischen Massnahmen sind in den kantonalen Richtplan eingeflossen.
10.1	Die Sanierungs- und Erneuerungsarbeiten der zb Zentralbahn sind mitfinanziert.	Der Kantonsanteil an den Darlehen für Infrastrukturernuerung gemäss Leistungsvereinbarung 2007-2010 wurde entsprechend der Kantonsratsbeschlüsse ausgerichtet.
10.1	Die Sanierung der Bahnübergänge schreitet planmässig voran.	Die Sanierung von 17 Bahnübergängen verläuft nach Plan.
10.2	Der Tunnel Engelberg ist abgeschlossen.	Die neue Bahnstrecke wurde am 11. Dezember 2010 eröffnet.
10.2	Die Tieflegung und der Doppelspurausbau der zb Zentralbahn sind fortgeführt.	Die Bauarbeiten beim Doppelspurausbau und bei der Tieflegung in Luzern verlaufen planmässig. Die Projektierung des Doppelspurausbau im Raum Hergiswil ist weiterhin sistiert.
13	Das Handelsregister ist so organisiert, dass die Geschäfte termingerecht erledigt werden können. Die rechtlichen Zwangsverfahren werden bei Bedarf angemessen eingesetzt.	Die Geschäfte werden termingerecht erledigt, die rechtlichen Zwangsmassnahmen wo nötig eingesetzt.

APL	Amtsprojekte 2011	Stand der Erfüllung
13	Der öffentliche Verkehr als neuer Aufgabenbereich ist übernommen und integriert.	Die Integration und die Übertragung der Aufgabe auf den neuen Mitarbeiter sind erfolgt.
14	Die Ergebnisse der Volkszählung 2010 sind so weit als möglich beschafft und ausgewertet	Die Daten der Volkszählung 2010 stehen noch nicht zur Verfügung.
14	Bei statistischen Anforderungen ist die vermehrte Zusammenarbeit mit anderen Kantonen abgeklärt.	Damit auch in Zukunft die notwendigen statistischer Angaben zur Verfügung stehen, ist eine engere Zusammenarbeit mit LUSTAT in Prüfung.
13	Beim Grundbuch sind die künftigen Strukturen festgelegt und die personellen Massnahmen getroffen.	Die notwendigen Massnahmen sind eingeleitet.
13	Die bewilligten Sanierungsmassnahmen für das Grundbuch Engelberg sind im Sinne des RRB termingerecht abgeschlossen.	Die dringlichen Sanierungen konnten abgeschlossen werden, die Bereinigung der Dienstbarkeiten wird noch mehrere Jahre beanspruchen.
	Die Verordnung über Gebühren des Grundbuchs und der Beurkundung ist umgesetzt.	Die Vernehmlassung zu drei Verordnungen ist abgeschlossen.
7.8	Die Bereinigung in den Gemeinden Sarnen und Kerns ist fortgesetzt.	Die Bereinigungsarbeiten sind auf Kurs.
7.8	Die Bereinigungsverordnung ist angepasst.	Ein Entwurf liegt vor.
	Der Datentransfer AV93 ist abgeschlossen.	Aufgrund der noch offenen Nomenklatur konnten erst die Gemeinden Sachseln und Kerns in das Grundbuch übertragen werden.
	Das kantonale Geoinformationsgesetz und die Ausführungsbestimmungen dazu sind termingerecht vorbereitet	Das kantonale Geoinformationsgesetz ist in Kraft, die Ausführungsbestimmungen werden 2012 erlassen.
	Der Entscheid über Weiterführung der Leistungsvereinbarung oder über die Beteiligung an der LIS Nidwalden AG ist getroffen.	Obwalden hat sich an der LIS Nidwalden AG beteiligt. Die gemeinsame Gesellschaft heisst GIS Daten AG.
	Der Entscheid über die Bewerbung als Pilotkanton ÖREBK (Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen) ist getroffen	Obwalden und Nidwalden sind gemeinsam als Pilotkantone ÖREBK bestimmt worden.

## 4100 Amtsleitung

### Tourismus

Der Regierungsrat hat im August 2011 in erster Lesung eine Neufassung des Tourismusgesetzes und der Tourismusverordnung in die Vernehmlassung gegeben. Damit sollen die gesetzlichen Grundlagen in den Kantonen Obwalden und Nidwalden auf einen möglichst einheitlichen Nenner gebracht werden. Im Sarneraatal und im Kanton Nidwalden soll künftig anstelle der Kurtaxe und Beherbergungsabgabe eine einzige Tourismusabgabe durch den Kanton und nicht mehr durch die Gemeinden erhoben werden. Engelberg soll die Lösung mit Kurtaxe und Tourismusförderungsabgabe weiterführen können. Das Vernehmlassungsergebnis fiel unterschiedlich aus. Die Mehrheit hat die vorgeschlagene Neufassung grundsätzlich begrüsst, wobei 16 von 32 Stellungnahmen ganz oder wesentlich einverstanden sind und sechs Eingaben der Vorlage teilweise zustimmen.

Aufgrund des Vernehmlassungsergebnisses wurde der Entwurf des Tourismusgesetzes und der Tourismusverordnung in Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden so überarbeitet, dass die Anliegen möglichst berücksichtigt werden konnten.

## 4101 Regionalpolitik

Durch die Ablösung des Investitionshilfegesetzes für das Berggebiet (IHG) durch das Bundesgesetz über die Neue Regionalpolitik auf den 1. Januar 2008 laufen die IH-Projekte allmählich aus. Von insgesamt 119 Projekten sind inzwischen 68 abgeschlossen.

### **Abschluss des Umsetzungsprogramms 2008–2011 der Neuen Regionalpolitik (NRP)**

Der Entwurf des Schlussberichts zum ersten kantonalen Umsetzungsprogramm 2008-2011 wurde Ende Juni 2011 dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) eingereicht. Im Rahmen eines Gesprächs mit dem SECO wurde festgestellt, dass die Umsetzung sehr gut gelungen sei. Von den rund 25 kantonalen und interkantonalen Projekten gelten das Unternehmerzentrum microPark Pilatus, der Kursaal Engelberg, die Fischerei Lungerersee und die regionale Sportanlage Seefeld Sarnen als Vorzeigeprojekte.

### **Neues Umsetzungsprogramm 2012-2015 der NRP**

Das neue Umsetzungsprogramm 2012-2015 führt die bisherigen Schwerpunkte und Strategiefelder grundsätzlich weiter. Mit dem Umsetzungsprogramm werden gemäss SECO innovative Projektideen (z.B. Brünig Safety Camp), sinnvolle Darlehensprojekte sowie interessante Ansätze zur Verknüpfung und Synergienutzung zwischen verschiedenen Wirtschaftsbereichen in die Wege geleitet. Dem Kanton werden für die Umsetzung der NRP 2012-2015 Bundesmittel für kantonale Projekte von Fr. 430 000.– und für interkantonale Projekte von Fr. 310 000.– sowie Darlehen von Fr 3 600 000.– in Aussicht gestellt. Eine entsprechende Programmvereinbarung befindet sich in Vorbereitung

## 4103 Öffentlicher Verkehr

### **Tiefbahnhof Luzern**

Im Rahmen ihrer langfristigen Angebotsplanung des Bahnnetzes haben die Kantone Luzern, Obwalden und Nidwalden sowie die Stadt Luzern in einer gemeinsamen Absichtserklärung festgehalten, dass der Tiefbahnhof Luzern die zweckmässigste Variante für die Lösung der Kapazitätsprobleme im Bahnhof Luzern ist. Auf Grund der gemeinsamen Absichtserklärung ist der Kanton Obwalden in der Gesamtprojektleitung des Vorprojektes für den Tiefbahnhof vertreten. Zudem haben die vier Partner in ihrer Absichtserklärung zugesichert, einen beträchtlichen Teil der Realisierungskosten des Tiefbahnhofs selber zu tragen. Deshalb hat der Kanton Obwalden auch an der Erarbeitung eines Vorschlages für den Kostenteiler unter den drei Kantonen Luzern, Obwalden und Nidwalden teilgenommen. Der Schlussbericht dieser Arbeitsgruppe liegt vor.

### **Planung und Bau der S-Bahn Luzern**

Die Projektierungen und Bauarbeiten für die dritte Etappe der S-Bahn Luzern werden weiterhin vorangetrieben.

Die Bauarbeiten beim Projekt Doppelspurausbau und Tieflegung der Zentralbahn in Luzern zwischen der Langensandbrücke in Luzern und der Haltestelle Kriens Mattenhof schreiten planmässig voran. Die neue Bahnstrecke kann ein Jahr früher als geplant, bereits Ende 2012 in Betrieb genommen werden.

Die Projektierungsarbeiten und das Bewilligungsverfahren für den Doppelspurausbau zwischen Hergiswil Schlüssel und der Haltestelle Hergiswil Matt sind sistiert. Der Kanton Nidwalden lässt für die Evaluation der besten Linienführung zwischen Hergiswil Schlüssel und Hergiswil Bahnhof drei Vorprojekte ausarbeiten, die anschliessend einem umfassenden Variantenvergleich unterzogen werden. Ende 2013 soll der Entscheid über die Bestvariante für diese Strecke von allen Finanzierungspartnern der Bahninfrastruktur gemeinsam gefällt werden. Wegen der durch

den Aufschub fehlenden Doppelspur kann das ursprünglich geplante Fahrplanangebot 2014 nicht gefahren werden. Die Bestellerkantone müssen deshalb ab dem Fahrplanjahr 2014 ein angepasstes Angebot in Auftrag geben.

#### Bereitstellung von P+R-Parkplätzen im Kanton Obwalden

Mit dem Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs werden auch Anreize zur vermehrten Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel geschaffen. Dazu gehört die Bereitstellung von P+R-Parkplätzen im direkten Umfeld der Bahnhöfe. Um den neuen Standort der 50 P+R-Parkplätze in Giswil direkt von den neuen Mittelperrons der Zentralbahn erschliessen zu können, ist ein Treppen- und Rampenaufgang Gorgen ab der geplanten Personenunterführung notwendig. Der Kanton Obwalden hat sich bereit erklärt, einen Pauschalbeitrag an den Bau zu leisten.

#### Beschaffung von neuem Rollmaterial bei der Zentralbahn

Die Produktion von vier neuen siebenteiligen Interregio-Triebwagenzügen für die Bergstrecke über den Brünig sowie von sechs neuen dreiteiligen Triebwagenzügen als Verstärkung für die Interregio-Züge über den Brünig und für den Talbetrieb laufen auf Hochtouren. Das erste Fahrzeug der neuen Flotte soll der Zentralbahn im ersten Halbjahr 2012 ausgeliefert werden. Die zehn Züge kommen ab Dezember 2013 mit dem stark veränderten Fahrplan 2014 zum Einsatz. Weil dieses neue Rollmaterial Gesamtkosten von rund 160 Millionen Franken auslöst, werden die jährlichen Abgeltungen der vier Bestellerkantone für den regionalen Personenverkehrs stark ansteigen.

#### Angebotsverbesserungen beim öffentlichen Verkehr

Mit dem Fahrplan 2011 wurde das Angebot der Zentralbahn von Luzern nach Engelberg dank der Inbetriebnahme des neuen Tunnels Engelberg stark verbessert. Neben den wesentlich kürzeren Fahrzeiten hat auch das neue, komfortablere und umfangreichere Rollmaterial mit behindertengerechten Niederflurbereichen zu einer wesentlichen Qualitätssteigerung beigetragen. Die nun gewährleistete Wintersicherheit und der Schutz vor Naturgefahren im neuen Tunnel haben die Erschliessung von Engelberg wesentlich verbessert.

Ab dem Fahrplanjahr 2012 werden die touristischen Busangebote Stalden–Langis in den Wintermonaten an den Wochenenden von vier auf sechs Kurspaare erhöht.

Entwicklung der Nachfrage im öffentlichen Verkehr mit Beteiligung des Kantons (Passagiere und Personenkilometer)									
Jahr	Passagiere in tausend				Personenkilometer in tausend				Zuwachs
	SBB/zb	LSE/zb	PAG*	Total	SBB/zb	LSE/zb	PAG*	Total	
2001	3 139	2 272	647	6 058	71 159	24 905	2 451	98 516	
2007	3 682	2 248	731	6 661	84 465	36 151	3 567	124 183	
2008	3 695	2 509	732	6 936	84 781	35 970	3 530	124 281	0,1 %
2009	4 066	2 321	745	7 132	86 197	37 601	3 478	127 276	2,4 %
2010	4 324	2 598	811	7 733	88 949	40 373	4 447	133 769	5,1 %

\*PostAuto AG

## 4110 Handelsregister und Stiftungsaufsicht

### Handelsregister

Insgesamt waren 1 865 Geschäftsfälle zu verzeichnen (Vorjahr 1 981). Das Gesamttotal der eingetragenen Firmen ist bis Ende 2011 auf 3 951 gestiegen (Ende 2010: 3 726, Ende 2009: 3 502). Damit verfügt Obwalden im Vergleich zu Nidwalden (mit 4 639) zwar über weniger eingetragene Firmen. Bei den Geschäftsfällen hingegen hat Obwalden Nidwalden (1 478 Geschäftsfällen) erstmals überholt. Die im Berichtsjahr weitergeführte vermehrte Einforderung von Vorauszahlungen von Rechnungen, insbesondere bei Sitzverlegungen aus anderen Kantonen, hat sich bewährt. Die aufwendige Bewirtschaftung von Mahnungen und Betreibungen kann so im Rahmen gehalten werden.

### Stiftungsaufsicht

Der Regierungsrat hatte Ende 2011 wie bereits im Vorjahr die Aufsicht über 27 klassische Stiftungen. Die termin- und formgerechte Einreichung der Jahresrechnungen konnte weiter verbessert werden.

### Grundstückserwerb durch Personen im Ausland

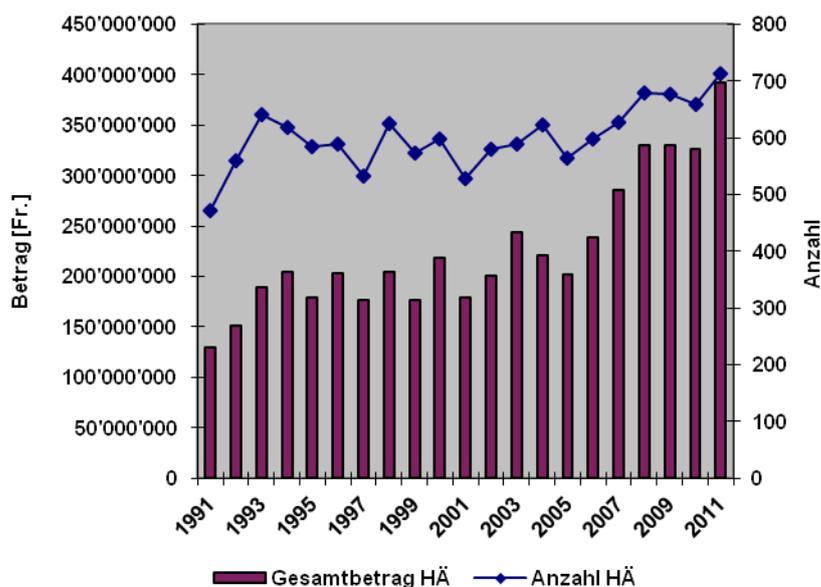
2011 wurden noch 13 Gesuche bei der Bewilligungsbehörde für den Grundstückserwerb durch Personen im Ausland eingereicht. Von diesen Gesuchen haben fünf den Erwerb von Ferienwohnungen in Engelberg betroffen. Die Kontingente wurden wenig beansprucht, weshalb 19 Kontingente auf 2012 übertragen werden konnten.

## 412 Grundbuch / Vermessung / GIS Obwalden

### Grundbuch Sarneraatal

Die Anzahl der Grundbuchgeschäfte ist mit 2 210 (+19 Geschäfte) ungefähr gleich hoch wie im Vorjahr. Hingegen ist die Summe der Handänderungen mit 392,4 Millionen Franken (+65,5 Millionen Franken) bedeutend höher als im letzten Jahr.

### Entwicklung Handänderungen ab 1991



Durch die Grundbuchbereinigung wurden 184 Geschäfte (Vorjahr 161) zur Eintragung und Überführung in das Eidgenössische Grundbuch angemeldet. Die Geschäftstätigkeit ist nach wie vor sehr hoch. Aufgrund der Volksinitiative betreffend Schenkungs- und Erbschaftssteuer wurden dem Grundbuch Sarneraatal in den Monaten November und Dezember 2011 nebst den normalen Geschäften zusätzlich rund 200 Schenkungsverträge oder Kaufverträge mit Schenkungscharakter zur Eintragung angemeldet.

### **Grundbuch Engelberg**

Die Zahl der Tagebucheintragungen betrug nach Abzug von 1 047 Geschäften in Zusammenhang mit Berichtigungen 790. Die Summe der Handänderungen hat mit 187,2 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr stark zugenommen (+62,9 Millionen Franken). Die Volksinitiative für eine nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer hat auch in Engelberg zu vermehrten Auszugsbestellungen und darauf folgenden Handänderungen (insbesondere Schenkungen) geführt. Neben dem Alltagsgeschäft wurden noch 2418 Berichtigungen erledigt.

### **Amtliche Vermessung**

Die anfallenden Nachführungsarbeiten konnten plan- und termingerecht durchgeführt werden. Damit ist ein guter Stand erreicht. Bei wichtigeren Bauvorhaben wie z.B. Neubauten wird der bewilligte Zustand bereits als „projektierte Baute“ erfasst.

Für die Erfassung der Gebäudeadressen müssen die Namen der Strassen, Plätze und benannten Gebiete sowie die Hausnummern flächendeckend vorliegen. Die Adressierung im Landwirtschafts- und Berggebiet hat bei den Gemeinden zum Teil deutlich mehr Zeit beansprucht als ursprünglich angenommen. Diese Arbeiten können demnächst abgeschlossen werden.

### **Geoinformation**

Nach intensiven Vorbereitungen haben sich im Herbst 2011 die LIS Nidwalden AG und GIS Obwalden zur GIS Daten AG zusammengeschlossen. Das Aktienkapital wurde auf die beiden Kantone, die Gemeinden und Werke sowie Private aus Obwalden und Nidwalden aufgeteilt. Die Kantone Obwalden und Nidwalden beteiligen sich über die GIS Daten AG beim Aufbau und der Umsetzung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen. Dieser ÖREB-Kataster muss in den nächsten Jahren von allen Kantonen eingeführt werden. Damit werden zuverlässige Informationen über die von Bund, Kantonen und Gemeinden bezeichneten öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen zugänglich gemacht. Mit dem Pilotprojekt sollen die technischen, organisatorischen und rechtlichen Vorgaben auf ihre Praxistauglichkeit überprüft werden.

Die Anzahl der Datenabgaben haben im Vergleich zum 2010 von 605 auf 520 abgenommen. Der Grund dafür ist, dass einfache Datenabfragen vermehrt direkt vom Kunden aus den Geoportalen vorgenommen werden.

## 42 Amt für Arbeit

Das Amt für Arbeit ist die kantonale Stelle für Fragen und Belange des Arbeitsmarkts und des Arbeitsrechts. Zusammen mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum OW/NW und der Arbeitslosenkasse OW/NW in Hergiswil vollzieht es das Arbeitslosenversicherungsgesetz und fällt die Vorentscheide für Kurzarbeit und Schlechtwetter. Es ist Anlaufstelle für Personen ausländischer Nationalität im Zusammenhang mit ihren Bewilligungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit. Es vollzieht die Ausländer- und Asylgesetzgebung. Die dem Arbeitsgesetz unterstellten Betriebe werden hinsichtlich der Vorsorge gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, dem Gesundheitsschutz, der Arbeitshygiene und dem Umgebungsschutz beraten und überwacht. Um- und Neubauten werden in feuerpolizeilicher Hinsicht beurteilt. Die Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Messwesens, der Preisbekanntgabe, des Entsendegesetzes, des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit und des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen wird überwacht. Für das Markt-, Reisenden- und Unterhaltungsgewerbe, die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih, das Konsumkreditwesen und das Campieren werden die erforderlichen Bewilligungen erteilt. Zusätzlich ist es verwaltungsinterne Ansprechstelle für die Kantonale Ausgleichskasse und die IV-Stelle.

### Zielerreichung

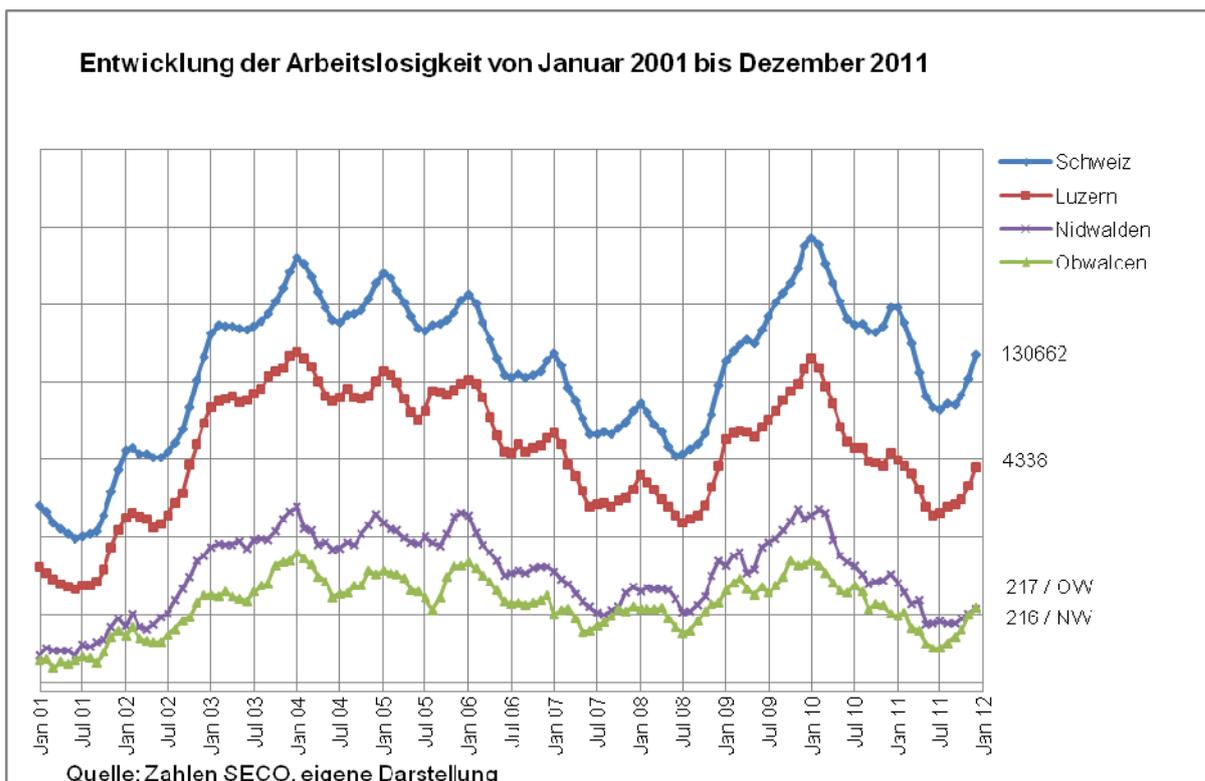
	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
3	Die Verordnung über das Kampieren ist überarbeitet.	Die Umsetzung des vom Regierungsrat entgegengenommenen Postulats betreffend Aufhebung oder Neufassung der kantonalen Kampingverordnung (53.11.02) erfordert noch weitere Abklärungen.
6	Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil ans Sozialversicherungsrecht ist verabschiedet.	Der Kantonsrat hat am 3. November 2011 die entsprechenden gesetzlichen Änderungen erlassen.
6	Das revidierte Arbeitslosenversicherungsgesetz ist umgesetzt.	Die Umsetzung ist durch das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV OW/NW) und die Arbeitslosenkasse (ALK OW/NW) erfolgt.
	Der Vollzug des Swisslos-Fonds ist sichergestellt.	Die Übernahme und die Weiterführung sind erfolgt.
7	Die feuerpolizeiliche Sicherheit von Beherbergungsbetrieben und Gebäuden mit grosser Personenbelegung ist gewährleistet. Mindestens 20 Betriebe sind in Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsinstitut kontrolliert.	18 Betriebe sind kontrolliert.
7	Das Fachwissen der kommunalen Brandschutzbehörden ist durch ein bis zwei Schulungstage sichergestellt.	Aus Gründen der Prioritätensetzung auf 2012 verschoben.
	Das Jahresziel der EKAS (Eidgenössische Kommission für Arbeitssicherheit) im Bereich Präventionsmassnahmen „Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit im Büro“ ist umgesetzt.	Bei den Betriebsbesuchen wurde wie von der EKAS vorgeschlagen der Ergonomie am Arbeitsplatz besondere Aufmerksamkeit geschenkt.
	Im Rahmen des Vollzugs der Arbeitssicherheit sind 12 Betriebe kontrolliert.	Neun industrielle Betriebe und 35 gewerbliche Betriebe sind kontrolliert.
13.2	2 000 Personendossier von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner sind elektronisch erfasst und indexiert.	3 349 Dossiers sind eingescannt. Das entspricht 89 916 Einzelseiten.

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
13.2	Die Ausstellung des neuen biometrischen Ausländerausweises für Drittstaatenangehörige ist in Zusammenarbeit mit dem Passbüro sichergestellt.	Die Ausweise konnten termingerecht entsprechend den Anforderungen ausgestellt werden.
11.3	Die Übergabe der Aufgaben im Bereich Integration an die Fachstelle für Gesellschaftsfragen ist abgeschlossen	Die Aufgaben und Dossiers sind übergeben.

## 4200 Amtsleitung

### Konstant tiefe Arbeitslosigkeit

Trotz wirtschaftspolitischen Turbulenzen, hervorgerufen durch Schwächen der meisten anderen Währungen gegenüber dem Schweizer Franken, hat sich die Arbeitsplatzsituation im Kanton Obwalden als sehr robust erwiesen. Die Arbeitslosenquote betrug im Berichtsjahr 0,9 Prozent. Durchschnittlich waren 160 Personen pro Monat von Arbeitslosigkeit betroffen, im Vorjahr waren es noch 265 Personen. Vor zehn Jahren, 2001, waren letztmals durchschnittlich weniger Menschen beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum Ob- und Nidwalden als arbeitslos gemeldet.



Die Anzahl Ausfallstunden wegen Kurzarbeit sind von rund 25 000 Stunden im Vorjahr auf 6 130 Stunden im 2011 gesunken. Davon betroffen waren Mitarbeitende aus fünf Betrieben (Vorjahr: 13 Betriebe).

Schlechtwetterentschädigung musste lediglich ein Betrieb während 184 Stunden geltend machen (Vorjahr: 10 Betriebe, 9701 Ausfallstunden).

Insolvenzenschädigung musste an 36 Personen aus 8 Betrieben ausbezahlt werden (Vorjahr: 9 Betriebe, 44 Personen).

Die ausbezahlten Versicherungsleistungen der Arbeitslosenkasse Ob- und Nidwalden sind von 9,5 Millionen Franken auf 5,7 Millionen Franken zurückgegangen.

#### 4210 Abteilung Migration

##### Wanderungsbilanz

Die ständige ausländische Wohnbevölkerung hat im Jahr 2011 um 150 Personen zugenommen (2010: +162). Der Bestand beträgt Ende 2011 4806 Personen. Die Zuwanderung aus den EU/EFTA-Staaten ist um 159 Personen gestiegen (2010: +231) während der Bestand aus Drittstaaten um 9 Personen abgenommen hat (2010: -69).

Dem Zuwachs von 689 Personen stehen 539 Abgänge gegenüber. Wesentlich bei den Abgängen sind: Auswanderung 186, Erwerb des Schweizer Bürgerrechts 87, Wegzug in einen anderen Kanton 226, Todesfälle 12. Beim Zuwachs sind folgende Zahlen bemerkenswert: Erwerbstätigkeit 250, ohne Erwerb 33, Zuzug aus einem anderen Kanton 191, anerkannte Flüchtlinge und Härtefälle 26, Familiennachzug 107, Geburten 47.

##### Bestand der ständigen Wohnbevölkerung aus den neuen EU-Staaten

Entgegen der Befürchtungen gab es keine Massenzuwanderung aus den neuen EU-Staaten nach dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens.

Land	Bestand 31.12.2010	Bestand 31.12.2011	Veränderung zum Vorjahr
Bulgarien	6	5	-1
Estland	0	1	+1
Lettland	4	3	-1
Litauen	1	1	0
Polen	28	24	-4
Rumänien	11	10	-1
Slowakei	12	19	+7
Slowenien	8	9	+1
Tschechien	14	13	-1
Ungarn	10	14	+4

##### Markanter Anstieg der Asylgesuche

2011 haben 22 551 Personen in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt (2010: 15 567 Asylgesuche). Dies entspricht einer Zunahme von 44,9 Prozent und ist der höchste Gesuchseingang seit 2002. Der starke Anstieg von Asylsuchenden ist vor allem auf die Krise in Nordafrika und die seit März 2011 offene Migrationsroute nach Europa zurückzuführen.

### Zunahme bei den Zuweisungen

Nach wie vor werden 0,5 Prozent der neu eingereisten Asylsuchenden dem Kanton Obwalden zugewiesen. 2011 waren es gemäss Statistik des Bundes 110 Personen (Vorjahr: 64) aus insgesamt 14 Ländern. Am meisten Personen kamen aus:

Eritrea	27
Tunesien	18
Nigeria	12
Afghanistan	10
Sri Lanka	6

2011 wurden 20 Asylsuchende (Vorjahr 26) als Flüchtlinge anerkannt. Sie stammen aus Eritrea, Sri Lanka und China. Vier Personen wurden im Rahmen der Härtefallregelung eine kantonale Aufenthaltsbewilligung erteilt.

### Bestandeszahlen im Vergleich

Jahr	Neue Einreisen	Neue Asyl-gewährungen	Neue vorläufige Aufnahme	Bestand Asyl-suchende Ausweis N	Bestand vorläufige Aufnahme Ausweis F	Bestand vorläufige Aufnahme > 7 Jahre Ausweis F	Bestand anerkannte Flüchtlinge Ausweis B oder C
2006	53	13	53	50	114	28	82
2010*	64	26	23	81	87	15	101
2011*	110	20	33	89	106	25	105

\* Ab 2008 neu nach Definition im ZEMIS

### 700 Tage Ausschaffungshaft

Der Vollzug von Wegweisungen ist aufwendig und bindet viele Ressourcen. 2011 wurden insgesamt 35 Personen für eine Wegweisung in Ausschaffungshaft genommen. Davon konnten 26 Personen ausgeschafft werden. Zwei Personen waren am Jahresende noch in Haft und sieben Personen mussten wegen fehlender Vollzugsperspektive oder aus Verfahrensgründen wieder entlassen werden. Insgesamt wurden 700 Hafttage benötigt (2010: 495). Das entspricht einer Zunahme von 41 Prozent. 242 Tage konnten im Gefängnis Sarnen vollzogen werden.

Aus der Haft konnten 21 Personen gestützt auf das Dublin-Abkommen in einen EU-Ersteinreisestaat ausgeschafft werden. Fünf Personen wurden in ihr Herkunftsland zurückgeführt. Die grosse Zahl der Dublin-Fälle, die meist weniger als 10 Tage in Ausschaffungshaft sind, führte dazu, dass die Hafttage im Gefängnis Sarnen von 148 auf 242 Tage gestiegen sind. Für die restlichen Tage wurden ausserkantonalen Anstalten belegt.

Zwei Personen, die nicht im Asylverfahren waren, sondern regulär eine Aufenthaltsbewilligung hatten, mussten wegen Straffälligkeit (Raub bzw. häusliche Gewalt) aus der Schweiz wegweisen werden. Sie haben das Land unmittelbar nach dem Strafvollzug verlassen und wurden mit einem mehrjährigen Einreiseverbot belegt.

### Elektronische Dossierverwaltung bewährt sich

Die Arbeit mit der Mitte 2010 installierten digitalen Dossierverwaltung ist nicht mehr wegzudenken. Der unmittelbare Zugriff auf die elektronisch abgelegten Akten erleichtert die Arbeit nicht so sehr zeitlich, weil die Tagespost eingescannt und indexiert werden muss, aber die Übersicht, das Abarbeiten von Gesuchen und das Terminieren von Pendenzen bringt grosse Vorteile. Wie aber im Bericht 2010 erwähnt, bedeutet das Scannen der rund 5 000 bestehenden Dossiers der aktiven Ausländerinnen und Ausländer im Kanton zusätzlichen Aufwand.

**4220 Technische Inspektorate****Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz**

Bei den Inspektionen gewerblicher und industrieller Betriebe wurden keine schwerwiegenden Mängel festgestellt. Mehrheitlich handelte es sich um Mängel in den organisatorischen Betriebsabläufen.

Betriebsbesuche	2006	2010	2011
Industrielle Betriebe	9	6	9
Nichtindustrielle Betriebe	46	31	35
Total Betriebsbesuche	55	37	44

**Kantonaler Brandschutz**

Im Jahr 2011 wurden 126 eingereichte Baugesuche auf den vorbeugenden Brandschutz hin beurteilt. Anlässlich der Vorgespräche, anhand der eingereichten Pläne und den Kontrollen auf den laufenden Baustellen wurde festgestellt, dass die Auflagen am Bau umgesetzt wurden.

Brandschutz	2006	2010	2011
Baugesuche Baupläne	-	123	126
Planbesprechungen	54	87	91
Feuerschau	56	70	86
Kontrolle Sprinkleranlagen	3	13	2
Kontrolle Brandmeldeanlagen	3	12	6

**Kontrolle Beherbergungsbetriebe**

Im Jahr 2011 wurden gesamthaft 18 Beherbergungsbetriebe und Gebäude mit grosser Personenbelegung kontrolliert. Bei den Kontrollen wurden bauliche und organisatorische Mängel festgestellt, die aufgrund von Sicherheitsüberlegungen nicht mit dem vorbeugenden Brandschutz übereinstimmen.

**4221 Gewerbebewilligungen****Personalverleih**

Die günstigen Unternehmenssteuern haben dazu geführt, dass zwei neue Firmen, die den Personalverleih professionell betreiben, für ihren Sitz Obwalden gewählt haben.

**Geschicklichkeitsspielautomaten**

Das Spielen an bewilligungspflichtigen Geschicklichkeitsspielautomaten ist unbedeutend geworden. Nur einzelne Gastronomiebetriebe haben noch solche Geräte im Einsatz.

	2006	2010	2011
Geschicklichkeits-Geldspielautomaten	16	5	5
Geschicklichkeits-Spielautomaten (Videospiele, Krangreifer, Flipperkästen)	28	13	10
Total	44	18	15

**Preisbekanntgabe**

Die Bundesgesetzgebung wurde revidiert. Die Änderungen werden per 1. April 2012 in Kraft gesetzt. Rund 80 Betriebe im Kanton wurden schriftlich über die bevorstehenden Änderungen zur Preisbekanntgabe aufmerksam gemacht.

### **2490 Swisslos-Fonds**

Aus dem kantonalen Swisslos-Fonds flossen im humanitären Bereich in erster Linie Gelder zur Behebung von Schäden und Hilfe an Opfer des verheerenden Erdbebens, des zerstörerischen Tsunami und der unkontrollierbaren Atomkatastrophe in Japan an die Glückskette.

Weitere humanitäre Beiträge gingen an das Schweizerische Rote Kreuz zur Unterstützung der Flüchtlingshilfe in Libyen, an die Schweizerische Stiftung für Minenräumung sowie an die Schweizerische Stiftung für technische Entwicklungszusammenarbeit für die Lehrlingsausbildung in Benin Westafrika.

Beiträge der Kulturförderung gingen u.a. an das Volkskulturfest „OBWALD“, das Musikfestival „Erstklassik am Sarnensee“ und die Ausstellung von Jo Achermann. Beim Sport wurden 110 Vereine und Institutionen unterstützt. Auch erhielten die regionale Sportanlage in Sarnen und der Skaterpark Obwalden Beiträge. Zudem konnten Initiativen im sozialen Bereich, Natur und Landschaft sowie Gesundheit gefördert werden.

### **Los-Kontingente**

2011 wurden Los-Kontingente in der Höhe von Fr. 55 000.– vergeben. Berücksichtigt wurden das Trachtenfest in Sachseln im Rahmen des Jubiläums „75 Jahre Trachtengruppe Sachseln“ mit dem 20. Urschweizer Trachtentag sowie das Urner kantonale Schützenfest in Altdorf.

### 43 Amt für Landwirtschaft und Umwelt

Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt ist Anlaufstelle für die Bereiche Landwirtschaft, Umweltschutz und Gewässerschutz sowie Fischerei. Es berät und unterstützt Bäuerinnen und Landwirte bei Fragen der Betriebswirtschaft, der Alpwirtschaft, der Tierhaltung, der Milchwirtschaft, des Marketings, des Pflanzenbaus, der Ökologie, des Tier- und Gewässerschutzes sowie der Strukturverbesserungen. Es ist zuständig für das Boden- und Pachtrecht, die Ausrichtung der Investitionshilfen (Beiträge und Investitionskredite), der Betriebshilfedarlehen, der Umschulungsbeihilfen sowie der Beiträge zur Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (WS Beiträge). Es wirkt mit bei der Beurteilung der Gesuche bei nicht versicherbaren Elementarschäden auf land- und alpwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Weiteren werden die Agrardatenerhebung als Grundlage für die Auszahlung der Direktzahlungen und Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb der Bauzonen und zur Zonenplanung erarbeitet.

Die Abteilung Umwelt koordiniert die kantonalen Umweltschutzaufgaben. Diese umfassen im Umweltschutz die Fachgebiete Umweltverträglichkeit, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Störfallvorsorge, Nichtionisierende Strahlung, Abfallbewirtschaftung, Bodenschutz sowie die umweltgefährdenden Stoffe. Im Gewässerschutz sind es die Fachbereiche Abwassersammlung und -reinigung, Grund- und Trinkwasserschutz sowie Tankanlagen. Im Weiteren ist sie für die Fischerei zuständig und stellt Fischerpatente aus.

#### Zielerreichung

APL	Amtsprojekte 2011	Stand der Erfüllung
	Lösungsvorschläge zur Schotterverwertung auf Alpen liegen mit entsprechenden Beratungshilfsmitteln vor.	Ein Beratungshilfsmittel als Merkblatt liegt vor. Informationen und Beratungen haben stattgefunden.
9	Durch gezielte Beratung und Information wird über den Nutzen zur Teilnahme der Landwirtschaft am interkantonalen Projekt zur Reduktion der Ammoniak- und Geruchsemissionen aus der Landwirtschaft (Ressourcenprogramm UR, SZ, OW, NW, ZG) aufgeklärt.	Es haben verschiedene, zum Teil überkantonale Beratungsveranstaltungen stattgefunden. Die Teilnahme liegt noch unter den Erwartungen.
9	Die Hofdüngerflüsse werden mit dem internetbasierten System HODUFLU erfasst: Die Instruktion der Landwirte hat stattgefunden.	Wegen technischer Probleme musste der Bund den Start des Systems HODUFLU um ein Jahr verschieben.
9	Bei mindestens einem Drittel der beim Ressourcenprojekt angemeldeten Betriebe ist die Berechnung der Ammoniakemissionen mittels Agrammon erfolgt.	Die Berechnung ist bereits bei rund 80 Prozent der angemeldeten Betriebe erfolgt.
	Ein Konzept für den Auftritt der Zentralschweizer Kantone an der „Grünen Woche Berlin“ liegt vor.	Erfüllt.
	Die Tierschutzkontrollen der Alpställe werden nach dem gemeinsamen Konzept der Urschweizerkantone in Zusammenarbeit mit dem Veterinäramt der Urkantone durchgeführt.	Die Tierschutzkontrollen wurden in Zusammenarbeit mit dem dazu zuständigen Veterinäramt der Urkantone in Abstimmung mit den Kantonen UR, SZ, NW vorgenommen.
	Die Nutzungsrechte der Alpen (Hüttenrechte, Bestossungsrechte) werden bodenrechtlich geregelt.	Für die bodenrechtliche Neuregelung der historisch gewachsenen Nutzungsrechte sind weitere Gespräche mit den Betroffenen notwendig.

APL	Amtsprojekte 2011	Stand der Erfüllung
	Der Vollzug der einzelbetrieblichen Strukturverbesserungen wird im Hinblick auf die langfristige Tragbarkeit für die Landwirte überprüft und die notwendigen Änderungen sind in die Wege geleitet.	Die Überprüfung hat in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskommission stattgefunden. In Abstimmung mit der laufenden Weiterentwicklung der Agrarpolitik des Bundes werden Änderungen vorgenommen.
	Die Verfügungen zur Sanierung der Wasserentnahmen in Engelberg und in den Melchtälern sind rechtskräftig erlassen (Übertrag 2010).	Aufgrund einer Eingabe im Mitberichtsverfahren mussten weitere Abklärungen getroffen und die Sanierungsverfügung auf 2012 verschoben werden.
	Das Konzept zur Grundwasserüberwachung auf dem Dorfgebiet Sarnen liegt vor.	Das Konzept liegt vor. Die Umsetzung des vorliegenden Konzepts erfolgt 2012.
	Die gewässerökologische Begleitung der Hochwasserprojekte ist sichergestellt.	Die gewässerökologische Begleitung wird laufend wahrgenommen.
	Die Eigenbewirtschaftung des Lungensees wird überwacht und allfällige Massnahmen sind in die Wege geleitet.	Die Eigenbewirtschaftung kann als sehr gut beurteilt werden. Massnahmen mussten keine in die Wege geleitet werden
	Eine Statistik über die Mengen der wichtigsten Abfälle ist erstellt (Abfallstatistik).	Die Abfallstatistik als Grundlage für die Abfallplanung liegt vor.
	Ein Konzept für die Standortkoordination der Mobilfunkantennen liegt vor.	Das Konzept liegt vor und soll vom Regierungsrat im Frühjahr 2012 verabschiedet werden. Es dient als Grundlage für die Standortwahl weiterer Anlagen
	Die Verantwortlichkeiten für den ABCN-Schutz im Kanton sind geregelt.	Aufgrund einer departementsübergreifenden Defizitanalyse werden in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Führungsstab die Zuständigkeiten durch den Regierungsrat im Jahr 2012 geregelt.

### 4300 Amtsleitung

#### Weiterentwicklung der Agrarpolitik

Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt hat sich 2011 vertieft mit den sehr umfangreichen Vernehmlassungsunterlagen zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik des Bundes (AP 2014-2017) befasst. Kernelement der AP 2014-2017 ist der Umbau des Direktzahlungssystems mit der vermehrten Ausrichtung der Beiträge auf die agrarpolitischen Oberziele der Bundesverfassung. Insbesondere soll dabei mit flächenbezogenen Beiträgen eine starke Verlagerung auf Biodiversität, Ressourcenschutz und Landschaftsqualität vorgenommen werden. Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt hat die Auswirkungen der vorgeschlagenen Beitragsänderungen für die Obwaldner Betriebe berechnet. Dabei wurde festgestellt, dass eine allzu starke Bindung der Direktzahlungen an die Fläche und die Senkung der tierbezogenen Beiträge für die kleinstrukturierte und tierbetonte Obwaldner Landwirtschaft nachteilig wäre. Diese Grundlagen dienen dem Regierungsrat aber auch dem Obwaldner Bauernverband für die Vernehmlassung an den Bund.

#### Berichte zu den Restwassersanierungen liegen vor

Das eidgenössische Gewässerschutzgesetz verpflichtet die Kantone, bei Wasserentnahmen aus Gewässern eine angemessene Restwassermenge spätestens bis Ende 2012 zu sichern. Mit der Sanierung sollen die ökologischen Defizite unterhalb der Wasserentnahmen so weit als möglich durch vorgeschriebene Wassermengen behoben werden.

2011 genehmigte der Regierungsrat in erster Lesung die Berichte zur Sanierung der Wasserentnahmen im Engelbergertal sowie an der Grossen und Kleinen Melchaa. Die Berichte mit den

vorgesehenen Sanierungsmassnahmen wurden den Kraftwerksbetreibern eröffnet und öffentlich aufgelegt. Im Mitberichtsverfahren forderten die Umweltverbände ökologisch weitergehende Massnahmen. Die dazu notwendigen weiteren Abklärungen wurden in die Wege geleitet, so dass die Restwassersanierungen 2012 verfügt werden können.

#### **4311 Beratung**

##### **Landwirtschaftliche Weiterbildungsangebote werden geschätzt**

Die landwirtschaftlichen Beratungsdienste der Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden bieten zusammen mit den bäuerlichen Organisationen ein gemeinsames überkantonales Weiterbildungsprogramm für Landwirte und Bäuerinnen an. An den 116 Veranstaltungen haben insgesamt 3 026 (Vorjahr 2 774) Personen teilgenommen, davon 1 151 bzw. 38 Prozent aus Obwalden.

Von besonderem Interesse waren neben aktuellen Informationen zu den Direktzahlungen und zu Baufragen Themen rund um die Tierhaltung, wie z.B. der Einsatz von homöopathischen Mitteln, die Schmerzausschaltung bei der Enthornung von Kälbern, die arbeitsteilige Rinderaufzucht, die Umstellung auf Mutterkuhhaltung sowie die Vollkostenrechnung in der Milchproduktion.

##### **Verschiedene Verwertungsmöglichkeiten von Schotte**

Die Verwertung von Schotte in Alpbetrieben über die Alpschweineproduktion bietet verschiedene Probleme und ist kaum mehr kostendeckend. Die landwirtschaftliche Beratung hat praxistaugliche und gesetzeskonforme Verwertungsmöglichkeiten für Schotte im Alpbetrieb in einem Merkblatt zusammengestellt und verweist mit praktischen Tipps und mit der Angabe von Referenzbetrieben auf deren Umsetzbarkeit. Eine interessante Alternative zur Schotteverfütterung ist die Kompostierung vor Ort. Die Ergebnisse wurden im Rahmen einer gut besuchten öffentlichen Veranstaltung vorgestellt und in der landwirtschaftlichen Presse veröffentlicht.

##### **Alpwirtschaftliche Nutzungsplanungen**

Bei Strukturverbesserungsprojekten im Alpgebiet wie z.B. beim Neubau von Alpställen oder bei Alperschliessungen werden auf den betreffenden Alpen umfassende alpwirtschaftliche Nutzungsplanungen verlangt: Dabei müssen die Notwendigkeit der Massnahmen und allfällige alpwirtschaftliche Verbesserungen aufgezeigt werden. Die alpwirtschaftlichen Planungen werden von der Dienststelle Beratung begleitet und beurteilt. Sie dienen als Grundlage für die raumplanerische Bewilligung, die Ausrichtung allfälliger öffentlicher Finanzhilfen oder gegebenenfalls für die Umsetzung von Massnahmen im Zusammenhang mit dem Quellwasserschutz sowie für die Beurteilung des bewilligungspflichtigen Einsatzes von alp-fremdem Dünger. Im Berichtsjahr wurden die Planungen auf den Alpen Trinerenschwand, Rischi/Glaubenberg (Sarnen), Arni (Sachseln) und Alpoglen (Giswil) sowie Breitenfeld (Lungern) begleitet und beurteilt.

##### **Regionales Entwicklungsprojekt Pilatusalpen**

Die Korporation Alpnach hat mit dem regionalen Entwicklungsprojekt Pilatusalpen eine gemeinschaftliche Projektinitiative nach Art. 93 Abs. 1 Bst. c des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft in die Wege geleitet. Ziel des Projekts ist die Umsetzung umfassender und sektorübergreifender Massnahmen, um die langfristige Bewirtschaftung der Pilatusalpen sicherzustellen. Im Projekt sind neben der Alp- und Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und der Tourismus einbezogen.

##### **Obwaldner Bauernfamilie gewinnt schweizerischen Innovationspreis**

Mit Innovationsbeiträgen unterstützt das Volkswirtschaftsdepartement besonders innovative Projekte in der Landwirtschaft. Diese müssen den Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse beleben und zu einer Verbesserung der Wertschöpfung führen. Seit 2001 wurden 23 Projekte

mit kantonalen Beiträgen ausgezeichnet. 2010 war darunter auch die Familie Durrer, Kerns, für „Migis Schoggi-Gädäli“. Die Bäuerin stellt auf ihrem Milchwirtschaftsbetrieb verschiedene Confi-seriespezialitäten mit möglichst vielen Zutaten aus dem eigenen Betrieb und der Region her. Diese werden im eigens dafür eingerichteten Hofladen („Migis Schoggi Gädäli“) verkauft. An der Olma 2011 gewann die Familie Durrer mit dem ausgezeichneten Projekt auch noch den schweizerischen Agropreis für innovative Projekte.

### **Einzelbetriebliche Beratung**

Als Folge der schwierigen Marktlage auf dem Milchsektor mit sinkenden Produktpreisen und der kostentreibenden Verschärfung der Tierschutzgesetzgebung versuchen die Bauernfamilien vermehrt mittels Spezialisierung die Wertschöpfung auf den Betrieben zu verbessern und mit überbetrieblicher Zusammenarbeit Kosten zu senken. Die Beratung unterstützte die Gründung von Zusammenarbeitsformen, bot Hilfestellung bei strategischen Überlegungen an und beurteilte die langfristige Tragbarkeit bestehender oder neuer Produktionszweige. Im Zusammenhang mit den Änderungen der Tierschutzbestimmungen waren viele bauliche Fragen zu bearbeiten.

### **Rege Bautätigkeit in der Landwirtschaftszone**

188 (Vorjahr: 202) Bauvorhaben ausserhalb der Bauzone wurden aus landwirtschaftlicher Sicht zu Händen des Bau- und Raumentwicklungsdepartements auf die Zonenkonformität und landwirtschaftliche Notwendigkeit beurteilt. Rund die Hälfte betraf bauliche Massnahmen an Wohnhäusern oder Stallgebäuden. Auffallend ist, dass sich die Anzahl Baugesuche für Wohnhäuser ausserhalb der Bauzone im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelte, wobei davon der landwirtschaftliche Anteil nur rund 30 Prozent ausmachte. Bei den Stallbauten blieb die Anzahl ungefähr gleich hoch wie im Vorjahr.

## **4312 Strukturverbesserungen**

### **Vermeehrt Wasserversorgungen werden saniert**

Der Landwirtschaft stehen öffentliche Finanzhilfen in Form von zinslosen Darlehen (Investitionskredite) sowie Beiträgen à-fonds-perdu für Strukturverbesserungsmassnahmen zur Verfügung. 2011 wurden knapp 60 Prozent der Beiträge an Tiefbauprojekte zugesichert. Den grössten Teil machten fünf Wasserversorgungsprojekte aus. An neue Investitionskredite wurden Fr. 2 604 000.– zugesichert. Ausbezahlt wurden Fr. 4 745 100.–.

### **Bund stellt weniger Mittel zur Verfügung**

Der Finanzbedarf durch die angemeldeten Projekte im Hoch- und Tiefbau überschreitet die jährlich von Bund und Kanton zur Verfügung stehenden Beiträge. Dadurch ist in den nächsten Jahren bei den Beiträgen, mit Ausnahme der kantonalen Beiträge für Wohnhäuser, mit einer Wartezeit von drei bis vier Jahren zu rechnen. Zudem hat der Bund die Mittel für die Strukturverbesserungen über alle Kantone linear gekürzt, ungeachtet dessen, dass der Kanton Obwalden - im Gegensatz zu anderen Kantonen - einen grossen Bedarf an Beiträgen ausweist.

Die Biogas- und Kompostierungsanlage Kägiswil der Naturaenergie AG, die mit Beiträgen und einem Investitionskredit unterstützt wurde, hat 2011 den Betrieb aufgenommen

### **Hohe Anzahl an Gesuchen für Unterstützung von Stallum- oder -neubauten**

Für eine Unterstützung mit Investitionshilfen sind zurzeit 36 Stallbauprojekte angemeldet. Davon können jährlich sechs bis sieben Stall-Um- oder -Neubauten unterstützt werden. Bei den meisten der Gesuche werden als Grund fehlende Platzverhältnisse als Folge der Vergrösserung der Landwirtschaftsbetriebe und Anpassungen an die Tierschutzgesetzgebung angegeben.

### Milchwirtschaftsbetriebe wachsen weiterhin

Die Betriebsstruktur der unterstützten Stallbauten für die Verkehrsmilchproduktion mit durchschnittlich 21,12 ha Landwirtschaftliche Nutzfläche, einem Viehbestand von knapp 31 Grossvieheinheiten (GVE) und einem Milchlieferrecht von 110 114 kg hat sich gegenüber 2010 weiter erhöht. (2010: 18,8 ha, 36 GVE, 106 217 kg). Der Eigenlandanteil mit durchschnittlich 9,38 ha beträgt 44 Prozent.

### 2,9 ha Bauland abparzelliert

2011 wurden 105 Bodenrechtsentscheide (Vorjahr 119) gefällt. 14 Wohnhäuser, die für die landwirtschaftliche Nutzung des Grundstücks nicht mehr notwendig waren, wurden vom landwirtschaftlichen Grundstück abparzelliert und aus dem Geltungsbereich des Bundesgesetzes über das Bodenrecht (BGBB) entlassen. Knapp 29 000 m<sup>2</sup> Teilflächen, die in der Bauzone lagen, wurden von den landwirtschaftlichen Parzellen abgetrennt. Die abparzellierten Baulandflächen waren zu 78 Prozent im Eigentum von öffentlich-rechtlichen Körperschaften (v.a. Korporationen), der Rest im Eigentum von privaten Nichtlandwirten.

### 4321 Direktzahlungen

#### Beiträge an die Landwirtschaft mit leichter Steigerung

Die ausbezahlten Beiträge an die Landwirtschaft nach der Direktzahlungsverordnung, der Öko-Qualitätsverordnung und der Sömmerungsbeitragsverordnung waren um Fr. 90 251.– höher als im Vorjahr. Mit Ausnahme der Beiträge nach der Öko-Qualitätsverordnung, wo der Kanton einen Anteil von 20 Prozent übernimmt, handelt es sich ausschliesslich um Bundesbeiträge.

Der Anteil der tierbezogenen Beiträge ist seit 2005 auf 58 Prozent angestiegen und vor allem auf die Erhöhung der Ansätze Sömmerungsbeiträge zurückzuführen. Die sogenannte Förderlimite für raufutterverzehrende Grossvieheinheiten pro Hektare Grünlandfläche stellt als obere Grenze den Bezug der Direktzahlungen zur bewirtschafteten Fläche dar.

#### Beiträge in Franken für die Obwaldner Landwirtschaft

Tierbezogene Beiträge nach	2005	2010	2011
Direktzahlungsverordnung	11 042 839	14 562 335	14 528 732
Sömmerungsbeitragsverordnung	2 730 691	3 013 541	3 010 301
Total tierbezogene Beiträge	13 773 530	17 575 876	17 539 033
Flächenbezogene Beiträge nach			
Direktzahlungsverordnung	12 651 675	11 641 379	11 717 657
Öko-Qualitätsverordnung <sup>1)</sup>	335 480	897 885	948 701
Total flächenbezogene Beiträge	12 987 155	12 539 264	12 666 358
<b>Gesamttotal</b>	<b>26 760 685</b>	<b>30 115 140</b>	<b>30 205 391</b>

<sup>1)</sup> inklusive Kantonsanteil von 10 % (2005) bzw. 20 % (2010, 2011)

### Strukturwandel ist im Gang

Die Kennzahlen der direktzahlungsberechtigten Betriebe in den letzten zehn Jahren weisen deutlich auf den stattfindenden Strukturwandel in der Landwirtschaft hin.

	2001	2011
Direktzahlungsberechtigte Betriebe	729	624
Nutztierbestand in GVE	15 077	14 446
Nutzfläche in Hektaren	11.0	12.3
Verkehrsmilchproduzenten	641	461

	2001	2011
Abgelieferte Milchmenge je Produzent in kg	56 329	78 891

### Hoher Anteil ökologischer Ausgleich

Mit fast 12 Prozent ökologischen Ausgleichsflächen, bezogen auf die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche von 7 666 ha, erbringen die Obwaldner Landwirtschaftsbetriebe gesamtschweizerisch einen sehr hohen Anteil an ökologischen Leistungen (sechst höchster Anteil unter den Kantonen).

**Vernetzungsprojekte in Obwalden**

Projekt	seit	Fläche <sup>1)</sup>
Lungerersee West	2002	58
Engelberg	2002	61
Sarnersee Süd, Gemeindegebiet Giswil und Sachseln	2005	22
Oberhalten, Kerns	2006	58
Sachseln und grosses Melchtal, Gemeindegebiet Sachseln und Kerns	2007	182
Kleinteil, Giswil	2008	38
Sarnen	2009	81
Wisserlen, Kerns	2010	37
Rengg, Alpnach	2011	19

<sup>1)</sup> beitragsberechtigter ökologischer Ausgleichsfläche in Hektaren

Diese 554 ha beitragsberechtigten ökologischen Ausgleichsflächen wurden gesamthaft mit Fr. 416 745.– unterstützt.

**Ziele beim Ressourcenprojekt noch nicht erreicht**

Das interkantonale Projekt zur Reduktion der Ammoniak- und Geruchsemissionen aus der Landwirtschaft (Ressourcenprogramm) läuft im zweiten von sechs Projektjahren. Daran beteiligt sind die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug. Als wirksamste Massnahme gilt dabei der Einsatz des Schleppschauchverteilers beim Ausbringen der Gülle. Die Beteiligung liegt, wie in den andern Projektkantonen, trotz grossem Beratungsaufwand noch unter den Erwartungen. 2011 haben erst 119 Betriebe (19 Prozent der direktzahlungsberechtigten Betriebe) mitgemacht und Beiträge für den Schleppschaucheinsatz im Gesamtbetrag von Fr. 131 306.– erhalten. Zielsetzung ist, dass bis Projektende 2015 rund 60 Prozent der Betriebe mitmachen.

**Erste Ergebnisse zu den Tierschutzaufnahmen bei Alpställen**

Grundsätzlich gelten die Tierschutzbestimmungen auch für Alpställe. Im Interesse eines einheitlichen und verhältnismässigen Vollzugs haben die Landwirtschaftsämter der Urkantone zusammen mit dem für den Vollzug des Tierschutzes zuständigen Veterinäramt der Urkantone, Brunnen das Vorgehen festgelegt. Um den Handlungsbedarf abzuschätzen, wird in den Jahren 2011 und 2012 der bauliche Tierschutz bei den Alpställen vor Ort erhoben. Die Datenerhebungen werden durch nebenamtliche Berater bzw. Kontrolleure in enger Zusammenarbeit mit den Alpverantwortlichen durchgeführt.

Von den 234 zur Aufnahme vorgesehenen Alpeinheiten wurden 131 Alpeinheiten (56 Prozent) mit 246 Alpställen (1,9 Alpställe pro Einheit) überprüft. Bei 108 Alpställen ist der Tierschutz nicht in Ordnung, wobei lediglich bei 8 Alpställen umfangreichere Anpassungen mit grösseren Investitionen notwendig sind. Die übrigen 100 Alpställe sind mit einfachen Anpassungen zu sanieren. Trotzdem haben diese notwendigen Anpassungen erhebliche Investitionen für die Alpeigentümer und einen zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Alpbewirtschafter zur Folge.

**433 Umwelt****4331 Gewässer und Umweltschutz****Neue Aufgaben im Gewässerschutz**

2011 traten das revidierte eidgenössische Gewässerschutzgesetz und die dazugehörige Verordnung in Kraft. Die neuen Bestimmungen verpflichten die Kantone, den Raumbedarf von Bächen und Seen festzulegen, der zur Gewährleistung der natürlichen Funktionen und zum

Schutz vor Hochwasser notwendig ist. Weiter sind die Kantone aufgefordert, ökologische Aufwertungen strategisch zu planen und umzusetzen sowie die negativen Auswirkungen der Wasserkraftnutzung in den Bereichen Schwall-Sunk, Geschiebehaushalt und Fischgängigkeit zu beseitigen und zu verhindern. Zur Erfüllung dieser neuen Aufgaben wurden erste Grundlagen erarbeitet. Die Umsetzung erfolgt durch das Bau- und Raumentwicklungsdepartement, die Übergangsfrist bis 2018 wird vollumfänglich genutzt.

#### **Konzept zur Überwachung des Grundwassers in Sarnen steht**

Durch die laufende Messung des Grundwasserspiegels in Sarnen sollen mögliche Auswirkungen von Bautätigkeiten auf das Grundwasser rechtzeitig erkannt werden. In einem Überwachungskonzept wurden die Messpunkte und das Untersuchungsprogramm festgelegt. 2012 wird mit den entsprechenden Messungen begonnen.

Der Fachbericht zu verschiedenen Nutzungskonflikten im Grundwasserschutzareal Hasli in Sarnen mit der möglichen Lage der Schutzzone liegt vor und wurde auch der Gemeinde und der Wasserversorgung Sarnen zur Kenntnis gebracht. Damit können künftigen Nutzungsansprüchen im Grundwasserschutzareal Hasli, Sarnen beurteilt werden.

#### **Ökologische Begleitung der Hochwasserschutzprojekte**

Gegenwärtig sind im ganzen Kanton bedeutende Hochwasserschutzprojekte in Planung. Insbesondere die Sarneraa, aber auch die Engelbergeraa und die Kleine Schliere haben ein hohes ökologisches Potential. Durch die fachliche Begleitung dieser Projekte wird sichergestellt, dass die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Gewässerökologie und Fischerei in die Planungen einfließen.

#### **Sarnersee und Lungernersee sind sauber**

Die Untersuchungen vom Frühjahr und Herbst 2011 ergaben für den Sarnersee und den Lungernersee weiterhin tiefe Nährstoffkonzentrationen. Beide Seen wiesen auch in den tiefsten Wasserschichten genügend Sauerstoff auf, um selbst empfindlichen Wassertieren im ganzen See Lebensraum zu bieten. Die Untersuchungen werden alle vier Jahre wiederholt und zeigen, dass die Konzentration des wichtigsten Nährstoffs Phosphor seit 20 Jahren und der Nitratgehalt seit 10 Jahren ungefähr konstant sind.

#### **17 neue Kleinkläranlagen bewilligt**

2011 wurden in Obwalden 17 neue Kleinkläranlagen bewilligt. Damit sind nun insgesamt 108 solcher Anlagen in Betrieb. Sie werden regelmässig auf ihre Reinigungsleistung überprüft. Die Resultate zeigen, dass der grösste Teil der Anlagen sehr gut funktioniert und die gesetzlichen Anforderungen erfüllt. Nur bei wenigen Anlagen mussten Massnahmen ergriffen oder Sanierungen angeordnet werden.

#### **Standortkoordination der Mobilfunkbasisstationen**

Als Grundlage für die zukünftige Standortkoordination von Mobilfunkbasisstationen wurden ein Konzept und ein Lösungsvorschlag erarbeitet. Diese sehen ein vertragliches Kooperationsmodell zwischen den Mobilfunkanbietern und den Gemeinden sowie dem Kanton vor.

#### **Abfallplanung 2011 bis 2020 erlassen**

Gemäss der Umweltschutzgesetzgebung des Bundes haben die Kantone eine Abfallplanung zu erstellen und periodisch nachzuführen. Die letzte Abfallplanung stammt aus dem Jahre 1997. Die gemeinsam mit dem Kanton Nidwalden erstellte Abfallplanung 2011 bis 2020 wurde durch den Regierungsrat erlassen. Die Massnahmen aus der Abfallplanung werden nun zusammen mit dem Entsorgungszweckverband und den Gemeinden umgesetzt.

### **Statistik über die wichtigsten Abfälle erstellt**

Erstmals wurde eine ausführliche Statistik über die wichtigsten Abfälle erstellt. Die Statistik erfasst im Wesentlichen:

- Hauskehricht aus den Gemeinden,
- Separatsammlungen der Gemeinden,
- übrige Abfälle (brennbare Abfälle, Altholz, Reaktormaterial, Klärschlamm, Giftabfälle),
- unverschmutztes Aushubmaterial und Inertstoffe,
- andere kontrollpflichtige Abfälle (Altreifen, Kleingeräte, Kühlgeräte, Haushalt-Grossgeräte).

Die Abfallstatistik soll in den kommenden Jahren durch weitere Abfallarten erweitert werden. Sie bildet eine wichtige Grundlage für die laufende Abfallplanung.

### **Neuer Entsorgungsweg für Küchen- und Speiseabfälle**

Am 1. Juli 2011 trat gemäss der revidierten Verordnung über die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten das Fütterungsverbot von Küchen- und Speiseresten in Kraft. Neu werden diese nicht mehr als Tierfutter sondern als Abfälle bezeichnet, deren Verarbeitung und Entsorgung bewilligungspflichtig ist. Durch die Anlage der Naturaenergie AG in Kägiswil eine landwirtschaftliche Biogasanlage können Küchen- und Speiseabfälle verwertet werden.

### **Gebietsfremde Pflanzen werden erfasst**

Die 2010 gegründete kantonsinterne Arbeitsgruppe wurde mit Vertretern aus allen Gemeinden erweitert. An zwei Sitzungen konnten verschiedene Informationen von Bund und Kanton sowie die bisherigen Erfahrungen bei der Bekämpfung der gebietsfremden Pflanzen (Neophyten) ausgetauscht werden. Zur Erfassung und Darstellung der Neophyten wurden im Internet ein Meldeblatt sowie eine Karte der bekannten Neophytenstandorte aufgeschaltet. Die Information der Bevölkerung erfolgte durch einen Bericht, welcher im Sommer in den Gemeindeblättern publiziert wurde.

### **Nachfrage nach Erdwärme leicht rückläufig**

Der Trend zur Nutzung der Erdwärme war 2011 leicht rückläufig. Es wurden 47 neue Erdsondenanlagen und sechs neue Grundwasserwärmepumpen bewilligt. Ende 2011 waren im Kanton Obwalden somit 622 Anlagen mit Wärmequelle Boden und 58 Anlagen mit Wärmequelle Grundwasser in Betrieb oder in Planung. Damit werden jährlich rund 4 728 000 m<sup>3</sup> Grundwasser für Wärmezwecke genutzt. Die Länge der Erdsonden beträgt insgesamt 149 350 m

### **Massnahmen zur Luftreinhaltung werden umgesetzt**

Seit dem Jahr 2008 wird der Massnahmenplan zur Luftreinhaltung schrittweise umgesetzt bzw. es liegen Lösungskonzepte vor. Neben den bereits in die Wege geleiteten Massnahmen:

- Rabattsystem in den kantonalen Motorfahrzeugsteuern
  - Partikelfilterpflicht für Fahrzeuge und Maschinen im ortsfesten Einsatz
  - kantonales Verbot für die Verbrennung von Wald-, Feld- und Gartenabfällen im Freien
- wurden 2011 folgenden Massnahmen umgesetzt:
- Reduktion Ammoniakverluste in der Landwirtschaft
  - saubere Fahrzeugflotten in der kantonalen Verwaltung und von beauftragten Dritten
  - Erhöhung der Energieeffizienz in kantonalen Liegenschaften

### **Verbrennen von Wald-, Feld- und Gartenabfällen nur in Ausnahmefällen**

Seit dem 1. Januar 2009 gilt, gestützt auf die Luftreinhalte-Verordnung des Bundes und den Massnahmenplan Luftreinhaltung, ein Verbot für das Verbrennen von Wald-, Feld- und Gartenabfällen. Bewilligungspflichtige Ausnahmen sind phytosanitarische Massnahmen, die Verhinderung von Verklausungen in Fliessgewässern in unzugänglichen Gebieten und Ausnahmesituationen, die im Einzelfall beurteilt werden. Grill- und Brauchtuumsfeuer sind erlaubt. Im Jahr 2011

wurden 28 Gesuche (Vorjahr: 27) um Ausnahmegewilligung beurteilt. Nur zwei Gesuche konnten nicht bewilligt werden.

#### **Wellenberg in Sachplan geologische Tiefenlager**

Die erste Etappe der Standortsuche für geologische Tiefenlager für radioaktive Abfälle wurde im Herbst 2011 abgeschlossen. Der Bundesrat entschied, zusammen mit fünf anderen Standortgebieten auch den Wellenberg in den Sachplan geologische Tiefenlager aufzunehmen. In der rund vier Jahre dauernden zweiten Etappe werden die Gebiete vertieft untersucht. Neben den sicherheitstechnischen Aspekten steht dabei die Erarbeitung von kantonsübergreifenden sozio-ökonomisch-ökologische Wirkungsstudien im Vordergrund.

#### **4332 Fischerei**

##### **Fischerei im Lungernersees erstmals unter Obhut der Lungernersee AG**

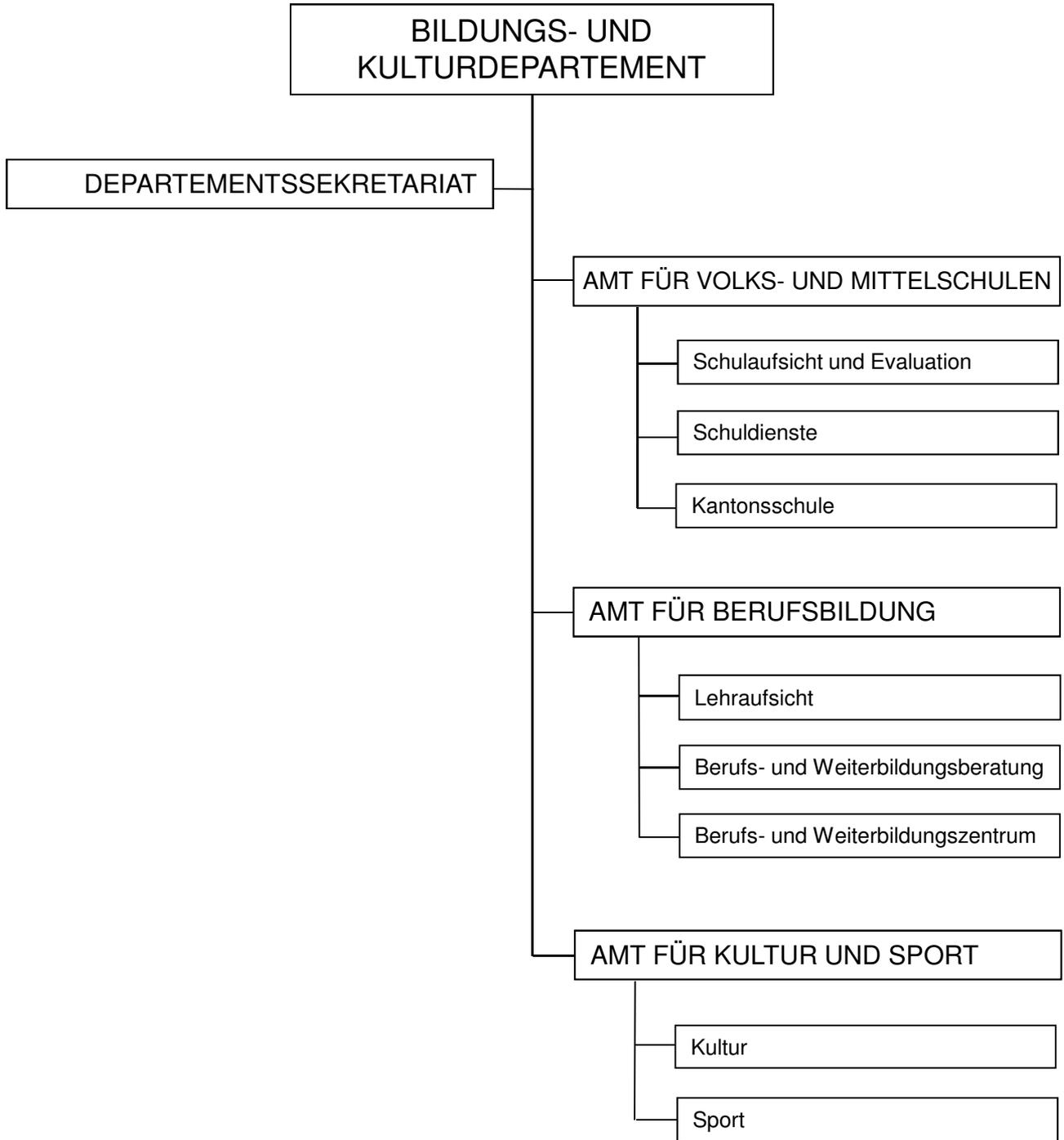
Die fischereiliche Nutzung des Lungernersees wurde mit einer Vereinbarung an die Einwohnergemeinde Lungern übertragen. Seit 1. Januar 2011 erfordert nun das Fischen im Lungernersee ein besonderes Patent der neu gegründeten Lungernersee AG. Die Verantwortlichen der Lungernersee AG haben ihre Aufgabe, insbesondere auch die Aufsicht der Angelnden, sehr gewissenhaft wahrgenommen. Es mussten keine Massnahmen angeordnet werden.

## 4.5 Bildungs- und Kulturdepartement



Kanton  
Obwalden





Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende			
	2010		2011	
	mit Schul- verwaltung	LP	mit Schul- verwaltung	LP
Departementssekretariat	2.80		2.80	
Amt für Volks- und Mittelschulen	16.83	38.92	16.73	39.21
Amt für Berufsbildung	12.55	28.11	11.95	31.38
Amt für Kultur und Sport	6.94		6.94	
Insgesamt	39.12	67.03	38.42	70.59

**Die umgesetzten Departementsziele im Überblick (Controlling)**

Nr. APL	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 – 2011	Bemerkungen
<b>4</b>	<b>Der Kanton verfügt über ein leistungsfähiges, attraktives sowie qualitativ hochstehendes Bildungswesen und fördert somit die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.</b>	
	Die Umstellung auf das neue Berechnungsmodell für Stipendien ist vollzogen.  Das Konzept für interkulturelle Integrationsmassnahmen ist umgesetzt und falls notwendig gesetzgeberisch integriert.  Die sanierte Kantonsschule Obwalden und die neuen Turnhallen sind bezogen und die Abläufe angepasst.	Der Kantonsrat wies die Vorlage für eine neue Stipendienverordnung zurück.  Teilweise erfüllt: Das Konzept ist vorhanden. Die Vollzugsrichtlinien des Departements liegen im Entwurf vor.  Erfüllt
<b>12</b>	<b>Der Kanton Obwalden bietet seiner Bevölkerung ein optimales Umfeld für Sport und Kultur.</b>	
	Die Ausführungsbestimmungen zum Sportförderungsgesetz sind erarbeitet.	Erfüllt
	Das Bildungs- und Kulturdepartement unterstützt neue Projekte mit überregionaler Bedeutung in den Bereichen Kultur und Sport.	Erfüllt

**Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben**

<b>Gesetzgebungsprogramm 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HARMOS)	Sistiert
Zentralschweizer Fachhochschulvereinbarung	Verabschiedung 2012
Pädagogische Hochschule Zentralschweiz: Auflösungsvereinbarung	Erfüllt
Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die höhere Berufsbildung (HFSV)	2012
Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen	Sistiert
Nachtrag zur Kulturverordnung (Auswirkungen Kulturleitbild)	Verabschiedung 2012
Ausführungsbestimmungen über die Beiträge an begabte Sportler/innen sowie die Entschädigung der Schulsportcoaches	Erfüllt
Ausführungsbestimmungen über Beiträge aus dem kantonalen Sport-Toto-Fonds	Erfüllt

**Departementsaussagen zu Querschnittfragen**

*Demografische Entwicklung und ihre möglichen Folgen*

Eine negative demografische Entwicklung ist Realität, auch in Obwalden. Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger (9. Schuljahr) ist seit 2008 rückläufig. Aufgrund des zurzeit vorhandenen statistischen Zahlenmaterials kann tendenziell festgestellt werden, dass der Rückgang der Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis ins Jahr 2017 nochmals zirka 17 Prozent beträgt. Erfreulich ist jedoch, dass trotz dieser Tatsache die Zahl der neu genehmigten Lehrverhältnisse auf hohem Niveau stabil gehalten werden kann. Dies vor allem auch darum, weil einerseits weniger Schülerinnen und Schüler nach dem 9. Schuljahr eine Zwischenlösung wählen und andererseits vermehrt ausserkantonale Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Obwalden eine Lehrstelle finden. Die demografische Entwicklung ist weiterhin zu beobachten und allfällige Massnahmen sind frühzeitig einzuleiten.



Demografische Entwicklung: Schüler/innen 9. Schuljahr  
 Quelle: Berufs- und Weiterbildungsberatung in Verbindung mit Amt für Volks- und Mittelschulen

### Bildungskommission

Den Schwerpunkt der insgesamt fünf Sitzungen der Bildungskommission bildeten die Themen Erziehungsaufgaben, Schule und Familie. Im Zentrum der Diskussion standen dabei immer wieder Grundsatzfragen zur Erziehung. Die Auseinandersetzung mit dem Thema zeigte aber, dass der Handlungsspielraum auf politischer Ebene klein ist. Weiter hat sich die Kommission ausführlich mit den Ausführungsbestimmungen zur Beurteilungskultur, neuen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächern an der Kantonsschule und der Vernehmlassung „schulergänzende Tagesstruktur“ befasst. Der Informationsaustausch zwischen den Kommissionsmitgliedern und dem BKD war auch fester Bestandteil der Sitzungen.

### Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Im Volksschulbereich findet ein regelmässiger Austausch zwischen dem Departement und den Gemeinden im Rahmen der Schulpräsidien- und Schulleiterkonferenz statt. Im Rahmen von „Treffpunkt Kultur“ trafen sich die wichtigsten Kulturveranstalter und Kulturorganisatoren der Kantone Obwalden und Nidwalden im Jahr 2011 zu zwei Koordinationssitzungen.

### Interkantonale Zusammenarbeit

Nach mehrjährigen intensiven Verhandlungen verabschiedete der Konkordatsrat der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) am 15. September 2011 die neue Rechtsgrundlage für die FHZ. Mit dieser Vereinbarung werden die heute weitgehend eigenständigen Teilschulen zu einer Institution zusammengeführt und erhalten eine kohärente Führungsstruktur. Der Obwaldner Kantonsrat wird im Frühling 2012 über den Beitritt beraten. Die Vereinbarung soll am ersten Januar 2013 in Kraft treten.

An seiner Sitzung vom 1. Juli 2011 genehmigte der Kantonsrat die Vereinbarungen zur Auflösung der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ). Die Auflösungsarbeiten laufen nach Plan. Die Kantone Obwalden, Nidwalden und Uri pflegen bei der Lehrerinnen und Lehrerweiterbildung eine enge Zusammenarbeit. Die drei Bildungsdirektoren äusserten an einem gemeinsamen Treffen die Absicht, diese Zusammenarbeit auch nach der Auflösung der PHZ weiter zu führen.

Die Zusammenarbeit der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) wurde Anfang 2011 auf eine neue rechtliche Basis gestellt. Die D-EDK begleitete die Erarbeitung des Lehrplan 21 intensiv. Der Departemenssekretär des Bildungs- und Kulturdepartement übernahm per 1. Januar 2011 das Amt des Regionalsekretärs der Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz.

**Beschwerdestatistik**

***Beschwerdeentscheide des Regierungsrats***

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Bildungs- und Kulturdepartement)

<b>Anzahl Beschwerden</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
(einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)		
Übertrag vom Vorjahr	9	2
Neueingänge	22	5
<b><i>Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:</i></b>		
– gutgeheissen	1	0
– teilweise gutgeheissen	0	0
– abgewiesen	4	1
– nicht eingetreten	3	1
<b><i>Ohne Entscheid des Regierungsrats:</i></b>		
(Abschreibungsbeschluss des Departements)		
Vergleich, Rückzug und dgl.	21	4
<b>Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr</b>	<b>2</b>	<b>1</b>

***Beschwerdeentscheide des Bildungs- und Kulturdepartements*** **2010**    **2011**

<b>Anzahl Beschwerden</b>		
Übertrag vom Vorjahr	0	0
Neueingänge	8	7
<b><i>Erledigt durch Entscheid des Departements</i></b>		
– gutgeheissen	0	0
– teilweise gutgeheissen	1	0
– abgewiesen	1	3
– nicht eingetreten	0	0
<b><i>Ohne materiellen Entscheid des Departements:</i></b>		
Vergleich, Rückzug und dgl.	5	2
<b>Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr</b>	<b>1</b>	<b>2</b>

## 50 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat nimmt folgende Aufgabenbereiche wahr: Höhere Schulen, Fachhochschulen, Hochschulen, Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Ausbildungsbeiträge (Stipendien/Darlehen), kirchliche Angelegenheiten. Es unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, die Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

### Zielerreichung

APL	Amtsziele 2011	Stand der Erfüllung
APL 4 WZ 1	<b>Die Bildungsstrategien, -strukturen und -angebote werden in Richtung Familienfreundlichkeit, Arbeitsmarktauglichkeit und Sprachkompetenz weiterentwickelt. Der Zugang zur Tertiärstufe wird gefördert.</b>	
	<i>Ausbildungsbeiträge:</i> Das neue Berechnungsmodell ist erfolgreich eingeführt.	Nicht erfüllt: Der Kantonsrat wies am 1. Juli 2011 die Vorlage des Regierungsrats für eine neue Stipendienverordnung zurück.
APL 4 WZ 2	<b>Bildungsqualität wird auf allen Stufen und im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit gesichert und entwickelt.</b>	
	Verschiedene Projekte und Gesetzgebungsvorhaben sind federführend bearbeitet bzw. begleitet  Bildungsmonitoring ist optimiert.	Erfüllt  Erfüllt
APL 12	<b>Der Kanton Obwalden bietet seiner Bevölkerung ein optimales Umfeld für Sport, Kultur und Erholung.</b>	
	Sportgesetzgebung: Projektleitung bei der Erarbeitung des Sportgesetzes und der Ausführungsgesetzgebung.	Erfüllt
APL 13 WZ 2	<b>Die Verwaltung wird wirkungsorientiert und kundenfreundlich geführt.</b>	
	Die Organisation des Departementssekretariats (DS) bezüglich Aktenverwaltung, -ablage und -archivierung (Recordmanagement) ist überprüft (DS als Piloteinheit).	Verzögert aufgrund übergeordneter Terminvorgaben

## Projekte

### *Schulen Engelberg: Kooperationen*

Das Bildungs- und Kulturdepartement vereinbarte im November 2009 mit der Einwohnergemeinde und dem Kloster Engelberg, hängige Fragen im Schulbereich im Rahmen eines Projektes gemeinsam anzugehen. In Projektgruppen wurden folgende Themen bearbeitet:

- Orientierungsschulform (1): Überführung der Orientierungsschulangebote an der Dorfschule und an der Stiftsschule in eine mit dem Bildungsgesetz konforme Organisationsform;
- Vertrag zwischen Einwohnergemeinde und Kloster betreffend Sekundarschule (2): mit dem Bildungsgesetz konforme Neuformulierung;
- Übertritt Primarschule – Stiftsschule (3): Koordination des Übertrittsverfahrens mit jenem des Kantons;
- Kantonsbeiträge an Stiftsschule (4): Erhöhung der Beiträge;
- Schulferien (5): Koordination bzw. Harmonisierung der Schulferienpläne des Sarneraats und Engelberg;
- Schulfreier Halbtag (6): Koordination bzw. Harmonisierung des schulfreien Halbtags Sarneraats und Engelberg;
- Winschule (7): Einführung und Anwendung der Schulverwaltungssoftware Winschule;
- Gymnasium Plus (neues Teilprojekt, kam anfangs 2011 neu hinzu) (8): Prüfung des Gesuchs und Festlegung der Rahmenbedingungen.

Die Projektbilanz sieht Ende 2011 wie folgt aus:

- die Teilprojekte (1), (4), (6) sind erfüllt;
- die Teilprojekte (3) und (7) werden zusammen mit dem Teilprojekt (8) geregelt. Im Jahr 2012 soll eine Leistungsvereinbarung zwischen der Stiftsschule und dem Kanton abgeschlossen werden;
- Teilprojekt (2) ist nach den Entscheiden in Teilprojekt (1) (namentlich der Entscheid, dass die Orientierungsschule von der Gemeinde geführt wird) nunmehr Sache der Einwohnergemeinde und der Stiftsschule;
- Der Abschluss des Teilprojekts (5) ist für 2012 vorgesehen.

### *Mensa Kantonsschule: Vertrag mit den ZFV-Unternehmungen*

Zusammen mit einer externen Beratungsfirma wurden vier Bewerbungen, die auf das Ausschreibungsverfahren im Herbst 2010 eingegangen waren, geprüft. Der Entscheid fiel zugunsten der ZFV-Unternehmungen aus. Diese schnitten im Bewerbungsverfahren klar am besten ab. Sie vermögen insbesondere ein langfristiges Engagement - auf eigenes finanzielles Risiko hin - zu garantieren. Am 1. August 2011 ging somit der Mensabetrieb von ZämäZmittag an die ZFV-Unternehmungen über.

### *Archivierung*

Das Departementssekretariat (DS) in Verbindung mit dem Amt für Volks- und Mittelschulen (AVM) haben die Zwischenarchive gesichtet und nach vorgegebenen Bestimmungen für eine Langzeitarchivierung vorbereitet. Insgesamt wurden 58 Schachteln (40 DS, 18 AVM) dem Staatsarchiv übergeben.

### *Ausbildungsbeiträge: neues Berechnungsmodell*

Der Regierungsrat verabschiedete am 12. April 2011 die Botschaft zu einer neuen Stipendienverordnung zuhanden des Kantonsrates. Die vorberatende Kommission stimmte der Vorlage am 11. Mai 2011 zu. An der zweiten Sitzung am 17. Juni 2011 hiess die Kommission einen Rückweisungsantrag gut. Der Kantonsrat folgte dem Antrag der Kommission mit 38 zu 12 Stimmen (zwei Enthaltungen). Als Gründe für die Rückweisung wurden unter anderem die fehlende Abstimmung mit der parallel laufenden Steuergesetzrevision, Unklarheiten bei den finan-

ziellen Auswirkungen des Systemwechsels sowie die fehlenden Aussagen des Regierungsrates zur Positionierung des Kantons im Stipendienbereich angeführt. Aufgrund des kantonsrätlichen Entscheides muss der Systemwechsel verschoben werden.

#### **Arbeitsplatz Schule: Überprüfung und Handlungsbedarf (APLASCHÜH)**

Mit der neuen Lehrpersonenverordnung wurden verschiedene Neuerungen und Verbesserungen für die Lehrpersonen erreicht (vier Auftragsfelder, Pools, Entlastung Klassenlehrpersonen, neue kantonale Lohnklassen usw.). Diese waren notwendig, um im Kanton eine einheitliche Gesetzgebung für alle Lehrpersonenkategorien zu garantieren. Nun kommt eine neue Phase. Die Ansprüche an das System Schule sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Von den gestiegenen Erwartungen sind insbesondere die Lehrpersonen betroffen. Festzustellen ist insbesondere, dass die Zusammenarbeit unter allen an der Schule Beteiligten komplexer geworden ist und zu Mehrbelastungen führen kann. Damit das Hauptauftragsfeld „Unterricht“ nicht zu kurz kommt und die Unterrichtsqualität längerfristig beeinträchtigt wird, ist das Verhältnis zwischen dem Arbeitsfeld Unterricht (Produktion) und den übrigen Arbeitsfeldern (Overhead), welche ausschliesslich im Dienste des Unterrichts bzw. einer hohen Unterrichtsqualität stehen müssen, zu überprüfen. In verschiedenen Kantonen (z.B. Zürich, Luzern) sind als Reaktion darauf Berichte erarbeitet und Besoldungs- und Entlastungsmassnahmen getroffen worden, die längerfristig auch vom Kanton Obwalden nicht ignoriert werden können, wenn er auf dem Lehrpersonen – Arbeitsmarkt bestehen will. Aus diesem Grund startete das BKD das Projekt APLASCHÜH, um proaktiv auf die Thematik eingehen zu können. Es wurde dazu eine Projektgruppe mit allen beteiligten Partnern eingesetzt. Die Leitung der Projektgruppe obliegt dem Departementssakretariat.

#### **Kathriner-Egger-Fonds: Evaluation**

Mit Reglement vom 6. Februar 2007 wurde der Kathriner-Egger-Fonds neu festgelegt. Für die Jahre 2007 bis 2011 durften dem Fonds höchstens Fr. 150 000.00 entnommen werden. Um über die Mittelverwendung ab dem Jahr 2012 zu entscheiden, wurde eine Evaluation durchgeführt. Sie ergab, dass in den letzten fünf Jahren 84 Gesuche eingereicht, wovon 54 positiv und 30 negativ beantwortet wurden. Insgesamt wurden Fr. 97 530.00 ausbezahlt. Der Fondsbestand nahm um Fr. 32 886.00 ab.

## **Gesetzgebungsvorhaben**

#### ***Ausführungsbestimmungen über das Beurteilen, die Promotion und das Übertrittsverfahren in der Volksschule***

Die aktuelle Beurteilungskultur ist seit dem 1. August 2005 gesetzgeberisch verankert. Aufgrund der nun mehr als fünfjährigen Praxis drängten sich Anpassungen bei den Ausführungsbestimmungen auf. Das Departementssekretariat leistete dem Amt für Volks- und Mittelschulen Unterstützung bei den Revisionsarbeiten (siehe Amt für Volks- und Mittelschulen).

#### ***Tagesstrukturen: Evaluation***

Das neue Bildungsgesetz verpflichtet Kanton und Einwohnergemeinden, die schulischen Tagesstrukturen zu fördern. Dazu gab der Kantonsrat dem Regierungsrat ein griffiges Instrument in die Hand: die Möglichkeit der Anschubfinanzierung. Einwohnergemeinden, die eine der drei Tagesstrukturformen (Betreuung vor der Schule, betreuter Mittagstisch und betreutes Lernen nach der Schule) einrichten, erhalten vom Kanton Fr. 1.40 pro Betreuungseinheit (entspricht der Betreuung eines Kindes während einer Stunde). Auf diese Weise erhielten die Gemeinden in den letzten vier Jahren (2007 bis 2010) insgesamt Fr. 83 000.00 an Kantonsbeiträgen ausbezahlt, was rund 59 300 Betreuungseinheiten entspricht.

Die Anschubfinanzierung ist in der Volksschulverordnung geregelt. Sie muss im Jahre 2011 überprüft werden. Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) stellte in seiner Auswertung der Anschubfinanzierung fest, dass die von ihm aufgestellten Zielgrössen noch nicht erreicht sind und der Ausbaustand in den Einwohnergemeinden sehr unterschiedlich ist. Das BKD setzt sich zum Ziel, dass langfristig 15 Prozent aller Schülerinnen und Schüler einen betreuten Mittagstisch besuchen. Zurzeit (2011) sind es lediglich knapp neun Prozent, wobei sich die Werte der Einwohnergemeinden zwischen null Prozent und 17 Prozent bewegen. Bei der Betreuung vor der Schule bzw. beim betreuten Lernen nach der Schule werden aktuell Prozentzahlen von 0.2 Prozent bzw. 2.9 Prozent erreicht.

Der Regierungsrat beschloss auf Antrag des BKD, die Anschubfinanzierung um drei Jahre zu verlängern. Das bedeutet, dass alle Einwohnergemeinden – auch jene die bereits Kantonsbeiträge erhalten haben – weitere drei Jahre Kantonsbeiträge beantragen können. Am Ende des Schuljahres 2013/14 sollen dann nach Ansicht des Regierungsrats die Kantonsbeiträge eingestellt werden. Fortan wird es alleinige Aufgabe der Gemeinden sein, die schulergänzenden Tagesstrukturen zu finanzieren, da die Finanzierung der Volksschule zu den Aufgaben der Gemeinden gehört. Im November 2011 leitete das BKD im Auftrag des Regierungsrats ein Vernehmlassungsverfahren bei den Einwohnergemeinden und Parteien sowie bei der Bildungskommission ein.

#### *Ausführungsbestimmungen über die Kantonsschule (Organisationsstatut)*

Das neue Bildungsgesetz (BiG) verlangt von den Schulen den Erlass eines Organisationsstatuts. Dieses entspricht der früheren Schulordnung, welche allgemein gültige Vorgaben zur Organisation, zu den Zuständigkeiten, zur Zusammenarbeit usw. enthält. Für die Kantonsschule existierte bereits ein teilweises Organisationsstatut in Form der Ausführungsbestimmungen über die Kantonsschule (GDB 414.211). Diese Ausführungsbestimmungen wurden mit den beiden Hauptbereichen „Beurteilen und Promotion“ und „Abwesenheiten“ ergänzt. Mit diesen ergänzten Ausführungsbestimmungen konnte der Regierungsrat dem im BiG geforderten Organisationsstatut nachkommen. Die Bestimmungen in den beiden Hauptbereichen „Beurteilen und Promotion“ und „Abwesenheiten“ wurden zudem zeitgemäss formuliert und den Erfordernissen der Kantonsschule angepasst.

#### *Ausführungsbestimmungen über die Maturitätsprüfungen: Zweisprachige Matura*

Der Regierungsrat musste die Ausführungsbestimmungen anpassen, weil die Stiftsschule auf das Schuljahr 2011/12 hin die zweisprachige Matura eingeführt hatte. So wurde unter anderem festgelegt, dass die Maturitätsprüfungen in jenen Fächern, die in einer Fremdsprache (in der Regel Englisch) unterrichtet werden (Immersionenfächer), auch in der Fremdsprache abgelegt werden. Gleichzeitig hob der Regierungsrat die Regelung auf, wonach für die Zulassung zu den Maturitätsprüfungen eine genügende Maturaarbeit vorgelegt werden muss.

#### *Kulturgesetzgebung:*

Die Arbeiten in diesem Bereich mussten aufgrund anderer Prioritäten zurückgesetzt werden.

#### *Sportgesetzgebung:*

Der Kantonsrat verabschiedete das Sportförderungsgesetz am 27. Januar 2011. Es trat am 1. August 2011 in Kraft. Die Ausführungsgesetzgebung wurde erarbeitet und vom Regierungsrat wie folgt erlassen: Ausführungsbestimmungen über die Beiträge an begabte Sportlerinnen und Sportler sowie die Entschädigung der Schulsportcoaches vom 12. April 2011, der Nachtrag vom 22. November 2011 zu den Ausführungsbestimmungen über Beiträge aus dem Swisslos-Fonds vom 4. Dezember 2007 und damit verbunden die Aufhebung der Ausführungsbestimmungen über den Sport-Toto-Fonds.

**Weiterbildung: BKD-Tag unter im Zeichen der Integration**

Der alljährlich stattfindende halbtägige Weiterbildungsanlass fand dieses Jahr in der Stiftung Rüt mattli statt. Mit einer Podiumsdiskussion mit Fachleuten und verschiedenen Workshops erhielten die Mitarbeitenden Einblicke in verschiedenen Facetten der Integration und erhielten Gelegenheit sich mit ausgewählten Fragen intensiver auseinander zu setzen.

### 53 Amt für Volks- und Mittelschulen

Das Amt für Volks- und Mittelschulen nimmt Beratungs-, Entwicklungs-, Steuerungs- und Sachbearbeitungsaufgaben im Bereich des Kindergartens, der Volksschule und der Mittelschulen wahr. Die Abteilungen Schulaufsicht und Schulevaluation, Lehrpersonenweiterbildung und Schulentwicklung sowie die schulischen Dienste (Schulpsychologischer Dienst, Psychomotorik und Logopädischer Dienst) stehen vor allem Lehrpersonen und Schulbehörden zur Verfügung, die schulischen Dienste zusätzlich auch Kindern, Jugendlichen und deren Bezugspersonen. Die Abteilung Kantonsschule stellt die gymnasiale Bildung sicher.

#### Zielerreichung

APL	Amtsziele 2011	Stand der Erfüllung
<p><b>APL 4 WZ 1</b></p>	<p><b>Die Bildungsstrategien, -strukturen und -angebote werden in Richtung Familienfreundlichkeit und Integrationsfähigkeit, Arbeitsmarktauglichkeit und Sprachkompetenz weiterentwickelt. Der Zugang zur Tertiärstufe wird gefördert.</b></p>	
	<p><i>Sonderpädagogik:</i> Umsetzungshilfen für die integrative Sonderschulung sind erarbeitet und kommuniziert.</p> <p><i>Integrationskonzept:</i> Das Konzept für interkulturelle Integrationsmassnahmen in der Volksschule ist erstellt; erste Umsetzungsschritte sind in die Wege geleitet.</p> <p><i>Lernziel- und förderorientierte Beurteilungskultur an der Volksschule:</i> Die Anpassung der Lernziel- und förderorientierten Beurteilungskultur an der Volksschule ist abgeschlossen.</p> <p><i>Orientierungsschule:</i> Neue Unterrichtsformen an der Orientierungsschule sind in Zusammenarbeit mit der Bildungsregion Zentralschweiz (BKZ) diskutiert und zur bedarfsgerechten Umsetzung vorbereitet.</p>	<p>Teilweise erfüllt: Eine Tagung mit Schulleitungen und Schulbehörden zum Thema integrative Sonderschulung bei Verhaltensbehinderungen wurde durchgeführt. Die beteiligten Fachpersonen entwickelten eine Praxis im Einzelfall. Merkblätter konnten noch nicht erarbeitet werden.</p> <p>Erfüllt</p> <p>Erfüllt</p> <p>Dieses Ziel musste aufgrund der nicht zustande gekommenen Zusammenarbeit in der BKZ unerledigt abgeschrieben werden. Neue Unterrichtsformen in einzelnen Gemeinden werden im Rahmen der Schulaufsicht beobachtet und im Hinblick auf die Erfüllung der Anforderungen der beruflichen Grundbildung (Arbeitsmarktauglichkeit) kontrolliert.</p>

APL	Amtsziele 2011	Stand der Erfüllung
	<p><i>Arbeitsplatz Schule:</i> Die 2004 aufgelöste Arbeitsgruppe mit Vertretungen aller Bildungspartner ist reaktiviert. Massnahmen für die Entlastung der Lehrpersonen sind thematisiert.</p>	<p>Erfüllt (siehe Departementssekretariat, APLA-SCHÜH)</p>
<p><b>APL 4 WZ 3</b></p>	<p><i>Schulpsychologischer Dienst SPD:</i> Die Umsetzung der Neuerungen im sonderpädagogischen Bereich ist im Einführungsjahr ohne Probleme gelungen.</p> <p><i>Logopädischer Dienst:</i> Laptops als administratives und therapeutisches Arbeitsmittel sind flächendeckend erprobt und eingesetzt.</p>	<p>Teilweise erfüllt: Das Standardisierte Abklärungsverfahren (SAV) konnte aufgrund technischer Mängel nicht fristgerecht eingeführt werden. Die Prozesse und Abläufe bei sonderpädagogischen Fragestellungen konnten in der Praxis erfolgreich erprobt und eingeübt werden. Eine bedarfsgerechte Standardisierung steht aufgrund der technischen Verzögerungen beim SAV noch aus.</p> <p>Erfüllt</p>
<p><b>APL 4 WZ 2</b></p> <p><b>APL 4 WZ 1</b></p>	<p><i>Kantonsschule:</i> Vollzugsrichtlinien für die kantonalen Schulen zur Lehrpersonenverordnung werden weiter umgesetzt.</p> <p>Das Projekt LOS (Leitbild-Organisationsstatut-Schulprogramm) ist umgesetzt.</p> <p>Die Lehrpläne sind unter Berücksichtigung der interdisziplinären Zusammenarbeit und der überfachlichen Kompetenzen überarbeitet.</p> <p>Der Bedarf an Ausbildungsprofilen und Angeboten von Schwerpunkt- und Ergänzungsfächern ist analysiert und evaluiert.</p> <p>Der Bezug der neuen Kantonsschule ist durchgeführt.</p> <p>Das Einweihungsfest ist ein gelungener, Image fördernder, öffentlicher Anlass.</p>	<p>Erfüllt</p> <p>Teilweise erfüllt: Das Schulprogramm ist im Hinblick auf eine externe Evaluation 2012 noch zu erstellen.</p> <p>Teilweise erfüllt: Die Arbeiten sind fortgeschritten, konnten aber noch nicht abgeschlossen werden.</p> <p>Erfüllt</p> <p>Erfüllt</p>

### 5300 Amtsleitung

#### Bildungstag 2011

Am 11. Februar 2011 fand in der Aula Cher in Sarnen für alle Lehrpersonen der Volksschule der zweite Bildungstag zum Thema „Lernen mit Lust – Unterrichten mit Spass“ statt. Die vertiefte Auseinandersetzung mit der Thematik wurde basierend auf der Erkenntnis initiiert, dass der Lernerfolg in der Schule stark mit der Freude am Lernen und Lehren zusammenhängt. Die Tagung wurde mit zwei Grundsatzreferaten von Prof. Dr. Kurt Reusser, Ordinarius an der Universität Zürich, und Frau Prof. Dr. Annette Tettenborn, Dozentin an der PHZ Luzern, eingeleitet.

Danach fanden 19 Workshops zu den Themenkreisen

- Motiviert Lernen und Lehren,
- Lust- und wirkungsvolle Lernumgebungen,
- Lustvolles Lernen selbst erfahren,

statt, von denen jede Lehrperson zwei besuchen konnte.

In der Auswertung wurde der Anlass von rund 97 Prozent der Lehrpersonen als sehr gut bzw. gut bewertet. Bezüglich Organisation des Anlasses äusserten sich 100 Prozent der Teilnehmenden positiv. Aufgrund der guten Rückmeldungen wird das Amt für Volks- und Mittelschulen auch in Zukunft im Rhythmus von zwei Jahren einen Bildungstag zu ausgewählten pädagogischen Themen organisieren.

### **Lernziel- und förderorientierte Beurteilungskultur**

Nach einer umfassenden Evaluation der 2005 eingeführten Lernziel- und förderorientierten Beurteilungskultur hat der Regierungsrat auf das Schuljahr 2011/12 einen Nachtrag zu den Ausführungsbestimmungen über das Beurteilen, die Promotion und das Übertrittsverfahren an der Volksschule erlassen.

In der Folge wurden die Instrumente der Beurteilungskultur (Beurteilungsbogen, Zeugnisse) und die Informationsbroschüren für Eltern überarbeitet.

An sechsten Klassen sowie an der zweiten und dritten Orientierungsschule werden die Umstellung gemäss Übergangsbestimmungen in den folgenden Schuljahren vollzogen, damit laufende Übertrittsverfahren nach bisherigem Recht beendet werden können.

### **Integrationskonzept und für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund**

Am 26. September 2011 verabschiedete die Geschäftsleitung des Departements das Konzept für die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Im Konzept werden drei Handlungsfelder definiert: Sprache und Unterricht, Arbeit mit Erziehungsberechtigten (Elternarbeit) und Chancengerechtigkeit. Aus den Zielsetzungen in den jeweiligen Handlungsfeldern wurden konkrete Massnahmen abgeleitet und auf ihre Aktualität überprüft, respektive ergänzt. Die Konzeptumsetzung erfolgt schrittweise. Als prioritärer Handlungsbedarf wurden Vollzugsrichtlinien für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) erarbeitet und von der Geschäftsleitung in erster Lesung verabschiedet.

### **Nachqualifikation Fremdsprachen**

Die Nachqualifikation der Fremdsprachenlehrpersonen für Französisch auf der Primarstufe sowie Französisch und Englisch auf der Sekundarstufe I verläuft plangemäss.

Die Mehrheit der Französisch- und Englischlehrpersonen der Sekundarstufe I wird das Ziel erreichen, bis Ende 2011/12 die **didaktische Weiterbildung** abzuschliessen. Bei den Primarlehrpersonen erfüllen auf Ende 2011 mehr als drei Viertel die didaktischen Anforderungen. Bei der **sprachlichen Nachqualifikation** (Minimalanforderung: Niveau B2 nach dem gesamten europäischen Referenzrahmen GER, besser C1), welche bis Schuljahr 2014/15 vorliegen muss, ist es nach wie vor so, dass die Anforderungen der Nachqualifikation von wesentlich mehr Lehrpersonen der Sekundarstufe I als der Primarstufe erfüllt werden (vgl. Tabelle). Insgesamt konnten über 25 Unterrichtsberechtigungen für Französisch bzw. Englisch an Lehrpersonen der Sekundarstufe I und der Primarschule ausgestellt werden.

**Stand Nachqualifikation (NQ) Fremdsprachen Dezember 2011**

<b>Didaktische Kompetenz</b>	<b>Französisch Primar<sup>1</sup></b>		<b>Französisch Sek I</b>		<b>Englisch Sek I</b>	
NQ laufend od. abgeschlossen	32	84%	27	93%	34	85%
NQ offen	6	16%	2	7%	6	15%
<b>Total</b>	<b>38</b>	<b>100%</b>	<b>29</b>	<b>100%</b>	<b>40</b>	<b>100%</b>

<b>Sprachliche Kompetenz</b>	<b>Französisch Primar</b>		<b>Französisch Sek I</b>		<b>Englisch Sek I</b>	
NQ laufend od. abgeschlossen	26	68%	25	86%	37	92%
NQ offen	12	32%	4	14%	3	8%
<b>Total</b>	<b>38</b>	<b>100%</b>	<b>29</b>	<b>100%</b>	<b>40</b>	<b>100%</b>

<sup>1</sup> Lesebeispiel: von 38 Lehrpersonen, welche Französisch in der Primarschule unterrichten, haben 32 Lehrpersonen oder 84 Prozent die NQ begonnen oder abgeschlossen, sechs Lehrpersonen sind noch nicht in die NQ eingestiegen.

**5320 Sonderschulung****Sonderpädagogik: Das erste Jahr mit neuen Ausführungsbestimmungen**

Die Inkraftsetzung der neuen Erlasse auf den 1. Januar 2011, insbesondere die Verordnung über die Leistungsangebote in den Bereichen Sozialpädagogik, Sonderschulung und Förderung von Menschen mit einer Behinderung (GDB 410.13) und die Ausführungsbestimmungen über die Sonderpädagogik in den Bereichen Sonderschulung und Förderangebote (GDB 410.132) hat im Bereich der Sonderpädagogik zu grosser Rechtssicherheit geführt. Die Zahl der Anspruchsberechtigten und die Kosten konnten insgesamt stabil gehalten werden.

**Sonderschulbedürftige Kinder und Jugendliche (Stand März 2011)**

<b>Behinderungsart</b>	<b>Integrativ</b>		<b>Extern</b>		<b>Intern</b>		<b>Total</b>	
			Wohnen zuhause		Wohnen in Institution			
<b>Geistige Behinderungen</b>	24	(25)	38	(37)	5	(4)	<b>67</b>	<b>(66)</b>
<b>Körperliche Behinderungen</b>	1	(4)	1	(2)	2	(1)	<b>4</b>	<b>(7)</b>
<b>Sinnesbehinderungen (Sehen- und Hören)</b>	12	(16)	0	(1)	1	(1)	<b>13</b>	<b>(18)</b>
<b>Sprachbehinderungen</b>	0	(0)	2	(1)	2	(1)	<b>4</b>	<b>(2)</b>
<b>Verhaltensbehinderungen</b>	1	(0)	10	(10)	14	(13)	<b>25</b>	<b>(23)</b>
<b>Behinderungsart offen Vorschule (HFE)</b>							<b>40</b>	<b>(27)</b>
<b>Total</b>	<b>38</b>	<b>(45)</b>	<b>51</b>	<b>(46)</b>	<b>24</b>	<b>(20)</b>	<b>153</b>	<b>(143)</b>

In Klammer: Zahlen von September 2009  
 grau hinterlegt: von diesen zehn sind acht Sonderschüler in Privatschulen

## 5350 Abteilung Kantonsschule

### **Kantonsschule Obwalden: Eröffnung**

Das Eröffnungsfest am 14. Mai 2011 war nicht nur der Höhepunkt des Schuljahres, sondern auch der Schlusspunkt von fünf Jahren Schulleben im Provisorium seit dem zerstörerischen Hochwasser im August 2005. Die Vorbereitungen der Eröffnungsfeierlichkeiten wurden anlässlich einer Projektwoche im September 2010 getroffen.

Der Eröffnungstag begann mit einer feierlichen Einweihung. In den verschiedenen Reden wurde auf die gesamte Planungsphase und die im Laufe der Bauphase gefällten Entscheidungen Rückblick gehalten. Die Architekten überreichten der Schule als Dank einen Gutschein von Fr. 3 000.00 für die Ausstattung der Bibliothek. Musikalisch untermalt wurde die Feier mit dem Kanti-Chor, mit Alphornmusik und mit einer Band Ehemaliger. Mit einem Zeitrafferfilm über die fast zweijährige Bauphase der Kantonsschule, wurde der offizielle Festakt abgeschlossen. Anschliessend wurden die Türen des neuen Schulhauses mit einem vielseitigen Ausstellungsprogramm geöffnet. Im Mehrzwecksaal stellte die neue Mensa erstmals für die Öffentlichkeit die kulinarische Verpflegung sicher. Musikalische Showblöcke sorgten für Abwechslung. Besonders beliebt war der sportliche Showblock in der Turnhalle, wo die Möglichkeit bestand, die eigenen Kräfte an der Kletterwand zu testen.

### **Schwerpunktfächer: Streichung Italienisch als Schwerpunktfach**

Der Regierungsrat beschloss, dass ab Schuljahr 2012/13 an der Kantonsschule Italienisch nicht mehr als Schwerpunktfach, sondern als Freifach weitergeführt wird. Dies löste namentlich in der italienischen Schweiz zahlreiche negative Reaktionen aus, und im Obwaldner Kantonsrat wurde eine Interpellation „Streichung Italienisch als Schwerpunktfach“ eingereicht. Da aus Sicht des Regierungsrates der Entscheid nachvollziehbar begründet worden war, kam er nicht mehr darauf zurück.

## 54 Amt für Berufsbildung

Das Amt für Berufsbildung sorgt in Zusammenarbeit mit Betrieben, Organisationen der Arbeitswelt und Berufsfachschulen dafür, dass in den verschiedenen Wirtschaftszweigen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und das Bildungsangebot laufend den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Nachfrage der Jugendlichen und Erwachsenen angepasst wird. Es informiert und berät die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner in den Lehrbetrieben, die Lehrpersonen, die Lernenden sowie deren Eltern in allen Fragen rund um Grund- und Weiterbildung, Lehrverhältnis und Lehrvertrag und überprüft die Qualität der beruflichen Grundbildung gemäss den gesetzlichen Vorschriften des Bundes und des Kantons. Es plant und steuert die Weiterentwicklung der Berufsbildung im Kanton in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungspartnern im Interesse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Kantons (Standortattraktivität). Es arbeitet im Rahmen der zentralschweizerischen Kooperation in der Berufsbildung mit den andern Kantonen zusammen und vollzieht die daraus resultierenden Verpflichtungen. Das Amt für Berufsbildung sorgt für die Durchführung der Qualifikationsverfahren (z.B. Teil- und Abschlussprüfungen) und stellt die entsprechenden Prüfungsdokumente aus.

### Zielerreichung

APL	Amtsziele 2011	Stand der Erfüllung
<b>APL 4 WZ 1</b>	<b>Die Bildungsangebote und –strukturen sind den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen angepasst.</b>	
	<p><i>Neue Berufe:</i> Umsetzung bzw. Einführung der neuen Berufe gemäss Ticketvergabe Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT im Dienste des Lehrstellenmarketings sind erfolgt.</p> <p><i>Schnittstelle Sek I – Sek II:</i> Angebots- und Strukturierungsoptimierung am Übergang Sek I – Berufslehre ist in Zusammenarbeit mit Partnern erfolgt.</p> <p><i>Qualifikationsverfahren:</i> Verfahren zur Validierung von Bildungsleistungen ist operativ.</p> <p><i>Schulentwicklung:</i> Lernbegleitung und Kompetenzenportfolio sind flächendeckend eingeführt.</p> <p><i>Förderkonzept:</i> Eine Neukonzipierung des Förderkonzeptes am BWZ (Diagnose basiert) ist erstellt.</p>	<p>Erfüllt</p> <p>Teilweise erfüllt: Angebote im Bereich der Nahtstelle 1 sind nicht analysiert.</p> <p>Erfüllt</p> <p>Erfüllt</p> <p>Erfüllt</p>

APL	Amtsziele 2011	Stand der Erfüllung
<p><b>APL 4 WZ 2</b></p>	<p><b>Die Qualitätssicherung und –entwicklung sind auf allen Bildungsstufen und -angeboten durch effizientes Controlling sichergestellt.</b></p>	
	<p><i>Bildungsqualität:</i> Die Betriebsbesuche stehen im Dienste der Qualitätssicherung und –entwicklung (QSE) und des Lehrstellen-Marketings.</p> <p><i>Beobachten des Lehrstellenmarktes:</i> Lehrstellenmarkt- und Arbeitsmarktchancen der Schul- und Lehrabgänger/innen sind analysiert und allfällige Massnahmen sind rechtzeitig eingeleitet.</p> <p><i>Kantonale Verbundpartnerschaft:</i> Die Kampagne des BBT (Berufsbildung plus) ist kantonal verstärkt und wird von den lokalen Verbundpartnern (Wirtschaft / Organisation der Arbeitswelt OdA) mitgetragen.</p> <p><i>Berufswahl Obwalden:</i> Die letzten Teile des Massnahmenplans gemäss Wirkungsprüfung „Berufswahl Obwalden“ sind umgesetzt.</p> <p><i>Öffentlichkeitsarbeit:</i> Erwachsene und Lehrabgänger/innen kennen die Angebote des Bildungs- Informations-Zentrum (BIZ). Informations- und Begleittätigkeiten sind optimiert. Die entsprechende Infrastruktur steht zur Verfügung.</p> <p><i>Brückenangebote:</i> Eine umfassende Evaluation der Brückenangebote am Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) Obwalden ist durchgeführt.</p> <p><i>Berufsmatura:</i> Schritte zur schulentwicklerischen Qualitäts-optimierung der Berufsmaturität sind eingeleitet.</p>	<p>Erfüllt</p> <p>Erfüllt</p> <p>Erfüllt</p> <p>Erfüllt</p> <p>Erfüllt</p> <p>Erfüllt</p> <p>Erfüllt</p>

**5400 Amtsleitung**

**Case Management Berufsbildung – von der Aufbau- zur Konsolidierungsphase**

Case Management Berufsbildung (CMB) ist in Obwalden als einem der ersten Schweizer Kantone seit August 2008 operativ. Die Zeit von 2008 bis 2010 war geprägt von der Aufbauarbeit.

Einerseits vom Aufbau der Strukturen und der Organisation und andererseits vom Leben der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Kanton. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) unterstütze die Aufbauphase finanziell. In der Zeit von 2008 bis 2010 sind über 30 Fälle bearbeitet worden. Der grösste Teil (ca. 2/3) der Jugendlichen, die dem CMB OW gemeldet worden sind, konnten erfolgreich triagiert, beziehungsweise begleitet werden. Das bedeutet, dass diese Jugendlichen dank der Unterstützung von CMB den Übertritt in die Lehre (Übergang 1) oder in die Arbeitswelt (Übergang 2) erfolgreich absolviert haben oder in vielen Fällen ein drohender Lehrabbruch verhindert werden konnte.

Der Regierungsrat verlängerte per Ende Dezember 2010 CMB OW um weitere drei Jahre (2011 – 2013). Die angelaufene Konsolidierungsphase wird vom BBT weiter finanziell unterstützt. Nach Projektablauf im Jahre 2013 und einer entsprechenden Projektevaluation ist für Case Management Berufsbildung Obwalden eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.

## **5402 auswärtige Schulen, Kurse, Qualifikationsverfahren und Projekte**

### **Qualitätsentwicklung in der Grundbildung**

Ein neuer Ausbildungsbetrieb, der ein Erstlehrverhältnis eingegangen ist, wird durch die Lehraufsicht im ersten Jahr begleitet und unterstützt. Die Ziele der Begleitung sind einerseits den Kontakt mit den Berufsbildnern sicherzustellen und andererseits offene Fragen oder Unklarheiten zu klären. Die Lehraufsicht leistet mit dieser Beratungsdienstleistung einen aktiven Beitrag zur Qualitätsentwicklung in der betrieblichen Ausbildung.

Die Lehraufsicht besuchte 15 Ausbildungsbetriebe. Bei den Besuchen erfolgte die erste Kontaktaufnahme telefonisch vor Ablauf der Probezeit. Dabei geht es darum zu erfahren, wie der Start der Lehrzeit erfolgt ist, wann das Probezeitgespräch geplant ist und ob allenfalls Unterstützung seitens der Lehraufsicht erwünscht ist.

Die weiteren Kontakte erfolgen am Ende des ersten und zweiten Semesters, vor Ort im Lehrbetrieb. Bei den Besuchen werden die Bildungsberichte, die Lern- und Leistungsdokumentationen, die Noten der Berufsfachschule und die Beurteilungsberichte der überbetrieblichen Kurse besprochen. Bei Bedarf werden Unterstützungsmassnahmen eingeleitet oder individuelle Lösungen vereinbart.

## **5430 Berufs- und Weiterbildungsberatung**

### **Gelungene Raumoptimierung**

Am 20. Mai 2011 konnten die erweiterten Räumlichkeiten des Bildungs-Informations-Zentrum (BIZ) mit einem gut besuchten, originellen „BIZ-Fäscht“ eröffnet werden. Die Erweiterung war möglich geworden, weil die Büros der Abteilung Sport übernommen werden konnten. Nun steht das ganze Erdgeschoss des „Alten Kollegiums“ im Dienste der Berufs- und Weiterbildungsberatung.

Das um einen Drittel erweiterte BIZ gewann deutlich an Studier-Atmosphäre. Es entspricht jetzt den Bedürfnissen, insbesondere von Erwachsenen, aber auch von ganzen Schulklassen.

## **5440 Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ)**

### **Ausbildungskontinuität sichern**

Für die Sicherung der Ausbildungskontinuität sind eine langfristige Personalplanung und eine ausgewogene Altersdurchmischung des Lehrerteams zentral. Es braucht genügend Zeit, damit ältere Mitarbeitende ihr Berufs-Knowhow den jüngeren Lehrpersonen mitgeben können. Das BWZ hat eine gute Altersstruktur, welche diesen Wissenstransfer erlaubt. Bis im Jahr 2018 sind zehn Pensionierungen geplant, wobei dies in keinem Jahr mehr als zwei Lehrpersonen betrifft.

### **Lernen begleiten**

Im Rahmen des pädagogischen Projektes „LERNBEGLEITUNG“ wurde am BWZ Obwalden das Konzept der Stützkurse neu gestaltet. Zentral und neu ist das ganzheitliche Vorgehen als Kern einer umfassenden Förderpädagogik. Die zur Verfügung gestellten Förderangebote stellen eine individualisierte Ergänzung zur beruflichen Grundbildung dar. Die Chancen, dass Lernende trotz Wissenslücken oder Lernschwierigkeiten das Qualifikationsverfahren erfolgreich bestehen, soll vergrössert werden. Die bisherigen drei Systeme „Lernbegleitung/Kompetenzenportfolio“ (mit Standortgesprächen), „Frühwarnverfahren“ und „Stützkurse“ wurden zusammengefasst und in das neue System „LERNBEGLEITUNG“ übergeführt. Dieses ist für Lernende und Ausbildungsbetriebe, aber auch für Lehrerinnen und Lehrer übersichtlicher und setzt klare Meilensteine während des Schuljahres. Dank der ausführlichen Diagnose in den ersten sechs Wochen nach Übertritt in die Berufsfachschule und den zwei Standortgesprächen mit Semesterrückblick und Lernvereinbarung für das nächste Semester in jedem Lehrjahr können Lernende individuell gefördert werden. Die Lernbegleitung soll sicherstellen, dass Schwierigkeiten im 1. Lehrjahr erkannt werden und damit ab dem 2. Lehrjahr der Ausbildungserfolg in hohem Mass gesichert ist. Lehrabbrüche ab dem 2. Lehrjahr sollen auf diese Weise möglichst verhindert werden.

## 55 Amt für Kultur und Sport

Das Amt für Kultur und Sport nimmt Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturförderung, Kultur- und Denkmalpflege, Kulturgüterschutz, Kantonsbibliothek, Medienfragen, Jugend+Sport, Schulsport und Vereinssport wahr. Es unterstützt und berät Organisationen und Personen, die in den Bereichen Kultur und Sport tätig sind, entrichtet im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ordentliche Mittel und Swisslos-Gelder, bildet J+S-Leiterinnen und – Leiter aus und beaufsichtigt den Schulsport.

### Zielerreichung

APL	Amtsziele 2011	Stand der Erfüllung
<p><b>APL 12</b></p>	<p><b>Der Kanton Obwalden bietet seiner Bevölkerung ein optimales Umfeld für Sport und Kultur.</b></p> <p>Amt für Kultur und Sport: Die neue Struktur ist weiter gefestigt; der Stellenwert der Abteilung Sport im BKD und in der kantonalen Verwaltung bleibt gewahrt.</p> <p>Entscheid, ob Kulturgesetz erarbeitet oder Kulturverordnung aktualisiert werden soll, ist gefällt und Massnahmen- und Terminplan ist verabschiedet.</p> <p>„Vision Kantonsbibliothek 2012+“ ist erarbeitet.</p> <p>Die Durchführung der Turnprüfung der Orientierungsschule (OS) ist sichergestellt und angepasst.</p> <p>Die kantonalen Turnhallen sind in einen funktionierenden Betrieb überführt. Die Koordination mit der regionalen Sportanlage der Gemeinde ist abgestimmt.</p> <p>Die Folgearbeiten aus der kantonalen Sportgesetzgebung sind begleitet.</p>	<p>Erfüllt</p> <p>Nicht erfüllt: Ausführung wird auf 2012 verschoben.</p> <p>Erfüllt</p> <p>Nicht erfüllt: Die Turnprüfung wurde ordnungsgemäss durchgeführt, die Anpassung musste jedoch aus Zeitgründen zurückgestellt werden</p> <p>Erfüllt</p> <p>Erfüllt</p>
<p><b>APL 12 WZ 1</b></p>	<p><b>Projekte und Zentren im Bewegung-, Sport- und Kulturbereich mit regionaler Ausrichtung werden durch Koordination und/oder Beiträge unterstützt.</b></p> <p>Kulturförderung: Erste Massnahmen des Konzepts Talent- und Jugendförderung sind umgesetzt.</p>	<p>Nicht erfüllt: Ziel wurde auf 2013 verschoben.</p>

APL	Amtsziele 2011	Stand der Erfüllung
<b>APL 12 WZ 2</b>	<b>Ereignisse und Projekte mit überregionaler Ausstrahlung im Kultur- und Sportbereich werden durch Koordination und/oder Beiträge mitgetragen.</b>	
	Kulturförderung: Attraktiver und informativer Flyer über die Museen und Ausstellungsräumen in OW und NW ist vorhanden.	Teilweise erfüllt: Das Projekt Broschüre Kultur und Sport führte zu einer Anpassung des ursprünglichen Projekts. Ausführung des neuen Projektes im Jahr 2012.
<b>APL 12 WZ 3</b>	<b>Der nachhaltige Schutz von bedeutenden Kulturgütern wird sichergestellt.</b>	
	Kultur- und Denkmalpflege: Die Einzelinventare der Obwaldner Schutzobjekte sind als PDF-Dateien im Internet veröffentlicht.  Depotsituation Historisches Museum ist langfristig geklärt, Alarmstruktur Kulturgüterschutz (KGS) ist eingerichtet.	Nicht erfüllt: Die höher priorisierte fristgerechte Erledigung der laufenden Geschäfte liess aufgrund der starken Zunahme der Bautätigkeit keinen Raum: Projekt auf 2013 verschoben.  Erfüllt

## 5500 Kulturförderung

### Volkskulturfest OBWALD

Das Volkskulturfest OBWALD fand vom 7. bis 10. Juli 2011 in Giswil zum sechsten Mal statt. Die Reaktionen von Publikum und Medien waren sehr positiv, viele sprachen vom bisher „besten OBWALD“. Gerade die musikalische Begegnung der einheimischen Formationen mit den vietnamesischen Musikerinnen und Musikern, ergänzt durch die Beiträge der Toggenburger, wussten zu begeistern. Zudem wurde OBWALD bei der diesjährigen Durchführung von einem grossen Medieninteresse begleitet. Mit 3'600 Besucherinnen und Besuchern konnte ein neuer Besucherrekord verbucht werden.

### Ausstellung Johann Schmucki in Lungern

In den Jahren 1929 und 1930 war der 1896 in Kaltbrunn geborene Künstler Johann Schmucki als Hilfskaplan und Lehrer in Bürglen am Lungerersee tätig. Während dieser Zeit portraitierte er über 100 Dorfbewohner, vom Kind bis zum Greisen. Kurze Zeit nach seiner Zeit in Bürglen legte Johann Schmucki das Priesteramt nieder, heiratete und wurde Vater von sieben Kindern. Er lebte und wirkte bis 1985 als Künstler, Kirchenrestaurator und Architekt in Pieterlen bei Biel. Dank der Vermittlung des Lokalhistorikers Hans Ming aus Bürglen schenkten die Nachkommen des Künstlers diese Portraitzeichnungen dem Kanton Obwalden.

Die kantonale Kulturförderung zeigte in Zusammenarbeit mit der Familie Schmucki, mit dem Lungerer Künstler Karl Imfeld, mit Hans Ming und mit der Gemeinde Lungern eine Auswahl der Zeichnungen in einer Ausstellung im Alten Kirchturm und in einem benachbarten Atelierhäuschen in Lungern. Gleichzeitig zur Ausstellung kam ein Bildkalender beim Verlag Martin Wallimann heraus. Parallel zur Präsentation der Bürgler-Portraits zeigte die Familie Schmucki im alten Schulhaus in Bürglen Einblicke in das Frühwerk des Künstlers.

### **Museum Bruder Klaus: Beitrag an neue Dauerausstellung**

Das Peter Ignaz von Flüe-Haus in Sachseln, in dem das Museum Bruder Klaus beheimatet ist, wird grundlegend saniert. Zudem wird die Dauerausstellung zu Person und Wirken von Bruder Klaus ganz neu gestaltet. Die Kosten für die Sanierung wurden auf Fr. 1,4 Mio. und für die Neukonzeption des Museums auf Fr. 800 000.00 veranschlagt. Die Stiftung und der Trägerverein hatten den Kanton Obwalden um einen einmaligen grossen finanziellen Unterstützungsbeitrag ersucht.

An seiner Sitzung vom 1. Juli folgte der Kantonsrat dem Antrag des Regierungsrates und beschloss einstimmig einen Investitionsbeitrag an die Neugestaltung der Dauerausstellung des Museums Bruder Klaus in Sachseln in der Höhe von Fr. 250 000.00.

### **Depot Historisches Museum Obwalden**

Der Historische Verein Obwalden (HVO) unterhält eine umfangreiche Sammlung historischer Objekte, wovon eine Grosszahl im Besitz des Kantons ist. Diese Aufgabe leistet der HVO im Rahmen der Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton und dem Verein vom Juni 2009. Der Kanton verpflichtet sich in dieser Vereinbarung, für das Aufbewahren und Konservieren der Sammlung geeignete Räumlichkeiten und die Einrichtungen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Seit dem Hochwasser 2005 besteht ein Ausnahmezustand, weil die Objekte, die zu einem guten Teil Wasserschäden erlitten, auf mehrere Depots bzw. Provisorien verteilt werden mussten.

Nun konnte mit der langfristigen Miete von sehr geeigneten Räumlichkeiten im Zeughausareal in Sarnen sowie mit dem Kauf der Militärbarracke Parzelle 787 in Giswil genügend Depotraum für die wichtige Sammlung an historischen Objekten zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeiten für das Einrichten der neuen Räume, für den Umzug der Sammlung, für die Reinigung und Inventarisierung der rund 4 000 Sammlungsgegenstände wurden gegen Ende 2011 begonnen, werden sich aber bis etwa Mitte 2012 hinziehen. Der Zivilschutz des Kantons Obwalden unterstützt das Projekt massgeblich.

## **5510 Kultur- und Denkmalpflege**

### **Jahresheft der Kultur- und Denkmalpflege**

An der Vernissage vom 30. November 2011 wurde des 6. Jahresheft der Kultur- und Denkmalpflege in Obwalden vorgestellt. Darin sind die Aktivitäten aller in der Kulturguterhaltung tätigen kantonalen Institutionen in den Berichtsjahren 2008-2009 dargestellt: Fachstelle für Kultur- und Denkmalpflege, Fachstelle für Kulturgüterschutz, Historisches Museum, Kantonsbibliothek und Staatsarchiv.

### **Restaurierungen Hotel Paxmontana und Konvikt**

An Weihnachten 2011 konnte das Hotel Paxmontana in Flüeli-Ranft nach 18-monatigem Umbau neu als Ganzjahresbetrieb eröffnet werden. Nebst der notwendigen Erneuerung der technischen Infrastruktur wurden vor allem die historischen Räume und Fassaden des 1896-1906 erbauten Jugendstilhotels sorgfältig restauriert.

Der Umbau des 1868 erbauten Konvikts zu einer integrierten Orientierungsschule der Gemeinde Sarnen begann im April 2011. Der Restaurierung ging die Unterschutzstellung durch den Regierungsrat voraus.

## 5520 Kantonsbibliothek

### Angebot

Die Kantonsbibliothek lieh 2011 rund 115 000 Medien aus. Am begehrtesten sind Filme und Hörbücher. Kinderfilme und Kinderhörbücher werden im Durchschnitt zehn Mal ausgeliehen, die Erwachsenenbestände etwas weniger häufig. Die Ausleihzahlen der Mittelstufe und der Sekundarstufe I sind stark angestiegen. Dies ist wahrscheinlich auf die Umstellung des Bestands der Sekundarstufe I in einen eigenen Raum im dritten Stock zurückzuführen. Der Mittelstufenbestand erhielt im Erdgeschoss mehr Platz und ist dadurch attraktiver geworden.

Die Buchstart-Veranstaltungen wurden auf die 3- bis 6-jährigen Kinder ausgeweitet und werden jetzt jeden Monat angeboten. Die Eltern der kleinen Kinder freuen sich über das Buchgeschenk der Bibliothek und besuchen auch rege die Reim- und Geschichtenzeiten.

Verschiedene Projekte konnten beendet werden. Eine offensichtliche Veränderung ist die neue Webseite der Kantonsbibliothek [www.kbow.ch](http://www.kbow.ch), die neben anderen Informationen einen Schnelleinstieg in den Katalog und in das Kundenkonto bietet. Auf dieser Plattform werden Neuerwerbungen und Spannendes aus Obwalden vorgestellt. Interessierte können über ein interaktives Formular den Bibliothekarinnen Fragen stellen. Die neue Webseite passt zum dynamischen Betrieb der Kantonsbibliothek. Der Obwaldner Volksfreund wurde digitalisiert und wird 2012 auf die Webseite gestellt.

Die freigewordene Hauswartwohnung in der Kantonsbibliothek konnte zu einem Veranstaltungsraum mit geräumiger Küche umgebaut werden. Verschiedene Veranstaltungen sind schon geplant. Durch die Verschiebung des WC und des Pausenraums wurde ein Gang frei und die gedrängte Belletristik erhält mehr Platz.

## 5600 Sportabteilung

### Sportpreis

Der Sportpreis 2010 ging an den Giswiler Kranzschwinger Benji von Ah. Er ist der einzige Obwaldner Schwinger, der am eidgenössischen Schwingfest 2010 in Frauenfeld einen Kranz gewinnen konnte. In all den Jahren, in denen Benji von Ah schon auf höchstem Niveau schwingt, gewann er bereits 25 Kränze, davon sämtliche Innerschweizer Kränze. In beeindruckender Weise kämpfte er sich nach verletzungsbedingten Rückschlägen wieder an die Spitze zurück. Benji von Ah beeindruckt mit seiner ruhigen und natürlichen Art und ist dadurch für Obwalden und den Schwingsport ein hervorragender Botschafter. Er ist auch für viele junge Obwaldner Schwinger zu einem Vorbild und Idol geworden.

Die Wahl von Benji von Ah als Preisträger stiess in Schwingkreisen auf sehr grosse Resonanz. Die Preisübergabe durch Regierungsrat Franz Enderli erfolgte in einer würdigen Feier am 31. März 2011 in Giswil.

### Sportinfrastruktur in Sarnen

Nach den Herbstferien 2010 wurden die Sporthallen von den Schulen und den Vereinen bezogen. Nun können von betrieblicher Seite die ersten Erfahrungen über ein ganzes Jahr gemacht werden. Die zum Teil noch rege Bautätigkeit bis nach den Sommerferien 2011 erschwerte den Betrieb und schränkte ihn teilweise ein. Trotzdem kann festgestellt werden, dass sich die vorhandene Infrastruktur sehr bewährt hat. Die Nutzer sind zufrieden wie Rückmeldungen der Schulen und Vereine belegen. Bewährt haben sich die Hallen auch im Meisterschaftsbetrieb. Im Mai konnte erstmals eine Schweizermeisterschaft durchgeführt werden.

Im Abendbetrieb während der Woche sind die Sporthallen durch das Vereinstraining zu 100 Prozent belegt. An den Wochenenden waren im Jahr 2011 die Hallen während 79 Tagen

geöffnet. Davon fanden an 59 Tagen ein oder mehrere Anlässe statt. Dies entspricht einer Wochenend-Auslastung von 75 Prozent.

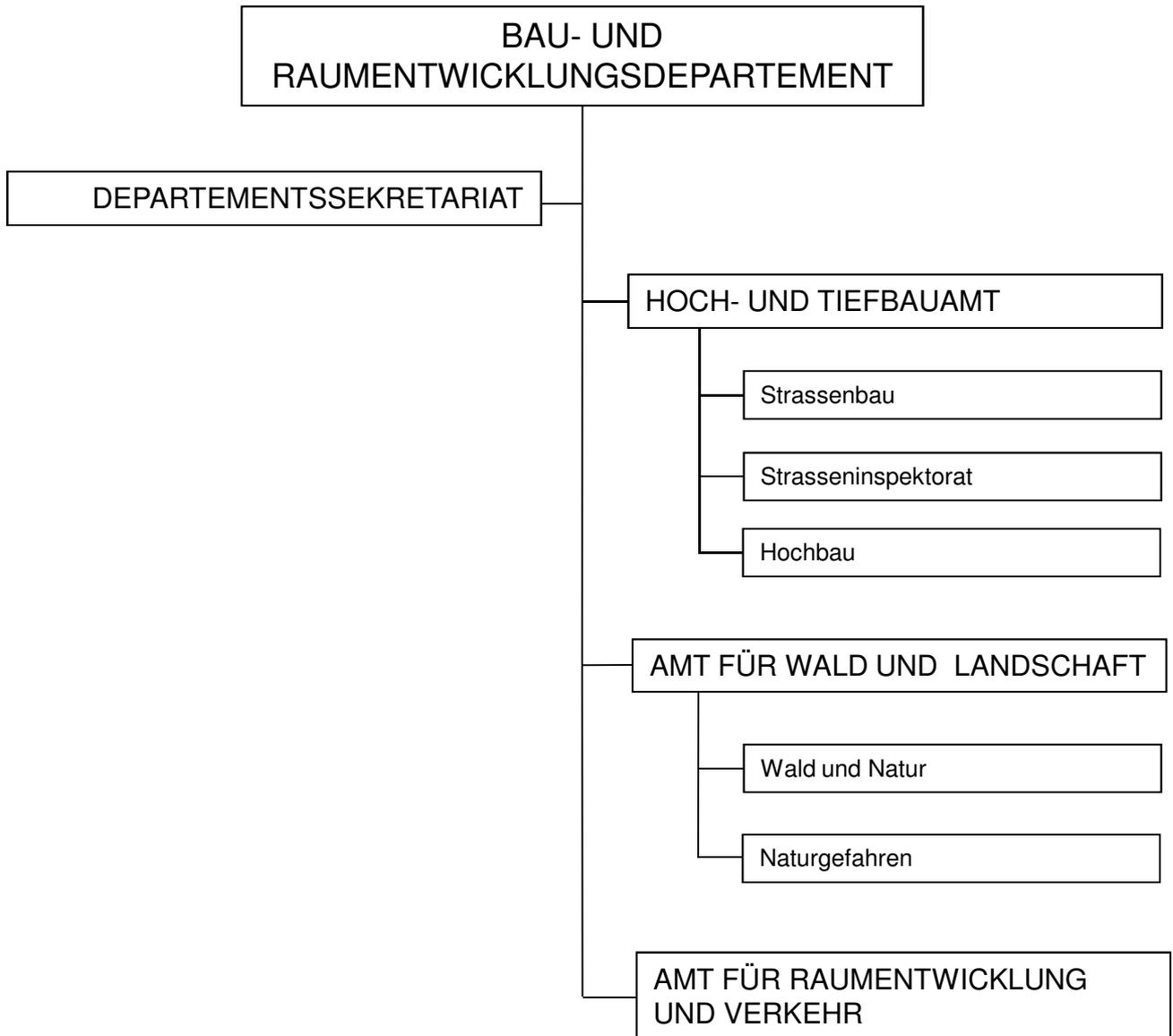
Auch die regionale Sportanlage wurde im 2011 eröffnet. Die Anlage, welche durch die Gemeinde Sarnen erstellt wurde, konnte offiziell am 1. Oktober 2011 dem Schul- und den Vereinssport übergeben werden. Die ganze Anlage darf als sehr gut gelungen bezeichnet werden.

Mit der Eröffnung der regionalen Sportanlage stehen nun den verschiedenen Schulen (Kantonsschule, Berufs- und Weiterbildungszentrum und Volksschule Sarnen) für den Sportunterricht sowohl im Innen- wie auch im Aussenbereich hervorragende Anlagen zur Verfügung.

## 4.6 Bau- und Raumentwicklungs- departement







Das Bau- und Raumentwicklungsdepartement umfasst

	<b>Vollzeitstellen Ende</b>	
	<b>2010</b>	<b>2011</b>
Departementssekretariat*	2.80	2.05 <sup>2)</sup>
Hoch- und Tiefbauamt*	32.60	32.60
Amt für Wald und Landschaft*	11.20 <sup>1)</sup>	13.00
Amt für Raumentwicklung und Verkehr*	6.60	6.95
<b>Insgesamt</b>	<b>53.2</b>	<b>54.6</b>

\* Zufolge Umzug der Abteilung Strassenbau von der Flüelistrasse 3 (Haus des Waldes) in die Flüelistrasse 1 (Swisscom-Gebäude) anfangs 2011 ergaben sich innerhalb der Ämter teilweise leichte Verschiebungen betreffend Zuteilung von Stellen.

<sup>1)</sup> 200 bewilligte Stellenprozente vakant

<sup>2)</sup> 100 bewilligte Stellenprozente vakant

### Departementsziele im Überblick (Controlling)

	<b>Jahresziele 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
<b>9.2/ 9.3/ 9.8</b>	<b>Raumplanung</b>	
	Umsetzung der Richtplanung: Die für das Jahr 2011 erteilten Aufträge des Regierungsrats aus dem Bericht über die Umsetzung der Richtplanung sind erfüllt.	Erfüllt: Zu zentralen Richtplanprojekten erfolgten weitere Konkretisierungsschritte. So ist beispielsweise für 5 von insgesamt 14 Landschaftsteilräumen die Erarbeitung von Entwicklungskonzepten im Gang. Auch der Aufbau einer Raubeobachtung und eines sind in Planung. Zum Richtplanprojekt Baukultur wurden weitere Grundlagen erarbeitet.
<b>7.6</b>	<b>Naturgefahren</b>	
	Die Priorisierung der Projekte nach Masterplan „Langfristmassnahmen Hochwassersicherheit“ liegt vor.	Erfüllt: Der Regierungsrat hat die Priorisierung der Schutzbautenprojekte am 23. August 2011 zu Kenntnis genommen und das Bau- und Raumentwicklungsdepartement beauftragt, die Schutzbautenprojekte im Rahmen der Finanzplanung und der integrierten Aufgaben- und Finanzplanung umzusetzen, die Priorisierungsliste laufend den aktuellen Entwicklungen anzupassen und den Regierungsrat sowie die Gemeinden über den aktuellen Stand zu informieren.

	<b>Jahresziele 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
	Hochwassersicherheit Sarneraatal: Das Vorprojekt der Variante Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost ist von der Projektsteuergruppe genehmigt. Die Planungsarbeiten des Bauprojekts dieser Variante sind zu 60% erledigt. Das Bauprojekt der Variante Sarneraa tiefer gelegt und verbreitert ist optimiert und liegt vor.	Teilweise erfüllt: Im Zentrum des hoch komplexen Projekts stand 2011 die Erarbeitung des Vorprojekts der Projektvariante „Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“ sowie die Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen für die Totalunternehmer-Submission des Hochwasserentlastungsstollens Ost. Am 15. Dezember 2011 erfolgte die Publikation der Totalunternehmer-Submission im Amtsblatt sowie auf der Plattform SIMAP. Der Entwurf des Vorprojekts der Projektvariante „Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“ wurde dem Bau- und Raumentwicklungsdepartement Ende 2011 zur ersten Prüfung eingereicht. Aufgrund der Fülle und Komplexität der Vorbereitungsarbeiten musste der Variantenentscheid des Hochwasserschutzprojekts durch den Kantonsrat neu auf Sommer 2013 terminiert werden.
	Die neue Schutzwaldausscheidung ist vom Bund genehmigt.	Erfüllt: Die neue Schutzwaldausscheidung liegt vor und ist vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) genehmigt.
<b>9.3</b>	<b>Wald und Natur</b>	
	Die im Richtplan ausgeschiedenen Schutz- und Nutzungsplanungen betreffend kantonale Naturschutzzonen sowie die Moorlandschaft Glaubenberg sind abgeschlossen.	Teilweise erfüllt: Die Schutz- und Nutzungsplanung über die Naturschutzzone Haneried wurde am 1. Juli 2011 vom Kantonsrat genehmigt. Die gegen die Schutz- und Nutzungsplanung Moorlandschaft Glaubenberg eingegangenen Einsprachen sind bereinigt.
	Die Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kanton im Umweltbereich für die zweite NFA-Programmperiode sind erneuert.	Teilweise erfüllt: Die Verhandlungen zu den Programmen der 2. Programmperiode 2012-2015 zwischen Bund und Kanton konnten mit Ausnahme der Programmvereinbarung im Bereich Natur und Landschaft erfolgreich abgeschlossen werden. Der kantonale Rahmenkredit wird dem Regierungsrat anfangs 2012 unterbreitet.
<b>10.1 / 10.2</b>	<b>Verkehrsträger Schiene, öffentlicher Verkehr</b>	
	Sicherung Raumbedarf Zentralbahn	Erfüllt: Mit der Planungsstudie „Zentralbahn 2050“ liegt die notwendige Grundlage zur Ermittlung und Sicherung des langfristigen Raumbedarfs der Zentralbahn vor.
	Planung Neue Haltestelle Sarnen Industrie	Erfüllt: Die optimale Lage der neuen Haltestelle wurde in einem gemeinsamen Prozess des Kantons mit der Standortgemeinde Sarnen bestimmt. Auf dieser Grundlage wurde die Detailprojektierung eingeleitet.

	<b>Jahresziele 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
<b>10.3</b>	<b>Strassenbau</b>	
	Nationalstrassenabschnitt A8 Umfahrung Lungern: Die Rohbauarbeiten im Tunnel sind abgeschlossen und die Montage der Betriebs- und Sicherheitsausrüstung ist gestartet (Eröffnungstermin Ende 2012).	Erfüllt: Die vorgesehenen Bauarbeiten konnten gemäss Gesamtbauprogramm und im vorgegebenen Kostenrahmen ausgeführt werden. Alle wichtigen Arbeitsvergaben für die Betriebs- und Sicherheitsausrüstung sind erfolgt und die Montagen sind gestartet. Der Eröffnungstermin Ende 2012 kann eingehalten werden.
<b>13.3</b>	<b>Hochbauten</b>	
	Ausbau/Sanierung Kantonsschule mit Sportanlage: Die Ausführung des Projekts ist abgeschlossen. Das Schulgebäude ist in Betrieb genommen. Die Provisorien von 2005 sind zurückgebaut.	Erfüllt: Das Schulgebäude konnte wie vorgesehen Ende März 2011 in Betrieb genommen werden. Alle Provisorien sind zurückgebaut. Der Kostenrahmen konnte eingehalten werden.
	Umbau und Ersatz Bettentrakt Kantonsspital: Das Bauprojekt liegt vor. Die Objektkrediteingabe im Kantonsrat ist erfolgt. Die Volksabstimmung ist durchgeführt.	Teilweise erfüllt: Das Bauprojekt ist abgeschlossen. Der Objektkredit ist vom Kantonsrat genehmigt. Die Volksabstimmung wird am 11. März 2012 durchgeführt.
	Aufstockung Polizeigebäude: Die Ausführung des Projekts ist gestartet.	Erfüllt: Die Ausführung startete Mitte Jahr. Die Aufstockung war Ende Jahr im Rohbau erstellt. Der vorgesehene Inbetriebnahmetermin vom Mai 2012 kann eingehalten werden.

## Departementsaussagen zu Querschnittfragen

### Hochwassersicherheit

Im Berichtsjahr sind im Masterplan „Sicherheit vor Naturgefahren“ rund 50 grössere und kleinere Schutzbautenprojekte enthalten, welche entweder kurz vor oder in Ausführung (10 Projekte), in Planung (rund 25 Projekte) oder für die Planung angemeldet (rund 15 potenzielle Projekte) sind. Der Kanton begleitet die Projekte, stellt die Koordination der verschiedenen Verfahren sicher und führt mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) die nötigen Verhandlungen. Beim anspruchsvollsten und grössten Schutzbautenprojekt „Hochwassersicherheit Sarneraatal“, hat der Kanton die Bauherrenaufgabe inne.

Um die zur Verfügung stehenden Ressourcen optimal einsetzen zu können, werden die Wasserbauprojekte aufgrund der vorhandenen Risiken, der Wirtschaftlichkeit, dem aktuellen Projektstand, dem Entwicklungspotenzial der betroffenen Gebiete sowie den allfällig vorhandenen Verpflichtungen gegenüber Dritten (z. B. Bund, Nachbarkantone oder Gemeinden) priorisiert. Einsprachen beziehungsweise langwierige, aufwendige Einigungsverfahren führen leider allzu oft zu zeitlichen Verzögerungen.

Auf der Homepage [www.hochwasserschutz-ow.ch](http://www.hochwasserschutz-ow.ch) sind aktuelle Informationen zur Gefahrenprävention und -abwehr in allen Gemeinden aufgeschaltet.

### Rechtsetzung

#### *Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB)*

Die Begriffsvielfalt im Bau- und Planungsrecht führt zu Schwierigkeiten und kompliziert das Bauen unnötig. Die IVHB vereinfacht zentrale Begriffe und vereinheitlicht Definitionen. Damit können Mehraufwendungen für Baueingaben beseitigt und Bewilligungsverfahren beschleunigt werden.

Der Regierungsrat hat das Bau- und Raumentwicklungsdepartement im Juni 2011 beauftragt, das Beitrittsverfahren zur IVHB und damit auch die Umsetzung der vom Kantonsrat am 28. Oktober 2010 überwiesenen Motion „Vereinheitlichung der Baubegriffe und Messweisen“ einzuleiten. Das Projektteam hat einen Bericht zum Konkordat sowie zu dessen Auswirkungen auf die kantonale Baugesetzgebung erarbeitet. Am 8. September 2011 sind die Gemeindebehörden und kommunalen Bauämter informiert worden. Mitte November 2011 wurde der Bericht vom Regierungsrat zur Anhörung in die Gemeinden geschickt. Der Entscheid über den Beitritt des Kantons zur IVHB wird vom Kantonsrat voraussichtlich im Sommer 2012 gefällt.

### Hochbau

#### *Umbau und Ersatz des Bettentrakts des Kantonsspitals Obwalden*

Aus dem Siegerprojekt des Wettbewerbs ist das Bauprojekt mit einigen wichtigen Optimierungen erarbeitet und abgeschlossen worden. Der Objektkredit von 40,4 Millionen Franken wurde vom Kantonsrat am 1. Dezember 2011 klar genehmigt. Die Volksabstimmung findet am 11. März 2012 statt. Falls das Stimmvolk dem Objektkredit zustimmt, die erwartete Baubewilligung bis im Juni 2012 eintrifft und die Arbeitsvergaben rechtzeitig vorgenommen werden können, erfolgt der Baubeginn im August 2012. Ende 2013 ist der Zieltermin für die Fertigstellung des Neubaus. Ein Jahr später soll der alte Bettentrakt umgebaut sein.

### Raumplanung

#### *Richtplanbericht*

Im Bericht zur Umsetzung des kantonalen Richtplans vom 18. Januar 2011 wurde ein umfassender Überblick gegeben über die erarbeiteten Planungsgrundlagen in den Bereichen Landschaftsentwicklung, Tourismus, Baukultur, Ortsbildschutz, Bauzonengrenzen und Bauzonenerweiterungen, Gesamtverkehr und Raumbewertung. Zu zentralen Richtplanprojekten sind zudem im Berichtsjahr weitere Konkretisierungsschritte erfolgt. Für fünf Landschaftsteilräume (von 14) ist die Erarbeitung von Entwicklungskonzepten im Gang, wobei diese Arbeiten zusammen mit den Gemeinden erfolgen. Zum Thema Bauzonengrenzen und Bauzonenerweite-

rungen sind mit drei Gemeinden Koordinationsgespräche geführt worden. Bei zwei Gemeinden sind die entsprechenden Planungsgrundlagen in die Vorprüfung der Ortsplanungsrevisionen eingeflossen.

### Beschwerdestatistik

#### Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch Bau- und Raumentwicklungsdepartement)

	2009	2010	2011
<b>Anzahl Beschwerden</b>			
Übertrag vom Vorjahr	7	9	13
Neueingänge	17	27	21
<b>Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats</b>	8	21	20
– gutgeheissen	4	6	3
– teilweise gutgeheissen	1	0	1
– abgewiesen	2	9	13
– nicht eingetreten	1	6	3
<b>Erledigt ohne Entscheid des Regierungsrats</b>	7	2	5
Abschreibungsbeschluss Departement (Vergleich, Rückzug und dgl.)			
<b>Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr</b>	9	13	9

#### Beschwerde- und Einspracheentscheide des Bau- und Raumentwicklungsdepartements

	2009	2010	2011
<b>Anzahl Beschwerden / Einsprachen</b>			
Übertrag vom Vorjahr	1	3	121
Neueingänge	3	121	23
<b>Erledigt durch Entscheid des Departements</b>			
– gutgeheissen	0	0	0
– teilweise gutgeheissen	0	0	0
– abgewiesen	0	2	22
– nicht eingetreten	0	1	0
<b>Erledigt ohne materiellen Entscheid des Departements</b>			
Vergleich, Rückzug und dgl.			112
<b>Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr</b>	3	121	10

## 60 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen. Ihm obliegen die Koordination innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei sowie die Verwaltungssteuerung (Controlling). Zu seinen Aufgaben zählen ferner Rechtsberatung, Beschwerdebearbeitung, Gesetzgebungsprojekte und Führen von Gerichtsprozessen (im Bereich Submission), sowie Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

### **Projekt Abbildung und Schulung zentraler Geschäftsabläufe**

Zur Optimierung der Geschäftsbehandlung hat der Departementvorsteher im Jahr 2010 das Projekt „Abbildung und Schulung zentraler Geschäftsabläufe“ initiiert. Im Berichtsjahr sind insbesondere ämterübergreifende Geschäftsabläufe in den Bereichen Vorbereitung von Regierungs- und Kantonsratsgeschäften sowie Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam festgelegt, einheitlich abgebildet und teilweise bereits geschult worden. Geplant ist die Weiterführung des Projekts in Bezug auf die Abbildung der zentralen Geschäftsabläufe in den Ämtern.

### **Rechtsetzung**

Siehe Departementsaussagen zu Querschnittfragen.

### **Geologische Tiefenlager**

Das Kernenergiegesetz vom 21. März 2003 (KEG; SR 732.1) schreibt vor, dass die in der Schweiz anfallenden radioaktiven Abfälle im Inland entsorgt werden müssen. Die Suche nach geeigneten Standorten ist im Sachplanverfahren geologische Tiefenlager geregelt. Der Bundesrat hat Ende November 2011 Etappe 1 des Sachplanverfahrens abgeschlossen und den Standort Wellenberg als möglichen Standort für die Lagerung von schwach- und mittelaktiven Abfällen in den Sachplan aufgenommen. Der Vorsteher des Bau- und Raumentwicklungsdepartements vertritt die Interessen des Kantons Obwalden im Ausschuss der Kantone, welchem Regierungsvertreter aller Standortkantone angehören. Die Arbeitsgruppe wird von diversen Bundesstellen fachlich unterstützt. Mit beratender Stimme sind zudem angrenzende süddeutsche Gemeinden vertreten. Das Amt für Raumentwicklung und Verkehr hat einsitz in der Fachgruppe „Raumplanung“, das Departementssekretariat in der Fachgruppe „Information und Kommunikation“. Im weiteren Verlauf des Sachplanverfahrens nehmen die Standortgemeinden zentrale Funktionen wahr. Anlässlich der Talgemeinde vom 15. November 2011 hat der Vorsteher des Bau- und Raumentwicklungsdepartements in Engelberg über das laufende Verfahren informiert.

### **Archivierung**

Im Rahmen des Umzugs der Abteilung Strassenbau von der Flüelistrasse 3 (Haus des Waldes) in die Flüelistrasse 1 (Swisscom-Gebäude) anfangs 2011 ist die Belegung der Archivräume überprüft und teilweise neu organisiert worden. Das Departementssekretariat hat die Zusammenarbeit der Amtsstellen mit dem Staatsarchiv koordiniert. Dabei wurden Akten aus den Bereichen Strassenbau und Naturgefahrenabwehr dem Staatsarchiv abgeliefert. Aufgrund der engen Platzverhältnisse an der Flüelistrasse musste im Werkhof ein Zwischenarchiv eingerichtet werden.

## 61 Hoch- und Tiefbauamt (HTA)

Das Hoch- und Tiefbauamt ist die kantonale Anlaufstelle für Fragen um Hoch- und Tiefbauten des Kantons.

Die Abteilung Strassenbau ist zuständig für die Planung und den Bau der Kantonsstrassen (Projektleitung und Oberbauleitung) sowie den Vollzug der Lärmschutzverordnung entlang dieser Strassen. Bei der Nationalstrasse ist sie verantwortlich für die Projekte der Netzvollendung, d.h. die Strassenabschnitte A8 Umfahrung Lungern, A8 Giswil Nord – Ewil und A8 Lungern Nord – Giswil Süd. Das Strasseninspektorat sorgt für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Kantonsstrassen. Die Abteilung Hochbau und Energie ist verantwortlich für die Projektierung und die Realisierung der kantonalen Hochbauprojekte, die Bewirtschaftung und Verwaltung der kantonalen Liegenschaften sowie die Betreuung der Fachbereiche Energie, Wärmeverbund und Wasserrecht.

### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
<b>9</b>	<b>Energie</b> Fortsetzung der Umsetzung des Energiekonzepts 2009	Erfüllt: Das Förderprogramm 2011 mit einer Fördersumme von rund Fr. 400 000.– (112 Gesuche) wurde bearbeitet. Die Anpassungen im Baugesetz zum Energiebereich sind erfolgt. Die Mustervorschriften der Kantone (MuKE) im Energiebereich sind eingeführt. Die Energieberatung wurde mit zehn akkreditierten externen Energieberatern ergänzt.
<b>10.3</b>	<b>Baulicher Unterhalt Kantonsstrassen</b>	Erfüllt: Die Sicherstellung des Standards des Netzes ist gemäss Mehrjahresprogramm erfolgt: - Belagsarbeiten Panoramastrasse, Giswil; - Belagsarbeiten Brünigstrasse, Alpnachstad bis Niederstad; - Staldenstrasse 1. Etappe Breitholz bis Stalden: Entwässerung und Deckbeläge.
<b>10.3</b>	<b>Bau Kantonsstrassen</b> Brünigstrasse / Bahnhofstrasse Kägiswil: Sanierung Kreuzung Projekte: Melchtalerstrasse Abschnitt Eistlibach, Flüelistrasse und Rückbau Überführung Zentralbahn an Engelbergerstrasse Strassenlärmsanierung: Fortsetzung Sanierungsprogramm	Erfüllt: Die Bauausführung ist abgeschlossen.  Nicht erfüllt: Die Projekte wurden auf 2012 bis 2014 verschoben.  Erfüllt: Rund 81 Prozent der Fenstersanierungen sind erfolgt. Dies entspricht dem vorgesehenen Programmstand.
<b>10.3</b>	<b>Radrouten</b> Abschnitt Sarnen - Alpnach Abschnitt Sarnen – Kerns	Teilweise erfüllt: Das Vorprojekt ist in Arbeit. Erfüllt: Das Vorprojekt ist abgeschlossen.

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
<b>10.3</b>	<b>Bau Nationalstrasse A8 (Netzfertigstellung)</b>	Die Bauarbeiten verlaufen plangemäss nach dem 8. Langfristigen Bauprogramm des Bundes (Überarbeitung 2011).
	Umfahrung Lungern: Fortsetzung Bauarbeiten	Erfüllt: Der Tunnelrohbau ist fertiggestellt. Der Start der Montage Betriebs- und Sicherheitsausrüstung ist erfolgt.
	Giswil Nord – Ewil: Abschlussarbeiten	Erfüllt: Die Arbeiten sind abgeschlossen. Die Schlussdokumentation ist in Arbeit. Die Nachtragspendenzen Unternehmer sind erledigt.
	Lungern Nord – Giswil Süd (Tunnel Kaisertuhl): Generelles Projekt	Erfüllt: Das Generelle Projekt mit Umweltverträglichkeitsbericht ist zu 80 Prozent erstellt.
	A2/A8 Kirchenwaldtunnel: Schlussdokumentation und Sanierung Lopperstrasse	Erfüllt: Die Instandsetzung der Lopperstrasse befindet sich im Bau. Die Schlussdokumentation Kirchenwaldtunnel ist in Arbeit.
<b>13.3</b>	<b>Hochbau</b>	
	Polizeigebäude: Aufstockung	Erfüllt: Die Arbeiten sind im Sommer 2011 gestartet. Die Arbeiten verlaufen programmgemäss.
	Kantonsschule und Sportanlagen: Eröffnung	Erfüllt: Vorgesehene Bautermine konnten eingehalten und das Schulgebäude im März 2011 in Betrieb genommen werden.
	Kantonsspital: Projektierung Bettentrakt	Erfüllt: Das Bauprojekt mit Kostenvoranschlag ist bearbeitet und der Objektkredit vom Kantonsrat genehmigt worden. Die Volksabstimmung findet am 11. März 2012 statt.
	Kantonsbibliothek (Ausbau Grundacherhaus)	Erfüllt: Projektierung und Ausführung sind erfolgt.
	Jukopavillon: Neubau	Erfüllt: Im Auftrag des Sicherheits- und Justizdepartements konnte das Jugendkulturzentrum mit Kanti-Pavillons kostengünstig ausgeführt werden.
	Erwerb Werkhof Foribach vom Bund	Nicht erfüllt: Die Kaufverhandlungen wurden auf 2012 verschoben.

## 610 Tiefbau

### 6102 Strassenbau

#### Finanzierung (Bundesbeiträge)

Die Bundesbeitragssätze für die Fertigstellung der Nationalstrasse blieben im Berichtsjahr unverändert und belaufen sich auf 97 Prozent. Der Bundesbeitragssatz für Lärmschutz entlang der Kantonsstrassen beträgt 60 Prozent. Für die Hauptstrassen (Engelbergerstrasse) zahlt der Bund Globalbeiträge aus. Zusammen mit einem Zusatzbeitrag aus dem Infrastrukturfonds (Bei-

träge für Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen) beträgt diese Globale im Jahr 2011 rund 750 000 Franken.

### Bau Kantonsstrassen

#### Strassenlärmsanierung

Es wurden im Jahr 2011 Beträge von insgesamt 400 000 Franken für ausgeführte Fenstersanierungen an Gebäudeeigentümer ausbezahlt. In den Gemeinden Sarnen, Alpnach, Kerns, Sachseln, Giswil, Lungern und Engelberg sind bis Ende 2011 an 385 Gebäuden die Fenstersanierungen ausgeführt und rückvergütet worden oder der Gebäudeeigentümer hat schriftlich auf eine Fenstersanierung verzichtet. Dies entspricht ungefähr 81 Prozent aller Massnahmen aus den bewilligten Teilsanierungsprogrammen (TSP).

Gemeinde	Anzahl Gebäude mit Grenzüberschreitungen		Anzahl lärmsanierte Gebäude (Fenstersanierung)		% lärmsanierte Gebäude
Sarnen	134	(33)*	102	(27)*	76
Kerns	58	(6)*	47	(5)*	81
Sachseln	107	(22)*	85	(17)*	79
Alpnach	53	(11)*	40	(10)*	75
Giswil (Panoramastrasse)	27	(0)*	24	(0)*	89
Giswil (Brünigstrasse)**	37	(13)*	31	(10)	84
Lungern (Brünigstrasse)**	61	(22)*	56	(21)	92
Engelberg	1	(0)*	0	(0)*	0
<b>Total</b>	<b>478</b>	<b>(107)*</b>	<b>385</b>	<b>(91)*</b>	<b>81</b>

\* davon Gebäude mit Alarmwertüberschreitung

\*\* Brünigstrasse Giswil und Lungern ist Nationalstrasse 3. Klasse d.h. Kosten Fenstersanierung 100 % Bund (NFA)

#### Neue Radwegverbindungen

Für die Radwegverbindung Sarnen – Kerns wurde ein Vorprojekt ausgearbeitet. Es wird mit Kosten von ungefähr 3,0 Millionen Franken gerechnet. Weitere Abklärungen und Etappierungsvorschläge sind in Arbeit.

#### Engelbergerstrasse, Engelberg

Das Projekt Instandsetzung des Lehnenviadukts Boden nach dem Unwetter 2005 ist vollständig abgeschlossen, inklusive Landvermarchung und Schlusssdokumentation. Die Objektkreditabrechnung erfolgt 2012.

Der Projektstart für die Überführung der Zentralbahn im Gebiet Grünenwald, welche abgebrochen werden soll (Strasse neu auf geschüttetem Damm), wurde auf das Jahr 2012 verschoben. Das Projekt Erneuerung Fangtobelbrücke wurde zusammen mit dem Wasserbauprojekt bearbeitet. Der Objektkredit ist durch den Kantonsrat erteilt. Der Bau konnte Ende Jahr gestartet werden.

#### Umgestaltung Knoten Brünigstrasse / Bahnhofstrasse Kägiswil

Die Bauarbeiten dieses Knotenumbaus (Verbesserung Verkehrssicherheit) konnten im August 2011 innerhalb des Kostenvoranschlags abgeschlossen werden. Es ist nun vorgesehen, für den Ausbau der Bahnhofstrasse vom neuen Knoten bis vor die Sarneraa-Brücke im Jahr 2012 ein Bauprojekt auszuarbeiten.

#### Neubau Kreisel Sarnerstrasse/Hinterfluestrasse/Wijermatt, Kerns

Als wichtiger Beitrag zur Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung auf der Kantonsstrasse eingangs Kerns soll im Zusammenhang mit der neuen Erschliessung des Quartiers Wijermatt (private Investoren) und des steigenden Verkehrsaufkommens auf der Hinterfluestrasse (Ent-

sorgungsplatz der Gemeinde) die Kreuzung beim Gemeindehaus in einen Kreislauf umgebaut werden. Das Projekt ist erarbeitet und soll mit Kostenbeteiligung der Gemeinde und des privaten Investors 2012 umgesetzt werden.

### **Bau Nationalstrasse A8 (Fertigstellung)**

(vollständige Projektbeschreibungen siehe auch [www.a8-ow.ch](http://www.a8-ow.ch))

#### *Umfahrung Lungern: Alle Arbeiten verlaufen nach Programm*

Im Herbst 2011 konnten alle Rohbauarbeiten des Haupttunnels mit den Portalbauwerken und dem Sicherheitsstollen abgeschlossen werden. Beim Nord- und Südportal wurden Trasseearbeiten bei den Rampen gestartet. Vom Oktober bis Dezember wurden die Tunnelwände beschichtet und gemalt, nach dem vorgängig der erste Belag (Tragschicht) eingebracht worden war.

Die Montagen für die Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen in den Zentralen sowie im Haupttunnel und dem Sicherheitsstollen sind gestartet.

Schweizweit erstmals werden in Lungern in einem langen Tunnel LED-Tunnelleuchten eingesetzt. Diese neue Generation von Leuchtmitteln haben bezüglich Investitionen (Anzahl Leuchten, Verkabelung) und Betrieb (Energieverbrauch) wesentliche Vorteile gegenüber den bisher in Tunnels verwendeten Leuchtentypen. Die Montagen erfolgen 2012.

Die Eröffnung der Umfahrung Lungern ist auf Mitte Dezember 2012 geplant.

#### *Lungern Nord – Giswil Süd (Tunnel Kaiserstuhl): Bearbeitung Generelles Projekt*

Die Projektstudie in Form einer Machbarkeits- und Zweckmässigkeitsstudie wurde anfangs 2011 abgeschlossen und vom Regierungsrat genehmigt. Das ASTRA genehmigte im Mai 2011 diese Projektstudie (Variantenentscheid) ebenfalls und beauftragte den Kanton mit der Ausarbeitung des Generellen Projekts. Das Generelle Projekt für den 4,5 km langen Strassenabschnitt basiert auf dem 2,5 km langen Tunnel Kaiserstuhl, einem Halbanschluss Lungern Nord (Ein- und Ausfahrt Richtung Luzern) und einem Dreiviertelanschluss Giswil Süd (Ein- und Ausfahrt Richtung Bern, Ausfahrt Richtung Luzern). Es ist vorgesehen, das Generelle Projekt Mitte 2012 dem Bundesrat zur Genehmigung einzureichen.

#### *Giswil Nord – Ewil: Abschlussarbeiten*

Mit den Instandsetzungsarbeiten der Kantonsstrasse zwischen Zollhaus und Ewil konnten Mitte 2011 die Bauarbeiten abgeschlossen werden. Die Schlusssdokumentation und Abrechnungen sind in Arbeit und werden noch bis 2012/13 dauern.

#### *A2/A8 Kirchenwaldtunnel / Verbindungstunnel: Instandsetzung Lopperstrasse*

Die Instandsetzung der Lopperstrasse auf dem Kantonsgebiet von Obwalden und Nidwalden, mit der Erneuerung der Seemauern, der Instandsetzung der Entwässerung und der Anpassung der Randabschlüsse ist zum grossen Teil abgeschlossen. Bis Mitte 2012 erfolgen noch die Belagsarbeiten. Die Bearbeitung der Schlusssdokumentation des gesamten Kirchenwaldtunnelprojekts ist gemäss Vorgabe des Bundesamts für Strassen sehr umfangreich und zeitintensiv. Sie werden noch bis 2013 dauern.

## **Ausbau Nationalstrasse A8**

### *Erweiterung Anschluss Alpnach Süd zu einem Vollanschluss*

Die Erarbeitung des Generellen Projekts ist gestartet worden. Es ist vorgesehen, dass der Regierungsrat das Projekt Mitte 2012 dem Bund zur Prüfung und Genehmigung einreicht. Der Kantonsrat muss Mitte 2012 den Kantonsanteil der anfallenden Kosten in Form eines Objektkredits genehmigen. Die Gemeinde Alpnach muss ihren Anteil mittels Volksabstimmung genehmigen. Kanton und Gemeinde haben den Vollanschluss zu 100 Prozent selbst zu finanzieren.

## **612 Strasseninspektorat**

### **6120 Betrieblicher Strassenunterhalt**

Aus Sicht des betrieblichen Unterhalts kann von einem weitgehend normalen Betriebsjahr gesprochen werden. Die für den betrieblichen Unterhalt der Strassen wichtigen Arbeiten konnten ausgeführt werden. Der kalte Winter führte auf etlichen Strassenabschnitten zu Rissbildungen und Belagsausbrüchen. Um weitere Folgeschäden zu verhindern und die Verkehrssicherheit aufrechtzuerhalten, wurde ein überdurchschnittlicher Reparaturaufwand notwendig. Einzelne heftige Gewitter vor allem in der Gemeinde Giswil führten zu kurzfristigen Behinderungen auf der Brünigstrasse und der Panoramastrasse mit nachfolgenden Aufräume- und Wiederinstandstellungsarbeiten.

### **6122 Baulicher Unterhalt**

2011 standen für bauliche Unterhaltsmassnahmen auf dem Kantonsstrassennetz 1,5 Millionen Franken zur Verfügung. Mit diesen Mitteln wurden hauptsächlich Belagsarbeiten an der Panoramastrasse, Abschnitt Mörlialp bis Mörliegg und an der Brünigstrasse durch Alpnachstad bis Niederstad ausgeführt.

Zusammen mit der Gemeinde Sarnen ist ein Instandsetzungskonzept für das Trennen von Schmutz- und Meteorwasser entlang der Glaubenbergstrasse erstellt worden. In Etappen wird bis ins Jahr 2014 das Leitungsnetz von der Landenbergstrasse bis Stalden / Sagenegg erneuert. Wo Bedarf besteht, wird zusätzlich eine neue Leitung für die Wasserversorgung verlegt. Nach Abschluss der Leitungsarbeiten wird der Fahrbahnbelag erneuert. Im vergangenen Jahr wurde mit der ersten Etappe auf dem Abschnitt Breitholz bis Stalden begonnen.

Wegen stark zunehmenden Setzungen entlang der Panoramastrasse sind mittels Holzkastenverbau unterhalb Glaubenbielen und bei der Örtlichkeit Dotzweg die talseitigen Böschungen stabilisiert worden.

## **614 Hochbau**

### **6140 Hochbauten**

#### **Gebäudeunterhalt (Auswahl der wichtigsten Einzelmassnahmen)**

*Verwaltungsgebäude:* Die Zufahrt zur Tiefgarage wurde mit einem neuen Hartbetonbelag saniert. In einzelnen Büros wurden die Bodenbeläge ersetzt.

*Polizeigebäude:* Im Gefängnislaufhof wurde ein kleines Dach als Unterstand für die Gefangenen erstellt. Ein Teil der Notzufahrt zur Tiefgarage wurde überdacht für die Anlieferung des Gefängnisses. Lagerräume im Untergeschoss wurden umgebaut und einer andern Nutzung zugeführt.

*Berufs- und Weiterbildungszentrum Sarnen:* In einem Schulzimmer wurden zwei Dachoblichter zum Öffnen ausgerüstet und zwei Sonnenschutzrollos angebracht. Die Heizungsradiatoren im Korridor wurden mit fest installierten Sitzbänken abgedeckt.

*Berufs- und Weiterbildungszentrum Giswil:* Im Untergeschoss mussten der Aufenthaltsraum und ein Keller nach einem Wassereintrich (verursacht durch ein heftiges Gewitter) saniert werden. Sämtliche Treppen- und Abschluss-Geländer wurden ersetzt, da sie die Sicherheitsbestimmungen nicht mehr erfüllten.

*Altes Gymnasium:* Im 3. Obergeschoss wurden in den Schulzimmern die Parkettböden abgeschliffen und neu versiegelt. Ein Schulzimmer im 3. Obergeschoss wurde in ein Zeichnungszimmer umgebaut und im ganzen Gebäude wurde ein drahtloses, lokales Netzwerk (WLAN) installiert.

*Bürogebäude Dorfplatz 4a:* Sämtliche Fenster wurden ersetzt und den geltenden Lärmschutzvorschriften angepasst.

*Altes Kollegium:* Die Schiessanlage wurde ersetzt und dem Schiesssystem der Kantonsschule angepasst. Im Erdgeschoss wurde das Bildungs-Informations-Zentrum (BIZ) umgebaut und im 1. Obergeschoss in der Cafeteria eine Akustikdecke angebracht.

*Wärmeverbund Sarnen:* Ersatz der Steuerung für Regulierung Heizung-Kältefernleitung.

*Flüelistrasse 1:* Das Hoch- und Tiefbauamt wurde anfangs Jahr in den Räumlichkeiten der Flüelistrasse 1 zusammengeführt. Die notwendigen Umbauarbeiten betrafen Schallschutz, Maler- und Stromerarbeiten sowie Möblierung von Sitzungszimmer, Pausenraum, Archivraum und einzelne Büros.

Bei allen Gebäuden wurden Dachkontrollen sowie die periodischen Service- und Kontrollarbeiten ausgeführt. Auch mussten in allen Gebäuden des Kantons die Beschriftungen dem geltenden Corporate Design angepasst werden.

## **Projekte**

### *Kantonsschule und Sportanlagen*

Das Schulgebäude und die Mensa konnten termingerecht im März bezogen werden. Das Zämmä-Zmittag-Team wurde auf Ende Schuljahr verabschiedet. Die Gastronomiegruppe ZFV-Unternehmungen hat neu den Mensabetrieb übernommen.

Die Umgebungsarbeiten wurden mit der Bepflanzung der Bäume Mitte November fertiggestellt. Für 2012 sind noch Zusatzarbeiten auszuführen und kleinere Baumängel zu beheben. Der richtige Umgang mit der kontrollierten Lüftung ist weiter zu optimieren.

### *Juko-Pavillon*

Der Neubau des Jugendkulturzentrums (Juko-Pavillon) wurde termingerecht abgeschlossen. Die Übergabe an die Betreiber des Juko-Pavillons fand anfangs Juli 2011 statt, sodass noch genügend Zeit blieb, den Pavillon vor der Eröffnung von Mitte September einzurichten. Die während des Baus zusätzlich getroffenen Lärmschutzmassnahmen (Vorhangkonstruktion), die aufgrund einer Empfehlung des Bauphysikers erstellt wurden, haben sich bisher bewährt.

#### *Kantonsbibliothek*

In Zusammenarbeit mit den Nutzern und der Denkmalpflege konnte für den Umbau der ehemaligen Hauswartwohnung im Grunddächerhaus eine sehr gute Lösung gefunden werden. Der zusätzlich geschaffene Raum steht neu der Bibliothek zur Verfügung. Trotz den sehr strengen Auflagen bezüglich Brandschutzvorschriften konnte der Kostenvoranschlag von rund Fr. 270 000.– eingehalten werden.

#### *Aufstockung Polizeigebäude*

Im Juli 2011 wurde die Baubewilligung erteilt. Ende August war Baubeginn. Die Bauarbeiten verlaufen bisher planmässig und bewegen sich in dem vom Kantonsrat vorgegebenen Kostenrahmen von knapp 3 Millionen Franken. Bis Ende Jahr wurden unter Aufrechterhaltung des Betriebs die Holzelemente versetzt und der Rohbau aufgestellt. In der Gestaltung orientiert sich das neue Volumen am Bestand. Das neue Dach wurde für eine spätere Photovoltaikanlage vorbereitet. Bei einem positiven Förderungsentscheid seitens Swissgrid wird die Photovoltaikanlage realisiert.

Auf den rund 670 Quadratmetern Geschossfläche werden kranzartig 18 neue Büros für das Sicherheits- und Justizdepartement erstellt. In der Mitte ist ein Schulungs- und Rapportraum mit einer flexiblen Doppelnutzung angeordnet. Dieser Raum ist auch für die Nutzung durch den kantonalen Führungsstab vorgesehen. Die Inbetriebnahme ist für Mai 2012 vorgesehen.

#### *Kantonsspital Obwalden Bettentrakt*

Im Februar 2011 beauftragte der Regierungsrat das Architekturbüro Fugazza Steinmann & Partner AG von Wettingen (Gewinner des Projektwettbewerbs) mit dem Generalplanermandat. Nach einem intensiven Planungsjahr wurde das Wettbewerbsprojekt mit vielen Optimierungen, die in Zusammenarbeit mit den Nutzern erarbeitet wurden, in ein ausgereiftes Bauprojekt mit Kostenvoranschlag überführt. Der Kantonsrat stimmte dem Projekt und dem beantragten Objektkredit von 40,4 Millionen Franken am 1. Dezember 2011 klar zu (52:0 bei 2 Enthaltungen). Vorbehältlich des positiven Ausgangs der Volksabstimmung vom 11. März 2012 wird anschliessend sofort das Baugesuch eingereicht. Bei einem programmgemässen Verlauf der Vorbereitungsarbeiten (keine Einsprachen, keine Submissionsbeschwerden, Baubewilligung etc.) ist im August 2012 Baubeginn. Der neue Bettentrakt sollte bis Ende 2013 fertiggestellt sein. Rund ein Jahr später ist der Abschluss der Umbauten im alten Gebäude geplant.

## **6145 Energie**

*Förderprogramm 2011:* Das Förderprogramm 2011 weist gegenüber dem Fördermodell 2010 nur kleine Änderungen auf. Bis Ende Jahr wurden 112 kantonale Fördergesuche mit einer Fördersumme von Fr. 393 080.– behandelt.

*Wirkungsanalyse Förderprogramm:* Im Dezember 2011 fand die vertiefte Plausibilisierung der Berichterstattungen 2009 und 2010 gegenüber dem Bund statt. Im Kurzbericht zur geprüften Berichterstattung beurteilt der Bund das Obwaldner Förderprogramm als gut. Die Berichterstattung an den Bund erfolgt jährlich im März. Die Wirkungsanalyse (Statistik) ist jeweils ab Mitte Jahr verfügbar.

*Baugesetz und MuKE:* Die Anpassungen im Baugesetz zum Energiebereich wurden eingeführt und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen am 17. Mai 2011 erlassen. Aufgrund dieser Anpassungen konnten die Mustervorschriften der Kantone (MuKE) per 1. Juni 2011 eingeführt werden.

*Gebäudeprogramm:* Beim nationalen Förderprogramm wurde vom Bund per 1. April 2011 eine Programmanpassung vorgenommen. Sie bewirkte eine Reduktion der kleinen Gesuche. Insgesamt wurden 122 Beitragsgesuche für die Sanierung der Gebäudehülle abgewickelt.

*Energieberatung:* Die Energiefachstelle weitete die Energieberatung aus und akkreditierte zehn externe Energieberater, um eine neutrale Vorort-Energieberatung gewährleisten zu können.

*Energiestadt:* Dank dem Einsatz der Gemeinden und des Elektrizitätswerks Obwalden haben sämtliche Gemeinden bis Ende 2011 das Energiestadtlabel erhalten, ein Ziel, das bisher kein anderer Kanton erreicht hat. Die Energiefachstelle wirkte unterstützend im Prozess mit und beteiligte sich finanziell.

*Gemeinden-Vollzugskontrolle:* Die Energiefachstelle begleitete und finanzierte das Projekt zur Vereinheitlichung der Handhabung der Energienachweiskontrolle im Kanton Obwalden.

*Förderprogramm-Vollzugskontrolle:* In Zusammenarbeit mit der Fachvereinigung Wärmepumpen Schweiz (FWS) führte die Energiefachstelle 2011 erstmals die Vollzugskontrolle für Wärmepumpen durch.

## 62 Amt für Wald und Landschaft (AWL)

Das Amt für Wald und Landschaft ist die kantonale Anlaufstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Jagd sowie Abwehr von Naturgefahren.

Die Abteilung Wald und Natur befasst sich mit der nachhaltigen Waldentwicklung, der Sicherung des Waldareals, den forstlichen Fördermassnahmen (Schutzwaldpflege, Jungwaldpflege, Biodiversität im Wald, Infrastrukturanlagen), dem Forstschutz, der Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, mit dem Schutz der Wildtiere und der Erhaltung ihrer Lebensräume sowie der Jagdplanung.

Die Abteilung Naturgefahren befasst sich mit der Erkennung und Verminderung von Risiken bei Naturgefahren. Sie übt die Oberaufsicht über die Gewässer und die Aufsicht über Stauanlagen aus.

### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
<b>7.6</b>	<b>Gefahrenabwehr</b> (Schutzbauten nach Waldgesetz WaG) - Naturgefahrenabwehr	Erfüllt  <i>Abgeschlossene Projekte:</i> - Sanierung Schildrübi, Lungern - Sanierung Eibachsperrren, Lungern - Integralprojekt WSSW, Sarnen: Schlussdokumentation - Integralprojekt Laui Giswil: Schlussdokumentation  <i>Projekte in Ausführung:</i> - Hochwasserschutzprojekt Fangtobel, Engelberg - Hochwasserschutzprojekt Schwandbach Wilerstrasse, Sarnen - Rutschung Hintergraben, Sarnen - Sofortmassnahmen nach Unwetter Sommer 2011, Giswil, Lungern und Sachseln  <i>Projekte in Planung:</i> - Verbauung Mittellauf Zimmertalgraben, Sarnen - Verbauung Juch, Sachseln - Schneerutschverbau Rehplätz, Lungern - Hochwasserschutzprojekt Enemattgräben, Lungern

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	Stand der Erfüllung
<b>7.6</b>	<b>Wasserbau</b> (Schutzbauten nach Wasserbaugesetz WBG)  - Hochwassersicherheit	Erfüllt  <i>Abgeschlossene Projekte:</i> - Reusswehr, Luzern  <i>Projekte in Ausführung:</i> - Sanierung Steinibachsperrren, Sachseln - Sanierung Schwellen Kleine Schliere (Brücke Kantonsstrasse bis Sammler Chilcherli, B6) - Sofortmassnahmen nach Unwetter Sommer 2011, Giswil, Lungern und Sachseln - Sofortmassnahmen nach Unwetter Oktober 2011, Engelberg, Kerns und Sachseln  <i>Wasserbauprojekte in Planung:</i> - HWS Mehl- und Rübibach, Kerns - HWS Sarneraa Alpnach, Grosse Schliere Alpnachersee, Alpnach - HWS Kleine Schliere, Alpnach - HWS Wissibächli, Giswil - HWS Holzbrücke Giswiler Laui, Giswil - Erhöhung Laidamm Zimmerplatz, Giswil - Erhöhung Laidamm Riedtlisteg, Giswil - HWS Edisriederbach Sammler – Aelggi-strasse, Sachseln - Holzurückhalt Geschiebesammler Sigetsbach, Sachseln
<b>7.6</b>	<b>Unwetter OW</b> (Gefahrenabwehr Schutzbauten nach Wasserbaugesetz)  - Hochwassersicherheit	Erfüllt  <i>Wasserbauprojekte in Ausführung:</i> - HWS Kl. Melchaa, Sachseln und Giswil  <i>Wasserbauprojekte in Planung:</i> - HWS Sarneraatal, Sarnen - HWS Grosse Melchaa, Sarnen - HWS Engelbergeraa, Engelberg - HWS Mehlbach, Engelberg - HWS Engelbergeraa NW/OW, 6. Etappe (Federführung Kanton NW) - HWS Dorfbachsammler, Lungern
<b>7.7</b>	<b>Schutzwaldpflege</b>  - Schutzwaldpflege	Erfüllt Weiterführung der Massnahmen in den genehmigten altrechtlichen Projekten gemäss verfügbaren Krediten in den Gemeinden Kerns und Sarnen. Schutzwaldpflege gemäss NFA-Programmvereinbarung in den Gemeinden Alpnach, Engelberg, Giswil, Lungern und Sachseln.

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	Stand der Erfüllung
	- Forstschutz	Verhütung und Bekämpfung Käferbefall gemäss kantonalen Strategie.
	- Infrastruktur Schutzwald	Abschlussarbeiten Sanierung Geretschwandstrasse, Alpnach.
<b>9.3</b>	<b>Rechtliche Sicherung von Schutz- und Nutzungsplanungen in Objekten von nationaler Bedeutung</b>	<p><i>Moorlandschaft Glaubenberg:</i> Erfüllt: Die Schutz- und Nutzungsplanung Moorlandschaft Glaubenberg wurde öffentlich aufgelegt. Die eingegangenen Einsprachen sind nach Verhandlungen zurückgezogen worden.</p> <p><i>Wildruhegebiete Kanton Obwalden:</i> Teilweise erfüllt: Die Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete Kanton Obwalden wurde nach erfolgter Auflage umfassend überarbeitet und vom Regierungsrat als Planungszone erlassen.</p>
	- Hochmoorregeneration Langis	Erfüllt: Die Detailplanung des Verbaus der Erosionsrinne im Hochmoor Badmoos liegt vor.
	- Revision Verträge nach Natur- und Heimatschutzgesetzgebung (NHG-Verträge); 4. Etappe	Erfüllt: Über alle Gemeinden verteilt wurden insgesamt 34 NHG-Verträge überarbeitet und aktualisiert.
	- Massnahmen zur ökologischen Aufwertung (inkl. Vernetzungsprojekte)	Erfüllt: Das Vernetzungsprojekt Alpnach-Rengg wurde genehmigt.
	- Rechtliche Sicherung Waldreservate	Erfüllt: In Alpnach konnten die Naturwaldreservate „Tiergarten“ und „Hinterberg“ für die nächsten 99 Jahre vertraglich gesichert werden. In Giswil konnte das Naturwaldreservat „Giswilerstock“ für die nächsten 99 Jahre vertraglich gesichert werden.

## 621 Wald und Natur

### Veranstaltungsreihe „iisä Wald“

Im Rahmen des UNO-Jahres der Wälder organisierte das Amt für Wald und Landschaft zusammen mit dem Waldwirtschaftsverband Obwalden, den Korporationen und zahlreichen weiteren Partnern Veranstaltungen im ganzen Kantonsgebiet. In jeder Gemeinde wurde ein Waldtag mit einem bestimmten Schwerpunktthema durchgeführt (z.B. Erholung, Wildtiere, Steinschlag und Lawinen). Jeder Waldtag wurde von 150 bis 500 Personen besucht. Sorgfältig aufbereitete Informationen sensibilisierten dabei insbesondere Familien und Kinder für die vielfältigen Funktionen des Waldes. Am 31. Mai 2011 fand in Engelberg ein Waldtag für Politikerinnen und Politiker statt. Höhepunkt der Veranstaltungsreihe war das Familienfest auf dem OBWALD-Gelände vom 3. Juli 2011 mit Konzert, Waldparcours und Waldspielplatz. Begleitend wurde zudem die Broschüre „Unser Wald in Obwalden“ erstellt. Sie informiert anschaulich über die Zusammensetzung, die Funktionen und die Bewirtschaftung des Obwaldner Waldes.

### **NFA – Programmvereinbarungen**

Über die Programmvereinbarung Schutzwald führte das Bundesamt für Umwelt eine Stichprobenkontrolle durch. Die Vereinbarungen Schutzwald, Biodiversität im Wald sowie Wild- und Wasservogelschutzgebiete der 1. Programmperiode 2008-2011 können eingehalten werden. Bei der Programmvereinbarung Waldwirtschaft, Programmziel Jungwaldpflege ausserhalb Schutzwald, wurde die Programmvereinbarung wegen absehbarer Nichterfüllung der vereinbarten Fläche angepasst. Mit dem Auslaufen der 1. NFA-Programmperiode müssen alle altrechtlichen Projekte, unabhängig des Realisierungsstandes, abgeschlossen werden. Sämtliche forstliche Massnahmen werden künftig über die Programmvereinbarungen abgewickelt.

Die Verhandlungen zu den Programmen der 2. Programmperiode 2012-2015 konnten mit dem Bund, mit Ausnahme der Programmvereinbarung zum Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG) erfolgreich abgeschlossen werden. Im Bereich NHG konnte der Bedarf des Kantons nur etwa zu 90 Prozent gedeckt werden. Der kantonale Rahmenkredit wird dem Regierungsrat anfangs 2012 unterbreitet.

### **6212 Walderhaltung**

#### **Schadholzmenge weiterhin rückläufig**

Die im Jahr 2011 angefallene Schadholzmenge beläuft sich über den gesamten Kanton noch auf 1 525 Kubikmeter. Dies entspricht im Vergleich zum letzten Jahr (2 385 Kubikmeter) einem erneuten Rückgang von rund 40 Prozent. Damit ist bezüglich des Schadenanfalles das Niveau vor dem Orkan Lothar (1999) erreicht. Die Lage hat sich somit normalisiert.

#### **Walderhaltung**

Im Jahr 2011 wurden neun Rodungsbewilligungen für eine Gesamtfläche von 18 411 Quadratmetern Wald erteilt, davon 16 743 Quadratmeter temporär. Diesen Rodungsflächen stehen Ersatzleistungen in Form von Realersatz und in Form von Massnahmen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes gegenüber. In den Fonds für ökologische Ersatzleistungen bei Rodungen wurden Entschädigungen von rund Fr. 107 000.– einbezahlt (Erweiterung Werkareal Schlieren). Aus dem Fonds wurden nachträgliche Ersatzpflanzungen für das Rüfenprojekt 2005 in der Gemeinde Alpnach unterstützt (Fr. 1 457.–).

Im Weiteren wurden vier nachteilige Nutzungen von Waldareal, vier forstliche Bauten/Anlagen und zwölf nichtforstliche Kleinbauten innerhalb von Waldareal bewilligt.

### **6214 Waldentwicklung**

#### **Neue Schutzwaldausscheidung**

Die bisherige Schutzwaldausscheidung musste aufgrund neuer Bundeskriterien überarbeitet werden. Bis anhin galt die Ausscheidung „allgemeine“, „erhöhte“ oder „besondere“ Schutzfunktion. Diese umfasste den Obwaldner Wald zu je einem Drittel. Neu wird nur noch „Schutzwald“ oder „Nicht-Schutzwald“ ausgeschieden. Die Hälfte der Obwaldner Waldfläche (10 051 Hektaren) wurde als Schutzwald ausgeschieden.

Die prozentualen Anteile Schutzwald am Gesamtwald in den einzelnen Gemeinden betragen: Alpnach 58 Prozent, Engelberg 49 Prozent, Giswil 53 Prozent, Kerns 45 Prozent, Lungern 59 Prozent, Sachseln 66 Prozent, Sarnen 37 Prozent. Die zur Verfügung stehenden Bundes- und Kantonsmittel für die Schutzwaldpflege werden gemäss diesen Anteilen unter den Gemeinden aufgeteilt.

### **Waldpflege**

Im Rahmen der laufenden Programmvereinbarung Schutzwald wurden 353 Hektaren und über die altrechtlichen Einzelprojekte etwa 161 Hektaren Schutzwald gepflegt. Dabei fiel eine Holznutzung von knapp 41 000 Kubikmetern an.

Über die Programmvereinbarung Waldwirtschaft konnten 64 Hektaren Jungwald ausserhalb Schutzwald gepflegt werden. Im Rahmen der Umsetzung der Massnahmen zur Aufwertung der Lebensräume des Auerwildes konnten über die Programmvereinbarung Biodiversität im Wald weitere 36 Hektaren Wald gepflegt werden. Dabei fielen weitere 5 000 Kubikmeter Holz an. Gegen 45 Prozent des anfallenden Holzes wird mittlerweile energetisch – insbesondere in Holzschnitzelheizungen – verwertet.

### **Lehraufsicht für Forstwerte**

Die überbetrieblichen Kurse der Lernenden wurden unter Federführung der Organisationen der Arbeitswelt (OdA) Wald Zentralschweiz abgehalten.

### **Weitere Waldreservate vertraglich gesichert**

In Alpnach konnten zwischen der Korporation Alpnach und dem Kanton Obwalden die Naturwaldreservate „Tiergarten“ (35 Hektaren) und „Hinterberg“ (17 Hektaren) für die nächsten 99 Jahre vertraglich gesichert werden. Des Weiteren wurde mit der Korporation Alpnach mittels einer Vereinbarung das Naturwaldreservat „Rickmettlen“ (107,5 Hektaren) vorsorglich für die nächsten 50 Jahre gesichert, bis der Vertrag für das kantonsübergreifende Naturwaldreservat mit zahlreichen weiteren Waldeigentümern definitiv abgeschlossen werden kann. In Giswil konnte zudem zwischen der Korporation Giswil und dem Kanton Obwalden das Naturwaldreservat „Giswilerstock“ (47 Hektaren) für die nächsten 99 Jahre vertraglich gesichert werden. Mit diesen zusätzlichen Reservaten sind nun 7 Prozent des Obwaldner Waldes als Reservate gesichert.

## **6218 Natur und Landschaft**

### **Bearbeitung von kantonalen Schutz- und Nutzungsplanungen**

Die Schutz- und Nutzungsplanung zur Naturschutzzone Hanenried und der Gewässerraumzone Kleine Melchaa (Giswil und Sachseln) wurde am 1. Juli 2011 vom Kantonsrat genehmigt.

Die im Rahmen der Auflage eingegangenen Einsprachen zur Schutz- und Nutzungsplanung Moorlandschaft Glaubenberg (Giswil, Sarnen und Alpnach) wurden ausgewertet. Nach intensiven Verhandlungen konnten alle Einsprachen erfolgreich bereinigt werden.

Die Schutz- und Nutzungsplanung zur Naturschutzzone Siechenried (Kerns) wurde vom Regierungsrat in erster Lesung am 20. September 2011 verabschiedet und zur Anhörung freigegeben.

Zu den Auengebieten von nationaler Bedeutung Laui (Giswil) und Steinibach (Giswil und Sarnen) liegen Entwürfe der Schutz- und Nutzungsplanung vor. Dazu fand eine Begehung mit den Bundesbehörden als Aufsichtsinstanz über diese Gebiete statt.

### **Vernetzungsprojekte**

Das Vernetzungsprojekt Alpnach-Rengg wurde genehmigt. Die entsprechenden Bewirtschaftungsverträge wurden ausgearbeitet. Zudem wurde ein Vernetzungskonzept für den ganzen Kanton erarbeitet. Dieses soll zukünftig die Planung der Vernetzungskonzepte – neue Projektperimeter oder weitere Projektetappen – vereinfachen.

### **Bewirtschaftungsverträge Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG)**

Es wurden 34 NHG-Verträge überarbeitet. Alle überarbeiteten Verträge sind in das geografische Informationssystem übernommen worden. Zudem wurde eine Datenbank mit allen laufenden NHG-Verträgen aufgebaut.

### **Hochmoorregeneration**

Für die geplante Hochmoorregeneration im Gebiet Badmoos (Langis) wurde die notwendige Detailplanung erarbeitet. Aufgrund der notwendigen Überprüfung der statischen Anforderungen verzögerte sich die Ausführung der Massnahmen.

### **6219 Jagd**

#### **Regierungsrat erlässt Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete und eine Planungszone Wildruhegebiete**

Mit Beschluss vom 8. Februar 2011 gab der Regierungsrat die Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete im Kanton Obwalden zur erneuten Auflage frei. Während der Auflagefrist gingen beim Bau- und Raumentwicklungsdepartement 22 Einsprachen ein. Mit 15 der 22 Einsprechenden konnten im Rahmen der Einigungsverhandlungen gütliche Einigungen erzielt werden. Ein Einsprecher formulierte einen Teilrückzug. Sechs Einsprachen wurden mit Entscheiden des Bau- und Raumentwicklungsdepartements entschieden. Zwei Einsprecher reichten gegen diese Entscheide beim Regierungsrat Beschwerde ein. Der Regierungsrat wies beide Beschwerden ab. Am 15. November 2011 hat der Regierungsrat die Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete erlassen. Dagegen sind beim Verwaltungsgericht zwei Beschwerden erhoben worden. Die Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete kann dem Kantonsrat erst zur Genehmigung vorgelegt werden, wenn das Verwaltungsgericht über die beiden Beschwerden entschieden hat. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat über die nicht bestrittenen Wildruhegebiete vorsorglich eine befristete Planungszone erlassen. Sie gilt vom 1. Dezember 2011 bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete, längstens bis zum 1. Dezember 2016. In den von der Planungszone belegten Wildruhegebieten gelten die gleichen Pflichten, Verbote und Gebote wie in der vom Regierungsrat erlassenen Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete.

### **6226 Naturgefahren**

#### **Drei bedeutende Unwetterereignisse im Jahr 2011**

Im Jahr 2011 haben drei grössere Unwetterereignisse den Kanton Obwalden heimgesucht. In der Nacht auf den 30. Juni 2011 entlud sich im Gebiet Bürglen und Kleinteil ein heftiges Gewitter, welches die Bäche über die Ufer treten liess und zahlreiche Hangmuren auslöste. Dasselbe Gebiet wurde am 18. August 2011 von einem noch heftigeren Gewitter heimgesucht. Die Schäden an Infrastruktur, Häuser und Bachläufen waren bedeutend grösser. Auch die Bahnstrecke und die A8 waren betroffen. Die beiden Verkehrsachsen waren zwischen Giswil und Lungern aufgrund von Überschwemmung und Übersarung vorübergehend gesperrt.

Am 10. Oktober 2011 ereignete sich ein weiteres Hochwasser. Intensive Schneefälle, gefolgt von einer Warmfront mit intensiven Niederschlägen und einem Anstieg der Schneefallgrenze auf über 3 000 Meter über Meer, liessen die Pegel der Gewässer extrem schnell ansteigen. Besonders stark betroffen war die Gemeinde Engelberg, in der diverse Bäche und auch die Engelbergeraas über die Ufer traten. Dank den getroffenen Sofortmassnahmen nach dem Hochwasser 2005 konnten grössere Schäden im Dorf verhindert werden. Es entstanden dennoch beträchtliche Schäden am Gerinne und an Schutzbauten der Engelbergeraas. Im kleineren Ausmass war auch das Melchtal betroffen, wo das Hochwasser der Grossen Melchaa zu diversen kleineren Gerinneschäden führte.

#### **Schwemmholzräumungen auf den Seen**

Bei allen drei Unwetterereignissen wurden grosse Schwemmholzmengen in den Sarnersee transportiert. Insgesamt mussten rund 1000 Kubikmeter Schwemmholz vom Sarnersee geräumt werden. Daraus wurden rund 2700 Kubikmeter Schnitzel vorwiegend für Holzheizwerke produ-

ziert. Die Ereignisse betrafen den Alpnachersee kaum. Schwemmholzräumungen waren hier nicht nötig.

Die vom Amt für Wald und Landschaft 2009/2010 geschaffene neue Organisation für die Räumung und Verwertung des Schwemmholzes hat sich bewährt. Bei Bedarf löst das Amt für Wald und Landschaft Räumungsarbeiten auf den beiden Seen aus. Diese werden durch Forstunternehmer ausgeführt, die vertraglich verpflichtet sind, während der Sommersaison einen Pikettendienst aufrecht zu halten. Die Forstunternehmer verfügen über geeignete Boote und spezielle Ausrüstung zum Einsammeln und Auswassern des Holzes. Im Weiteren sorgen sie für die Verwertung des angefallenen Schwemmholzes. Dank den neuen, effizienten Strukturen konnte der verwaltungsinterne Aufwand drastisch reduziert und die Gesamtkosten für Schwemmholzräumungen gesenkt werden.

### **Rutschung/Hangmuren**

Im bekannten Rutschgebiet Hintergraben, Sarnen, ist seit Dezember 2010 eine Reaktivierung und massive Beschleunigung der Rutschmasse festzustellen. Die Rutschmasse umfasst ein Gebiet von rund 20 Hektaren beidseits des Schlimbachs. Mit einem Netz von 43 geodätischen Messpunkten wird die Rutschung seit Februar 2011 überwacht. Zur weiteren Untersuchung wurden im Sommer 2011 drei Bohrungen vorgenommen. Das Zentrum der Rutschung verschiebt sich bis zu 1,75 Meter pro Jahr talwärts. Die Bewegungsgeschwindigkeiten nehmen zum Rand hin ab bis zu wenigen Zentimeter pro Jahr. Die sehr aktive Rutschmasse wird auf ca. 4 Mio. Kubikmeter geschätzt, was einer Masse von rund 6 Mio. Tonnen entspricht.

Die Rutschung verursachte im Berichtsjahr grosse Schäden. Betroffen sind die Bachverbauung des Schlimbachs, Brücken und Strassen sowie mehrere Wohnhäuser und Ställe im Rutschgebiet. Personenrisiken bestanden nicht, weil sich die Rutschung kontinuierlich mit einer abschätzbaren Geschwindigkeit bewegte.

Die Rutschung wird weiterhin überwacht. Massnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Verbauung des Schlimbachs werden geprüft, erweisen sich aber aus technischer Sicht als sehr schwierig. Die Rutschmasse selber kann mit technischen Massnahmen nicht verlangsamt oder gestoppt werden.

### **Sturz**

Im 2011 ereigneten sich keine grösseren Stein- oder Blockschlagereignisse. Kleinere Ereignisse im üblichen Ausmass waren vor allem entlang diverser Strassen und Bahnlinien zu verzeichnen.

### **Gefahregrundlagen**

Sämtliche bedeutende Naturgefahrenereignisse werden in einer Datenbank (dem sogenannten StorMe) festgehalten und laufend aktualisiert. Sie ist eine wichtige Grundlage für zukünftige Gefahrenbeurteilungen. Die flächendeckend bestehenden Gefahrenkarten werden periodisch angepasst.

### **Masterplan Naturgefahren – Planung von Grossprojekten in der Abschlussphase**

Aufgrund der gemäss Gefahrenkarte festgestellten Risiken und der Erkenntnisse aus dem Unwetter 2005 wurde bereits im Jahr 2005 ein Masterplan zur Sicherheit vor Naturgefahren erstellt. Er wird im Halbjahresrhythmus nachgeführt. In verschiedenen Projektgebieten wurde die Planung und Ausführung von Massnahmen vorangetrieben.

Zurzeit laufen im Kanton Obwalden sehr viele Naturgefahrenabwehrprojekte. Die finanziellen und personellen Ressourcen im Kanton Obwalden reichen nicht aus, um alle Schutzbautenprojekte gleichzeitig zu planen und auszuführen. Aus diesem Grund ist im Jahr 2011 eine Priorisierung aller Schutzbautenprojekte anhand der Kriterien Wirtschaftlichkeit, aktueller Projektstand, Entwicklungspotenzial der betroffenen Gebiete und Verpflichtungen gegenüber Dritten (z.B.

Bund, Nachbarkantonen oder Gemeinden) vorgenommen worden. Der Regierungsrat hat diese Priorisierung am 23. August 2011 zu Kenntnis genommen.

Der Stand der bedeutendsten Projekte kann folgendermassen zusammengefasst werden (Auszug aus Masterplan):

<b>Gemeinde/Gebiet</b>	<b>Stand der Planung/des Projektes</b>
<p><b>Kanton</b> Hochwassersicherheit Sarneraatal: - Variante „Sarneraa tiefer gelegt und verbreitert“  - Variante „Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“  - Regulierung Sarnersee  Anteil Reusswehr</p>	<p>Teilweise erfüllt: Bau- und Auflageprojekt im Entwurf vorliegend.  Erfüllt: Entwurf Vorprojekt vorliegend. Ausschreibung TU-Submission am 15. Dezember 2011 im Obwaldner Amtsblatt und auf SIMAP erschienen.  Erfüllt: Planungskredit für Erarbeitung Wehreglement beim Kantonsrat beantragt.  Erfüllt: Bauabschluss</p>
<p><b>Sarnen</b> HWS Grosse Melchaa  HWS Schwandbach Wilerstrassenbrücke  Verbauung Zimmertalgraben</p>	<p>Erfüllt: Baubewilligung und Subventionsverfügung des Bundes liegen vor, erste Etappe ist bereits ausgeführt.  Erfüllt: Baubeginn im Herbst 2011.  Erfüllt: Baubewilligung liegt vor.</p>
<p><b>Kerns</b> HWS Mehl- und Rübibach bis Sammler St. Jakob</p>	<p>Erfüllt: Vorprojekt abgeschlossen, Submission Ingenieurarbeiten für Bauprojekt bis und mit Ausführung läuft.</p>
<p><b>Sachseln</b> Sperrrensanierung Steinibach  HWS Sigetsbach, Sanierung Geschiebesammler, Holzrückhalt, Überlastkorridor  Sanierung Edisriederbach  Entwässerung Juch</p>	<p>Erfüllt: In Ausführung.  Erfüllt: Variantenstudium mit Variantenentscheid ist erfolgt. Ausarbeitung Vorprojekt, geplanter Baubeginn im Februar 2013.  Erfüllt: Ausarbeitung Vorprojekt, geplanter Baubeginn im Herbst 2012.  Erfüllt: Anpassungen bei der Ausarbeitung des Vorprojekts.</p>
<p><b>Alpnach</b> HWS Sarneraa Alpnach, Grosse Schliere bis Alpnachersee  Sanierung Schwellen Kleine Schliere (Brücke Kantonsstrasse bis Sammler Chilcherli, B6)  HWS Kleine Schliere (Holzrückhalt, Ausleitung Überlastfall, Überlastkorridor)</p>	<p>Nicht erfüllt: Einsprachebehandlung in Angriff genommen, zusätzliche technische Abklärungen sind im Gang.  Erfüllt: In Ausführung.  Erfüllt: Variantenstudium mit Variantenentscheid ist erfolgt, Vorprojekt zur Vernehmlassung bei kantonalen Ämtern, Gemeinden und Infrastruktureigentümern erfolgt, Vernehmlassung beim BAFU im Gang.</p>

Gemeinde/Gebiet	Stand der Planung/des Projektes
<b>Giswil/Sachseln</b> HWS Kleine Melchaa	Erfüllt: In Ausführung.
Wissibächli	Erfüllt: Baubewilligung liegt vor.
<b>Lungern</b> Dorfbachsammler	Erfüllt: Bau- und Auflageprojekt an Bund zur Vorprüfung eingereicht.
Entwässerung Schildrübi	Erfüllt: Bauabschluss.
Sperrensanierung Eibach	Erfüllt: Bauabschluss.
Schneerutschverbau Rehplätz	Erfüllt: Projektierung im Gang.
<b>Engelberg</b> HWS Mehlbach	Erfüllt: Auflage erfolgt, Einsprachebehandlung in Angriff genommen.
HWS Engelbergeraas	Erfüllt: Auflage erfolgt, Einsprachebehandlung in Angriff genommen.
HWS Engelbergeraas NW/OW, 6. Etappe	Erfüllt: Planung Vorprojekt in Angriff genommen, Federführung Tiefbauamt Nidwalden.
HWS Fangtobel	Erfüllt: In Ausführung.

### Hochwasserschutzprojekte unter Trägerschaft der Gemeinden, begleitet durch den Kanton

Nach langer und intensiver Planungsarbeit konnten die Hochwasserschutzprojekte Engelbergeraas und Mehlbach, Engelberg, sowie das Hochwasserschutzprojekt Grosse Melchaa, Sarnen, öffentlich aufgelegt werden. Weil keine Einsprachen gegen das Projekt Grosse Melchaa eingegangen sind, liegen die Baubewilligung sowie die Subventionsverfügung des Bundes bereits vor und mit den Bauarbeiten für die zweite und dritte Etappe kann nächstens begonnen werden. Bei den HWS-Projekten in Engelberg sind Einsprachen eingegangen, deren Behandlung läuft. Beim Hochwasserschutzprojekt Kleine Melchaa, Giswil, konnten die Einsprachen erfolgreich bereinigt werden. Die Baubewilligung sowie die Subventionsverfügung des Bundes liegen vor. Der Spatenstich erfolgte am 12. September 2011. Die Bauarbeiten für den Geschiebesammler und die Brücke Kantonsstrasse sind im Gang. Parallel dazu wird die Ausführungsplanung und Submission der weiteren Baulose vorangetrieben.

Das Hochwasserschutzprojekt Sarneraas Alpnach, Geschiebesammler Schlierenrüti bis Alpnachersee, ist im Jahr 2010 öffentlich aufgelegt worden. Für die Behandlung der zurzeit noch hängigen Einsprachen sind weitergehende technische Abklärungen notwendig. Der Abschluss dieser Arbeiten ist noch ausstehend. Für das andere grosse Hochwasserschutzprojekt in der Gemeinde Alpnach, das Hochwasserschutzprojekt an der Kleinen Schliere, ist das Vorprojekt erarbeitet worden. Um die Funktionalität des geplanten Holzrückhalts und des geplanten Ausleitbauwerks für den Überlastfall zu überprüfen, sind physikalische Modelversuche in Vorbereitung.

### Hochwassersicherheit Sarneraatal (Trägerschaft Kanton)

Das Projekt Hochwassersicherheit Sarneraatal besteht aus den beiden Projektvarianten „Sarneraas mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“ und „Sarneraas tiefer gelegt und verbreitert“ sowie der Regulierung Sarnersee.

*Projektvariante „Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“*

Am 26. September 2010 stimmte das Obwaldner Volk der Initiative „Bergvariante Ost“ (entspricht Variante „Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“) zu. Der hierfür bewilligte Planungskredit betrug 1,8 Millionen Franken. Bereits im Vorfeld zur Abstimmung wurde seitens des Bau- und Raumentwicklungsdepartements darauf hingewiesen, dass dieser Planungskredit nicht ausreichend sei. Infolgedessen beantragte der Regierungsrat beim Kantonsrat einen Zusatzkredit von 1,1 Millionen Franken. Dieser wurde am 27. Januar 2011 genehmigt.

Im Jahr 2011 standen im Projekt Hochwassersicherheit Sarneraatal die Erarbeitung des Vorprojekts der Variante „Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“ und die Ausarbeitung der Totalunternehmerausschreibung im Vordergrund. Damit diese Ziele erreicht werden konnten, mussten umfangreiche Vorarbeiten geleistet, diverse Weichen gestellt und zahlreiche Entscheide (z.B. knapp 100 Entscheide durch die Projektsteuergruppe) gefällt werden.

Zusätzlich wurde entschieden, dass die Hochwasserschutzdefizite am Kernmattbach gleichzeitig mit dem Bau des Hochwasserschutzes im Sarneraatal beseitigt werden sollen. Die hierzu nötigen Planungen von Geschiebesammler, Fassungsbauwerken und Wirbelfallschacht, welche im Kernmattbach in der Nähe der ehemaligen „Teiggi“ zu liegen kommen, wurden ebenfalls parallel zu den Planungsarbeiten am Hochwasserentlastungsstollen und den notwendigen Massnahmen an der Sarneraa vorangetrieben.

Um den Bauherrn und das Ingenieurteam bei der Totalunternehmerausschreibung zu beraten, wurde im Sommer 2011 eine besondere Beratergruppe gegründet. Sie setzt sich aus Experten aus dem Stollen- und Wasserbau, einem Juristen, einem lokalen Vertreter und dem für den Kanton Obwalden zuständigen Wasserbauinspektor des Bundesamts für Umwelt (BAFU) zusammen. Die Experten hatten die Aufgabe, die von den Ingenieuren erarbeiteten Ausschreibungsunterlagen kritisch zu prüfen, Wissen und Erfahrung einzubringen und so die Ausschreibungsunterlagen zu verbessern. Am 15. Dezember 2011 wurde die Totalunternehmerausschreibung für die Planung und Erstellung des Hochwasserentlastungsstollens Ost im Amtsblatt Obwalden und auf der gemeinsamen elektronische Plattform von Bund, Kantonen und Gemeinden im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens (SIMAP) publiziert.

Der Entwurf des Vorprojekts der Projektvariante „Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost“ wurde dem Bauherrn durch die Projektingenieure zwischen Weihnachten und Neujahr zu einer ersten Prüfung abgegeben.

*Anmerkung:* Das Projekt Hochwassersicherheit Sarneraatal ist deutlich anspruchsvoller und vielschichtiger, als es der Projektauftrag seinerzeit erahnen liess. Das Engagement der Projektleitung und weiterer Mitarbeiter liegen deutlich über den damals getroffenen Annahmen. Dieser umfassende Einsatz lohnt sich jedoch nicht zuletzt deshalb, weil damit allfällige Schwachstellen frühzeitig erkannt und unliebsame Überraschungen vermieden werden können. Hohe Anforderungen stellte insbesondere die Ausarbeitung der Ausschreibungsunterlagen für die Totalunternehmerofferten. Weil bisher in der Schweiz noch nie Totalunternehmer beigezogen, bevor ein rechtskräftiger Variantenentscheid gefällt ist, konnte nicht auf Vergleichsmaterial zurückgegriffen werden.

*Projektvariante „Sarneraa tiefer gelegt und verbreitert“*

An der Projektvariante „Sarneraa tiefer gelegt und verbreitert“ wurde im Jahr 2011 nicht weiter geplant.

*Regulierung Sarnersee*

Unabhängig vom Variantenentscheid beim Hochwasserschutzprojekt wird die Abflusskapazität aus dem Sarnersee markant vergrössert. Dadurch wird das Wasserstandsregime im Sarnersee verändert. Der heute nicht regulierte Seestand wird künftig, gemäss einem neu zu erarbeitenden Wehrreglement, reguliert werden müssen. Die Planungskredite der beiden Projektvarianten schliessen die „Erarbeitung eines Wehrreglements für die Regulierung des Sarnersees“ nicht mit ein. Hierfür wurde dem Regierungsrat ein Planungskredit in Höhe von 0,75 Millionen Fran-

ken unterbreitet. Der Regierungsrat hat diesen im Dezember 2011 behandelt und dem Kantonsrat zur Genehmigung überwiesen.

### **Gewässerräume**

Seit dem 1. Januar 2011 ist das Gewässerschutzgesetz, seit dem 1. Juni 2011 die neue Gewässerschutzverordnung des Bundes in Kraft. Die neue Gesetzgebung verpflichtet den Kanton, die Gewässerräume an den Oberflächengewässern bis spätestens 31. Dezember 2018 auszuscheiden. Der Regierungsrat hat in erster Lesung Ausführungsbestimmungen verabschiedet, welche die Zuständigkeiten und das Verfahren zur Festlegung der Gewässerräume im Kanton Obwalden regeln. Im Rahmen einer Anhörung haben die Einwohnergemeinden und der Bauernverband dazu Stellung nehmen können. Nach der Auswertung und Einarbeitung dieser Stellungnahmen sollen die Ausführungsbestimmungen im ersten Quartal 2012 durch den Regierungsrat erlassen werden.

### **Lokale Naturgefahrenberater**

Mit dem Einsatz lokaler Naturgefahrenberater will der Kanton Obwalden die Alarmierung und Intervention im Ereignisfall optimieren und dadurch die Schäden von Naturereignissen reduzieren. Das vom Bund erarbeitete Konzept zur Einführung und Ausbildung von lokalen Naturgefahrenberatern ist in Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Führungsstab, Sicherheits- und Justizdepartement, auf die Gegebenheiten des Kantons Obwalden angepasst und die Gemeinden darüber informiert worden. Die Behandlung im Regierungsrat ist für anfangs 2012 vorgesehen. Ein erster Ausbildungskurs soll im März 2012 stattfinden.

### **Stauanlagen**

Gemäss Verordnung über die Sicherheit von Stauanlagen (Stauanlagenverordnung vom 1. Januar 1999) sind die Kantone seit dem 1. Januar 2006 für sämtliche Stauanlagen, welche nicht unter Bundesaufsicht stehen, verantwortlich. Darunter fallen auch sämtliche Druckleitungen, das heisst, auch jene Druckleitungen von Stauanlagen, welche unter Bundesaufsicht stehen. Die Aufsichtspflicht konnte aufgrund des Ressourcenmangels der Abteilung Naturgefahren nicht vollumfänglich wahrgenommen werden. Mit der durch den Kantonsrat genehmigten zusätzlichen Stelle in der Abteilung Naturgefahren sollte dieser Mangel behoben werden können.

### **Kiesabbau aus Gewässern**

Im Mittel der letzten zehn Jahre wurden durch konzessionierte Unternehmungen aus Obwaldener Gewässern pro Jahr 75 000 Kubikmeter Geschiebe entnommen. Damit wurde ein wesentlicher Beitrag an die regionale Rohstoffversorgung und den Gewässerunterhalt geleistet.

## 63 Amt für Raumentwicklung und Verkehr (ARV)

Das Amt für Raumentwicklung und Verkehr (ARV) ist die kantonale Anlaufstelle für Fragen betreffend Raumplanung, Verkehrsplanung und Baukoordination. Die wichtigsten Aufgaben des Amts sind die kantonale Richtplanung, die Unterstützung der kommunalen Behörden bei der Ortsplanung sowie die Gesamtverkehrsplanung. Weiter ist das Amt zuständig für die Verfahrenskoordination bei Bauvorhaben, die einer oder mehrerer kantonalen Bewilligungen bedürfen. Sodann ist die Fachstelle für Fuss- und Wanderwege ins ARV integriert.

### Zielerreichung

	<b>Amtsprojekte 2011</b>	<b>Stand der Erfüllung</b>
<b>9.2</b>	<b>Landschaftsentwicklung</b> Ausarbeitung von Entwicklungskonzepten für die Landschafts-Teilräume gemäss Bericht zur Umsetzung des kantonalen Richtplans vom 18. Januar 2011	Erfüllt: Für 5 von insgesamt 14 Teilräumen ist die Erarbeitung von Entwicklungskonzepten im Gang.
<b>8.1/ 9.3</b>	<b>Bauzonengrenzen und Bauzonenerweiterungen</b> Gemeindeweise Besprechung des Expertenberichts zu den Lagequalitäten der Randzonen der Siedlungsgebiete	Teilweise erfüllt: Der Expertenbericht wurde mit drei Gemeinden besprochen.
<b>9.8</b>	<b>Baukultur</b> Baukulturelle Optimierung von Bauvorhaben ausserhalb der Bauzonen	Erfüllt: Die Grundlagenarbeiten zur Sicherstellung einer guten Einordnung von Bauten und Anlagen in die landschaftliche Umgebung wurden vertieft. Die Umsetzung (Bezeichnung Fachberater, Vereinbarungen mit Gemeinden) steht noch aus.
<b>10.1/ 10.2</b>	<b>Verkehrsträger Schiene, öffentlicher Verkehr</b> Sicherung Raumbedarf Zentralbahn  Planung Neue Haltestelle Sarnen Industrie	Erfüllt: Mit der Planungsstudie „Zentralbahn 2050“ liegt die notwendige Grundlage zur Ermittlung und Sicherung des langfristigen Raumbedarfs der Zentralbahn vor.  Erfüllt: Die optimale Lage der neuen Haltestelle wurde in einem gemeinsamen Prozess des Kantons mit der Standortgemeinde Sarnen bestimmt. Auf dieser Grundlage wurde die Detailprojektierung eingeleitet.
<b>10.4</b>	<b>Langsamverkehr</b> Erarbeitung Plan des signalisierten Wanderwegnetzes in Obwalden	Erfüllt: Der Plan liegt vor und ist im Internet öffentlich zugänglich.

## 631 Raumentwicklung und Verkehr

### 6311 Raumplanung

#### ***Richtplanprojekte***

Bei den in die Zuständigkeit des Amtes für Raumplanung- und Verkehr fallenden zentralen Richtplanprojekten wurde im Berichtsjahr folgender Bearbeitungsstand erreicht (siehe auch Departementsaussagen zu Querschnittfragen):

#### *Projekt Landschaftsentwicklung*

Der Obwaldner Landschaftsraum wurde im Bericht zur Umsetzung des kantonalen Richtplans vom 18. Januar 2011 in 14 verschiedene Teilräume eingeteilt, für die gemäss Priorisierung gemeinsam mit den Gemeinden und weiteren Betroffenen detaillierte, massgeschneiderte Entwicklungskonzepte zu erarbeiten sind. Aufgenommen und vorangetrieben wurden im Berichtsjahr die Arbeiten für das Landschaftsentwicklungskonzept Pilatus (zusammen mit der Gemeinde Alpnach). Landschaftsrelevante Aussagen zu den in der Gemeinde Engelberg gelegenen vier Teilräumen Engelberg Dorf, Titlis, Brunni und Hahnen finden sich ausserdem im Entwurf zum touristischen Feinkonzept Engelberg-Wolfenschiessen. Dieses wurde dem Kanton mit Schreiben vom 10. Oktober 2011 zu einer Zwischenprüfung vorgelegt.

#### *Projekt Baukultur*

Die Grundlagenarbeiten zur Sicherstellung einer guten Einordnung von Bauten und Anlagen in die landschaftliche Umgebung wurden im Berichtsjahr weiter vertieft. Ausserdem haben Gespräche stattgefunden mit potenziellen Fachberatern.

#### *Projekt Bauzonengrenzen und Bauzonenerweiterungen*

Die im Vorjahr erarbeitete fachliche Gesamtbeurteilung der Siedlungsränder auf ihre Eignung für Siedlungserweiterungen wurde in den Gemeinden Sachseln, Alpnach und Lungern im Laufe deren Arbeiten für die Revision der Ortsplanungen erläutert und gemeinsam im Detail besprochen. Für die Ortsplanungen Sarnen und Kerns wurden die entsprechenden kantonalen Anliegen direkt in die Vorprüfungen eingearbeitet.

#### *Projekt Gesamtverkehr*

(siehe Ziffer 6313 Verkehrsplanung).

#### *Projekt Aufbau Raumb Beobachtung*

Für den Start dieser Aufgabe galt der Grundsatz, dass für die Raumb Beobachtung bereits vorhandene Grundlagendaten auszuwerten sind, bevor eigens neue Daten erhoben werden. Im Berichtsjahr wurde daraufhin die künftig jährliche Auswertung räumlicher Veränderungen mit Bezug zu raumordnungspolitischen Zielen vorbereitet. Es wurde abgeklärt, ob für Obwalden massgebende Datengrundlagen vorliegen. Zudem wurde die Zusammenarbeit unter den Datenerfassenden auf mögliche Optimierungen überprüft. Ergänzend wurde ermittelt, inwieweit Inhalte der Softwareanwendung GemDat Pegasus (siehe unten bei Baukoordination) für raumbezogene Aussagen verwendet werden können.

#### **Kantonale Nutzungsplanung für Deponien**

Für die Deponie Hinterflue (Gemeinde Kerns) wurde gestützt auf die überarbeiteten Grundlagen der Gesuchsteller das kantonale Nutzungsplanungsverfahren für die öffentliche Auflage vorbereitet. Aufgrund neuer Bedürfnisse aus kantonalen Projekten (Hochwassersicherheit Sarneraatal, Tunnel Kaiserstuhl A8) mussten diese Grundlagen ergänzt werden.

### Anpassungen kommunaler Zonenpläne und kommunaler Baureglemente

Die Vorprüfungen der Orts- und Verkehrsplanungsrevisionen der Gemeinden Sarnen und Kerns wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. Weiter wurden Vorprüfungen von Teiländerungen der Ortsplanungen (Zonenpläne und Baureglement) der Gemeinden Alpnach (Erweiterung Steinbruchareal Guber), Sachseln (Maxon, Betriebserweiterung) und Giswil (unterirdische Gewerbezone Pfdli) abgeschlossen.

Folgende Ortsplanungsrevisionen sind vom Regierungsrat genehmigt worden:

- Zonenpländerung Sagenried mit Änderung Baureglement und Auflage zur Erarbeitung kommunaler Gestaltungsvorschriften zur Eingliederung der Siedlung in die Landschaft (Gemeinde Kerns),
- Zonenplanänderungen Oberdorf, Bürglen, Brünigstrasse (Gemeinde Lungern),
- Zonenplanänderung Hag mit Änderung Baureglement (Gemeinde Lungern).

### Quartierpläne

Von den im Berichtsjahr durch die Gemeinden bewilligten Quartierplänen wurde – gemäss der geltenden Zuständigkeitsordnung – die Quartierplanänderung Wilerbad, Wilen, fachlich geprüft und vom Regierungsrat genehmigt.

### 6312 Baukoordination

Bei der kantonalen Baukoordination gingen im Jahr 2011 insgesamt 527 Baugesuche (Vorjahr: 684) ein. Davon benötigten 280 Gesuche wegen eines Standorts ausserhalb der Bauzonen einen kantonalen Raumplanungsentscheid. Zudem gingen 97 Vorabklärungsgesuche und 22 Plangenehmigungsgesuche ein und es wurden zu 19 Abarzellierungen Raumplanungsentscheide gefällt. Sodann wurden 53 Bauanzeigen behandelt.

Eingang Baugesuche bei der kantonalen Baukoordination 2011					
Gemeinden	innerhalb der Bauzone	ausserhalb der Bauzone	insgesamt	ausserhalb Bauzonen: zonenkonforme Vorhaben (Art. 16a, 18a und 22 RPG)	ausserhalb Bauzonen: nicht zonenkonforme Vorhaben (Art. 24 bis 24d und 37a RPG)
Sarnen	62	51	113	29	22
Kerns	27	43	70	26	17
Sachseln	42	40	82	19	21
Alpnach	48	40	88	10	30
Giswil	22	43	65	13	30
Lungern	22	27	49	6	21
Engelberg	24	36	60	10	26
<b>Total 2011</b>	<b>247</b>	<b>280</b>	<b>527</b>	<b>113</b>	<b>167</b>
Total 2010	373	311	684	127	184

<b>Gesamtübersicht Eingang Gesuche bei der kantonalen Baukoordination 2011</b>		
	<b>2011</b>	2010
Baugesuche	527	684
Plangenehmigungsverfahren	22	24
Vorabklärungen	97	83
Abparzellierungen	19	36
Bauanzeigen	53	55
<b>Total</b>	<b>718</b>	<b>882</b>

### **Gesuchserledigung / Bearbeitungszeit**

Den im Jahr 2011 insgesamt eingegangenen 718 Gesuchen (Vorjahr: 882) stehen 664 (Vorjahr: 825) Gesuchserledigungen gegenüber. Bei den nicht erledigten Gesuchen handelt es sich zum Teil um sistierte Verfahren.

Im Jahr 2011 wurden 78 Prozent (Vorjahr: 81 Prozent) der Baugesuche innerhalb der Vierwochenfrist gemäss Art. 32 Abs. 4 der Verordnung zum Baugesetz vom 7. Juli 1994 (GDB 710.11) erledigt und an das zuständige Bauamt retourniert. Längere Bearbeitungszeiten gab es zum Teil bei komplexen Bauvorhaben, die weiter gehender Abklärungen bedurften, bei Negativentscheiden sowie bei Baugesuchen, gegen die Einsprachen erhoben worden waren.

### **Grundlagenarbeiten**

Für die Anwendung der Softwarelösung GemDat Pegasus in der Verfahrensadministration hat die kantonale Baukoordination in Zusammenarbeit mit den Bauämtern, dem ILZ und den kantonalen Fachstellen die einzelnen relevanten Verfahrensabläufe soweit erfasst und bereinigt, als dies für die informatikmässige Umsetzung erforderlich ist.

## **6313 Verkehrsplanung**

### **Vernehmlassung zur Vorlage FABI**

Die Vorlage des Bundesrats ans Parlament für die zukünftige Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) wurde den Kantonen und interessierten Kreisen im Frühling 2011 zur Vernehmlassung unterbreitet. Die Vorlage beinhaltet einerseits die weitere Finanzierung der Bahninfrastrukturen über einen neuen Bahninfrastrukturfonds (BIF) und andererseits das langfristige strategische Entwicklungsprogramm (STEP) der Bahninfrastruktur in mehreren Dringlichkeitsstufen. In seiner Vernehmlassungsantwort forderte der Kanton Obwalden zusammen mit den anderen Zentralschweizer Kantonen, dass das Projekt des Tiefbahnhofs Luzern in die Dringlichkeitsstufe 1 des Programms STEP aufgenommen wird, weil es in sämtlichen Expertenberichten die beste und einzige aufwärtskompatible Ausbauvariante für den Bahnhof Luzern darstellt. Weiter begrüßte der Kanton Obwalden die Berücksichtigung der dringend notwendigen Doppelspurausbauten der Zentralbahn in den Kantonen Luzern, Obwalden und Nidwalden im Programm STEP.

### **Anpassungen Sachplan Verkehr**

Gleichzeitig mit dem Vernehmlassungsverfahren FABI wurden in einem Koordinationsverfahren mit dem Bundesamt für Raumplanung ARE und dem Bundesamt für Verkehr BAV die gemäss dem Programm STEP notwendigen sachplanrelevanten Doppelspurausbauten der Zentralbahn im Kanton Obwalden im Rahmen der Anpassungen und Ergänzungen 2012 zur Aufnahme in

den Teil Infrastruktur Schiene des Sachplans Verkehr angemeldet. Eine entsprechende Überprüfung und die Aufnahme grösserer Bahnprojekte im Sachplan Verkehr ist Voraussetzung für deren Finanzierung durch den Bund.

### **Planungsstudie „Zentralbahn 2050“**

Gemäss Richtplantext 83 sichert der Kanton mit Freihaltmassnahmen die Planung und Realisierung von Doppelspurbereichen auf den Talstrecken der Zentralbahn. Mit diesen Massnahmen wird sichergestellt, dass jene einspurigen Streckenabschnitte, welche die geplanten Fahrplanverdichtungen bis hin zum Viertelstundentakt beeinträchtigen würden, rechtzeitig auf Doppelspur ausgebaut werden können. Weiter hält der Richtplantext 82 fest, dass sich der Kanton im Interesse einer besseren Anbindung an die Agglomeration Luzern und das Mittelland gemeinsam mit den Kantonen Luzern und Nidwalden für den integralen Doppelspurausbau der Zentralbahn zwischen Luzern und Hergiswil einsetzt.

Aufgrund der genannten Richtplanaufträge hatte das Amt für Raumentwicklung und Verkehr zusammen mit den zuständigen Ämtern der Kantone Luzern, Nidwalden und Bern einem Verkehrsplanungsbüro den gemeinsamen Auftrag erteilt, den langfristigen Raumbedarf der Zentralbahn in diesen Kantonen aufgrund der prognostizierten Angebotsentwicklung bis zum Jahr 2050 zu ermitteln (notwendige Doppelspurausbauten, angepasste Linienführungen, neue, zusätzliche Bahnstrecken, mögliche neue Haltestellen, weitere Abstellanlagen für zusätzlich notwendiges Rollmaterial). Das Ziel der Planungsstudie ist es, den beteiligten Kantonen und Gemeinden aufzuzeigen, welche Raumsicherungen für die Infrastrukturmassnahmen der Zentralbahn nötig sind, mit deren Realisierung bis 2050 gerechnet werden kann.

Der Schlussbericht der Planungsstudie „Zentralbahn 2050“ liegt vor. Er gilt als vorläufige massgebende kantonale Grundlage für die weiteren Planungen der Schieneninfrastruktur. Den betroffenen Gemeinden wird er anfangs 2012 zuhänden ihrer Orts- und Verkehrsplanungen weitergeleitet.

### **Geplante Doppelspurausbauten**

Neben den Richtplanmassnahmen Nr. 79 und 80 (Sichern des Doppelspurausbaus der Zentralbahn im Raum Alpnach und Sarnen) gehört aufgrund der Angebotsplanungen der Zentralbahn auch der einspurige Streckenabschnitt beim Zollhaus vor Giswil zu den im Hinblick auf die geplanten Fahrplanverdichtungen notwendigen Doppelspurbereichen.

Das Projekt der Doppelspur Zollhaus ist Gegenstand eines seit Juni 2011 beim Bundesamt für Verkehr laufenden Plangenehmigungsverfahrens. Im Rahmen dieses Verfahrens hat der Kanton seine Anliegen eingebracht. Der damit verbundene Bau einer doppelspurigen Bahnbrücke über die zu verlegende Kleine Melchaa ist in das entsprechende Hochwasserschutzprojekt integriert und bewilligt worden.

Der heute einspurige Streckenabschnitt Sarnen Nord zwischen Kerns Kägiswil und Sarnen gehört ebenfalls zu den für die Fahrplanverbesserungen notwendigen Doppelspurausbauten. Die Finanzierung dieses Streckenabschnitts durch den Bund ist auf Antrag des Kantons in den Entwurf der Leistungsvereinbarung 2013-2016 der Zentralbahn mit 30 Millionen Franken aufgenommen worden.

### **Neue Haltestelle Sarnen Industrie**

Gemäss Richtplantext 75 fördert der Kanton den öffentlichen Verkehr mit einer Optimierung des Angebots. Zu diesen Angebotsoptimierungen gehört auch der Bau von neuen Haltestellen. Hierzu sieht der Richtplan als konkrete Massnahme die Planung einer neuen Bahnhaltestelle Sarnen Industrie vor (Richtplanmassnahme Nr. 78). Bis zum ersten Quartal 2011 hatte ein Ingenieurbüro für Verkehrsplanungen für den Kanton die erforderlichen Planungsgrundlagen erarbeitet. Anschliessend wurde die optimale Lage der neuen Haltestelle in einem gemeinsamen Prozess des Kantons mit der Standortgemeinde Sarnen und unter Einbezug des BAV aufgrund der erarbeiteten raum- und verkehrsplanerischen Kriterien ermittelt. Dieser Standortentscheid bildet die Grundlage für die nun folgende Detailprojektierung.

### **Verkehrsmonitoring Kanton Obwalden**

Die Einrichtung eines umfassenden Verkehrsmonitorings im Kanton Obwalden ist vorangetrieben worden. Die Zahl der kantonal installierten und betriebenen Zählstellen des Strassenverkehrs ist wegen der Planung des Vollanschlusses Alpnach Süd um vier erweitert worden. Gleichzeitig ist die Auswertung der erfassten Zählstellendaten erfolgreich umgesetzt worden. Auch die Aufbereitung der Verkehrsdaten aus dem öffentlichen Verkehr und den touristischen Transportanlagen ist im Gang.

### **Kantonaler Richtplan Wanderwege**

Der gültige Richtplan Wanderwege stammt aus dem Jahr 1995 und ist deshalb zu überprüfen und eventuell auch anzupassen. Als erster Schritt auf dem Weg zur Überarbeitung des Richtplans ist im Berichtsjahr der aktuelle Stand des gesamten im Kanton signalisierten Wanderwegnetzes digital erfasst und im Internet dargestellt worden.



## **5 Bericht zur Staatsrechnung 2011**



Kanton  
Obwalden



## **Erfreulicher Rechnungsabschluss 2011 ermöglicht Aufstockung der Schwankungsreserve**

Bei der Budgetierung für das Jahr 2011 ging der Regierungsrat von einem Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung von 1,2 Millionen Franken aus. Das ordentliche Ergebnis von 10,7 Millionen Franken erlaubt die Schwankungsreserve um weitere zwölf Millionen Franken zu äufnen und die Rechnung entsprechend dem Budget buchhalterisch mit einem Defizit von 1,3 Millionen Franken abzuschliessen. Die Schwankungsreserve dient dazu, die infolge der gestiegenen Ressourcenstärke weiter rückläufig ausfallenden Finanzausgleichsbeträge des Bundes teilweise auszugleichen.

Die Staatsrechnung 2011 kann mit den sehr guten Ergebnissen der Vorjahre erwartungsgemäss nicht mehr ganz Schritthalten. Das ordentliche Ergebnis von 10,7 Millionen Franken ist gegenüber dem Vorjahr um fast 7,5 Millionen Franken tiefer ausgefallen. Dieser Rückgang entspricht in der Grössenordnung den tieferen Finanzausgleichsbeiträgen des Bundes (31,4 versus 38,5 Mio. Franken). Als positiv ist zu werten, dass das ordentliche Ergebnis um fast zwölf Millionen besser ausgefallen ist, als budgetiert. Dazu beigetragen hat nicht nur die Konjunktorentwicklung mit erneut höheren Steuereinnahmen, sondern auch das Kostenbewusstsein und die Ausgabendisziplin der Verwaltung.

Der positive Trend zeigt sich nebst dem Rechnungsabschluss auch bei den volkswirtschaftlichen Kennzahlen. Augenscheinlich wird dies beim Wachstum der Bevölkerung und den eingetragenen Unternehmen im Handelsregister sowie auch bei den Arbeitslosenzahlen des Kantons. Die Arbeitslosenquote im Kanton betrug Ende 2011 1,2 Prozent und lag damit im schweizerischen Vergleich bei den tiefsten (CH = 3,3%). Die Gesamtbevölkerung stieg per Ende Jahr um 237 auf 36 016 Personen an. Ebenso augenfällig ist die Entwicklung der im Handelsregister eingetragenen Firmen. Mit einer erneuten Zunahme von 6 Prozent oder 225 Firmen auf 3 951 Eintragungen konnte wiederum ein Spitzenwert erzielt werden. Das gesetzte Wachstumsziel wurde im letzten Jahr somit erneut übertroffen.

Die Investitionsrechnung zeigt Gesamtausgaben von 93,2 Millionen Franken und eine Zunahme der Nettoinvestitionen von 21,8 Millionen Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 100 Prozent. Die nach wie vor sehr hohe Investitionstätigkeit des Kantons kann selbst finanziert werden. Als grösste Einzelinvestition konnte im letzten Jahr die Sanierung und der Neubau der Kantonsschule und der Mehrfachturnhalle abgeschlossen werden.

**Die Staatsrechnung ist im heutigen Umfeld grundsätzlich als positiv zu werten. Diese gute Ausgangslage ermöglicht es dem Kanton, die Mindererträge aus der NFA wegen des ab 2010 eingetretenen und erwarteten Anstiegs des Ressourcenindex abzufedern. Dementsprechend wird dem Kantonsrat der Antrag gestellt, aus dem Ergebnis der Staatsrechnung 2011 die Schwankungsreserve für wegfallende Finanzausgleichszahlungen um weitere zwölf Millionen Franken auf nunmehr insgesamt 51 Millionen Franken zu äufnen. Diese Schwankungsreserve wird in den kommenden Jahren gemäss der Integrierten Finanz- und Aufgabenplanung kontinuierlich aufgelöst und hilft dem Kanton somit zu einer stabilen und verlässlichen Finanzpolitik.**

## 1. Gesamtergebnis

Mit Beschluss vom 2. Dezember 2010 verabschiedete der Kantonsrat den vom Regierungsrat vorgelegten Budgetentwurf für das Jahr 2011. Dieser sah für die Erfolgsrechnung einen Gesamtaufwand von 290,1 Millionen Franken und einen Aufwandüberschuss von 1,2 Millionen Franken vor.

Nebst der bereits eingangs erwähnten positiven Entwicklung des Kantons ergaben sich weitere erfreuliche Ertragssteigerungen bzw. Aufwandunterschreitungen, auf die nachfolgend eingegangen wird.

In der Investitionsrechnung sah das Budget Gesamtinvestitionen von 107,3 Millionen Franken und eine Zunahme der Nettoinvestitionen von 29,6 Millionen Franken vor. Am 27. Januar 2011 bewilligte der Kantonsrat zudem einen Investitions-Nachtragskredit von 0,7 Millionen Franken. Die effektiven Nettoinvestitionen lagen mit 28,7 Millionen Franken deutlich unter den budgetierten Werten.

in 1'000 Fr.:	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010
<b>Erfolgsrechnung</b>			
Aufwand	284'866	290'111	277'953
Ertrag	295'579	288'960	296'145
Ordentliches Ergebnis	10'713 (1)	-1'151 (1)	18'192 (1)
ausserordentlicher Aufwand - Einlage Schwankungsreserve	12'000		18'000
<b>Aufwandüberschuss</b>	<b>-1'287</b>	<b>-1'151</b>	
<b>Ertragsüberschuss</b>			<b>192</b>
<b>Investitionsrechnung (IR):</b>			
Ausgaben	87'316	108'128	88'179.00
Einnahmen	58'624	72'495	58'563.00
<b>Nettoinvestitionen (effektiv)</b>	<b>28'692</b>	<b>35'633</b>	<b>29'616</b>
Veränderung Vorfinanzierungen	-6'900	-5'155	-2'080
<b>Zunahme Nettoinvestitionen</b>	<b>21'792</b>	<b>30'478</b>	<b>27'536</b>
<b>Finanzierung:</b>			
Zunahme der Nettoinvestitionen	21'792	30'478	27'536
Abzüglich Abschreibungen	11'036	13'494	9'410
Veränderung Schwankungsreserve	12'000		18'000
Ergebnis Erfolgsrechnung	-1'287	-1'151	192
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>-43</b>	<b>-18'135</b>	<b>66</b>
<b>Selbstfinanzierungsgrad:</b>			
	99.8%	40.5%	100.2%
1) inkl. Auflösung Rücklagen Steuerstrategieausgleich Gemeinden/Kanton	3'000	3'000	4'100

## Gestuffer Erfolgsausweis

in 1'000 Franken:	Rechnung 2011	Budget 2011	Rechnung 2010
<i>Betrieblicher Aufwand</i>	255'099	260'328	250'400
30 Personalaufwand	52'227	53'076	51'559
31 Sachaufwand	20'056	20'725	20'088
331 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	11'036	13'494	9'410
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	9'310	9'343	9'936
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	20'889	21'004	20'340
36 Eigene Beiträge	101'809	104'732	100'391
37 Durchlaufende Beiträge	39'143	37'853	37'569
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen (mit Fremdkapitalcharakter)	629	101	1'107
<i>Betrieblicher Ertrag</i>	244'252	238'596	251'419
40 Steuern	80'854	80'075	79'529
41 Regalien und Konzessionen	11'724	11'692	11'378
43 Entgelte	21'093	20'193	20'880
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	59'263	56'609	65'661
45 Rückerstattungen Gemeinwesen	2'120	2'442	2'480
46 Beiträge	29'443	28'902	32'043
47 Durchlaufende Beiträge	39'143	37'853	37'569
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen (mit Fremdkapitalcharakter)	612	830	1'879
<i>Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit</i>	-10'847	-21'732	1'019
32 Passivzinsen	443	861	740
330 Wertberichtigungen Finanzvermögen			1'990
42 Vermögenserträge	19'003	18'442	15'803
<i>Ergebnis aus Finanzierung</i>	18'560	17'581	13'073
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>7'713</b>	<b>-4'151</b>	<b>14'092</b>
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen (mit Eigenkapitalcharakter)	-12'000	0	-18'000
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen (mit Eigenkapitalcharakter)	3'000	3'000	4'100
<b>Ausserordentliches Ergebnis</b>	<b>-9'000</b>	<b>3'000</b>	<b>-13'900</b>
<b>Gesamtergebnis Erfolgsrechnung</b>	<b>-1'287</b>	<b>-1'151</b>	<b>192</b>

## 2. Bilanz

Dieser Rechnungsteil umfasst Aktiven und Passiven. Die Aktiven gliedern sich in das Finanzvermögen (Vermögenswerte, die nicht zur öffentlichen Aufgabenerfüllung benötigt werden) und das Verwaltungsvermögen (Werte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen). Die Passiven werden unterteilt nach Fremdkapital, Spezialfinanzierungen sowie Eigenkapital.

Bilanz per 31.12.2011

in 1'000 Fr.	Bilanz 2011	Bilanz 2010	Veränderung + Zuwachs/-Abnahme		Bilanz 2009
<b>Aktiven</b>					
<i>Finanzvermögen</i>	165'143	179'917	-14'774	-8.2%	215'453
Flüssige Mittel	10'318 (2)	930	9'388	1'009.5%	10'435
Guthaben	51'151 (3)	55'688	-4'537	-8.1%	73'621
Anlagen	99'570 (4)	118'680	-19'110	-16.1%	122'828
Transitorische Aktiven	4'104	4'619	-515	-11.1%	8'569
<i>Verwaltungsvermögen</i>	161'063	151'283	9'780	6.5%	133'136
Sachgüter	49'580 (5)	38'717	10'863	28.1%	25'923
Darlehen und Beteiligungen	62'206 (6)	62'052	154	0.2%	63'281
Investitionsbeiträge	23'297 (7)	17'634	5'663	32.1%	8'972
Spezialfinanzierungen	25'980 (8)	32'880	-6'900	-21.0%	34'960
<b>Total Aktiven</b>	<b>326'206</b>	<b>331'200</b>	<b>-4'994</b>	<b>-1.5%</b>	<b>348'589</b>
<b>Passiven</b>					
<i>Fremdkapital</i>	85'986 (9)	91'989	-6'003	-6.5%	120'795
Laufende Verpflichtungen	36'689	32'710	3'979	12.2%	53'801
Kurzfristige Schulden	6'806 (10)	7'637	-831	-10.9%	4'910
Mittel- und langfristige Schulden	1'000 (11)	8'000	-7'000	-87.5%	13'000
Verpflichtungen Sonderrechnungen	32'869 (12)	33'854	-985	-2.9%	33'834
Transitorische Passiven	7'068	8'284	-1'216	-14.7%	13'589
Delkredere	1'554	1'504	50	3.3%	1'661
<i>Spezialfinanzierungen</i>	86'140 (13)	83'844	2'296	2.7%	72'619
<i>Eigenkapital</i>	154'080 (14)	155'367	-1'287	-0.8%	155'175
<b>Total Passiven</b>	<b>326'206</b>	<b>331'200</b>	<b>-4'994</b>	<b>-1.5%</b>	<b>348'589</b>

<sup>2)</sup> Die relativ hohen Bestände an flüssigen Mitteln sind auf die nach wie vor ungewöhnliche Situation am Kapitalmarkt zurückzuführen. Die Zinsen auf Depositen- und Postcheckkonten waren höher als auf Festgeldern, weshalb die Ende Jahr vorhandene Liquidität entsprechend disponiert wurde.

<sup>3)</sup> Die Guthaben umfassen folgende Hauptpositionen:

	in Mio. Fr.	31.12.2011	31.12.2010
Kontokorrentguthaben mit dem Bund		21,2	26,2
<i>davon Eidgenössischer Finanzausgleich</i>		22,8	26,2
Steuerguthaben aus ausstehenden Kantonssteuern		6,6	6,6
Festgeldanlagen bei Postfinance		1,0	1,0
Reingewinn-Anteile und Abgeltung Staatsgarantie OKB		8,7	9,0
Kantonsanteil Verrechnungssteuer		2,2	2,1
Abrechnung Wasserzinsen		3,9	3,1
Übrige Guthaben		7,6	7,7

4) Die Anlagen werden nach internen Richtlinien, die unter anderem die Fälligkeitsstruktur und die Kreditlimite je Schuldner umfasst, angelegt. Per Ende Jahr teilen sich die Anlagen wie folgt auf:

	<i>in Mio. Fr.</i>	31.12.2011	31.12.2010
Bankanlagen bei Obwaldner Kantonalbank		30,0	45,0
Bankanlagen bei Raiffeisenbanken		--	5,0
Bankanlagen bei UBS AG		10,5	10,5
Bankanlagen bei Credit-Suisse		7,5	7,5
Bankanlagen bei Bank Sarasin		10,0	5,0
Darlehen an Beteiligungen (Zentralbahn, KWS)		11,4	11,4
Verzinsliche Darlehen an Gemeinden		29,0	33,0
Übrige Anlagen		1,2	1,3

5) Bei den Sachgütern waren die Investitionen höher als die Abschreibungen. Insbesondere wirken sich die Aktivierung des Neu- und Umbaus der Kantonsschule und der Mehrfachturnhalle aus. Die Sachgüter teilen sich dabei auf die nachfolgenden Kategorien auf:

	<i>in Mio. Fr.</i>	31.12.2011	31.12.2010
Grundstücke		1,2	1,4
Tiefbauten (Kantons- und Nationalstrassen)		0,9	0,8
Hochbauten		41,6	31,5
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge		5,9	5,0

6) Die Darlehen und Beteiligungen erfuhren praktisch keine Veränderung und unterteilen sich wie folgt:

	<i>in Mio. Fr.</i>	31.12.2011	31.12.2010
Dotationskapitalien (OKB, EWO, ILZ)		21,9	21,9
Investitionshilfe-Darlehen		4,3	5,0
Neue Regionalpolitik-Darlehen (NRP)		1,8	--
Investitionskredite an die Landwirtschaft		27,7	27,7
Betriebshilfedarlehen an die Landwirtschaft		2,8	2,8
Investitionskredite an die Forstwirtschaft		2,9	3,8
Übrige		0,8	0,9

7) Die Investitionsbeiträge werden auf dem Buchwert Anfang Jahr mit 25 Prozent abgeschrieben und erhöhen sich um die im laufenden Jahr ausbezahlten Investitionsbeiträge.

	<i>in Mio. Fr.</i>	31.12.2011	31.12.2010
Übrige Investitionsbeiträge		2,3	1,3
Investitionsbeiträge Neue Regionalpolitik (NRP)		--	1,6
Investitionsbeiträge Strukturverbesserungen		5,4	3,2
Investitionsbeiträge Gewässerverbauungen		2,9	1,0
Investitionsbeiträge Nationalstrassen		3,1	2,2
Investitionsbeiträge an öffentlichen Verkehr		9,6	8,3

- 8) Die Spezialfinanzierungen umfassen Vorfinanzierungen für vom Kantonsrat bereits beschlossene Investitionsprojekte:

	<i>in Mio. Fr.</i>	31.12.2011	31.12.2010
Vorfinanzierung für Wasserbauprojekte		16,8	13,0
Vorfinanzierung für Kantonsschule		--	10,0
Vorfinanzierung Infrastrukturausbau öffentlicher Verkehr		9,2	9,9

- 9) Der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme konnte im Berichtsjahr weiter gesenkt werden und betrug noch 26,3 Prozent gegenüber 27,8 Prozent im Vorjahr bzw. 91 Prozent per Ende 2004.

- 10) Die kurzfristigen Schulden umfassen vor allem die Verbindlichkeiten des Kantons gegenüber den geführten Sonderrechnungen:

	<i>in Mio. Fr.</i>	31.12.2011	31.12.2010
Investitionskredite Forst		1,5	2,1
Investitionskredite Landwirtschaft		3,5	4,4
Betriebshilfe in der Landwirtschaft		1,3	1,1
Informatikleistungszentrum OW/NW (ILZ)		0,5	0,0

- 11) Im 2011 fanden keine Mittelaufnahmen statt. Bei Fälligkeit konnten die Schuldscheine jeweils zurückbezahlt werden.

- 12) Die Verpflichtungen für Sonderrechnungen umfassen ausschliesslich die Ausstände gegenüber dem Bund aus den Investitionskrediten:

	<i>in Mio. Fr.</i>	31.12.2011	31.12.2010
Bundesmittle an Investitionskrediten Landwirtschaft		27,7	27,7
Bundesmittle an Betriebshilfe in der Landwirtschaft		2,3	2,3
Bundesmittle an Investitionskrediten im Forstbereich		2,9	3,8

- 13) Die Spezialfinanzierungen umfassen sowohl den Bereich der Laufenden Rechnung als auch den Bereich der Investitionsrechnung und werden aus freien sowie zweckgebundenen Mitteln geäufnet. Sie gliedern sich wie folgt:

	<i>in Mio. Fr.</i>	31.12.2011	31.12.2010
<i>Kategorie Spezialfinanzierungen</i>			
Äufnung aus zweckfreien Mitteln – Erfolgsrechnung:			
- Steuerstrategieausgleich für Gemeinden		--	3,0
- Schwankungsreserve Finanzausgleich		51,0	39,0
Äufnung aus zweckfreien Mitteln – Investitionsrechnung:			
- Vorfinanzierung Wasserbauprojekte		16,8	13,0
- Vorfinanzierung Kantonsschule		--	10,0
- Vorfinanzierung öffentlicher Verkehr		9,2	9,9
Äufnung aus zweckgebundenen Mitteln (Erfolgsrechnung)			
- Zivilschutzbauten – Ersatzbeiträge		2,8	2,7
- Fonds Feuerwehrrasse		2,4	2,6
- Swisslos-Fonds		1,2	1,5
- Legate und Stiftungen		0,8	0,8
- Fonds Wohnraumbeschaffung Asylsuchende		0,9	0,4
- Übrige		1,0	0,9

- 14) Durch den Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung wird das Eigenkapital um 1,3 Millionen Franken reduziert.

### 3. Mittelflussrechnung

Über die Liquiditätsentwicklung, die Investierungsvorgänge sowie die Finanzierungsmassnahmen gibt die nachfolgende Mittelflussrechnung Aufschluss:

<b>Mittelflussrechnung</b>			
in 1'000 Fr.	<b>2011</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Reingewinn Erfolgsrechnung	-1'287	192	947
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	11'036	9'410	11'706
Veränderung Rückstellungen			
Auflösung Steuerstrategie-Ausgleich Gemeinden	-3'000	-4'100	-5'150
Vorfinanzierung Steuerstrategie Kanton			-908
Auflösung Finanzausgleichsreserve Gemeinden			-300
Bildung Schwankungsreserve Finanzausgleich	12'000	18'000	21'000
<b>Cashflow</b>	<b>18'749</b>	<b>23'502</b>	<b>27'295</b>
Veränderung Guthaben (Kontokorrent, Steuern, Debitoren)	9'537	22'048	6'265
Veränderung Vorräte	10	-2	-13
Veränderung Transitorische Aktiven	515	3'950	-3'326
Veränderung Verpflichtungen Sonderrechnungen	986	20	29
Veränderung Laufende Verpflichtungen	-3'980	-21'091	15'935
Veränderung Transitorische Passiven	1'216	-5'305	1'147
Veränderung Delkredere	-50	-157	-55
Veränderung Verpflichtungen Spezialfinanzierungen	-1'197	-572	2'110
<b>Veränderung Nettoumlaufvermögen</b>	<b>7'037</b>	<b>-1'109</b>	<b>22'092</b>
<b>Total Mittelfluss aus betrieblicher Tätigkeit</b>	<b>25'786</b>	<b>22'393</b>	<b>49'387</b>
Investitionen in Verwaltungsvermögen	-87'207	-88'737	-88'682
Desinvestitionen von Verwaltungsvermögen	1'095	142	0
Abz. Beiträge an Investitionen	57'585	57'591	64'065
<b>Total Mittelfluss aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-28'527</b>	<b>-31'004</b>	<b>-24'617</b>
Veränderung Mittel- und Langfristige Schulden	-7'000	-5'000	-15'910
Veränderung Kurzfristige Schulden (Banken/Post)	-831	2'727	-4'750
Veränderung Guthaben (u.a. Festgeldanlagen)	0	-4'000	0
Veränderung Finanzanlagen	19'100	4'150	-4'013
Veränderung Darlehen aus Investitionsrechnung	860	1'229	-731
<b>Total Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>12'129</b>	<b>-894</b>	<b>-25'404</b>
<b>Veränderung Flüssige Mittel</b>	<b>9'388</b>	<b>-9'505</b>	<b>-634</b>
<b>Liquiditätsnachweis:</b>			
Bestand Flüssige Mittel Anfang Periode	930	10'435	11'069
Bestand Flüssige Mittel Ende Periode	10'318	930	10'435
<b>Veränderung Flüssige Mittel</b>	<b>9'388</b>	<b>-9'505</b>	<b>-634</b>

## 4. Erfolgsrechnung

### 4.1 Einnahmen und Ausgaben nach Artengliederung

in 1'000 Fr.	Rechnung 2011	Budget 2011	Veränderung gegenüber Budget		Rechnung 2010
<i>Aufwand</i>			%		
30 Personalaufwand	52'227 <sup>(15)</sup>	53'076	-849	-1.6%	51'559
31 Sachaufwand	20'056 <sup>(16)</sup>	20'725	-669	-3.2%	20'088
32 Passivzinsen	443 <sup>(17)</sup>	861	-418	-48.5%	740
33 Abschreibungen	11'036 <sup>(18)</sup>	13'494	-2'458	-18.2%	11'400
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	9'310 <sup>(19)</sup>	9'343	-33	-0.4%	9'936
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	20'889 <sup>(20)</sup>	21'004	-115	-0.5%	20'340
36 Eigene Beiträge	101'809 <sup>(21)</sup>	104'732	-2'923	-2.8%	100'391
37 Durchlaufende Beiträge	39'143 <sup>(22)</sup>	37'853	1'290	3.4%	37'569
38 Einlagen in Spezialfinanzie- rungen und Stiftungen	12'629 <sup>(23)</sup>	101	12'528	12404.0%	19'107
39 Interne Verrechnungen	29'324 <sup>(24)</sup>	28'921	403	1.4%	24'823
	<b>296'866</b>	<b>290'110</b>	<b>6'756</b>	<b>2.3%</b>	<b>295'953</b>
<i>Entwicklung effektive Ausgaben 30/31/32/34/35/36</i>	<i>204'734</i>	<i>209'741</i>	<i>-5'007</i>	<i>-2.4%</i>	<i>203'054</i>
<i>Ertrag</i>	Voranschlag		Veränderung		Rechnung
	2011	2011	gegenüber Budget		2010
40 Steuern	80'854 <sup>(25)</sup>	80'075	779	1.0%	79'529
41 Regalien u. Konzessionen	11'724 <sup>(26)</sup>	11'692	32	0.3%	11'378
42 Vermögenserträge	19'003 <sup>(27)</sup>	18'442	561	3.0%	15'803
43 Entgelte	21'093 <sup>(28)</sup>	20'193	900	4.5%	20'880
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	59'263 <sup>(29)</sup>	56'609	2'654	4.7%	65'661
45 Rückerstattung von Gemeinwesen	2'120 <sup>(30)</sup>	2'442	-322	-13.2%	2'480
46 Beiträge für eigene Rechnung	29'443 <sup>(31)</sup>	28'902	541	1.9%	32'043
47 Durchlaufende Beiträge	39'143 <sup>(22)</sup>	37'853	1'290	3.4%	37'569
48 Entnahme aus Spezialfinan- zierungen und Stiftungen	3'612 <sup>(32)</sup>	3'830	-218	-5.7%	5'979
49 Interne Verrechnungen	29'324 <sup>(24)</sup>	28'921	403	1.4%	24'823
	<b>295'579</b>	<b>288'959</b>	<b>6'620</b>	<b>2.3%</b>	<b>296'145</b>
<b>Total ohne Interne Verrechnungen</b>	<b>266'255</b>	<b>260'038</b>	<b>6'217</b>	<b>2.4%</b>	<b>271'322</b>
<i>Entwicklung effektive Einnahmen 40-46</i>	<i>223'500</i>	<i>218'355</i>	<i>5'145</i>	<i>2.4%</i>	<i>227'774</i>
<b>Ergebnis</b>	<b>-1'287</b>	<b>-1'151</b>	<b>136</b>	<b>11.8%</b>	<b>192</b>

15) Der budgetierte Personalaufwand von 53,1 Millionen Franken wurde um 1,6 Prozent oder 0,8 Millionen Franken unterschritten, dies vor allem bei den Besoldungen des Verwaltungspersonals. Die Ursachen in der Unterschreitung liegen in Fluktuationsgewinnen einerseits und andererseits, dass vakante Stellen nicht wie geplant besetzt bzw. wieder besetzt werden konnten.

16) Der Sachaufwand fiel um 0,7 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert

	<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Baulicher Unterhalt Kantonsstrassen		3,1	3,0	3,3
Übriger Unterhalt		0,7	0,9	0,6
Dienstleistungen, Honorare		9,1	9,4	8,9
Diverser Sachaufwand		7,2	7,4	7,3

17) Im letzten Jahr konnten alle fälligen mittel- und langfristigen Schulden (siehe <sup>11)</sup>) von sieben Millionen Franken zurückbezahlt werden. Die Zinsen am Kapitalmarkt entwickelten sich im Rahmen der Erwartungen.

18) Die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens bewegen sich mit elf Millionen Franken um 2,5 Millionen Franken unter den budgetierten Werten. 2010 fielen die Nettoinvestitionen tiefer aus als budgetiert und entsprechend reduzierten sich die effektiv vorzunehmenden Abschreibungen.

19) Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung beinhalten den Finanzausgleich des Kantons an die Gemeinden.

	<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Ressourcenausgleich an Gemeinden (5,4% des Steuerertrages des Vorjahres)		4,3	4,3	3,8
Lastenausgleich Schule an Gemeinden		1,5	1,5	1,5
Steuerstrategieausgleich gemäss Steuergesetz		3,0	3,0	4,1
Härteausgleich an Kantone gemäss NFA		0,5	0,5	0,5

20) Entschädigungen an Gemeinwesen beinhalten hauptsächlich die ausserkantonalen Bereiche Schulgelder, Strafvollzug, Zivilschutzausbildung sowie die Beiträge an die Gemeinden aus der Feuerwehrrkasse.

	<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Schulgelder		19,4	19,7	18,9
Strafvollzug		0,4	0,2	0,3
Zivilschutzausbildung		0,2	0,2	0,2
Beiträge an Gemeinden aus Feuerwehrrkasse		0,6	0,5	0,6
Diverse		0,3	0,4	0,3

21) Die eigenen Beiträge sind mit Ausgaben von gegen 102 Millionen Franken der umfangreichste Bereich der Erfolgsrechnung. Die Beiträge beinhalten folgende Hauptbereiche:

	<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Individuelle Prämienverbilligung		18,4	18,8	17,7
Schulheime und Sonderschulen		15,7	16,5	15,2
Kantonsspital Obwalden: <i>Globalbeitrag für Betrieb</i>		14,3	15,2	14,6
<i>Globalbeitrag für Miete Liegenschaften</i>		4,1	4,1	--
Beiträge an Ergänzungsleistungen zur AHV/IV		12,2	11,8	11,8
Ausserkantonale Hospitalisationen		9,9	10,3	9,3
Abgeltungen für öffentlichen Verkehr		4,5	4,5	4,7
Beiträge an Informatikleistungszentrum OW/NW		3,1	3,2	3,0
Beiträge für Asylsuchende		2,9	3,0	3,1
Auszahlungen aus Swisslos-Fonds		2,1	2,2	1,9
Gemeindeanteil an Mineralölsteuer		1,5	1,8	1,7

Beiträge an Mittelschulen	1,6	1,5	1,7
Beiträge für Wirtschaftsförderung/Regionalpolitik	1,8	2,0	1,8
Stipendien	1,7	1,3	1,5
Beitrag an Laboratorium der Urkantone	1,2	1,2	0,8
Verwendung der Spendengelder Hochwasserkatastrophe	--	--	4,1
Diverse Beiträge	6,8	7,3	7,5

22) Die durchlaufenden Beiträge beinhalten die folgenden Hauptbereiche:

<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Landwirtschaftliche Direktzahlungen und Beiträge	30,1	30,1	30,1
Drittanteile an Wasserzinsen (Kt. NW, Gemeinden)	2,6	2,5	2,0
Beiträge Nationales Förderprogramm Energie	1,2	--	--
Bundesbeiträge an Denkmalpflege	0,7	0,2	0,7
Diverse Durchlaufende Beiträge	4,5	5,1	4,8

23) Einlagen in Spezialfinanzierungen

Wie eingangs erwähnt, schlägt der Regierungsrat dem Kantonsrat vor, das über alles gesehene positive Resultat der Staatsrechnung im konstruktiven Sinne zu nutzen. Die seit dem Rechnungsabschluss 2009 gebildete Schwankungsreserve für wegfallende Finanzausgleichszahlungen des Bundes soll um zwölf Millionen Franken aufgestockt werden.

<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Einlage Schwankungsreserve für zukünftig wegfallende Finanzausgleichsbeiträge des Bundes	12,0	--	18,0
Diverse Einlagen in Spezialfinanzierungen	0,6	0,1	1,1

24) Interne Verrechnungen

<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA	R 2010
Besoldungsanteil/Lohnaufwand	3,6	3,3	3,3
Sachaufwand	4,7	4,5	3,8
Abschreibungen	6,5	7,1	3,3
Übrige interne Verrechnungen	14,5	14,0	14,4

25) Nach dem starken Steuerwachstum des Vorjahres (plus 13,4 Prozent) war 2011 ein moderates Wachstum von 1,5 Prozent zu verzeichnen. Die Entwicklung war über alle sieben Gemeinden hinweg stark divergierend. Während in den zwei Gemeinden Sarnen und Lungern insgesamt ein Rückgang zu verzeichnen war (minus 1,6 bzw. 3,4 Prozent), stieg der Steuerertrag in der Gemeinde Engelberg mit 16,6 Prozent an. Die Details (u.a. auch über die Verteilung nach Gemeinden) sind aus dem Vergleich der Staatssteuern 2007 bis 2011 im Anhang (Tabelle IV) ersichtlich..

<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Natürliche Personen: Einkommens- und Vermögenssteuern	59,3	61,0	58,1
Juristische Personen: Gewinn- und Kapitalsteuern	7,2	5,3	7,1
Übrige Steuerarten (Handänderungs-, Grundstückgewinn-, Erbschafts- und Schenkungssteuern)	4,5	4,4	4,8
Motorfahrzeugsteuern	9,8	9,4	9,5

26) Regalien und Konzessionen

<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Ordentlicher Kantonsanteil am Reingewinn der SNB von 2,5 Mrd. Franken	7,4	7,4	7,4
Wasserrechtskonzessionen	2,0	2,0	1,7
Beiträge an Sport-Toto und Swisslosfonds	1,9	1,9	1,9
Übrige Regalien und Konzessionen	0,4	0,4	0,4

27) Vermögenserträge: Die wichtigsten Einnahmen unter den Vermögenserträgen stammen aus den Reingewinnablieferungen und Verzinsungen der Dotationskapitalien der Obwaldner Kantonalbank (OKB) sowie des Elektrizitätswerkes Obwalden (EWO). Ab dem VA 2011 fallen neu auch die durch das Kantonsspital dem Kanton zu entrichtende Mieten der Spitalgebäude (siehe auch 9 Eigene Beiträge) als Mietzinseinnahmen an.

<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Obwaldner Kantonalbank: Ablieferung Reingewinn	6,6	6,6	6,8
Abgeltung Staatsgarantie	2,1	2,1	2,1
Elektrizitätswerk Obwalden Ablieferung Reingewinn	1,6	2,0	2,0
Miet- und Pachtzinseinnahmen	4,6	4,6	0,6
Anlagen des Finanzvermögens (Zinserträge sowie Vergütungs-/Verzugszinsen)	2,6	2,7	3,6
Übrige Vermögenserträge	1,5	0,4	0,7

28) Einnahmen aus Entgelten

<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Grundbuch-Gebühren	1,5	1,5	1,8
Gerichtsgebühren	0,5	0,6	0,5
Gebühren des Betreibungs- und Konkursamtes	1,0	0,7	0,7
Schulgelder	5,0	5,1	4,8
Übrige Benützungsgebühren und Dienstleistungen	2,5	1,9	1,9
Verkäufe	1,9	2,1	2,0
Rückerstattung (u.a. von Versicherungsleistungen, Mahn- und Betreibungsgebühren)	1,5	1,6	1,4
Bussen	2,5	2,7	2,6
Eigenleistungen für Investitionen	1,1	1,0	1,2
Übrige Entgelte	3,6	3,0	4,0

29) Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung setzen sich hauptsächlich aus dem Kantonsanteil von 17 Prozent an den im Kanton bezogenen direkten Bundessteuern, dem Finanzausgleich des Bundes sowie dem Kantonsanteil an der eidgenössischen Verrechnungssteuer zusammen. Der Finanzausgleich des Bundes wird durch den Bund (vertikal) und die Kantone (horizontal) geüfnet und durch die Instrumente des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleiches ausgerichtet.

<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Kantonsanteil an vereinnahmten Bundessteuern	10,5	8,5	9,8
Vertikaler und horizontaler Ressourcenausgleich	31,4	31,2	38,5
Lastenausgleich des Bundes	5,5	5,5	5,4
Vertikaler und horizontaler Härteausgleich	9,4	9,4	9,4
Kantonsanteil an Verrechnungssteuer des Bundes	2,2	1,6	2,2
Übrige Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	0,3	0,4	0,4

30) Rückerstattungen von Gemeinwesen

	<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Gemeindebeiträge an ausserkantonale Heime		1,1	1,5	1,5
Horizontaler Finanzausgleich der Gemeinden		0,5	0,5	0,5
Übrige Rückerstattungen		0,5	0,4	0,5

31) Beiträge für eigene Rechnung

	<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Bundesbeitrag an individuelle Prämienverbilligung des Kantons		9,4	9,4	8,7
Bundesbeitrag an Ergänzungsleistungen AHV/IV		4,0	3,9	3,9
Bundesbeitrag an Berufsschulen		3,3	3,4	3,0
Bundesbeitrag an Asylsuchende/Flüchtlinge		3,0	3,1	3,2
Kantonsanteil an LSVA		2,7	2,5	2,7
Kantonsanteil an Mineralölsteuer		1,5	1,8	1,9
Gemeindebeiträge an Sonderschulen		0,9	1,0	1,0
Beiträge der Sachversicherungen an Feuerwehrekasse		1,1	1,1	1,1
Beiträge Glückskette für Hochwasserkatastrophe 2005		--	--	2,5
Übrige Beiträge für eigene Rechnung		3,5	2,7	4,0

32) Entnahme aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen

	<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Entnahme Vorfinanzierung Steuerstrategieausgleich Gemeinden gemäss Steuergesetz		3,0	3,0	4,1
Entnahme Spenden Hochwasserkatastrophe 2005		--	--	1,6
Entnahme zum Ausgleich der div. Fondsrechnungen (u.a. Swisslosfonds)		0,6	0,8	0,2

## 4.2 Nettoergebnis nach Departementen

in 1'000 Fr.	Bruttoaufwand		Nettoaufwand		Abweichung Nettoaufwand		Nettoaufw. Rechnung 2010
	Rechnung 2011	VA 2011	Rechnung 2011	VA 2011	Fr.	%	
<b>Laufende Rechnung</b>	<b>296'867</b>	<b>290'111</b>	<b>1'287</b>	<b>1'151</b>	<b>136</b>	<b>11.8%</b>	<b>-192</b>
Räte / Staatskanzlei	5'828	5'974	4'798	4'936	-138	-2.8%	4'934
Finanzdepartement	110'571	101'629	-80'646	-86'783	-6'137 <sup>(33)</sup>	-7.1%	-83'439
Sicherheits- und Justizdepartement	32'935	33'164	9'559	11'999	-2'440 <sup>(34)</sup>	-20.3%	9'396
Volkswirtschaftsdepartement	59'297	54'744	19'572	15'680	3'892 <sup>(35)</sup>	24.8%	14'595
Bildungs- und Kulturdepartement	56'610	56'383	44'045	43'862	183	0.4%	42'260
Bau- und Raumentwicklungsdep.	28'966	35'500	1'837	9'298	-7'461 <sup>(36)</sup>	-80.2%	9'977
Gerichte	2'660	2'717	2'122	2'159	-37	-1.7%	2'085

33) Beim Finanzdepartement wirken sich einerseits die Abweichungen der Steuererträge<sup>25)</sup>, der Regalien und Konzessionen<sup>26)</sup>, der Vermögenserträge<sup>27)</sup>, der Anteile und Beiträge ohne Zweckbindungen<sup>29)</sup> und andererseits auch die vorgesehene Einlage in die Schwankungsreserve<sup>23)</sup> aus.

34) Der tiefere Nettoaufwand des Sicherheits- und Justizdepartements ergibt sich vor allem durch Mehrerträge bei der Kantonspolizei (Anteil an Verkehrsabgaben).

35) Der höhere Aufwand des Volkswirtschaftsdepartements ergibt sich vor allem durch die Umgliederung des öffentlichen Verkehrs vom Bau- und Raumentwicklungsdepartement.

<sup>36)</sup> Der tiefere Nettoaufwand des Bau- und Raumentwicklungsdepartementes ergibt sich aus der Umgliederung des öffentlichen Verkehrs zum Volkswirtschaftsdepartement aber auch durch höhere Finanzierungsanteile beim Strassenbau.

## 5. Investitionsrechnung

in 1'000 Fr.	Rechnung 2011	Budget 2011	Veränderung gegenüber Budget		Rechnung 2010
			Fr.	%	
<i>Ausgaben</i>					
50 Sachgüter	68'635 <sup>(37)</sup>	73'750	-5'115	-6.9%	69'522
52 Darlehen und Beteiligungen	109 <sup>(38)</sup>	120	-11	-9.2%	-558
56 Eigene Beiträge	9'170 <sup>(39)</sup>	14'422	-5'252	-36.4%	10'469
57 Durchlaufende Beiträge	9'401 <sup>(40)</sup>	19'836	-10'435	-52.6%	8'746
58 Vorfinanzierungen	5'900 <sup>(41)</sup>		5'900		2'000
<b>Bruttoaufwand</b>	<b>93'215</b>	<b>108'128</b>	<b>-14'913</b>	<b>-13.8%</b>	<b>90'179</b>
<i>Einnahmen</i>					
62 Rückzahlung Darlehen Beteiligungen	969	953	16	1.7%	831
63 Rückerstattungen für Sachgüter	74	7	67	957.1%	370
64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen					
65 Rückerstattungen Gemeinwesen	371	564	-193	-34.2%	160
66 Beiträge für eigene Rechnung	47'809 <sup>(42)</sup>	51'134	-3'325	-6.5%	48'456
67 Durchlaufende Beiträge	9'401 <sup>(40)</sup>	19'836	-10'435	-52.6%	8'746
68 Vorfinanzierungen	12'800 <sup>(43)</sup>	5'155	7'645	148.3%	4'080
<b>Ertrag</b>	<b>71'424</b>	<b>77'649</b>	<b>-6'225</b>	<b>-8.0%</b>	<b>62'643</b>
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>21'791</b>	<b>30'479</b>	<b>-8'688</b>	<b>-28.5%</b>	<b>27'536</b>

Die Investitionsrechnung als zweiter Teil der Verwaltungsrechnung schliesst bei Gesamtausgaben von 93,2 Millionen Franken mit einem Nettoaufwand von 21,8 Millionen Franken ab.

<sup>37)</sup> Investitionen in Sachgüter

	<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Grundstücke		--	--	0,0
Tiefbauten - Nationalstrasse		47,9	47,3	41,9
Tiefbauten - Kantonsstrassen		0,7	1,7	0,7
Tiefbauten - Kantonsstrassen (Abfluss Sarnersee)		1,4	2,4	--
Hochbauten		15,2	19,3	22,5
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge		3,4	3,1	4,4

<sup>38)</sup> Darlehen und Beteiligungen

	<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Stipendien-Darlehen		0,1	0,1	0,1
Übrige Darlehen		--	--	-0,6

39) Investitionen Eigene Beiträge

	<i>in Mio. Fr.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Strukturverbesserungen Land- und Forstwirtschaft (inkl. Wohnbausanierung), Schutzwaldpflege und Gefahrenabwehr		3,7	3,8	3,0
Gefahrenabwehr Hochwasserkatastrophe		0,3	2,4	--
Kantonsbeiträge an übrige Wasserverbauungen		0,5	2,5	1,0
Kantonsbeiträge öffentlicher Verkehr		3,8	4,5	4,7
Übrige		0,9	1,2	1,8

40) Durchlaufende Beiträge

	<i>in Mio.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Beiträge an Strukturverbesserungen Land- und Forstwirtschaft (inkl. Wohnbausanierung), Schutzwaldpflege und Gefahrenabwehr		5,0	5,0	5,6
Beiträge an Gefahrenabwehr (Hochwasserkatastrophe)		0,9	8,7	0,7
Beiträge an Wasserverbauungen		1,5	4,8	1,6
Beiträge an öffentlichen Verkehr		0,1	0,3	0,4
Beiträge gemäss Neuer Regionalpolitik		1,9	1,1	0,4

41) Mit der Einführung der Ausgabenbremse hat der Kantonsrat dem Regierungsrat die Kompetenz erteilt, für bereits vom Kantonsrat genehmigte Ausgabenbeschlüsse Vorfinanzierungen zu tätigen. Bei der Staatsrechnung 2011 hat der Regierungsrat beschlossen, die Vorfinanzierung für den Investitionsbeitrag an das "Park-Ride Parkhaus" der Kantonbank auf 4,1 Millionen Franken aufzustocken. Ebenso wurden verschiedene Vorfinanzierungen für vom Kantonsrat beschlossene Wasserbauprojekte aufgestockt.

Aufgrund der Projektfortschritte bei der Tieflegung der Zentralbahn bzw. beim Tunnel Engelberg sowie bei der Kantonsschule konnten früher getätigte Rückstellungen im Umfang von 12,8 Millionen Franken aufgelöst werden.

<i>Bereich in Mio. Fr.</i>	Stand 01.01.2011	Auflösung (68)	Bildungen (58)	Stand 31.12.2011
Wasserbauprojekte	13,0		3,8	16,8
Hochbauten/Kantonsschule	10,0	10,0		--
Öffentlicher Verkehr	9,9	2,8	2,1	9,2
Total	32,9	12,8	5,9	26,0

42) Beiträge für eigene Rechnung

	<i>in Mio.</i>	R 2011	VA 2011	R 2010
Bundesbeiträge an Nationalstrassenbau		46,4	45,8	40,6
Versicherungsleistungen für kantonseigene Hochbauten (Kantonsschule/Mehrfachturnhalle)		--	--	4,9
Verschiedene Rückerstattungen für Hochbauten		1,0	3,5	1,6
Rückerstattungen Bewältigung Hochwasserkatastrophe		--	0,9	--
Übrige Beiträge und Rückerstattungen		0,4	0,9	1,4

## 6. Haushalts-Kennziffern

**Gemäss Artikel 35 des neuen Finanzhaushaltsgesetzes vom 11. März 2011 (FHG) ist die Finanzlage in erster Priorität anhand der folgenden Finanzkennzahlen aufzuzeigen:**

Nettoverschuldungsquotient, Selbstfinanzierungsrad und Zinsbelastungsanteil.

Diese Kennzahlen richten sich nach dem Handbuch "Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2" und sollten inskünftig einen besseren Vergleich über die einzelnen Gemeinwesen erlauben.

Als Finanzkennzahlen zweiter Priorität gelten:

die Nettoschuld in Franken/Einwohner, der Selbstfinanzierungsanteil, der Kapitaldienstanteil, der Bruttoverschuldungsanteil sowie der Investitionsanteil.

### Nettoverschuldungsquotient

Der Nettoverschuldungsquotient ist die Differenz zwischen Fremdkapital und Finanzvermögen in Prozenten des Fiskalertrags.

in 1'000 Fr.	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	R 2008	R 2009	R 2010	R 2011
<b>Nettoverschuldungsquotient</b>								
Fremdkapital	180'063	183'592	169'564	165'328	124'399	120'796	91'989	85'986
abz. Finanzvermögen	68'635	221'981	213'897	227'256	214'885	215'453	179'916	165'143
<b>Nettoverschuldung</b>	<b>111'428</b>	<b>-38'389</b>	<b>-44'333</b>	<b>-61'928</b>	<b>-90'486</b>	<b>-94'657</b>	<b>-87'927</b>	<b>-79'157</b>
Fiskalertrag	71'397	74'112	67'945	70'711	71'759	71'025	79'529	80'854
<b>Nettoverschuldungsquotient</b>	<b>156%</b>	<b>-52%</b>	<b>-65%</b>	<b>-88%</b>	<b>-126%</b>	<b>-133%</b>	<b>-111%</b>	<b>-98%</b>

Diese Kennzahl zeigt, welcher Anteil der Fiskalerträge erforderlich wäre, um die Nettoschuld abzutragen. Gemäss HRM2 ist eine Kennzahl unter 100 % als gut zu bezeichnen. Der Kanton Obwalden weist seit 2005 keine Verschuldung, sondern ein Nettovermögen aus.

### Nettoschuld in Franken je Einwohnerin und Einwohner:

Die Nettoschuld ist das Fremdkapital abzüglich das Finanzvermögen und wird durch die Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner geteilt.

in 1'000 Fr.	Jahr							
	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	R 2008	R 2009	R 2010	R 2011
<b>Nettoverschuldung je Einwohner</b>								
Fremdkapital in 1'000 Fr.	180'063	183'592	169'564	165'328	124'399	120'796	91'989	85'986
abz. Finanzvermögen in 1'000 Fr.	68'635	221'981	213'897	227'256	214'885	215'453	179'916	165'143
<b>Nettoverschuldung</b>	<b>111'428</b>							
<b>Nettovermögen</b>		<b>38'389</b>	<b>44'333</b>	<b>61'928</b>	<b>90'486</b>	<b>94'657</b>	<b>87'927</b>	<b>79'157</b>
Kantoneinwohner	33'505	33'535	34'042	34'317	34'693	35'305	35'779	36'016
<b>Nettoverschuldung je Einwohner in</b>	<b>3'326</b>							
<b>Nettovermögen je Einwohner in Fr.</b>		<b>1'145</b>	<b>1'302</b>	<b>1'805</b>	<b>2'608</b>	<b>2'681</b>	<b>2'458</b>	<b>2'198</b>

### Selbstfinanzierungsgrad

Der Selbstfinanzierungsgrad ist die Selbstfinanzierung in Prozenten der Nettoinvestition.

in 1'000 Fr.

<b>Selbstfinanzierung</b>	<b>R 2004</b>	<b>R 2005</b>	<b>R 2006</b>	<b>R 2007</b>	<b>R 2008</b>	<b>R 2009</b>	<b>R 2010</b>	<b>R 2011</b>
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	17'535	15'811	22'350	35'056	32'342	11'706	9'410	11'036
Ergebnis Laufende Rechnung	8'227	120'529	11'620	1'944	6'415	946	192	-1'287
- Schwankungsreserve Finanzausgleich Bund						21'000	18'000	12'000
<b>Selbstfinanzierung bisher</b>	<b>25'762</b>	<b>136'340</b>	<b>33'970</b>	<b>37'000</b>	<b>38'757</b>	<b>33'652</b>	<b>27'602</b>	<b>21'749</b>
Zunahme der Nettoinvestitionen	10'098	16'354	28'748	31'664	24'625	21'404	27'536	21'791
<b>Selbstfinanzierungsgrad bisher</b>	<b>255%</b>	<b>834%</b>	<b>118%</b>	<b>117%</b>	<b>157%</b>	<b>157%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>

in 1'000 Fr.

<b>Selbstfinanzierungsgrad</b>	Jahr							
	<b>R 2004</b>	<b>R 2005</b>	<b>R 2006</b>	<b>R 2007</b>	<b>R 2008</b>	<b>R 2009</b>	<b>R 2010</b>	<b>R 2011</b>
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	17'535	15'811	22'350	35'056	32'342	11'706	9'410	11'036
Spezialfinanzierungen (mit Eigenkapitalcharakter)								
- Steuerstrategieausgleich Kanton	0	4'908	-2'000	-1'000	-1'000	-908	0	0
- Steuerstrategieausgleich an Gemeinden	0	23'500	-6'300	-5'250	300	-5'150	-4'100	-3'000
- Schwankungsreserve Finanzausgleich Bund	0	0	0	0	0	21'000	18'000	12'000
- übrige	0	0	0	0	0	-300	0	0
Einlagen in Eigenkapital/Erfolg	8'227	120'529	11'620	1'944	6'415	946	192	-1'287
<b>Selbstfinanzierung nach HRM2</b>	<b>25'762</b>	<b>164'748</b>	<b>25'670</b>	<b>30'750</b>	<b>38'057</b>	<b>27'294</b>	<b>23'502</b>	<b>18'749</b>
Zunahme der Nettoinvestitionen	10'098	16'354	28'748	31'664	24'625	21'404	27'536	21'791
<b>Selbstfinanzierungsgrad nach HRM2</b>	<b>255%</b>	<b>1007%</b>	<b>89%</b>	<b>97%</b>	<b>155%</b>	<b>128%</b>	<b>85%</b>	<b>86%</b>

Mittelfristig hat der Selbstfinanzierungsgrad 100 Prozent zu betragen. Im Vergleich zum Selbstfinanzierungsgrad nach HRM1 berücksichtigt der Selbstfinanzierungsgrad nach HRM2 ebenfalls die Veränderungen der Spezialfinanzierungen mit Eigenkapitalcharakter. Das heisst, in Jahren mit einer Bildung bzw. Äufnung einer Spezialfinanzierung wird inskünftig der Selbstfinanzierungsgrad höher ausgewiesen (z.B. 2005 mit 1007 % nach HRM2 gegenüber 834 % nach HRM1), in Jahren mit einer Auflösung von Spezialfinanzierungen entsprechend tiefer (2011 mit 85 % nach HRM2 gegenüber 100 % nach HRM1). Für die Berechnung der Ausgabenbremse wird sich der Regierungsrat weiterhin nach der Berechnung nach HRM1 halten.

### Zinsbelastungsanteil

Der Zinsbelastungsanteil ist die Differenz zwischen Zinsaufwand und Zinsertrag in Prozenten des Laufenden Ertrags (Betrieblicher Ertrag ohne durchlaufende Beiträge, Finanzertrag, Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen, ausserordentlicher Ertrag sowie interne Verrechnungen).

Diese Kennzahl kann aufgrund unterschiedlicher Klassifizierungen des Zinsertrages zwischen HRM1 und HRM2 noch nicht dargestellt werden.

### Selbstfinanzierungsanteil:

Der Selbstfinanzierungsanteil ist die Selbstfinanzierung in Prozenten des Laufenden Ertrags.

in 1'000 Fr.

	<b>R 2004</b>	<b>R 2005</b>	<b>R 2006</b>	<b>R 2007</b>	<b>R 2008</b>	<b>R 2009</b>	<b>R 2010</b>	<b>R 2011</b>
<b>Selbstfinanzierungsanteil</b>								
Selbstfinanzierung	25'762	164'748	25'670	30'750	38'057	27'294	23'502	18'749
Laufender Ertrag	159'646	310'814	178'777	180'880	208'867	208'044	211'971	204'497
<b>Selbstfinanzierungsanteil</b>	<b>16%</b>	<b>53%</b>	<b>14%</b>	<b>17%</b>	<b>18%</b>	<b>13%</b>	<b>11%</b>	<b>9%</b>

Als Richtwert wird von HRM2 ein Prozentsatz zwischen 10 und 20 Prozent als Mittel betrachtet ein höherer Wert wird als gut bewertet.

*Kapitaldienstanteil:*

Der Kapitaldienstanteil sind der Nettozinsaufwand und die ordentlichen Abschreibungen in Prozenten des Laufenden Ertrags (Betrieblicher Ertrag ohne durchlaufende Beiträge, Finanzertrag, Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen, ausserordentlicher Ertrag sowie interne Verrechnungen).

Diese Kennzahl kann aufgrund unterschiedlicher Klassifizierungen des Zinsertrages zwischen HRM1 und HRM2 noch nicht dargestellt werden.

*Bruttoverschuldungsanteil:*

Der Bruttoverschuldungsanteil entspricht den Bruttoschulden in Prozenten des Laufenden Ertrags.

Diese Kennzahl kann aufgrund unterschiedlicher Klassifizierungen der Bruttoschulden zwischen HRM1 und HRM2 noch nicht dargestellt werden.

*Investitionsanteil:*

Der Investitionsanteil entspricht den Bruttoinvestitionen (ohne ausserordentliche Investitionen und durchlaufende Beiträge) in Prozenten des konsolidierten Gesamtaufwandes.

in 1'000 Fr.	Jahr							
	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	R 2008	R 2009	R 2010	R 2011
<b>Investitionsanteil</b>								
Total Aufwand	67'565	61'036	86'098	97'184	80'723	90'065	90'179	93'216
Investitionsrechnung								
abz. Durchlaufende	10'840	11'894	24'671	18'083	10'048	13'627	8'746	9'401
Investitionsbeiträge								
abz. Vorfinanzierungen	0	0	6'615	21'050	15'000	0	2'000	5'900
<b>Bruttoinvestitionen</b>	<b>56'725</b>	<b>49'142</b>	<b>54'812</b>	<b>58'051</b>	<b>55'675</b>	<b>76'438</b>	<b>79'433</b>	<b>77'915</b>
<b>Investitionsrechnung</b>								
Total Aufwand Laufende	241'906	283'676	272'866	285'433	286'814	290'997	295'953	296'867
Rechnung								
abz. Abschreibungen	17'535	15'811	22'350	35'056	32'342	11'706	9'410	11'036
Verwaltungsvermögen								
abz. Einlagen in Fonds	68	31'208	1'607	1'817	6'808	22'699	19'107	12'629
und Spezialfinanzierungen								
abz. Durchlaufende	50'150	49'491	50'140	52'165	34'192	36'994	37'569	39'143
abz. Ausserordentlicher								
Aufwand	5'212	0	10'742	21'600	24'796	0	0	0
abz. Interne	32'220	33'364	31'847	30'297	24'749	24'478	24'823	29'324
zzgl. Bruttoinvestitionen	56'725	49'142	54'812	58'051	55'675	76'438	79'433	77'915
<b>Konsolidierter</b>								
<b>Gesamtaufwand</b>	<b>193'446</b>	<b>202'944</b>	<b>210'992</b>	<b>202'549</b>	<b>219'602</b>	<b>271'558</b>	<b>284'477</b>	<b>282'650</b>
<b>Investitionsanteil</b>	<b>29%</b>	<b>24%</b>	<b>26%</b>	<b>29%</b>	<b>25%</b>	<b>28%</b>	<b>28%</b>	<b>28%</b>

Als Richtwert gemäss HRM2 gilt ein Wert von 10 bis 20 Prozent als mittlere Investitionstätigkeit, ein Wert von 20 bis 30 Prozent als starke Investitionstätigkeit.



# Bericht des Obergerichts zur Rechnung der Gerichte des Kantons Obwalden für das Jahr 2011

Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

In Vollzug von Art. 41 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968 sowie Art. 76 Abs. 1 Bst. a des Finanzhaushaltsgesetzes des Kantons (FHG) vom 11. März 2010 bzw. Art. 43 Abs. 1 Bst. a der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (FHV) vom 25. März 1988 unterbreiten wir Ihnen in der Beilage die Rechnungsablage der Gerichte 2011.

## I. Rechnung

Der nachfolgende Vergleich zwischen der Rechnung 2011 und dem Voranschlag 2011 sowie der Rechnung 2010 weist folgende Ergebnisse auf:

	Rechnung 2011 Fr.	Voranschlag 2011 Fr.	Rechnung 2010 Fr.
<i>Ergebnis Laufende Rechnung</i>			
<i>Artengliederung</i>			
Personalaufwand	2'018'554.75	2'058'000.00	1'955'246.60
Sachaufwand	473'567.49	482'000.00	486'002.51
Eigene Beiträge	61'851.35	69'000.00	71'175.55
Interne Verrechnungen	106'300.00	107'600.00	107'600.00
<i>Total Aufwand</i>	<u>2'660'273.59</u>	<u>2'716'600.00</u>	<u>2'620'024.66</u>
Entgelte	523'734.00	558'000.00	514'445.40
Interne Verrechnungen	14'354.50	0.00	20'268.00
<i>Total Ertrag</i>	<u>538'088.50</u>	<u>558'000.00</u>	<u>534'713.40</u>
<b>Netto-Aufwand Laufende Rechnung</b>	<b><u>2'122'185.09</u></b>	<b><u>2'158'600.00</u></b>	<b><u>2'085'311.26</u></b>

Mit Beschluss vom 02. Dezember 2010 genehmigte der Kantonsrat den vom Obergericht vorgelegten Voranschlagsentwurf für das Jahr 2011. Die laufende Rechnung sah bei einem Gesamtaufwand von Fr. 2'716'600.00 einen Netto-Aufwand von Fr. 2'158'600.00 vor. Der veranschlagte Aufwandüberschuss wurde insgesamt um Fr. 36'414.91 unterschritten, sodass ein Netto-Aufwand von Fr. 2'122'185.09 resultierte. Der Grund für die Unterschreitung des Netto-Aufwandes ergibt sich grösstenteils aus den nachfolgenden Abweichungs-Begründungen.

Investitionen waren 2011 weder vorgesehen noch getätigt.

## II. Abweichungen

Folgende Abweichungen der Rechnung 2011 gegenüber dem Voranschlag 2011 werden speziell begründet:

Gerichte		+ Verbesserung	- Verschlechterung
<b>9300</b>	<b><u>Kantonsgericht</u></b>		
<b>318.70</b>	<b>Unentgeltliche Rechtspflege, amtliche Verteidigung</b>	-	61'654.90
	Die Auslagen für die unentgeltliche Rechtspflege und die amtliche Verteidigung sind abhängig von Art und Umfang der Prozesse und der Anzahl prozessbedürftiger Personen. Bei der Budgetierung ist das Gericht auf Schätzungen angewiesen.		
<b>318.71</b>	<b>Expertisen, Zeugengelder, Parteientschädigungen</b>	+	34'740.30
	Bei der Budgetierung dieser Auslagen ist das Gericht auf Schätzungen angewiesen.		

## III. Antrag der Gerichte

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, auf die vorliegende Rechnung 2011 der Gerichte einzutreten und diese zu genehmigen.

Sarnen, 2. März 2012



Im Namen des Obergerichts:

Der Obergerichtspräsident:  
Dr. Andreas Jenny

Die Gerichtsschreiberin:  
MLaw Andrea Bögli

5. März 2012

## Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Geschäftsberichts des Regierungsrats und der Staatsrechnung 2011

vom .....

*Der Kantonsrat des Kantons Obwalden,*

gestützt auf Artikel 70 Ziffer 3 und 4 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968<sup>1</sup>, Artikel 24 Absatz 5 der Finanzhaushaltsverordnung vom 25. März 1988<sup>2</sup> bzw. von Artikel 21 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 11. März 2010<sup>3</sup>,

auf Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 20. März 2012 sowie des Obergerichts vom 2. März 2012,

*beschliesst:*

1. Der Geschäftsbericht des Regierungsrats 2011 wird genehmigt.
2. Die Staatsrechnung 2011 wird wie folgt genehmigt:
  - a. Vornahme der ordentlichen Abschreibungen von Fr. 11 036 435.44;
  - b. Die Äufnung der Schwankungsreserve für zukünftig tiefer ausfallende Finanzausgleichsbeiträge um Fr. 12 000 000.00;
  - c. Abbuchung des Saldos der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1 287 320.10 vom „Eigenkapital“;
  - d. Aktivierung der Nettoinvestitionen als Saldo der Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung von Fr. 21 791 418.19.

Sarnen, .....

Im Namen des Kantonsrats  
Der Ratspräsident: Adrian Halter  
Die Ratssekretärin: Nicole Frunz Wallimann

---

<sup>1</sup> GDB 101

<sup>2</sup> GDB 610.11

<sup>3</sup> GDB 610.1



# Anhänge zum Bericht zur Staatsrechnung 2011



Kanton  
Obwalden



## **Erläuterungen, Abschreibungen, Abgrenzung IR/LR**

Die Rechnungsdarstellung des Kantons Obwalden ist grundsätzlich in der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (FHV) vom 25. März 1988, Fassung vom 25. November 1999, geregelt und richtet sich in den Grundzügen nach dem Harmonisierten Rechnungsmodell der Kantone (HRM). Die wichtigsten Artikel sind dabei:

### *Artikel 21      Bewertungsgrundsätze*

Die Aktiven werden zu ihrem Beschaffungs- oder Herstellungswert unter Berücksichtigung der den Umständen angemessenen Wertberichtigungen bilanziert.

Darlehen und Beteiligungen sind in der Regel nach kaufmännischen Grundsätzen bewertet. Die wichtigsten Angaben dazu sind aus dem Beteiligungsspiegel (Tabelle III) ersichtlich.

### *Artikel 24      Abschreibungen*

Das Verwaltungsvermögen wird nach dem Grundsatz einer finanz- und volkswirtschaftlich angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionsausgaben auf dem jeweiligen Restbuchwert zu Beginn des laufenden Jahres abgeschrieben. Die Abschreibungssätze auf dem Restbuchwert betragen:

Grundstücke	10%
Tiefbauten	10%
Hochbauten	10%
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	25%
Investitionsbeiträge	25%

Es kann in besonderen Fällen auch objektweise linear oder nach der Annuitätenmethode abgeschrieben werden. Dies trifft in der vorliegenden Jahresrechnung auf folgende Aktiven zu:

Lineare Abschreibung:

- a. In der Leistungsvereinbarung mit dem Kantonsspital Obwalden ist festgehalten, dass die Investitionen des Kantonsspitals zukünftig nach der Verordnung über die Kostenermittlung und die Leistungserfassung durch Spitäler, Geburtshäuser und Pflegeheime in der Krankenversicherung (VKL) vom 3. Juli 2002 (SR 831.104) aktiviert und abgeschrieben werden. In der Rechnung des Kantons werden die Investitionspauschalen entsprechend neu linear zu 100 Prozent abgeschrieben.

Soweit es die Finanz- und Konjunkturlage erlauben, können im Budget zusätzliche Abschreibungen vorgesehen werden. Bei Ertragsüberschüssen kann der Kantonsrat zusätzliche Abschreibungen genehmigen. Der Regierungsrat beantragt keine ausserordentlichen Abschreibungen.

**Übersicht über Abschreibungen**

in Fr. 1'000.--	Erstellungskosten (brutto)	Anlagewert (netto)	Bestand am 01.01.2011	Rechnung 2011				Bestand am 31.12.2011
				Zuwachs	Abgang	Abschreibung ordentlich   zusätzlich		
1 Grundstücke			1'379	5		138		1'246
2 Tiefbauten			787	255	22	79		941
3 Hochbauten	216'946	162'664	31'525	14'309	1'053	3'239		41'542
4 Mobilien, Informatik, Maschinen, Fahrzeuge			5'026	4'381		3'557		5'851
5 Münzensammlung			0					0
6 Darlehen und Beteiligungen			62'052	1'957	1'803			62'206
7 Investitionsbeiträge			17'634	12'435	2'747	4'024		23'297
8 Spezialfinanzierungen			32'880	5'900	12'800			25'980

*Artikel 27 Investitionsrechnung / Erfolgsrechnung*

Die Investitionsrechnung enthält jene Finanzvorfälle, die bedeutende eigene oder subventionierte Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzungsdauer schaffen. Investitionen unter Fr. 100'000.– werden dabei in der Regel direkt über die Erfolgsrechnung abgeschrieben.

**Pensionskassenverpflichtungen**

Der Vorsorgeplan der Vorsorgeeinrichtung des Kantons ist als **Beitragsprimatplan** bzw. als Spar- und Risikosystem aufgebaut. Risikoträger ist die **privatrechtlich** organisierte Personalversicherungskasse Obwalden. Der Deckungsgrad liegt per Ende 2011 bei 100 Prozent.

Eventualverpflichtungen per Ende 2011		Eventual- Verpflichtung Kanton Fr.
<p><b>Investitionshilfe (IHG)</b> Vom Bund bewilligte Darlehen, gemäss Bundesgesetz vom 28.6.1974 über die Investitionshilfe für Berggebiete; Der Kanton übernimmt 50% allfälliger Verluste Vom Kanton bewilligte Darlehen</p>	<p>Bundesdarlehen in Mio. Fr. 8.995</p>	<p><b>4'497'628.50</b></p>
<p><b>Obwaldner Kantonalbank</b> Der Kanton haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank aufgrund des Gesetzes vom 27. Januar 2006 über die Obwaldner Kantonalbank (GDB 661.1)</p>	<p>Bilanzsumme per 31.12.11: 3,51 Mrd. Fr.</p>	<p><b>p.m.</b></p>
<p><b>Besoldungsnachgenuss Regierungsräte</b> Der Kanton bezahlt Regierungsräten die vor dem Inkrafttreten des Gesetz über die Entlohnung und Entschädigung von Behörden und Kommissionen vom 3. September 1999 im Amt waren, einen Besoldungsnachgenuss gemäss Verordnung über die Entschädigungen der nebenamtlichen Behörden und Beamten vom 27. Oktober 1971. Berechnung erfolgte aufgrund eines Kapitalisierungszinsfuss von 3 Prozent sowie theoretischer Lebenserwartung gemäss VZ2010, Referenzjahr 2012</p>	<p>Verpflichtung 31.12.10 Anpassung Lebens- erwartung und Diskontsatz 3% Auszahlungen 2011 Verpflichtung 31.12.11</p>	<p>4'045'529.00 206'077.00 -337'000.00 <b>4'176'452.00</b></p>



Stand der zugesicherten, ausbezahlten und noch zu leistenden Kantonsbeiträge an Werkbauten und Dritte per Ende 2011						
Projekt	Subventionierte Summe	in %	Kantonsbeiträge		verpflichteter restlicher Kantonsbeitrag	
			zugesicherte höchstens Fr.	bis Ende 2011 ausbezahlt Fr. Vorfinanzierung		
<b>Regionalpolitik</b>	<b>26'609'000.00</b>		<b>2'213'500.00</b>	<b>1'888'500.00</b>	<b>325'000.00</b>	
Darlehen aus IHG	0.00				0.00	
Darlehen aus NRP	18'960'000.00		1'500'000.00	1'500'000.00	0.00	
A fonds perdu Beiträge NRP	564'000.00		463'500.00	388'500.00	75'000.00	
Kantonsbeitrag an Museum Bruder Klaus (KRB 0	2'200'000.00		250'000.00	0.00	250'000.00	
<b>Micro-Center Central Switzerland</b> Kredit für 2012 (KRB vom 3.11.2011)	<b>1'624'800.00</b>	<b>max.</b>	<b>850'000.00</b>	<b>0.00</b>	<b>850'000.00</b>	
<b>Kantonsmarketing</b> Rahmenkredit 2011-2015 (KRB vom 25.06.2010)			<b>1'500'000.00</b>	<b>300'000.00</b>	<b>1'200'000.00</b>	
<b>Klosterkirche Engelberg</b> (KRB vom 22.10.2004; 2005-2012)	<b>11'422'000.00</b>	<b>14.00</b>	<b>1'600'000.00</b>	<b>787'981.00</b>	<b>812'019.00</b>	
<b>Verkehrshaus der Schweiz</b> (KRB vom 27.04.2007; 2008-2010)	<b>50'000'000.00</b>		<b>606'000.00</b>	<b>606'000.00</b>	<b>0.00</b>	
<b>Rahmenkredit interkantonale Zusammenarbeit</b> (Kulturlastenausgleich) (KRB vom 29.10.2010; 2011-2013)			<b>1'215'000.00</b>	<b>405'000.00</b>	<b>810'000.00</b>	
<b>Rahmenkredit Förderprogramm Energieeffizienz</b> (KRB vom 29.06.2010; 2011-2014)	<b>350'000.00</b>		<b>1'800'000.00</b>	<b>423'456.00</b>	<b>1'376'544.00</b>	
<b>Jugend-Kulturraum</b> (KRB vom 2.12.2010)			<b>350'000.00</b>	<b>360'597.35</b>	<b>-10'597.35</b>	
<b>Beiträge an öV-Investitionen</b>	<b>459'776'415.00</b>		<b>31'915'056.00</b>	<b>22'494'555.90</b>	<b>195'500.10</b>	
<b>7. Vereinbarung LSE (Steilrampe)</b> (Kantonale Abstimmung 25.06.95)		7.50	5'107'500.00		0.00	
- Anteil Gemeinde Engelberg	68'100'000.00	20.87	-1'066'125.00	4'041'375.00		
Zusatzkredit (Kantonsratsb. 22.09.04)	25'786'000.00	7.50	1'934'000.00			
- Anteil Gemeinde Engelberg	34'114'000.00	15.00	-290'100.00	1'643'900.00		
Zusatzkredit (Kantonsratsb. 26.10.06)		7.50	2'558'500.00			
- Anteil Gemeinde Engelberg	48'500'000.00	15.00	-383'775.00	2'174'725.00		
Zusatzkredit (Kantonsratsb. 25.10.07)		7.50	3'637'500.00			

Stand der zugesicherten, ausbezahlten und noch zu leistenden Kantonsbeiträge an Werkbauten und Dritte per Ende 2011						
Projekt	Subventionierte Summe	in %	Kantonsbeiträge		Vorfinanzierung	verpflichteter restlicher Kantonsbeitrag
			zugesicherte höchstens Fr.	bis Ende 2011 ausbezahlt Fr.		
- Anteil Gemeinde Engelberg		15.00	-545'625.00	2'964'374.90		127'500.10
<b>Sanierung Bahnübergänge Zentralbahn 2010-2011</b> (Kantonsratsbeschluss 29.10.09)	3'902'000.00	div	1'377'000.00	1'377'000.00		0.00
<b>Tieflegung und Doppelspur Zentralbahn</b> (Kantonsratsbeschluss 08.11.07)	250'000'000.00	6.05	15'125'000.00	7'688'250.00	5'100'000.00	68'000.00
- Anteil Gemeinden		15.00	-2'268'750.00			
<b>Leistungsvereinbarung 2007 - 2010</b> (Kantonsratsbeschluss 29.06.07)	19'888'193.00	15.00	2'840'521.00	2'414'443.00		0.00
- Anteil Gemeinde Engelberg			-426'078.00			
Zusatzdarlehen (Kantonsratsb. 29.10.09)	1'236'222.00		224'103.00	190'488.00		0.00
- Anteil Gemeinde Engelberg		15.00	-336'15.00			
<b>Park+Ride Bahnhof Sarnen</b> (KRB vom 22.04.2010; 2011-2013)	8'250'000.00	50.00	4'125'000.00		4'125'000.00	0.00
<b>Forstliche Projekte</b>	<b>23'075'985.00</b>		<b>5'419'736.00</b>	<b>4'208'099.00</b>		<b>1'211'637.00</b>
Strukturverbesserungen	3'865'985.00	diverse	1'121'136.00	1'112'580.00		8'556.00
Waldbauprojekte	15'965'000.00	diverse	3'156'600.00	2'642'519.00		5'14'081.00
Verbauungen und Anlagen zur Sicherung der Naturgefahren	3'245'000.00	diverse	1'142'000.00	453'000.00		689'000.00
<b>Fliessgewässer (Wildbachverbauungen)</b>	<b>102'462'426.00</b>	<b>diverse</b>	<b>33'787'235.00</b>	<b>3'615'140.00</b>	<b>16'755'000.00</b>	<b>13'417'095.00</b>
<b>Strukturverbesserungen</b>	<b>19'549'770.00</b>	diverse	<b>2'721'804.00</b>	<b>1'771'618.00</b>		<b>950'186.00</b>
<b>Wohnbausanierungen / WEG</b>	<b>6'097'585.00</b>	diverse	<b>1'060'324.00</b>	<b>924'324.00</b>		<b>136'000.00</b>
Wohnbausan. im Berggebiet nach Bundesrecht	0.00	diverse	0.00	0.00		0.00
Wohnbausan. Nach kant. LWG Art. 17 Abs. 3	4'577'585.00	diverse	480'000.00	404'000.00		76'000.00
Wohnbau- und Eigentumsförderung (WEG)	1'520'000.00	diverse	580'324.00	520'324.00		60'000.00
<b>Kantonseigene Verpflichtungskredite</b>	<b>55'710'400.00</b>		<b>51'348'000.00</b>	<b>43'242'497.86</b>	<b>0.00</b>	<b>8'105'502.14</b>
<b>GESAMT-TOTAL 2011</b>	<b>756'678'381.00</b>		<b>136'386'655.00</b>	<b>81'027'769.11</b>	<b>25'980'000.00</b>	<b>29'378'885.89</b>
GESAMT-TOTAL 2010	889'919'714.00		144'410'571.25	77'693'319.84	23'760'000.00	42'957'251.41

Stand der kantonseigenen Objektkredite per Ende 2011 ( Art. 37 Ziff. e FHV vom 25.03.1988)						
Projekt und Beschluss	Kredit brutto	Beiträge Dritter	Netto-Kredit für Kanton	Angefallene Netto-Aufwände Aufwand - Ertrag	Restkredit netto gegen- über Beschlüssen per 31.12.2011 + = Restkredit - = Mehrkosten (5 minus 6) Fr.	
2	3	4	5	6		
<b>Nachqualifikation für Lehrpersonen</b>	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
Rahmenkredit 2003-2009 (KRB vom 28.6.2002)	1'350'000.00		1'350'000.00	696'074.95	653'925.05	
Rahmenkredit 2009-2014 (KRB vom 11.9.2008)	750'000.00		750'000.00	591'534.50	158'465.50	
	600'000.00		600'000.00	104'540.45	495'459.55	
<b>"ZämäZmittag"</b>	300'000.00		300'000.00	159'601.20	140'398.80	
Rahmenkredit (KRB vom 11.9.2008) 2008/09 und 2009/10						
<b>Records Management Systems</b>	740'400.00	392'400.00	348'000.00		348'000.00	
Objektkredit (KRB vom 02.12.2011)						
<b>Kauf militärischer Liegenschaften</b>	420'000.00		420'000.00	0.00	420'000.00	
Verpflichtungskredit (KRB vom 01.07.2011)						
<b>Kantonsstrassen</b>	6'000'000.00	3'970'000.00	2'030'000.00	1'630'613.00	399'387.00	
<b>Grafenort-Engelberg</b>	6'000'000.00	3'970'000.00	2'030'000.00	1'630'613.00	399'387.00	
Objektkredit (KRB vom 26.10.06)						
<b>Aufstockung Polizeigeäude</b>	2'650'000.00		2'650'000.00	1'927'445.15	722'554.85	
Objektkredit (KRB vom 29.10.10)						
<b>Bettentrakt Kantonsspital</b>	3'300'000.00	3'300'000.00	3'300'000.00	1'948'286.65	1'351'713.35	
Planungskredit Machbarkeitsstudie (RR)	100'000.00		100'000.00			
Planungskredit (KRB vom 3.12.10)	2'500'000.00		2'500'000.00			
Nachtragskredit zum Planungskredit (KRB vom 2.12.11)	700'000.00		700'000.00			
<b>Ausbau und Sanierung der Kantonsschule</b>	40'950'000.00		40'950'000.00	36'880'476.91	4'069'523.09	
Objektkredit Ausbau Kantonsschule und Sportanlagen (KRB 26.6.09)	39'000'000.00		39'000'000.00			
Planungskredit (KRB 13.03.09)	1'800'000.00		1'800'000.00			
Kunst am Bau (KRB 26.06.09)	150'000.00		150'000.00			
<b>Total kantonseigene Verpflichtungskredite</b>	55'710'400.00	7'662'400.00	51'348'000.00	43'242'497.86	8'105'502.14	



**Abgerechnete Verpflichtungskredite**

	Zahlen in 1'000 Fr.	Kreditbeschluss	Kredit	Beanspruchter Kredit	Differenz (minus = Unterschreitung)
<b>Bau- und Raumentwicklungsdepartement</b>					
<b>Tiefbau</b>					
Instandsetzung Kantonsstrasse Kerns-Kägiswil, Abschnitt Schmelzi-Mühli		KR 26.10.2006	995	1'028	33
Verkehrskreisel Brünigstrasse/ Einmündung Panoramastrasse, Giswil		KR 16.03.2006	485	502	17
Radroutenverbindung Kaiserstuhl-Giswil		KR 03.12.2004	690	768	78
Verkehrskreisel Nordstrasse / Enetriederstrasse Sarnen		KR 11.09.2008	700	603	-97
Kreuzungssanierungen an der Nordstrasse Sarnen (Kreisel)		KR 26.05.2000	1'013	1'124	111
<b>Hochbau</b>					
Sanierung und Umbau Rathaus, Sarnen		KR 16.03.2006	4'700	4'465	-235
Ausbau, Sanierung und Provisorium Berufs- und Weiterbildungszentrum Sarnen (BWZ)		Total	9'200	9'113	-87
<i>Planungs- und Projektierungskredite</i>					
<i>Objektkredit für Ausbau</i>		KR 28.11.2002	550		
<i>Objektkredit für Sanierung</i>		KR 21.04.2005	3'900		
<i>Kredit für Provisorium</i>		KR 21.05.2005	4'150		
		KR 21.05.2005	600		
<b>Öffentlicher Verkehr</b>					
Darlehen und Kantonsbeiträge an die Luzern-Stans-Engelberg-Bahn (bzw. heutige zb Zentralbahn AG)		LGB 24.04.1994	1'840	1'840	0
Darlehen an die Luzern-Stans-Engelberg-Bahn für den Einbau der automatischen Zugsicherung		KR 26.01.2001	1'074	1'074	0
Investitionsbeitrag an die Brünigbahn (bzw. heutige zb Zentralbahn AG) für fünf Infrastrukturentwicklungen		KR 23.10.2003	2'985	2'831	-154
Kantonsbeitrag an die Brünigbahn für die Sanierung von acht Niveauübergängen		KR 23.10.2003	843	1'047	0
Investitionsbeitrag an die Brünigbahn für die Gesamtkosten Bau und		RR 12.08.2008	204		
		KR 18.12.2003	960	960	0
<b>Volkswirtschaftsdepartement</b>					
Beiträge 2008 und 2009 an das Micro Center Central-Schweiz		KR 25.10.2007	max. 1'700	1'667	-33
Beiträge 2010 und 2011 an das Micro Center Central-Schweiz		KR 28.01.2010	max. 1'700	1'684	-16
Beiträge an das Kantonsmarketing für die Jahre 2006 bis 2010		KR 01.12.2005	1'000	1'150	0
Nachtrag zum Verpflichtungskredit fürs Kantonsmarketing		KR 25.04.2008	150		



Beteiligungsspiegel (nicht konsolidierte Gesellschaften)		Kapital der Firma	Ausweis per	Anteil Kanton OW	Anteil OW in %	Buchwert 2011 in Fr.	Vergütungen 2011 in Fr.	Bemerkungen
<b>Obwaldner Kantonalbank, Sarnen</b> Einbezahletes Dotationskapital Zweck: Förderung der volkswirtschaftlichen Entwicklung in OW und Verschaffung von Einnahmen für den Staat, insbesondere durch Tätigkeit aller anerkannten Bankgeschäfte nicht spekulativen Charakters. wesentliche Miteigentümer: Partizipanten	Dot.K.	25'000'000		22'000'000	100.00	17'428'000	6'600'000	Kantonsanteil Reingewinn 2011 Abteilung Staatsgarantie 2011
	Dot.K.	22'000'000					2'065'000	
	PS EK	6'000'000 366'634'000	31.12.11					
<b>Bürgerschaftsfonds Obwalden, Sarnen</b> Zweck: Übernahme von zeitlich beschränkten Bürgschaften für kantonale Unternehmen und Einwohner	AK	1'000'000	31.12.11	1'000'000	100%	0	0	
	EK	3'168'000	31.12.11					
<b>Elektrizitätswerk Obwalden, Kerns</b> Zweck: sichere, wirtschaftliche und unweltschonende Versorgung im Kanton mit elektrischer Energie wesentliche Miteigentümer: Obwaldner Gemeinden 46.67%	Dot.K.	7'500'000	31.12.10	4'000'000	53.33	4'000'000	1'580'000	Kantonsanteil Reingewinn 2010 Verzinsung Dot.Kapital 2011 Verwaltungsratsmandat 2011
	EK	134'196'113	31.12.10				134'464 12'000	
<b>Kantonsspital Obwalden, Sarnen</b> Zweck: Erbringung von stationären und ambulanten Spitalleistungen, insbesondere der Grundversorgung	EK	3'717'066	31.12.10	3'717'066	100.00	0	-15'190'000	Teilzahlungen Leistungsauftrag 2011 Investitionspauschale 2011 Rückvergütung Gewinnanteil 2010
	Dot.K.	1'000'000	31.12.10				-2'300'000 854'448	
<b>Informatikleistungszentrum OW/NW (ILZ), Sarnen</b> Zweck: Informatikdienstleistungen für die Verwaltungen der Vereinbarungskantone. wesentliche Miteigentümer: Kanton Nidwalden 50%	Dot.K.	2'437'501	31.12.10	500'000	50.00	500'000	27'500	Verzinsung Dot.Kapital 2011 Kantonsanteil Reingewinn 2010 Rückvergütung Leistungen 2010 Bezug Leistungen 2011
	EK						300'000 68'160 -3'072'834	
<b>Verkehrssicherheitszentrum OW/NW (nicht einbezahlt)</b> Zweck: Aufgaben, die ihm durch die Gesetzgebung über den Strassenverkehr und die Schifffahrt durch die Vereinbarungskantone übertragen werden. wesentliche Miteigentümer: Kanton Nidwalden 50%	Dot.K.	1'000'000	31.12.10	(500'000)	50.00	0	3'600	Verwaltungsmandat 2011 Abteilung Bezug Verkehrssteuern 2011
	EK	1'513'156	31.12.10				-169'610	
<b>Kraftwerk Sarneraa AG, Sarnen</b> Zweck: Ausnützung der Wasserkraft der Sarneraa und Betrieb eines Kraftwerks in Alpnach wesentliche Miteigentümer: Gemeinde Sarnen 26%, Alpnach 26%, CKW 18%	AK	2'000'000	30.09.11	600'000	30.00	200'000	6'000	Verwaltungsmandate 2011 5% Dividenden 2010/11 Konzessionsertrag aus Bewilligung 2001-2061; Anteil 2011 Kantonsanteil Wasserzinsen 2011
	EK	2'615'300	30.09.11				30'000 20'833 81'411	
<b>ewl Kraftwerke AG, Luzern</b> Zweck: Produktion sowie Beschaffung von elektrischer Energie. wesentliche Miteigentümer: ewl Holding AG 90%	AK	3'000'000	31.12.10	300'000	10.00	300'000	5'000	Verwaltungsmandat 2011 6% Dividenden 2010
	EK	5'184'800	31.12.10				18'000	

Beteiligungsspiegel (nicht konsolidierte Gesellschaften)	Kapital der Firma	Ausweis per	Anteil Kanton OW	Anteil OW in %	Buchwert 2011 in Fr.	Vergütungen 2011 in Fr.	Bemerkungen
<b>zb Zentralbahn AG, Stansstad</b> Zweck: Bau und Betrieb der Eisenbahn von Luzern nach Engelberg und von Luzern nach Interlaken. wesentliche Miteigentümer: Kanton Nidwalden 11.8%, Gemeinde Engelberg 1%, Bund 16.1%, SBB 66.0%	AK EK	31.12.10 31.12.10	5'990'000	4.99	1	12'500 -3'946'336 -3'957'991	Verwaltungsmandat 2011 Diverse Investitionsbeiträge 2011 Abgeltung Bestellung öV 2011
	Darl.	31.12.10	8'500'084				
<b>Vereinigte Schweizerische Rheinsalinen, Pratteln</b> Zweck: Produktion, Einfuhr, Verwertung und Verkauf von Salz, Salzgemischen und Sole wesentliche Miteigentümer: Kantone (ohne VD), Fürst. Lichtenstein	AK EK	31.12.10	48'000	0.43	1	4'000 79'200 -10'677	Verwaltungsmandat 2011 Dividende 2010 (165%) Bezug von Auftausalz
	EK	31.12.10			0	2'500 1'834'882 12'005	Verwaltungsmandat 2011 Gewinnanteil 2010 für Kant. Swisslosfonds Spielsuchtabgabe 2010
<b>SWISSLOS Interkantonale Landeslotterie, Basel (Genossenschaft)</b> Zweck: Durchführung von und Beteiligung an gemeinnützigen oder wohltätigen Lotterien. wesentliche Miteigentümer: Deutschweizer Kantone, Kanton Tessin und Fürstentum Lichtenstein	Dot.K.	31.12.10	21'000	4.20%	1	211 -10'500	Verzinsung Dotationskapital 2010 Rückzahlung Dotationskapital
	AK EK	31.12.09	200'000	16.67%	1	-150'390 0	Abgeltung Grundleistungsauftrag 2008 Rückerstattung Steuerauscheidung Kt. UR
<b>InNET Monitoring AG, Altdorf</b> Zweck: Umweltdienstleistungen, insbesondere Monitoring wesentliche Miteigentümer: Kantone Zug, Schwyz, Nidwalden und Uri	Dot.K.	31.12.10			0	-778'000	Abgeltung Kantonstierarzt 2011
	EK	31.12.10	1'920'350			-404'000 -32'334	Abgeltung Kantonschemiker 2011 Übrige Leistungen

## Vergleich STAATSTEUERN 2007 bis 2011

Gemeinde	Jahr	Natürliche Personen			Abschr., Erlasse, Skonto	Juristische Personen	Grundstück- gewinn-Ste	Handände- rungsste.	Erbschafts- schenk. Ste	Bussen	Netto Steuer- soll	Zuwachs in %
		ordentliche Steuern	Nach- steuern	Quellen- Steuer								
2,95 Einh. Sarnen	2007	17'151'731.60	33'724.45	395'380.20	455'474.65	1'926'019.20	539'145.70	565'281.75	202'225.00	40'050.00	21'194'707.08	+ 12.53 %
	2008	17'203'184.50	186'879.65	554'059.91	401'557.45	2'382'036.25	238'985.95	848'985.00	256'674.80	42'329.45	21'983'975.23	+ 3.72 %
	2009	16'033'680.95	11'129.00	432'646.11	429'570.65	1'259'342.00	391'477.35	589'677.75	437'501.45	41'175.00	19'485'864.31	- 11.36 %
	2010	17'545'134.00	307'494.90	506'249.80	741'962.50	3'065'404.30	368'304.30	515'425.50	86'695.00	42'450.00	23'024'226.75	+ 18.16 %
	2011	17'388'875.95	79'091.80	607'188.70	558'252.35	2'992'283.65	521'925.15	487'964.25	148'957.50	52'700.00	22'652'626.30	- 1.61 %
2,95 Einh. Kerns	2007	6'390'602.00	20'711.50	237'793.50	139'545.85	390'528.30	152'627.35	99'940.50	35'595.00	17'275.00	7'430'153.18	+ 1.75 %
	2008	6'189'298.65	0.00	255'953.62	142'527.50	392'591.15	140'685.05	178'724.25	32'930.00	21'775.00	7'302'801.07	- 1.71 %
	2009	6'194'156.35	6'640.25	266'784.65	174'883.65	453'422.65	227'463.40	360'719.25	13'520.00	25'675.85	7'683'572.15	+ 5.21 %
	2010	6'775'873.60	29'662.05	199'095.90	193'677.55	511'412.10	269'809.20	277'145.25	36'417.00	25'080.50	8'285'069.75	+ 7.83 %
	2011	7'208'027.55	7'672.35	257'401.63	184'871.35	442'459.55	179'797.70	332'916.75	21'200.00	23'325.00	8'592'505.13	+ 3.71 %
2,95 Einh. Sachselt	2007	7'729'184.00	23'092.25	187'359.00	167'907.65	1'027'619.15	161'632.05	150'269.25	29'207.75	16'850.00	9'436'973.90	+ 13.30 %
	2008	6'674'480.05	15'185.50	273'713.92	223'499.90	605'570.50	73'934.35	297'550.50	21'267.20	14'775.00	8'148'881.17	- 13.65 %
	2009	6'819'511.25	10'475.30	99'727.88	256'256.20	826'837.75	103'037.10	272'511.75	53'743.25	12'050.00	8'406'737.78	+ 3.16 %
	2010	6'677'554.65	213'090.85	271'823.85	182'693.20	967'113.20	181'544.40	335'352.00	122'483.95	10'875.00	8'919'990.75	+ 6.11 %
	2011	6'876'896.70	33'831.70	235'419.35	186'998.85	1'203'237.00	117'811.20	280'338.00	13'835.00	12'850.00	8'940'703.08	+ 0.23 %
2,95 Einh. Alpnach	2007	6'944'446.90	24'690.10	283'085.45	136'582.15	583'337.90	82'106.90	185'277.00	60'340.00	23'100.00	8'238'964.87	- 5.87 %
	2008	6'958'617.25	12'634.00	258'465.54	134'213.80	570'151.00	119'663.50	295'705.50	45'417.50	23'975.00	8'255'644.64	+ 0.20 %
	2009	6'938'636.90	20'262.80	311'056.40	170'809.15	706'276.20	87'797.75	446'315.25	7'135.00	20'425.00	8'609'996.60	+ 4.29 %
	2010	8'428'830.65	13'195.80	355'268.95	193'994.95	912'012.40	256'287.00	706'492.50	30'688.50	21'650.00	10'769'683.40	+ 25.08 %
	2011	7'788'690.45	23'812.10	405'782.63	169'405.80	970'594.65	115'785.00	207'806.25	14'255.00	23'950.00	10'001'038.03	- 7.14 %
2,95 Einh. Giswil	2007	3'782'138.55	18'607.90	148'513.45	98'038.80	283'537.25	35'173.25	122'184.00	3'353.00	19'100.00	4'435'509.80	+ 2.43 %
	2008	3'671'991.50	38'151.10	139'369.35	94'221.80	295'279.50	128'392.35	116'250.75	29'070.00	14'375.00	4'421'739.86	- 0.31 %
	2009	3'714'413.20	730.70	152'135.20	94'272.80	341'950.65	142'864.35	153'400.50	9'772.35	10'175.00	4'576'758.35	+ 3.51 %
	2010	4'059'071.10	6'386.50	132'283.75	100'972.75	300'092.20	146'188.15	141'711.00	13'070.00	14'375.00	4'870'664.60	+ 6.42 %
	2011	4'273'540.35	6'711.20	146'476.30	67'139.25	254'344.80	87'057.80	106'833.75	34'585.00	13'375.00	4'952'675.70	+ 1.68 %
2,95 Einh. Lungern	2007	2'467'743.95	0.00	94'174.80	57'431.60	83'598.55	25'964.20	43'947.00	19'355.00	950.00	2'782'684.55	- 3.92 %
	2008	2'474'810.05	0.00	94'572.18	72'612.15	115'839.85	26'665.05	35'808.00	80'120.00	1'075.00	2'895'758.18	+ 4.06 %
	2009	2'409'035.75	0.00	152'236.20	62'335.50	142'353.10	54'166.65	43'884.00	112'180.00	1'675.00	2'973'066.75	+ 2.67 %
	2010	2'546'872.85	9'076.80	169'067.40	79'957.90	226'674.10	19'985.45	51'091.50	0.00	4'675.00	3'101'173.90	+ 4.31 %
	2011	2'445'200.65	6'179.00	210'216.55	84'718.10	159'202.45	68'459.85	34'344.75	0.00	4'025.00	2'996'108.50	- 3.39 %

# Vergleich STAATssteuern 2007 bis 2011

Anhang IV zum Bericht zur Staatsrechnung 2011

Gemeinde	Jahr	Natürliche Personen			Abschr., Erlasse, Skonto	Juristische Personen	Grundstück-gewinn-Ste	Handände-rungsste.	Erbschafts-schenk-Ste	Bussen	Netto Steuer-soll	Zuwachs in %
		ordentliche Steuern	Nach-steuern	Quellen-Steuer								
2,95 Einh. Engelberg	2007	6'372'975.55	75'619.30	400'381.05	-47'546.00	752'425.85	389'603.05	547'968.00	119'750.00	22'500.00	8'711'939.95	- 6.17 %
	2008	7'651'534.80	11'905.45	421'340.12	-51'401.85	675'583.40	346'357.55	718'493.25	23'746.45	24'525.00	9'994'931.37	+ 14.73 %
	2009	7'530'993.30	48'523.40	500'078.92	-33'393.27	758'256.95	415'055.60	723'618.00	1'656.15	23'005.00	10'156'587.15	+ 1.62 %
	2010	8'206'522.05	16'207.25	428'487.20	-73'412.40	1'108'800.90	381'584.65	793'534.50	65'411.80	23'105.00	11'203'001.65	+ 10.30 %
	2011	9'131'419.15	178'365.10	529'371.40	-58'851.35	1'179'974.15	800'837.65	838'342.50	113'666.70	30'224.15	13'061'277.75	+ 16.59 %
Total	2007	50'838'822.55	196'445.50	1'746'687.45	-449'156.07	5'047'066.20	1'386'252.50	1'714'867.50	469'825.75	139'825.00	62'230'933.33	+ 4.19 %
	2008	50'823'916.80	264'755.70	1'997'474.64	-559'203.52	5'037'051.65	1'074'683.80	2'491'517.25	489'225.95	142'829.45	63'003'731.52	+ 1.24 %
	2009	49'640'427.70	97'761.45	1'914'665.36	-407'309.52	4'488'439.30	1'421'862.20	2'590'126.50	635'508.20	134'180.85	61'892'583.09	- 1.76 %
	2010	54'239'858.90	595'114.15	2'062'276.85	-502'400.00	7'091'509.20	1'623'703.15	2'820'752.25	354'766.25	142'210.50	70'173'810.80	+ 13.38 %
	2011	55'112'650.80	335'663.25	2'391'856.56	-101'715.32	7'202'096.25	1'891'574.35	2'288'546.25	346'499.20	160'449.15	71'196'934.49	+ 1.46 %
Verände-rung in %	2007	1.48%	-41.18%	3.63%	-11.02%	58.65%	-2.63%	-5.62%	36.79%	7.01%	4.19%	
	2008	-0.03%	34.77%	14.36%	24.50%	-0.20%	-22.48%	45.29%	4.13%	2.15%	1.24%	
	2009	-9.98%	-63.07%	-4.15%	-27.16%	-15.50%	32.31%	3.96%	29.90%	-6.06%	-1.76%	
	2010	6.72%	124.78%	3.24%	-10.16%	40.79%	51.09%	13.21%	-27.48%	-0.43%	13.38%	
	2011	11.02%	243.35%	24.92%	-75.03%	60.46%	33.03%	-11.64%	-45.48%	19.58%	1.46%	
Anteil am Total in %	2007	81.69%	0.32%	2.81%	-0.72%	8.11%	2.23%	2.76%	0.75%	0.22%	100.00%	
	2008	80.67%	0.42%	3.17%	-0.89%	7.99%	1.71%	3.95%	0.78%	0.23%	100.00%	
	2009	80.20%	0.16%	3.09%	-0.66%	7.25%	2.30%	4.18%	1.03%	0.22%	100.00%	
	2010	77.29%	0.85%	2.94%	-0.72%	10.11%	2.31%	4.02%	0.51%	0.20%	100.00%	
	2011	77.41%	0.47%	3.36%	-0.14%	10.12%	2.66%	3.21%	0.49%	0.23%	100.00%	